



# Plenarprotokoll

## 105. Sitzung

Mittwoch, 16. Dezember 2015

<b>Nachruf auf den während eines Lösch- und Rettungseinsatzes verstorbenen Hauptfeuerwehrmann Stefan Diekmann .....</b>	<b>8779</b>	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3682	
		Angelika Beer [PIRATEN].....	8781
<b>Passkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze .....</b>	<b>8780</b>	Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	8781
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3678		<b>Keine Ausweitung von Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen .....</b>	<b>8781</b>
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	8780	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3683	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	8780	Lars Harms [SSW].....	8781
<b>Offene Grenzen und Reisefreiheit in Europa statt Ausweiskontrollen und Verkehrschaos .....</b>	<b>8780</b>	Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	8781

<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung der „hsh portfoliomanagement AöR“ und zur Anpassung eines Staatsvertrags</b> .....	8782	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/3301	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/3572 (neu)		Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/3597	
<b>Zukunftskonzept für HSH Nordbank entwickeln</b> .....	8782	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3668	
Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3666		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3669	
<b>Neustrukturierung der HSH Nordbank - Ja zu sinnvollen Maßnahmen zum Risikoabbau, Nein zum 16-Milliarden-Blankoscheck für die Landesregierung</b> .....	8782	Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3670	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3667		Änderungsantrag der Fraktion der PI- RATEN Drucksache 18/3671	
Monika Heinold, Finanzministerin	8782	<b>c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)“ und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015</b> .....	8801
Daniel Günther [CDU].....	8785		
Thomas Rother [SPD].....	8787		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8790		
Wolfgang Kubicki [FDP].....	8792, 8800		
Torge Schmidt [PIRATEN].....	8795		
Lars Harms [SSW].....	8797		
Tobias Koch [CDU].....	8799	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3501	
Beschluss: Überweisung des Gesetz- entwurfs Drucksache 18/3572 (neu) und der Änderungsanträge Drucksachen 18/3666 und 18/3667 an den Finanzausschuss...	8801	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/3631	
<b>Gemeinsame Beratung</b>		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3680	
<b>a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)</b> .....	8801	<b>d) Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - A 13 für Lehrer aller Schularten umsetzen</b> .....	8801
Gesetzentwurf der Landesregie- rung Drucksache 18/3300		Antrag der Fraktion der PIRA- TEN Drucksache 18/3644 (neu)	
<b>b) Entwurf eine Haushaltsbegleitgesetzes 2016</b> .....	8801		

e) <b>Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2013</b> .....	8801	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3668	
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/3594		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3669	
f) <b>Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2014</b> .....	8801	Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3670	
Bericht des Finanzministeriums Drucksache 18/3622		Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3671	
Thomas Rother [SPD], Berichterstatter.....	8801		
Tobias Koch [CDU].....	8802		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	8807		
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8814		
Dr. Heiner Garg [FDP].....	8819		
Torge Schmidt [PIRATEN].....	8824		
Lars Harms [SSW].....	8829, 8834		
<b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung glücksspielrechtlicher Vorschriften</b> .....	8838		
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/3606		Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3501	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	8838	Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/3631	
<b>Gemeinsame Beratung</b>			
a) <b>Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)</b> .....	8838	Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3680	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/3300			
b) <b>Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2016</b> .....	8838	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3644 (neu)	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/3301			
Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/3597			
		c) <b>Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)“ und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015</b> .....	8839
		d) <b>Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - A 13 für Lehrer aller Schularten umsetzen</b> .....	8839
		e) <b>Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2013</b> .....	8839
		Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses Drucksache 18/3594	

<b>f) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2014 .....</b>	<b>8839</b>	<b>Akzeptanz der Energiewende erhalten: Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie größere Abstände zur Wohnbebauung bei der Windenergie .....</b>	<b>8870</b>
Bericht des Finanzministeriums Drucksache 18/3622		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3641	
Torsten Albig, Ministerpräsident...	8839	Oliver Kumbartzky [FDP].....	8870
Daniel Günther [CDU].....	8846	Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	8871
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	8848	Petra Nicolaisen [CDU].....	8872
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8849	Kirsten Eickhoff-Weber [SPD].....	8873
Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	8850	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8874
Wolfgang Kubicki [FDP].....	8850, 8857	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	8876, 8876
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	8853	Flemming Meyer [SSW].....	8878
Lars Harms [SSW].....	8855	Torsten Albig, Ministerpräsident...	8878
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8856	Beschluss: Überweisung an den In- nen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss.....	8881
Lars Winter [SPD].....	8857		
Tobias Koch [CDU].....	8858	<b>Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein .....</b>	<b>8881</b>
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN].....	8859	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3608	
Hans-Jörn Arp [CDU], Persönli- che Erklärung.....	8859	Beschluss: Überweisung an den Wirt- schaftsausschuss und den Um- welt- und Agrarausschuss zur ab- schließenden Beratung.....	8881
Beschluss: 1. Ablehnung der Ände- rungsanträge Drucksachen 18/ 3868, 18/3670 und 18/3671		Birgit Herdejürgen [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	8881
2. Annahme der Ände- rungsanträge Drucksachen 18/ 3669 und 18/3680		<b>Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein .....</b>	<b>8882</b>
3. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/ 3300 in der Fassung der Drucksä- chen 18/3597 und 18/3669		Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3608	
4. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/ 3301 in der Fassung der Drucksä- che 18/3597		Jens-Christian Magnussen [CDU].	8882
5. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/ 3501 in der Fassung der Drucksä- chen 18/3631 und 18/3680		Olaf Schulze [SPD].....	8883
6. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3644 (neu)		Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8883
7. Annahme der Be- schlussempfehlung Drucksache 18/3594		Oliver Kumbartzky [FDP].....	8884
8. Überweisung des Be- richts Drucksache 18/3622 an den Finanzausschuss.....	8870	Angelika Beer [PIRATEN].....	8885
		Flemming Meyer [SSW].....	8886

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 9:04 Uhr**

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 38. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt ist die Abgeordnete Regina Poersch. Wir wünschen ihr gute Genesung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Abgeordneten erheben sich)

Am Nikolaustag hat sich in Marne ein tragisches Unglück ereignet, das uns alle zutiefst betroffen macht. Während eines Lösch- und Rettungseinsatzes ist dort der Hauptfeuerwehrmann Stefan Diekmann ums Leben gekommen, an den wir uns zu Beginn dieser Tagung gemeinsam erinnern wollen.

Stefan Diekmann gehörte seit 13 Jahren der Freiwilligen Feuerwehr Marne an. Gemeinsam mit seinen Kameraden wurde er am 6. Dezember 2015, einem Sonntagvormittag, zu einem - nach außen zunächst kaum wahrnehmbaren - Dachgeschossbrand in der Marner Innenstadt gerufen. Für Stefan Diekmann und die vor Ort eingesetzten Kräfte war dies zunächst ein ganz normaler Löscheinsatz. Gemeinsam mit anderen Angriffstrupps machte sich Stefan Diekmann, der ein erfahrener Atemschutzgeräteträger war, auf die Suche nach dem Brandherd. Doch das Feuer zündete plötzlich durch und breitete sich schlagartig aus. Stefan Diekmann setzte zwar noch einen Notruf ab, konnte den Flammen aber nicht mehr entkommen.

Stefan Diekmann wurde nur 31 Jahre alt. Er war ein lebensfroher, überaus humorvoller Mensch, der sich mit großer Begeisterung in der Freiwilligen Feuerwehr Marne engagierte - im Vorstand, als Gruppenführer und in der Jugendarbeit. Stefan Diekmann stand mitten im Leben. Er war Feuerwehrmann aus der tiefen Überzeugung, dass es nichts Wichtigeres gibt, als für seine Mitmenschen einzutreten, deren Hab und Gut, vor allem aber auch deren Leben und Gesundheit zu schützen.

Wir alle wissen, dass der Feuerwehrdienst mit nie ganz beherrschbaren Gefahren verbunden ist, doch der tragische Tod dieses jungen Hauptfeuerwehrmannes führt uns in schmerzhafter Deutlichkeit vor Augen, dass wir deren Einsatz, deren Belastung, ja deren Opferbereitschaft allzu oft als etwas Selbst-

**(Präsident Klaus Schlie)**

verständliches nehmen. Doch das ist es keineswegs. Der wirkliche Reichtum dieses Landes liegt in Menschen wie Stefan Diekmann, die uneigennützig handeln, die sich für den Schutz und für die Rettung anderer einsetzen bis zum Letzten, Menschen, die unbeirrbar ihren Weg gehen und die dem Dienst in den Freiwilligen Feuerwehren eine ganz besondere, ganz eigene Würde verleihen. Es sind Menschen wie Stefan Diekmann, die das Zeug zum Vorbild haben und vor denen wir uns voller Respekt und in tiefer Dankbarkeit verneigen.

In Marne ist das Schlimmste geschehen, was einer Feuerwehr passieren kann. Ich zitiere:

„Doch wir werden weitermachen, denn wir können nicht verantworten, dass eine Familie ihre Kinder verliert, weil wir trauern.“

Diese Worte eines Kameraden von Stefan Diekmann bringen ganz deutlich zum Ausdruck, welche innere Kraft diese Helden des Alltags vorantreibt. Wir alle, meine Damen und Herren, sind ihnen dafür zu tiefstem Dank verpflichtet, ihnen und ihren Familien, ihren Angehörigen, Freundinnen und Freunden, die allesamt ihren Anteil beisteuern zum hohen Ansehen unserer Feuerwehren, die aber auch - wie in Marne geschehen - mitunter einen hohen Preis für diesen Dienst tragen.

Wir wissen um all dies und nehmen umso mehr Anteil am Schicksal unserer Feuerwehrleute und ihrer Familien! Wir wünschen den Kameraden Stefan Diekmanns, die bei diesem Einsatz verletzt wurden, rasche und vollständige Genesung.

Unser tiefes Mitgefühl gilt der Familie, den Angehörigen und der Lebensgefährtin von Stefan Diekmann. Wir trauern mit ihnen, denn vor allem sie haben diesen schweren Verlust zu tragen. Unsere Gedanken und unsere Gefühle sind aber auch bei den Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Marne, in deren Mitte eine schmerzende Lücke bleiben wird.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, einen Moment innezuhalten im Gedenken an Hauptfeuerwehrmann Stefan Diekmann.

- Sie haben sich zu Ehren Stefan Diekmanns von Ihren Plätzen erhoben, ich danke Ihnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der FDP hat im Wege der Dringlichkeit mit der Drucksache 18/3678 einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt:

**Passkontrollen an der deutsch-dänischen Grenze**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3678

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist der Fall. Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der vorigen Woche hat das Folketing einen Beschluss gefasst, demzufolge die dänische Regierung jetzt dazu ermächtigt ist, Mitarbeiter von Verkehrsunternehmen bei grenzüberschreitenden Reiseverbindungen zur Überprüfung von Pässen und Visa zu verpflichten. Ich denke, Sie alle wissen, dass diese Entscheidung eine intensive Diskussion in unserem Land ausgelöst hat, und ich bin der Meinung, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag sich in dieser Tagung mit dem Thema befassen sollte. Die Entscheidung in Kopenhagen wurde getroffen, als die Antragsfrist für reguläre Anträge zu dieser Tagung bereits abgelaufen war. Ich bitte Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Dringlichkeitsantrag?

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

- Zu dem Antrag kommen wir noch. Wir sind jetzt erst einmal bei diesem Dringlichkeitsantrag, Frau Abgeordnete.

Zu diesem Dringlichkeitsantrag liegen weitere Wortmeldungen nicht vor. Ich lasse abstimmen über die Dringlichkeit des Antrags in der Drucksache 18/3678. Sie wissen, es gilt das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um sein Handzeichen. - Danke, das ist so beschlossen.

Es liegt Ihnen mit der Drucksache 18/3682 ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion der PIRATEN vor:

**Offene Grenzen und Reisefreiheit in Europa statt Ausweiskontrollen und Verkehrschaos**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/3682

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Angelika Beer.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Einen ähnlichen wie den Antrag der FDP, aber weitergehenden Antrag hat meine Fraktion eingebracht. Die Dringlichkeit ergibt sich unter anderem auch daraus, dass Schweden bereits am 4. Januar 2016 solche Grenzkontrollen einführen will; die sind beschlossen.

Ich danke der CDU für die Initiative, in dieser Woche eine Sondersitzung des Europaausschusses zu diesem Thema einzuberufen, meine aber, dass es auch gut ist, wenn wir als Parlament die Diskussion bereits in dieser Woche führen; denn der 4. Januar 2016 steht vor der Tür. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich sehe, weitere Wortmeldungen zu diesem Dringlichkeitsantrag liegen nicht vor. Ich lasse dann über die Dringlichkeit abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Auch das ist dann so beschlossen.

Es liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW vor:

**Keine Ausweitung von Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3683

Das Wort zur Begründung erhält der Herr Abgeordnete Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben anscheinend alle den gleichen Gedanken gehabt. Deswegen ist auch die Begründung für die Dringlichkeit unseres Antrags ähnlich wie die meiner Vorredner gerade eben. Es gibt allerdings den Unterschied, dass wir uns gegen alles das wenden, was in den letzten Monaten innerhalb der EU beziehungsweise auch des Schengen-Raumes passiert ist. Es geht zwar gerade jetzt darum, dass durch die dänische Regierung eine neue Grenzkontrollart - will ich einmal sagen - eingeführt werden soll. Allerdings gibt es so etwas schon in Norwegen, begrenzt bis zum 26. Dezember diesen Jahres. Es gibt auch Grenzkontrollen in Slowenien, in der Slowakei und in Ungarn.

Es gibt also viele Gründe, warum man darüber reden muss, insbesondere auch darüber, was Schengen für uns bedeutet. Deswegen sehen wir unseren Antrag ähnlich wie die Kolleginnen und Kollegen der FDP und der PIRATEN als sehr dringlich an.

Ich möchte auch vorschlagen, dass wir die drei Anträge gemeinsam beraten, vermutlich zu irgendeinem noch festzulegenden Zeitpunkt am Freitag. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen zu diesem Dringlichkeitsantrag sehe ich auch hier nicht. Dann lasse ich über die Dringlichkeit abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist dann auch so beschlossen.

Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer, sich entsprechend der Anregung des Herrn Abgeordneten Harms mit der Frage zu beschäftigen, die drei Anträge in einer verbundenen Debatte am Freitag in die Tagesordnung einzureihen.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeit übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 5, 8, 9, 15, 23, 25, 27 bis 30, 34, 35 und 37 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 11, 12, 36, 38, 40, 41 und 45.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 3, 4, 20, 26 und 44 Haushaltsberatungen 2016, zweite Lesung, und die Punkte 10 und 18, Änderung des Gesetzes über die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, und der Antrag Kein Polizeibeauftragter für Schleswig-Holstein, sowie die Punkte 31, 32 und 33, Anträge zur industriepolitischen Strategie und Konzeption des Landes.

Im Ältestenrat wurde weiter vereinbart, die erste und zweite Lesung der Gesetzentwürfe zur Errichtung der „hsh portpoliomanagement AöR“ in der Drucksache 18/3572 sowie zur Änderung glücksspielrechtlicher Vorschriften in der Drucksache 18/3606 in dieser Tagung durchzuführen. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

**(Präsident Klaus Schlie)**

Anträge zu einer Fragestunde oder zu einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 38. Tagung.

Meine Damen und Herren, wir werden heute unter Einschluss einer einstündigen Mittagspause und morgen unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen.

Für die heutige Debatte zum Haushalt wurde im Ältestenrat vereinbart, erst dann in die Mittagspause einzutreten, nachdem in einer ersten Runde alle Fraktionen das Wort erhalten haben. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Besuchertribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags den Landesvorsitzenden der CDU in Schleswig-Holstein, den Herrn Bundestagsabgeordneten Ingbert Liebing. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Errichtung der „hsh portfoliomanagement AöR“ und zur Anpassung eines Staatsvertrags**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/3572 (neu)

**Zukunftskonzept für HSH Nordbank entwickeln**

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3666

**Neustrukturierung der HSH Nordbank - Ja zu sinnvollen Maßnahmen zum Risikoabbau, Nein zum 16-Milliarden-Blankoscheck für die Landesregierung**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/3667

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile der Finanzministerin Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute einen Änderungsstaatsvertrag und einen neuen Staatsvertrag vor. Beides sind Verträge zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Schleswig-Holstein. Die Hamburgische Bürgerschaft hat dem Gesetzespaket bereits am 9. Dezember 2015 zugestimmt.

Es geht um die Übernahme von Altlasten aus Verlusten der HSH Nordbank, für die das Land als Anteilseigner und aufgrund der gegebenen Garantie einstehen muss, um Zahlungsverpflichtungen, die das Land vor Jahren eingegangen ist und die jetzt schlagend werden.

Meine Damen und Herren, wenn Sie Regierungsverantwortung übernehmen, müssen Sie auch bereit sein, Scherben zusammenzukehren, die vor Ihrer Zeit entstanden sind. Die Landesregierung ist dazu bereit und tut dieses mit der gebotenen Demut gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die zu Recht über den entstandenen Schaden in Milliardenhöhe erbost sind.

Mit dem **Änderungsstaatsvertrag** ermächtigen wir die alte AöR, **Kredite** in Höhe von bis zu **10 Milliarden €** aufzunehmen. Das entspricht der in 2009 gegebenen Garantie. Warum damals für eine 10-Milliarden-Garantie nur eine Kreditermächtigung in Höhe von 0,5 Milliarden € beschlossen wurde, meine Damen und Herren von der CDU, das werden Sie uns sicherlich heute erzählen können; denn Ihr Minister war damals hauptverantwortlich. - Herr Koch, stimmt es nicht, dass Ihr Minister damals hauptverantwortlich war? Wir können uns gern gleich am Anfang der Debatte miteinander anlegen.

(Zuruf Tobias Koch [CDU]: Machen Sie nur so weiter!)

Weil er so fröhlich den Kopf schüttelt. - Mit dem zweiten Staatsvertrag legen wir die Grundlage für eine Abwicklungsanstalt, die der Bank notleidende Kredite in Höhe von bis zu 6,2 Milliarden € abkaufen darf.

Erlaubt ist der Kauf von Portfolien, für deren Verluste das Land bereits seit 2009 bürgt und deren Marktwert von externen Dritten festgelegt sowie von der Europäischen Kommission überprüft wird. Und anders als 2009 scheuen wir uns nicht vor der Verantwortung, die Anstalt zugleich mit den notwendigen Krediten zu versehen.

Meine Damen und Herren, unsere ökonomischen Berater gehen davon aus, dass der Übertragungswert deutlich unter 6,2 Milliarden € liegen wird.



**(Ministerin Monika Heinold)**

Die Europäische Kommission hat ein hohes Interesse an einem belastbaren Marktwert, um das Risiko einer neuen Beihilfe zu vermeiden. Auch gehen alle Beteiligten davon aus, dass die Kredite bei ihrer Endverwertung einen Wert höher als null haben.

Wie viel das Land aber letztendlich für die Altlasten der HSH Nordbank zahlen muss, werden wir erst in den nächsten Jahren wissen, wenn die faulen Kredite abgerechnet sind. Nur davon und nicht von der heutigen Kreditermächtigung hängt die **Höhe** des möglichen **Schadens für den schleswig-holsteinischen Landeshaushalt** ab. Denn der Schaden ist längst eingetreten. Mit Gewährträgerhaftung und Garantie bürgen die Länder als Anteilseigner seit Jahren dafür.

Dennoch ist es richtig, die neue Abwicklungsanstalt mit bis zu 6,2 Milliarden € Kreditermächtigung zu versehen, um deutlich zu machen, dass Schleswig-Holstein konsequent und vollumfänglich die Verständigung mit der Europäischen Kommission umsetzen will.

Auch wollen wir kein Risiko der Verunsicherung von Bankenaufsicht, Ratingagenturen und Anlegern eingehen.

Wenn wir den **Kreditrahmen** heute höher setzen, als er vermutlich gebraucht wird, sind wir auf der sicheren Seite. Da der Kreditrahmen nach dem gesetzlichen Regelwerk nur zum Zweck der Übernahme und Verwertung der Portfolien sowie für die Kosten der laufenden Geschäftstätigkeit der neuen Anstalt gegeben werden darf, stellen wir auch niemandem einen Blankoscheck aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Eine solche Unterstellung läuft komplett ins Leere.

Meine Damen und Herren, würden wir den Kreditrahmen, wie von der CDU beantragt, auf 3,1 Milliarden € begrenzen, könnte das zum einen den Eindruck erwecken, wir würden die Verständigung mit der EU-Kommission nicht vollständig umzusetzen. Zum anderen würde eine völlig aus der Luft gegriffene Summe den Eindruck erwecken, wir würden den Marktwert politisch bestimmen wollen.

Mein Vorschlag ist ein anderer, der vielleicht auch eine Brücke für die Opposition sein kann, um dem Staatsvertrag zuzustimmen. Lassen Sie uns doch nach der **Ermittlung des Marktwertes** und nach dem **Ankauf der Portfolien** darüber nachdenken, ob wir den **Kreditrahmen** reduzieren und an den dann feststehenden Bedarf **anpassen**. Klar ist, dass dieser Weg auch von Hamburg gewollt sein müsste.

Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Denn es handelt sich um einen Staatsvertrag.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Koch, die CDU wirft der Landesregierung außerdem vor, dass sie jeden **Nachweis** schuldig geblieben sei, dass die gefundene Lösung der **günstigste Weg für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler** ist. Diese Unterstellung ist falsch. Die Landesregierung hat den Beteiligungsausschuss vollumfänglich informiert. Die CDU kennt die Berechnungen unserer ökonomischen Berater, welche zum Stichtag 19. Oktober 2015 - also an dem Tag, als sich das Land entscheiden musste - berechnet hatten, dass die mit der Europäischen Kommission gefundene Lösung für das Land wirtschaftlicher ist als eine sofortige Abwicklung. Dieser Berechnung muss man nicht glauben, aber zu behaupten, es gebe sie nicht, ist ungeheuerlich.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren von der CDU, angesichts Ihrer Verantwortung für die HSH Nordbank in den Jahren 2005 bis 2012 ist Ihr Versuch, sich auf billige Art vom Acker zu machen, nicht zu tolerieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie wissen, dass ich als damalige Oppositionsabgeordnete Ihrem HSH-Nordbank-Rettungspaket 2009 nicht zugestimmt habe.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Herr Koch! Ja, ich weiß, dass Sie sich in Ihrer Rolle unwohl fühlen. Denn es ist einfach so billig, was Sie hier versuchen. Natürlich fühlen Sie sich unwohl. Ich sage Ihnen: Ich habe mehrere Reden gehalten, in denen ich immer wieder deutlich gemacht habe, wer an welcher Stelle Verantwortung trägt. Ich habe auch immer wieder deutlich gemacht, dass diese Seite des Hauses genauso ihren Anteil hat wie die andere Seite. Aber, Herr Koch, Sie wollen heute nicht zu dieser Verantwortung stehen. Deshalb müssen Sie es auch ertragen, dass ich so rede, wie ich rede.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass ich als damalige Oppositionsabgeordnete Ihrem **HSH-Nordbank-Rettungspaket 2009** nicht zugestimmt habe. Die Grünen und die FDP hatten erhebliche Sorge, dass das neue Geschäftsmodell nicht trägt und dass die Rettungskonstruktion Milliarden an Steuergeldern kostet, ohne eine tragfähige Lösung zu sein. Dennoch bin ich in den letzten Monaten als jetzt für die Bank verantwortliche Ministerin

**(Ministerin Monika Heinold)**

moderat mit der damaligen Entscheidung umgegangen. Aber ich sage Ihnen sehr deutlich: Fairness ist keine Einbahnstraße.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die CDU weiß, dass eine Abwicklung der HSH Nordbank im Oktober 2015 eine denkbar schlechte Lösung für die Sparkassen gewesen wäre. Denn die Sparkassen haften mit etwa 18 % für Risiken aus der alten Gewährträgerhaftung, die im Oktober bei insgesamt circa 12 Milliarden € lag.

Die CDU weiß, dass der Landtag **Staatsverträge** nur annehmen oder ablehnen kann. Eine **Änderungsbefugnis** von Staatsverträgen, so wie Sie es heute vorschlagen, gibt es für den Landtag nicht. - So unsere Landesverfassung samt Kommentierung.

Meine Damen und Herren von der CDU, es ist unehrlich, wenn Sie einerseits gegen den Staatsvertrag stimmen wollen und andererseits in Ihrem Antrag die Sparkassen schützen und die Arbeitsplätze der HSH Nordbank erhalten wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich bin mir sicher, dass die Menschen im Land klug genug sind, um das zu durchschauen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat sich gegen den Weg der sofortigen Abwicklung und für die Verständigung mit der Europäischen Kommission entschieden. Nach den ökonomischen Berechnungen unserer Berater ist das die vermögenschonendste Alternative für das Land und für unsere Sparkassen. Die Unterzeichnung der Verständigung mit der Europäischen Kommission hat die Landesregierung selbstverständlich unter Gremienvorbehalt gestellt.

Jetzt ist der Landtag am Zug. Es handelt sich um ein **Gesamtpaket**, das für die Länder trotz der neuen Belastungen im Vergleich zur Abwicklung einen Weg der Vermögenschonung ermöglicht und gleichzeitig die von der Europäischen Kommission, der Aufsicht und der Europäischen Zentralbank gesetzten Rahmenbedingungen einhält.

Der Europäischen Zentralbank war es wichtig, dass die Bank zügig und in spürbarer Höhe von Kreditrisiken entlastet wird. Der Europäischen Kommission war es wichtig, dass es keinen neuen Beihilfetatbestand gibt. Der Bundesrepublik Deutschland, der Bundesbank und der Bankenaufsicht war es wichtig, dass es zu einer einvernehmlichen Verständigung aller Beteiligten kommt. Schleswig-Holstein

war es wichtig, dass die prognostizierte Rechnung nicht höher ist als bei einer Abwicklung. Mir persönlich war und ist es wichtig, dass nun endlich ein Schlusstrich gezogen wird und dass sich das Land in den nächsten Jahren verbindlich von der HSH Nordbank trennt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, trotz aller Differenzen in der Sache möchte ich mich dafür bedanken, dass wir in den letzten Wochen im Finanzausschuss wie auch in den Fraktionen eine gute und intensive Debatte geführt und unsere Argumente ausgetauscht haben. Vielleicht hat auch das dazu beigetragen, dass wir uns im Grundsatz zumindest überwiegend einig sind, dass eine Umstrukturierung der Bank mit Verkaufsoption besser ist als die sofortige Abwicklung.

Zwar gibt es noch kein konkretes Privatisierungskonzept - die FDP fordert dieses ja -, aber die Ausschreibung, um eine Investmentbank zur Begleitung des Verkaufsprozesses zu finden, wird bereits vorbereitet. Das ist der übliche Weg.

Gerade bei diesem sperrigen und komplexen Thema mit der großen Auswirkung auf den Landeshaushalt war und ist es meinem Staatssekretär und mir wichtig, die Abgeordneten gut zu informieren. Der Landesregierung ist es wichtig, nicht mit dem Argument der Alternativlosigkeit zu arbeiten, sondern die Alternativen aufzuzeigen: Ja zum Staatsvertrag, so wie er zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein verhandelt ist, oder nein zum Staatsvertrag und die sofortige Abwicklung der Bank, das sogenannte Walk-Away-Szenario.

Dazwischen kann sich jeder Abgeordneter und jede Abgeordnete am Freitag entscheiden. Morgen findet noch einmal eine Sitzung des Finanzausschusses statt. Sollten noch Fragen offen geblieben sein, besteht dort die Möglichkeit, diese an Staatssekretär Nimmermann, an unser Beraterteam und an mich zu stellen. Ich hoffe, meine Damen und Herren, wenn noch offene Fragen sind, dass Sie morgen von dieser Möglichkeit, weiter miteinander zu sprechen, Gebrauch machen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und begrüße selbstverständlich den CDU-Landesvorsitzenden Liebing, der mit Sicherheit und mit Freude verfolgt hat, wie sich seine Fraktion positioniert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Vorsitzende, der Oppositionsführer Daniel Günther.

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Entscheidung, die wir heute zu treffen haben, macht sich niemand einfach. Ich respektiere das ausdrücklich auch bei den Abgeordneten der regierungstragenden Fraktionen. Aber respektieren Sie auch umgekehrt, dass wir es uns als CDU-Fraktion auch nicht leicht machen, weil wir wissen, dass die finanzielle Last der Vergangenheit auf dem Landeshaushalt schwer wiegt. Die Entscheidung, die die Hamburger Bürgerschaft in der letzten Woche getroffen hat und die der Schleswig-Holsteinische Landtag heute treffen soll, hat **gravierende Konsequenzen** - sicherlich für die HSH Nordbank, aber vor allem für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein und für unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

Wir haben den Vorschlag der Landesregierung sehr sorgsam geprüft, intensive Gespräche geführt. Und ich sage das auch mit Dankbarkeit und durchaus mit Respekt, Frau Ministerin: Auch der Austausch mit Ihnen und mit Staatssekretär Nimmermann in unserer Fraktion hat bei der Entscheidungsfindung sehr geholfen. Niemand würde in Abrede stellen, dass Sie nicht im Rahmen des gesetzlich Möglichen versucht haben, die Fraktionen weitestgehend einzubinden. Wir wissen um bestimmte rechtliche Beschränkungen, die es doch gibt. Deswegen ist es für uns alle natürlich auch nicht so einfach, weil ja der weitaus größte Teil der Abgeordneten hier im Parlament über viele Detailkenntnisse überhaupt nicht verfügt. Ich glaube, dass wir durchaus konstatieren können, dass Sie im Rahmen des gesetzlich Möglichen alles versucht haben, um das Parlament hier auch umfassend zu informieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade die **maritime Wirtschaft** und unsere **Spar-kassenlandschaft** müssen bei der anstehenden Übernahme der notleidenden Schiffskredite besonders berücksichtigt werden. Für uns ist es natürlich besonders problematisch, dass die **Wertgutachten** zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung des Parlaments schlicht und ergreifend nicht vorliegen, so dass wir den Marktwert der maroden Schiffskredite heute überhaupt nicht beurteilen können. Da sage ich ganz deutlich, das geht nicht nur uns so, sondern das wird den regierungstragenden Fraktionen auch so ergehen. Und sich heute hier hinzustellen

und so zu tun, als wäre dieser Weg, den Sie vorgeschlagen haben, einer, dem man guten Gewissens und freien Herzens seine Zustimmung geben sollte, wäre nicht nachvollziehbar. Ich glaube aber auch nicht unbedingt, dass das bei den regierungstragenden Fraktionen der Fall ist.

(Beifall CDU)

Und ebenso wie die CDU-Freunde in Hamburg, so wären auch wir heute bereit gewesen, den Staatsverträgen in abgeänderter Form zuzustimmen. Sie sagen, Frau Ministerin, die Landtage könnten keine Staatsverträge ändern. Das stimmt, die Landtage können auch keine Staatsverträge abschließen. Aber wenn in Hamburg und in Schleswig-Holstein die Parlamente unisono eine Änderung der **Staatsverträge** beschließen würden, dann könnten doch die Regierungen auf dieser Grundlage selbstverständlich einen anderen Staatsvertrag abschließen. Das ist doch die Logik, die dahintersteckt: Das könnten Sie doch miteinander aushandeln.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Wir sind mit unserer Bereitschaft einen enormen Schritt auf die Landesregierung zugegangen. Wir als CDU-Fraktion haben gezeigt, dass wir zu unserer Verantwortung stehen und dass wir insbesondere wissen, dass Folgen für unsere Sparkassen in Schleswig-Holstein eine andere Lösung als das, was Sie im Kern vorschlagen, nämlich eine Abwicklung, für uns auch nicht zustimmungsfähig gewesen wäre. Ich fand, dass Sie in Ihrer Rede immer den Eindruck erweckt haben, als wäre das die Alternative, für die die Union steht. Genau das tun wir eben nicht. Deswegen liegt ein völlig anderer Antrag vor. Wenn Sie den etwas intensiver gelesen hätten, hätten Sie das hier im Parlament eben auch nicht so formuliert, Frau Ministerin.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Wir haben in der letzten Woche sehr aufmerksam die Presseerklärung von SPD, Grünen und SSW zu **unserem Vorschlag** gelesen, der übrigens umgekehrt auch von Respekt geprägt war und durchaus auch Signale ausgesandt hat: Das wäre ein Vorschlag, über den wir uns unterhalten können!

Frau Ministerin, das, was Sie letzte Woche dazu gesagt haben, und das, was Sie heute hier im Parlament gesagt haben, das haben Sie doch in Wahrheit überhaupt nicht zur CDU-Fraktion gesagt, sondern das haben Sie zu Ihren regierungstragenden Fraktionen gesagt, um dort für Disziplin zu sorgen, damit die zu Ihrem Vorschlag stehen. Das ist doch die

(Daniel Günther)

Wahrheit, weshalb Sie sich hier heute so hingestellt haben, Frau Ministerin.

(Beifall CDU)

Und weil wir uns in der letzten Debatte hier im Parlament von unserer Seite aus immer zu der **gemeinsamen Verantwortung** bekannt haben und wir danach in der weiteren Debatte gehört haben, wie hier die regierungstragenden Fraktionen gegenüber der Öffentlichkeit das Märchen aufbauen wollten, alles wäre 2009 passiert, da wären die entscheidenden Fehler passiert, und wir dann, Frau Ministerin, heute Ihre Rede hier hören und auch Ihre Interviews, die Sie im Vorfeld in der Zeitung gegeben haben: Also kurz vor der Heiligsprechung in Sachen HSH Nordbank stehen auch Sie nicht, Frau Ministerin Heinold! Und das sage ich Ihnen auch in aller Deutlichkeit.

(Beifall CDU)

Von uns Verantwortung einzufordern, auch mit einer Schärfe in der Rede, die ich wirklich nach der Debatte und nach den vielen positiven Gesprächen, die wir miteinander geführt haben, heute - und ich sage das in aller Deutlichkeit - für völlig unangemessen gehalten habe, Frau Ministerin,

(Beifall CDU)

dass ausgerechnet Sie uns an unsere Verantwortung erinnern und sagen, auch in der Opposition müssten wir uns eins zu eins an den Vorschlag der Landesregierung halten, und im gleichen Atemzug zu sagen, dass Sie in Oppositionszeiten niemals gemeinsam Verantwortung übernommen haben, und sich dann heute hier auch noch hinzustellen und zu verschweigen, dass jede Entscheidung, die nach 2003 getroffen worden ist, niemals zu dieser Diskussion heute hätte führen müssen, wenn damals in 2003 unter Verantwortung von Rot-Grün nicht dieses finanzielle Abenteuer begonnen hätte: Alle anderen nachfolgenden Entscheidungen sind doch nur deswegen vonnöten gewesen, Frau Ministerin Heinold.

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, Ihr Problem ist und deswegen müssen Sie immer nur Zwischenrufe machen, dass Sie ganz bewusst nicht ein einziges Mal zum Thema HSH Nordbank hier im Landtag reden. Aus gutem Grund, weil Sie nämlich das schlechteste Gewissen von allen haben müssen, weil Sie nämlich immer in Verantwortung gewesen sind, bei allen Entscheidungen, die dort getroffen worden sind.

(Beifall CDU und FDP)

Wir bleiben dabei: Einen Blankoscheck stellen wir Ihnen nicht aus. Und alle Risikoprognozen der Landesregierung, die uns bekannt sind, sind durch unsere Kreditermächtigungen abgedeckt. Deswegen haben wir unsere Zustimmung - und ich sage noch einmal: unsere Zustimmung zu den Staatsverträgen; und wir diskutieren bis Freitag noch darüber; es besteht ja noch eine Möglichkeit - immer daran geknüpft, dass wir bei der Errichtung der HSH Portfoliomanagementanstalt sagen, wir brauchen nur 3,1 Milliarden € Kreditverpflichtungen; und genauso bei der Kreditverpflichtung, was das Thema hsh finanzfonds angeht, da brauchen wir auch eine Reduzierung auf 75 %.

Und jetzt sage ich einmal: Wenn Sie, Frau Ministerin, in Ihrer Rede behaupten, unsere Zahlen wären aus der Luft gegriffen, dann sage ich Ihnen: Unsere Zahlen orientieren sich an den Risikoprognozen, die uns bekannt sind. Ihre Zahlen, die Sie vorgelegt haben, Frau Ministerin Heinold, die sind völlig aus der Luft gegriffen. Da gibt es keinen einzigen belegbaren Zusammenhang außer den, dass in den bisherigen Verhandlungen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein diese beliebigen Summen festgelegt worden sind. Keine andere öffentliche Begründung haben Sie heute genannt, keine substantielle Kritik an den Begrenzungen, die wir gemacht haben. Insofern sehe ich überhaupt keinen einzigen Grund dafür, dass Sie unserem Vorschlag nicht auch Ihre Zustimmung geben können.

(Beifall CDU)

Und verstehen Sie bitte die gewisse Skepsis, die uns als Oppositionspolitiker natürlich auch umtreibt. Wenn die Landesregierung die Zahlen nicht belegen kann, dann fragt man sich als Oppositionspolitiker schon: Warum will denn die Landesregierung so **hohe Kreditermächtigungen** haben? Mit welcher Begründung denn, wenn das nicht dargelegt werden kann? Die einzige Begründung kann doch aus unserer Sicht nur sein, dass Sie sich möglichst viel Handlungsspielraum lassen wollen.

Deswegen frage ich mich doch zu Ihrem heute vorgetragenen Gegenvorschlag, Frau Ministerin, in dem Sie sagen: „Ja, wir machen einen Kompromiss mit der Opposition, wir beschließen jetzt erst einmal die erhöhten Kreditermächtigungen, und dann können wir sie am Ende immer noch absenken“: Wenn das möglich ist, Frau Ministerin, wenn das wirklich möglich ist, wodurch Sie in dem Fall gegen Staatsverträge, die abgeschlossen worden sind, verstoßen würden, warum soll denn heute nicht der umgekehrte Weg möglich sein, dass wir als Parla-

(Daniel Günther)

ment Ihnen an der Stelle die Daumenschrauben anlegen, Frau Ministerin Heinold?

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP])

Politisch-strategisch kann ich das verstehen. Mit Ihrem Weg würden Sie dafür Sorge tragen, dass vor der nächsten **Landtagswahl** dieses Thema für Sie nicht mehr geschäftsschädigend wird, weil nämlich alle Entscheidungen dann heute vom Parlament getroffen worden sind. Das ist Ihr strategischer Plan.

Ihr zweiter strategischer Plan ist, dass nichts in diesem **Landeshaushalt** wirksam wird. Genauso, wie bei allen anderen Entscheidungen: Die nachfolgenden Regierungen sollen die Zeche für das bezahlen, was heute gemacht wird. Keiner von uns kann doch dafür seine Hand heben. Das haben Sie in der letzten Woche auch in aller Öffentlichkeit gesagt.

Wir haben uns immer gefragt, wofür die Kreditermächtigungen notwendig sind. - Die sind dafür notwendig, dass daraus dann auch noch die Zinsen bezahlt werden. Da haben Sie mit der Ansage deutlich gemacht, dass Sie wollen, dass der Steuerzahler überhaupt nicht merkt, welche Lasten auf das Land Schleswig-Holstein zukommen. Das ist doch ein Weg - das sage ich auch in Richtung SPD, Grüne und SSW -, den wir doch nicht nur als Oppositionspolitiker nicht mitgehen können, sondern das kann doch auch nicht das Ziel des Landtags sein, dass wir an dem heutigen Tag einer Regierung einen solchen Freibrief ausstellen, ohne dass wir die finanziellen Lasten für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kennen. Dem Weg können Sie doch so nicht zustimmen!

(Beifall CDU)

Nein, diese Kosten gehören in den Landeshaushalt. Bei den anderen Kosten kann ich das nachvollziehen, aber diese Kosten gehören explizit in den Landeshaushalt. Es darf keine Schattenhaushalte geben, nur damit der Landesregierung auf dem Papier finanzielle Spielräume eröffnet werden, die es überhaupt nicht gibt.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, wenn Sie einmal auf die Uhr schauen wollen!

**Daniel Günther [CDU]:**

Oh ja, das sehe ich jetzt auch gerade.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle zu: Wenn wir am Ende feststellen, dass es darüber hinausgehende **Kreditermächtigungen** geben muss, dann können

wir uns hier im Parlament gern nach Vorlage der **Gutachten** darüber unterhalten. Aber ich sage Ihnen sehr deutlich auch mit Blick auf Freitag: Im Voraus solchen hohen Summen zuzustimmen, wenn nicht klar ist, ob sie gebraucht werden - das werden wir nicht mitmachen. Wir ziehen die Daumenschrauben an - zum Schutz unseres Landesvermögens und im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.

(Lang anhaltender Beifall CDU - Lachen  
Beate Raudies [SPD])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Thomas Rother.

**Thomas Rother [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung legt Ihnen nun den **Gesetzesentwurf zur Änderung eines Staatsvertrags** und zur **Errichtung einer weiteren Anstalt des öffentlichen Rechts zum Portfoliomanagement** bei der HSH Nordbank vor. Dieser Gesetzesentwurf ist - von einer kleinen Änderung abgesehen - auch keine Neuigkeit, sondern lag schon zur letzten Landtagstagung vor und war dort bereits Gegenstand der Beratung. Daher können wir in diesem Fall vielleicht sogar tatsächlich praktisch von drei Lesungen in diesem Haus sprechen. Ich kann überhaupt keinen Zeitdruck, Informationsmangel oder Ähnliches feststellen - was in der Öffentlichkeit behauptet wurde -, denn wir haben in den Sitzungen von Finanzausschuss und Beteiligungsausschuss ausführlich mit den Vertretern der Landesregierung und den beratenden Unternehmen über diese Drucksache gesprochen und auch die Fragen aus der letzten Landtagstagung eingehend erörtert.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Zur Sitzung des Finanzausschusses, Herr Kubicki, vor 13 Tagen waren alle Abgeordneten eingeladen. Außer den Ausschussmitgliedern war als einziger weiterer Abgeordneter der Kollege Dornquast anwesend. Alle anderen scheinen sich gut informiert gefühlt zu haben, oder ihre Fragen scheinen auf anderen Wegen beantwortet worden zu sein.

(Zuruf SPD: Hört, hört!)

Hätten wir in der Novembertagung eine erste Lesung gehabt, hätten wir dort tatsächlich über Änderungen - das stimmt - zu den **Staatsverträgen** reden können. Das war ja noch vor der Hamburgischen Beteiligung, natürlich noch bevor eine Ent-

(Thomas Rother)

scheidung der Hamburgischen Bürgerschaft getroffen worden wäre. Das ist vom Zeitablauf richtig. So bleibt uns nach der Hamburger Entscheidung schlicht nur die Möglichkeit, gemäß den Bestimmungen der Landesverfassung Ja oder Nein zu diesem Gesetzentwurf zu sagen. Unser Zustimmungrecht beinhaltet keine **Abänderungsbefugnis**. Modifikationen können nur von den Verhandlungspartnern ausgehandelt werden. Begleitende Beschlüsse dazu wären aber tatsächlich etwas ganz anderes. Der CDU-Antrag ist da sozusagen dreigeteilt.

Bevor ich allerdings von diesen formalen Dingen zu den Inhalten komme, nur noch einige Worte zu Herrn Günther. Er hat darauf abgestellt, wann das alles begonnen hat. Ich habe natürlich auch die Debatte in Hamburg verfolgt und habe mich ein bisschen darüber amüsiert, was mein Hamburger SPD-Kollege gesagt hat. Er hat natürlich genau aus der anderen Richtung argumentiert: Von Beust und Peiner, das waren zu der Zeit die Bösen. Insofern können wir uns das im Prinzip sparen, weil - bis auf die PIRATEN - tatsächlich alle irgendwann an einer Stelle einmal am Ruder gewesen sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Bitte?)

Den Inhalt, liebe Kolleginnen und Kollegen, hatten wir grundlegend in der letzten Tagung erörtert, so dass ich vor allem zu den vorliegenden Anträgen Stellung beziehen möchte.

Der **CDU-Antrag** besteht, wie ich schon gesagt habe, aus drei Forderungen. Dem dritten Teil dieser Forderungen - fast identisch mit den Forderungen der Hamburger CDU - könnten wir im Wesentlichen sogar zustimmen. Auch wir wollen Vermögensschäden für das Land reduzieren. - Wer will das nicht? Wenn sich die Aktionärsstruktur in der Holding widerspiegelt - umso besser! Es ist richtig, dass keine zusätzlichen Garantien oder Ähnliches für die Holding übernommen werden. Es ist genauso richtig, dass die Auswirkungen auf die maritime Wirtschaft und die Sparkassen Berücksichtigung finden müssen. Und dass wir uns für den Standort Kiel und die dortigen Arbeitsplätze einsetzen - natürlich gern gemeinsam! Dass wir uns wie bisher umfassend und zeitnah über die Umsetzung der Maßnahmen unterrichten lassen - sowieso!

Was allerdings nicht geht, ist die **Begrenzung der Tätigkeit der neuen Anstalt** des öffentlichen Rechts allein auf die **reine Kreditaufnahme** für die 6,2 Milliarden €. Schauen Sie einmal in die Begründung. Es könnte natürlich notwendig sein, dass die neue AöR für die Erfüllung ihrer Aufgaben wei-

tere Gesellschaften gründen oder sich an diesen beteiligen muss. Und sie muss natürlich Papiere auch wieder loswerden. Vielleicht mag das auch bei Ihnen nur ein Schreibfehler gewesen sein. Immerhin unterlaufen Sie mit dieser Formulierung Ihre Forderung aus der Nummer 1 Ihres Antrags nach der Halbierung des Betrags der Kreditermächtigung auf 3,1 Milliarden €.

Immerhin haben Sie im dritten Punkt des Antrags schon einmal die 6,2 Milliarden € genannt. Das ist schon einmal gut.

Begründet wird Ihre Forderung nach der **Halbierung** dadurch, dass angesichts des offenbar geringen Marktwerts der notleidenden Schiffskredite damit eine zu hohe **Kreditermächtigung** erteilt werden würde. In der vertraulichen Sitzung des Finanzausschusses haben wir ausführlich darüber gesprochen, wie sich diese Zahlen herleiten, und im Treaserverfahren war das tatsächlich auch nachzuvollziehen. Daher kann ich nur feststellen, dass die Forderung der CDU hier ein völlig frei gegriffener Betrag ist, der nur genannt wird, um der Landesregierung irgendwie das Handeln schwer zu machen. Heute Nachmittag werden wir der Landesregierung auch noch im Rahmen der Haushaltsberatung ganz andere Ermächtigungen gewähren, und ein Sperrvermerk ist hier auch nicht möglich - oder ich müsste mich täuschen.

Hinzu kommt, dass dieser Betrag Gegenstand der **Vereinbarung** mit den **europäischen Gremien** ist. Welches Signal nach Brüssel, nach Frankfurt und auch an die Kunden der Bank wäre es wohl, wenn die Länder hier offenkundig nicht den Vereinbarungen nachkämen, sondern sich gern die Garantierhöhung und die Senkung der Aval-Gebühr genehmigen lassen, ohne ihren Teil zur Bewältigung der Situation beizutragen!

Das gilt genauso für die Nummer 2 des CDU-Antrags, mit welcher eine **Begrenzung der Kreditaufnahme auf 75 %** des maximalen **Garantiebetrags** für die bestehende Anstalt öffentlichen Rechts gefordert wird. Das hat genau dieselbe Wirkung und passt überhaupt nicht zu dem eigentlichen Anlass des Verfahrens, nämlich der Erhöhung des Garantierahmens von 7 Milliarden auf 10 Milliarden €.

Dass beide Beträge vielleicht mehr als ausreichen könnten, ist dabei eine ganz andere Frage, die wir hier und heute gar nicht beantworten können. Grundlegend bleiben die Vereinbarungen mit den europäischen Gremien, die gegenüber einer sofortigen Abwicklung der Bank - auch das ist aus den

(Thomas Rother)

Unterlagen nachvollziehbar - in der Wirkung mit all ihren Folgen die zu bevorzugende Lösung bleiben.

Nun zum **FDP-Antrag**. Es wäre gut gewesen, die schrecklich formulierte Begründung, die sich auch im Hamburger FDP-Antrag wiederfindet, wegzulassen. Immerhin haben Sie es im Gegensatz zu den Hamburger FDP-Leuten geschafft, sechs klare Punkte zu formulieren. Das macht es auch für mich ein bisschen einfacher.

Zum ersten Punkt: Die **beschlussreife Vorlage**, die Sie fordern, haben wir ja.

Zum zweiten Punkt, **Konzept für die Privatisierung**: Ich verweise hier auf die allerletzte Seite der Vorlage und deren letzten Abschnitt, in dem es heißt:

„Die nähere Ausgestaltung der Vorbereitung, etwaige Überlegungen über die Art und Weise des Verkaufs sowie Überlegungen hinsichtlich etwaiger Erwerber werden in den kommenden Monaten zu definieren sein.“

Die Ministerin hat dazu eben noch einmal Stellung bezogen. Sie sollten der Landesregierung an dieser Stelle die erforderliche Zeit geben, ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Das ist natürlich etwas anderes als eine Sofortabwicklung, wie Sie sie fordern.

Zum dritten Punkt, Ermittlung des konkreten Finanzmittelbedarfs: Das sind bis zu 10 Milliarden € bei der info und bis zu 6,2 Milliarden € bei der hsh portfoliomanagement AöR - das wissen wir -, ganz wie mit den EU-Instanzen vereinbart. Entsprechend muss die Ermächtigung ausgestaltet sein. Ich wiederhole: Welch fatales Signal wäre es, wenn die Länder deutlich machten, dass sie nicht für die Summen der Vereinbarungen eintreten!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie haben die Vereinbarung wahrscheinlich gar nicht gelesen!)

- Doch, natürlich. - Welcher Betrag davon tatsächlich fällig wird - auch das ist hier von der Ministerin schon genannt worden -, steht in der Tat auf einem ganz anderen Blatt. Das könnte im weiteren Verlauf natürlich zu einer Absenkung des Kreditrahmens führen - das hat Frau Heinold auch ausgeführt -, aber eben zu einem späteren Zeitpunkt.

Damit zum vierten Punkt, **Begrenzung der Kreditermächtigungen** auf 10 Milliarden €: Da wiederhole ich mich: Wir haben die 10-Milliarden-€-Garantiesumme beantragt, und die europäischen In-

stanzen haben uns für 6,2 Milliarden € Bad-Bank-Papiere obendrauf gelegt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt so nicht! Sie erzählen Unsinn!)

- Herr Kubicki, die Alternative dazu wäre die sofortige Abwicklung der Bank. Das würde für alle Beteiligten - das müsste auch Ihr Kollege wissen, der am Tresorverfahren wahrscheinlich teilgenommen hat - definitiv noch teurer werden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das steht da genau so nicht drin!)

- Doch, natürlich. Das kann man vielleicht unterschiedlich interpretieren. Es ist natürlich schwierig, wenn man aus den Unterlagen nicht zitieren darf.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, das stimmt, da haben Sie ausnahmsweise einmal recht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Fünfter Punkt, **zeitlich enge Befristung der Kreditermächtigungen**: Das ist nett gesagt, es müssen aber erst alle Positionen verwertet und abgerechnet sein. Wie lange das dauert, da liefert vielleicht nur die WestLB Anhaltspunkte. Es erschließt sich von selbst, dass beide Anstalten nicht aus Selbstzweck gegründet werden, sondern nach Zweckerfüllung aufzulösen sind.

Punkt sechs, **zeitnahe Berichterstattung**: Das macht die Landesregierung bereits sehr detailliert und in vorbildhafter Weise. Ich bin sicher, sie wird das auch weiter tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bringen hier eine schwierige Entscheidung auf den Weg zur Beschlussfassung am kommenden Freitag. Diese Entscheidung wird das Land unzweifelhaft viel Geld kosten. Die Fehler, die zu dieser Situation geführt haben, sind aber vor zehn Jahren gemacht worden und nicht heute.

Auch wenn die Bank heute besser dasteht als noch vor wenigen Jahren, kann sie sich aus eigener Kraft nicht retten. Das wissen wir. Es ist unsere Aufgabe, den Vermögensschaden für die Landeskasse möglichst gering zu halten. Es geht nicht um Blankoschecks, sondern um Handlungsfähigkeit und um die Erfüllung der Vereinbarungen mit den europäischen Instanzen.

Die Volksbanken werben damit, den Weg frei zu machen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das sollten wir tun und uns nicht vor der Verantwortung drücken.

(Thomas Rother)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung, die wir in diesen Tagen zur HSH Nordbank treffen müssen, ist die schwerste Entscheidung in dieser Wahlperiode und - andere Kollegen haben das in den letzten Tagen schon gesagt - wahrscheinlich eine der schwersten Entscheidungen in der Geschichte unseres Landes überhaupt.

Die Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein zur Verständigung mit der EU-Kommission ist der Anfang vom **Ende der HSH Nordbank im Eigentum der Länder**. Es geht darum, mit wie wenig Schaden wir aus der Bank aussteigen können, nicht um ein Weiterso mit vagen Hoffnungen, wie es vielleicht bei der Entscheidung zur 10-Milliarden-Garantie 2009 der Fall war. Entweder führt die Abspaltung der faulen Kredite dazu, dass sich die operative Bank privatisiert erholt, oder sie wird abgewickelt.

Mit der Einigung in Brüssel entgehen wir einer sofortigen Abwicklung. Dadurch schützen wir unser Landesvermögen so gut wie möglich. Jedenfalls stützen alle Zahlen, die wir in den Beratungen in den letzten Wochen dazu bekommen haben, diese Aussage.

Eine sofortige Abwicklung hätte zudem eine Krise des Sparkassensektors auslösen können.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Auch diese Wahrheit gehört auf den Tisch, Herr Kollege. Die **Sparkassen** sind durch die **Gewährträgerhaftung** mit 18 % beteiligt. Das können wir in dieser Debatte nicht ausblenden. Es geht auch darum, eine Kettenreaktion, die Folgen für den Sparkassensektor und viele Sparkassenkunden bei uns im Land und darüber hinaus haben könnte, auszuschließen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzeln SSW)

Die gefundene Lösung ist aus mehreren Gründen aller Voraussicht nach vermögenschonender als ei-

ne sofortige Abwicklung. Das sind - die Finanzministerin hat es gesagt - die beiden realistischen Alternativen, über die wir hier reden.

Das liegt zum einen daran, dass die starke **Absenkung** der **Gewährträgerhaftung** von 12,2 Milliarden € im Oktober 2015, als die Entscheidung in Brüssel gefallen ist, auf rund 2,5 Milliarden € ab Januar 2016 eine erhebliche Reduktion ist, die wir in dieser Debatte berücksichtigen müssen. Wir kriegen von der Bank weiter Garantiegebühren, auch wenn die in Zukunft in verringerter Höhe gezahlt werden. Und mit der Verkaufsoption besteht die Möglichkeit, dass die Verluste durch den Erlös weiter verringert werden.

CDU und FDP haben eigene Anträge vorgelegt.

Die **CDU** akzeptiert das mit der EU-Kommission vereinbarte Modell inzwischen grundsätzlich. Das ist ein Fortschritt, das erkennen wir an. Wir glauben allerdings, dass die Änderungsvorschläge, die Sie hier heute beantragen und die mit an den Ausschuss zur Beratung überwiesen werden, aus unserer Sicht nicht zielführend sind. Die EU würde eine **Einschränkung** des **Kreditrahmens** höchstwahrscheinlich als Abkehr von der Einigung verstehen. Herr Günther, ich finde, dass Sie in Ihrer Rede schuldig geblieben sind, wie Sie mit diesem Argument umgehen. Ob man Staatsverträge formal ändern kann oder nicht, ist das eine, aber wie Sie einschätzen, was der nächste Schritt sein soll, wie Ihr Antrag praktisch umgesetzt werden soll, ist mir schleierhaft. Wir können uns nicht vorstellen, dass es zu **Nachverhandlungen** mit der **EU-Kommission** kommen wird.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Im Gegenteil, was passieren könnte, ist, dass wir **Signale an den Markt** und die Ratingagenturen aussenden, die schwer kontrollierbar wären. Diese Debatte zu führen, ist mühselig, denn Staatsverträge sind kein Wünschdirwas, auch wenn wir als Grüne und als Regierungskoalition insgesamt sicherlich nicht darüber begeistert sind, dass wir von Finanzmärkten, von Ratingagenturen abhängig sind. Das widert gerade uns Grüne stark an. Aber wir können das in dieser Debatte nicht ausblenden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir können nur Ja oder Nein sagen. Das ist unbefriedigend und bitter, aber das ist die Wahrheit. Sie wollen verhindern, dass das Land mehr Altlasten übernimmt als angekündigt. Das teilen auch wir; niemand will, dass die Länder mehr ankaufen als



(Rasmus Andresen)

die vereinbarten Portfolien mit dem Ursprungswert von 6,2 Milliarden €.

Mit dem **Vorschlag**, den die **Finanzministerin** heute Morgen in ihrer Rede gemacht hat, nach der Wertermittlung und dem Ankauf der Portfolien die Kreditermächtigung abzusenken, liegt ein guter Kompromiss, eine Handreichung auf dem Tisch, ein Kompromissangebot, das anders als Ihr Antrag vereinbart werden könnte. Das ist ein Weg, der formal geht und ein Zugehen auf Ihre Fraktion bedeutet. Ich bitte Sie, in den nächsten Stunden und im Rahmen der Ausschussberatung ernsthaft darüber nachzudenken.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Günther und Herr Koch, wenn Sie es ernst meinen, sollten Sie darüber noch einmal nachdenken. Ich nehme es sehr ernst, dass Sie gesagt haben, dass Sie sich nicht aus der Verantwortung verabschieden, sondern sehr wohl weiter Teil von konstruktiven Lösungen sein wollen - mit der Verantwortung, die auch Mitglieder Ihrer Fraktion und Partei bei diesem Thema getragen haben.

Liebe Kollegen der **FDP**, mit Ihnen verhält es sich ein bisschen anders. Wir teilen ja eine gemeinsame Geschichte. Unsere beiden Fraktionen haben sich 2009 sehr skeptisch gegenüber der Regierung Carstensen und dem **10-Milliarden-Garantie-Konstrukt** positioniert, das damals beschlossen wurde. Heute wissen wir - nicht um rechthaberisch zu sein -, heute kann man feststellen, dass die Entscheidung von damals eigentlich nur eine Vertagung in die Zukunft, auf heute gewesen ist.

Auch wir Grüne - das will ich ganz deutlich sagen - tragen natürlich **Verantwortung** aus den rot-grünen Regierungsjahren bis 2005. Damals fand die Fusion der Landesbanken statt. Vermutlich war auch das schon ein Fehler, ja.

Die FDP muss sich hingegen den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die Garantieabsenkung von 10 Milliarden auf 7 Milliarden €, die zu diesem Beihilfungsverfahren geführt hat, in ihrer Regierungszeit zwischen 2009 und 2012 nicht verhindert hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch gar nicht beschlossen worden von uns! Wir konnten dagegen nichts tun!)

Und wenn Sie sagen, dass das Quatsch ist, dann erinnere ich Sie an viele Debatten in den letzten zwei Jahren, Herr Kollege, in denen Sie uns vorgeworfen haben, dass wir nicht in das laufende Geschäft der Bank eingreifen, beispielsweise bei Vergütung oder

anderen Sachen. Ich könnte genug Zitate von Ihnen finden, in denen Sie uns das zum Vorwurf machen.

Mir geht es darum, hier keine Schuldzuweisungen zu betreiben, sondern zu sagen, dass CDU, FDP, GRÜNE und SPD, wir alle, unseren Teil zu der negativen Entwicklung der Bank beigetragen haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, aber in sehr, sehr unterschiedlichen Ausprägungen!)

- Ja, manche stärker, manche weniger stark. Aber es kann sich hier keiner in die Büsche schlagen und so tun, als wenn er damit nichts zu tun gehabt hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Konsequenz aus dem, was Sie möchten, liebe FDP-Fraktion, ist die **Ablehnung des Staatsvertrags**. So werden Sie sich wahrscheinlich am Freitag verhalten - zumindest habe ich das bisher so verstanden, auch die Beiträge von Herrn Garg in den letzten Tagen. Das überzeugt uns aus einem Grund nicht, nämlich weil wir nicht wissen, was die **Konsequenz** daraus sein könnte. Die Konsequenz daraus ist viel unklarer, als diesen Weg der Einigung mit der EU-Kommission zu gehen. Denn damit haben wir zumindest ein **geordnetes Verfahren**. Wir wissen auch da nicht, wie hoch am Schluss das Risiko sein wird, aber wir wissen, dass wir in ein geordnetes Verfahren einsteigen. Das ist sehr, sehr viel wert.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Beate Raudies [SPD])

Wir haben in der ersten Lesung sehr lange und sehr viel über die **Marktpreisermittlung** für das Portfolio geredet. Grundlage dafür ist die Annahme - die ich sehr gut verstehen kann und bei der ich zunächst auch gedacht habe, na ja, das klingt ja schlüssig -, dass es einen Preis oder einen Wert gibt, der allesentscheidend ist. Das ist so ein bisschen die CDU-Position in der ersten Lesung gewesen. Es wurde argumentiert, dass man bestimmte Entscheidungen erst danach treffen könne. Die Beratungen im Ausschuss - und Sie sind ja inzwischen auch von dieser Forderung wieder abgerückt - haben gezeigt, dass es so nicht ist, sondern dass die Wertermittlung von unserer Entscheidung getrennt zu betrachten ist. Sie ist nicht unwichtig, natürlich spielt das mit rein, das ist gar keine Frage, aber für die Entscheidung, die wir hier alle am Freitag treffen müssen, ist sie nicht entscheidend. Das liegt daran, dass der Wert des Portfolios steigt, wenn der Verkaufspreis steigt, das dann aber auf der anderen Seite mit der Garantie verrechnet wird. Deshalb ist das für die Frage, wie wir uns hier am Freitag ver-

**(Rasmus Andresen)**

halten, keine entscheidende Frage mehr. Ich bin auch froh darüber, dass die CDU an dieser Position nicht mehr grundsätzlich festhält beziehungsweise sie nicht zur Bedingung für ihr Abstimmungsverhalten macht.

Das Risiko, dass die Länder zu viel bezahlen müssten und die Portfolien danach weiter an Wert verlieren werden, ist aus unserer Sicht auch eher gering. Das liegt zum einen daran, dass es sich sowieso um Schrottwerte handelt, zum anderen geht es darum, dass der Preis im Stressszenario von externen Gutachtern ermittelt wird, und weiter liegt es daran, dass die EU-Kommission trotz dieser schon guten Verfahren danach möglicherweise noch einen Abschlag vornehmen wird. Auch eine verschlechterte Wirtschaftslage, die dann immer zum Szenario mit dazugehört, würde sich in einem Abwicklungsszenario genauso abbilden und zu Buche schlagen, sich also negativ für das Land auswirken.

Wir Grüne machen uns diese Entscheidung nicht leicht. Ich möchte das sagen, und meine Kollegin von Kalben wird am Freitag in der Debatte dazu noch ein bisschen mehr sagen. Das liegt zum einen - wie bei vielen anderen Kollegen natürlich auch - daran, dass die **Reichweite der Entscheidung** und auch die grundsätzlichen Erwägungen, die man zu diesem Thema haben kann, sehr, sehr weitreichend sind. Sie können uns glauben, dass das für keinen, egal ob man in einer Regierung oder in der Opposition ist, hier eine einfache Entscheidung ist. Die Entscheidung geht auch an die Grenzen dessen, was wir beurteilen können. Denn je tiefer man - das haben bei uns auch Kollegen festgestellt - in die Materie eindringt, desto komplizierter wird es. Hinzu kommt auch der Aspekt, dass ein Teil der Unterlagen nicht einmal dem ganzen Parlament vorliegt.

Wir sehen allerdings, dass wir uns in einem demokratischen **Dilemma** befinden, weil wir keine Lösung sehen, die besser funktioniert, und auch keine Lösung, die uns vor dem Hintergrund dessen, was ich gerade zu den Anträgen der Opposition gesagt habe, so schlüssig erscheint, dass wir uns am Freitag in der Abstimmung hier anders verhalten können.

Ich hoffe, dass wir die nächsten beiden Tage und die Beratung im Finanzausschuss noch dazu nutzen, die letzten Fragen zu klären und vielleicht - Richtung Union - auch dazu, über das Angebot der Finanzministerin noch einmal nachzudenken.

Ich möchte mich aber hier schon einmal bei der Finanzministerin, beim Staatssekretär und bei dem ganzen Haus sowie bei allen, die mit dieser Ent-

scheidung in den letzten Monaten zu tun gehabt haben und die das Parlament, so gut es ging, informiert haben, bedanken. Alles, was es an grundsätzlichen demokratischen Problemen gibt, ist nichts, was an dem Finanzministerium oder an der Landesregierung liegt, sondern ist der Sache und dem Konstrukt geschuldet. Dafür möchte ich mich bedanken. Ich hoffe, dass wir eine gute Entscheidung treffen werden und damit den Anfang vom Ende der HSH Nordbank in Landeseigentum einleiten. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtages Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Plön. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich tatsächlich bei der Finanzministerin Monika Heinold bedanken, nicht für den Wortbeitrag heute, sondern für die Tatsache, dass wir in den letzten Jahren eigentlich immer, wenn es um die Frage der HSH Nordbank ging, sehr vertrauensvoll und sehr intensiv unsere Positionen haben austauschen können, ohne dass wechselseitig der Anspruch entstanden ist, man müsse recht haben. Denn das Dilemma, in dem wir uns gerade befinden, ist, dass niemand von uns heute sagen kann, wer im Endeffekt recht haben wird. Ich komme darauf noch einmal zurück.

Vielleicht muss man am Anfang dieser Debatte darauf hinweisen, dass wir uns bei einer sehr gefährlichen Operation am offenen Herzen befinden, denn es geht im Ergebnis um 20 Milliarden €, die die HSH Nordbank zwischen dem Jahr 2005 und dem Jahr 2015 zulasten des Steuerzahlers in Schleswig-Holstein und Hamburg versenkt hat. Es geht um 20 Milliarden €, umgerechnet etwa 1 Milliarde € pro Jahr für jedes Land: Was hätten wir als Landtag, was hätten wir - egal welche Regierung, egal welche Opposition - mit diesem Geld anfangen können in Anbetracht der Tatsache, dass wir Haus-

(Wolfgang Kubicki)

haltsnotlageland sind und eine vielfältige Anzahl von Aufgaben zu bewältigen haben!

Um das einmal deutlich zu machen: Die **Einigung** mit der **EU-Kommission** ist in Wahrheit keine Einigung, sie wird nur so verkauft, sondern es ist das **Abwicklungsdiktat** der EU-Kommission an das Land Schleswig-Holstein, nachdem sich herausgestellt hat, dass die Behauptung der HSH Nordbank, ihr Geschäftsmodell sei tragfähig, nicht stimmt. Es ist eine Abwicklungsbeihilfe - Abwicklungsbeihilfe! -, und in den Eckpunkten, die noch von der Kommission Mitte nächsten Jahres bestätigt werden müssen - wir wissen ja noch gar nicht genau, wie das aussieht -, sind bestimmte Dinge festgehalten.

Erstens: Die HSH Nordbank hat keine Zukunft, deshalb muss sie abgewickelt werden. Das ist keine Sanierungsbeihilfe - aus Sicht der Kommission.

Zweitens: Die HSH Nordbank - wie soll ich es sagen - wird vom Markt verschwinden, es sei denn, die Schleswig-Holsteiner schaffen es in den nächsten zwei Jahren nach der Genehmigung der Kommission, die HSH Nordbank zu verkaufen. Darauf komme ich noch einmal zurück.

Drittens wird der HSH Nordbank erlaubt, was sie ohnehin hätte machen dürfen, 8,2 Milliarden € faule Kredite am Markt zu platzieren. Für den Fall, dass das nicht geht, weil der Markt nicht aufnahmefähig ist - nur für diesen Fall -, erlaubt die Kommission den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein, bis zu 6,2 Milliarden € zu übernehmende Papiere zu investieren, um die Papiere zu übernehmen und sie dann ihrerseits an den Markt zu bringen. Aber zunächst ist die private Form diejenige welche. Wenn wir feststellen, dass wir die Kredite in Höhe von 8,2 Milliarden € nicht am Markt platzieren können, gibt es für die in Höhe von 6,2 Milliarden € auch keinen **Marktpreis**. Denn der Marktpreis setzt voraus, dass Marktteilnehmer bereit sind, das zu einem bestimmten Preis zu kaufen. Das heißt, es gibt dann eine politische, eine ökonomische oder wie auch immer geartete Bewertung, aber das wird auf jeden Fall dazu führen, dass die Verluste an dem Vermögen des Landes Schleswig-Holstein nicht verringert, sondern intensiviert werden. Das muss man einfach wissen. Man könnte ja auch genauso gut sagen, wenn die HSH Nordbank die Papiere nicht loswird - egal, das ist ihr Problem und nicht das Problem des Landes Schleswig-Holstein! - Warum?

Ich will jetzt niemandem einen Vorwurf machen, wobei ich auch sagen muss, Herr Kollege Andresen, selbst wenn die Garantiesumme bei 10 Milliarden € geblieben wäre, wäre die HSH Nordbank

nicht überlebensfähig gewesen, weil ja seit geraumer Zeit alle erklären, wir sind nicht in der Lage, aus dem operativen Geschäft die Gebühren, die wir für die Garantie zahlen müssen, zu erwirtschaften. Das war ja der Grund, warum Herr Lerbinger auf die glorreiche Idee gekommen ist, 3 Milliarden € zurückzugeben, um Gebühren zu sparen und damit sein Ergebnis zu verbessern - unabhängig von der Frage, ob das falsch war, ja oder nein.

Was mich extrem stört, und das können Sie anhand fast aller meiner Reden, Herr Kollege Andresen und liebe Frau Heinold - das wissen Sie -, nachvollziehen, ist die Impertinenz, mit der sich bei der **HSH Nordbank im Vorstand und** wohl auch in Teilen des **Aufsichtsrats** das Gefühl durchgesetzt hat, man kann machen, was man will - zulasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Schleswig-Holstein -, weil man die Regierungen und Parlamente immer unter der Überschrift „Wir müssen das Landesvermögen schonen!“ zwingen kann, die Fehlentscheidungen der HSH Nordbank zu tragen und dafür auch finanziell einzustehen.

(Beifall FDP)

Um das deutlich zu machen: Meine Kritik geht also nicht in die Richtung der handelnden Politiker der Parlamente, sondern sie geht in die Richtung der Tatsache, dass Vorstände wirklich geglaubt haben, sie halten sich zwei Länder als Kasse, um ihre Geschäfte zu tätigen, um dann immer mit dem Argument zu kommen, es gehe um das Vermögen des Landes Schleswig-Holstein, man müsse das Vermögen schonen.

Es hat mich unglaublich fasziniert - das habe ich Frau Heinold auch gesagt -, dass der Vorstandsvorsitzende der HSH Nordbank, Herr von Oesterreich, der bei uns hier jahrelang erklärt hat, wie toll die Bank aufgestellt sei und auf welchem guten Weg sie sei, anlässlich der Q-2-Presskonferenz in Hamburg erklärt hat - ich zitiere -:

„Es muss ein vernünftiger Weg gefunden werden, dass wir die Altlasten an die Haupteigentümer Hamburg und Schleswig-Holstein übertragen.“

- Was für eine Frechheit ist das?

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])  
- Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist unglaublich!

Hat mal jemand gefragt, ob man die Altlasten von Herrn Tietze, von mir oder wem auch immer an die Länder übertragen kann? Was für eine Frechheit ist

(Wolfgang Kubicki)

das eigentlich, mit dieser Chuzpe in die Pressekonferenz zu gehen und die Parlamente damit zu überfordern? Er betonte, wir könnten die Altlasten der Schiffe, die sich absolut nicht positiv entwickeln, nicht tragen und es müsse dieses Jahr noch geschehen, weil die Bank sonst in die Grütze gehe.

Ich stelle mir einmal vor, dies hätten andere getan, es würde jetzt jemand vom UKSH kommen und sagen: Das Land Schleswig-Holstein muss unsere Altlasten übernehmen, oder wir stellen die Geschäfte ein. Da würden wir doch fragen: Habt ihr eine Feile im Kopf?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss wieder zitieren, um es deutlich zu machen. Am 10. März 2008 gab die Bank folgende Pressemitteilung heraus:

„HSH Nordbank beweist operative Stärke. Subprime-Risiken vollständig ergebniswirksam verarbeitet. Deutlicher Jahresüberschuss trotz konservativer Risikopolitik.“

Am 9. April 2008 erklärte die Bank wie folgt:

„Für das Jahr 2008 geht die HSH Nordbank weiter von einer hohen Unsicherheit an den Finanzmärkten aus. ‚Wir haben jedoch gezeigt, dass wir ein erfolgreiches und krisenfestes Geschäftsmodell haben‘, sagte Vorstandsvorsitzender Hans Berger.“

Wir haben ein 141-Seiten-Dossier, um zu dokumentieren, dass keine der Aussagen, die von den HSH Nordbank-Vorständen in der Öffentlichkeit und gegenüber den Haupteigentümern gemacht worden sind, im Laufe des Jahres Bestand gehabt haben. Im Gegenteil. Das genaue Gegenteil ist eingetreten. Dann aber zu sagen, wir müssen jetzt den Vorstellungen der Bank folgen - vermögensschonend -, verlangt den Parlamentariern doch sehr viel Mut ab, nachdem viele in der Vergangenheit gesagt haben, wir haben **Vertrauen** zu den **Aufsichtsräten** und den **Vorständen**. Herr Nonnenmacher hat im Jahr 2010 erklärt, wir würden im Jahr 2012 die Dividendenfähigkeit wieder erreichen. Eine Dividende von 10 % hat er angegeben. - Wir wissen ja, was anschließend passierte.

Wir sehen uns momentan tatsächlich nicht in der Lage, auf der Grundlage der bisher vorliegenden Informationen zu entscheiden. Ich verstehe auch definitiv nicht die **Eile**, mit der es geschehen soll. Klar ist, dass die Garantie in Höhe von 10 Milliarden € aufgestockt werden muss. Warum wir jetzt aber bereits einen Fonds gründen müssen, der eine **Kreditemächtigung** in Höhe von 6,2 Milliarden €

erhält, erschließt sich mir nicht. Die Behauptungen, die dazu führen, dass wir das tun müssten, sind nicht stichhaltig.

Die Behauptung, **§ 8 b Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz** würde im Jahr 2016 für Länder nicht mehr gelten, ist falsch. Warum ist sie falsch? - Weil beide Paragraphen novelliert worden sind und die Überlegung, der Bundesgesetzgeber hat sich bedauerlicherweise geirrt, weil er das für den Bund bis 2015 limitiert und für die Länder einfach nicht aufgenommen hat, schlicht und ergreifend unzutreffend ist. Auf meine Frage - ich kann das ja wiedergeben - an meinen Kollegen von Linklaters, was sie veranlasst hat, das als Risiko zu beschreiben - ich habe gesagt, als Anwalt würde ich auch immer jedes Risiko beschreiben, unabhängig von der Eintrittswahrscheinlichkeit -, und wer denn etwas dagegen unternehmen sollte, wenn wir so verfahren würden, war seine Antwort: „Ja vielleicht die BaFin“. Auf meine Frage, ist die BaFin mal gefragt worden, war die schlichte Antwort: „Nein“.

Die Behauptung, es muss passieren, weil der **Wirtschaftsprüfer** sonst kein Testat erstellt, muss deshalb falsch sein, weil die Wirkungen der Maßnahme, die wir jetzt beschließen, frühestens im Juli nächsten Jahres eintreten können und deshalb auf die Bilanz 2015 keine Auswirkungen mehr haben werden.

Wir brauchen mehr Entscheidungsgrundlagen. Wenn wir jetzt abwickeln würden - und ich sage nicht, dass wir das wollen -, wüssten wir genau, wo wir stehen.

Was die Regierung jetzt vorschlägt, ist nichts anderes als die Überlegung, das **Prinzip Hoffnung** walten zu lassen. Es kann gut gehen, wenn wir die Bank veräußern können - woran ich große Zweifel habe -, aber es kann auch schlimmer werden, wenn wir die Bank nicht veräußern können. Die Frage ist: Machen wir Risikobegrenzung, oder arbeiten wir nach dem Prinzip Hoffnung? Wenn ich mir die letzten Jahre angucke, was die HSH Nordbank seit 2008 angeht, ist jedes Mal das Prinzip Hoffnung gescheitert.

Wir sind in der Gefahr, uns wie süchtige Spieler zu verhalten, die das Letzte, was sie haben, noch einmal in den Automaten reinschmeißen, nach der Devisen, dann kommt der Jackpot dabei raus, und dabei das Letzte verlieren, um das es geht. Es geht nicht mehr darum, dass wir Vermögen haben. Es geht nur noch um die Frage, wie begrenzen wir den Nettoverlust aus dem Engagement bei der HSH Nordbank - um nicht mehr und nicht weniger.

(Wolfgang Kubicki)

Ich konzidiere Ihnen - das habe ich Ihnen auch schon einmal gesagt -, dass Sie das ernsthaft geprüft und sich dafür entschieden haben. Ich bitte aber auch Sie, uns zu konzidieren, dass wir es auch sehr ernsthaft geprüft haben und die Frage wahrscheinlich anders beantworten werden als Sie. Risikoausschluss ist für mich momentan wichtiger als das Prinzip Hoffnung. Ich kann, wenn wir den Weg gehen - die Mehrheit wird es ja tun -, nur hoffen, dass Sie mit Ihrer Hoffnung recht behalten werden und wir am Ende der Abrechnung nicht schlechter dastehen als dann, wenn wir früher die Reißleine gezogen hätten. Ich sage nach wie vor: Die Entscheidungsgrundlage ist bei dieser Größenordnung für uns nicht ausreichend vorhanden.

Ich mache der Regierung gar keinen Vorwurf. In der Kürze der Zeit sind viele Sachen gar nicht herzustellen gewesen. Die spannende Frage aber, warum wir das jetzt vor Weihnachten entscheiden müssen, ist damit nicht beantwortet. Auf dieser Grundlage wird es uns schwer fallen, ein positives Votum abzugeben. - Ich bedanke mich herzlich.

(Beifall FDP und Torge Schmidt [PIRATEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich deren Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Torge Schmidt, das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Monat nach der Regierungserklärung der Finanzministerin muss man festhalten, dass wir diese Plenartagung eine echt beschissene Entscheidung treffen müssen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Wir dürfen uns jetzt entscheiden zwischen: Wir werfen der Bank jetzt mal die Milliarden in den Rachen, die wir für unseren Sanierungsstau brauchen, oder wir warten noch einmal zwei Jahre ab, und eventuell kostet es dann die Hälfte, oder es sprengt uns auch den Haushalt für die nächsten zehn Generationen. Egal, wie wir uns entscheiden, eine Sache steht definitiv fest. Selbst in dem besten Szenario ist es so, dass der **Steuerzahler** Milliarden von Euro zahlen muss. Das steht fest. Selbst, wenn wir die Bank verkaufen werden - was das schönste Szenario ist -, bedeutet es immer noch, dass wir Milliardenverluste tragen müssen.

Dies alles nur, weil der Traum da war, einer der ganz Großen in der Bankenwelt zu sein. Es gab Manager, die sich selbst verwirklichen wollten, die in der ganz großen Liga mitspielen wollten, die jeden Trend aus New York, London und Frankfurt mitmachen mussten, riesige Finanzgeschäfte getätigt haben, die sie selbst nicht einmal verstanden haben. Das alles erfolgte mit staatlicher Unterstützung. Denn - wie Herr Kubicki schon richtig ausgeführt hat - die Vorstellung der Banker zu sagen, der Staat haftet ja für alles, deshalb können wir ein Risiko eingehen, spiegelt sich in den 65 Milliarden € Gewährträgerhaftung wieder, die wir damals hatten.

Man muss auch ganz ehrlich festhalten: Die **Politik** war sehr **naiv**. Denn sie hat tatsächlich immer geglaubt, dass die HSH Nordbank den Haushalt immer schön mitfinanzieren wird, es quasi ein Selbstgänger ist und Kiel in derselben Liga spielen kann wie New York oder London. Da stelle ich mir die Frage: Wie konnte man damals so naiv sein?

(Beifall PIRATEN)

Die Einzigen, die den Fehler schon 2006 erkannt hatten und die Bank verkaufen wollten, das waren die skrupellosen Kapitalisten von der FDP. Das ist echt bitter.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Spätestens jetzt, sieben Jahre nach der Bankenkrise, wird dieser Traum zum Glück beerdigt. Denn es gibt kein „Der Schiffsmarkt wird sich wieder erholen“ mehr, und es gibt auch kein „Die Bank wird wieder Dividenden zahlen“ mehr. Der Traum ist aus. Denn wir wissen heute schon, dass sich spätestens in zweieinhalb Jahren die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein von der Bank trennen werden. Das ist auch gut so. Denn es ist nicht richtig, dass auf Kosten der Steuerzahler eine Geschäftsbank wie die HSH Nordbank finanziert wird.

(Beifall PIRATEN)

Meine Damen und Herren, was wir in dieser Plenartagung debattieren, ist das Ergebnis von jahrelangem Versagen der Politik.

(Beifall PIRATEN)

Die Bürgerinnen und Bürger fragen sich zu Recht: Wie konnte das kommen? Warum konntet ihr das nicht kommen sehen? Wie konntet ihr das zulassen? Die HSH Nordbank ist ein Grund, warum die Menschen nicht mehr den Regierungen und der Politik vertrauen. Das ist auch der Grund, warum Wählerinnen und Wähler nicht zur Wahl gehen.

(Torge Schmidt)

(Beifall PIRATEN)

Es ist Ihnen tatsächlich auch egal, wer regiert hat. Denn es machen doch alle nur das Gleiche. Das Vertrauen ist weg, und so leicht ist es auch nicht wiederzugewinnen. Auch in Bezug auf die HSH Nordbank gilt dieses Motto. Ist das Vertrauen erst einmal weg, ist es auch nicht so schnell wieder da.

Wenn wir in die Vergangenheit schauen, müssen wir fragen: Welche Prognose, welche Berechnungen der HSH Nordbank in den vergangenen Jahren, welches Versprechen konnte die Bank denn halten? - Jede Aussage und jede Planung hat sich eher ins Negative gewendet und konnte nicht gehalten werden.

2009 wurde entschieden, dass Hamburg und Schleswig-Holstein die Bank auf eigene Faust retten wollen. Man hat darauf gesetzt, dass sich die Bank wieder aus der Krise erholen und es wieder eine glorreiche Zukunft geben wird. Es wurde eine Garantie in Höhe von 7 Milliarden € ausgesprochen, und die Bank wurde mit frischem Eigenkapital versehen. Der Plan war, dass die Gebühren der Garantie und das frische Eigenkapital die Verluste aus der Garantie refinanzieren sollten. Daher kommt auch die Antwort auf Ihre Frage von vorhin, Frau Ministerin Heinold, warum man damals nicht die Kreditermächtigung für die Garantie gegeben hat, weil man daran glaubte, dass dieser Plan tatsächlich so aufgeht.

Heute steht fest, dass die hsh finanzfonds eine Kreditermächtigung von 10 Milliarden € bekommen soll, denn diese glorreiche Zukunft ist ausgeblieben. Wir reden nicht mehr darüber, ob jemals ein Verlust durch die Garantie der Länder auf uns zukommt; die Frage, die sich uns vielmehr stellt, ist, in welcher Höhe er auf uns zukommt.

Darüber hinaus haben sich unter dem Garantieschirm der Länder diverse Schrottpapiere gesammelt. Vieles der Altlasten wurde tatsächlich verkauft. Ich sage aber immer wieder: Es ist wie auf einem Flohmarkt. Die Sachen, die noch irgendwie zu gebrauchen sind, sind am schnellsten weg. Das, was übrig bleibt, ist einfach das, was kein Mensch haben will. Von diesem Schrott, der übrig geblieben ist, sollen wir Länder 6,2 Milliarden € aufkaufen. Das heißt, dass wir jetzt tatsächlich Geld in die Hand nehmen müssen, um diese Bank zu entlasten, die uns jahrelang belogen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollen dem Staatsvertrag in dieser Plenartagung in erster und zweiter Lesung zustimmen. Man muss sich vorstellen: Die Kreditermächtigungen, die wir geben, sind

so groß, dass wir damit die Hälfte unserer Staatsschulen tilgen könnten. Das ist enorm.

Auch da muss ich Herrn Kubicki recht geben - das geht auch an die Finanzministerin -: Die Schuld, dass wir dies in dieser **Eile** machen und dass wir die erste und zweite Lesung in einer Tagung durchführen müssen, liegt nicht an der Regierung, sondern an der Tatsache, dass wir durch Sachzwänge von außen dazu gezwungen werden. Das ist das Problem, das wir hier im Parlament haben. Wir sind zum Spielball der Europäischen Kommission, der HSH Nordbank geworden. Das waren wir in der Vergangenheit auch immer. Es ist wenig befriedigend, dass das Parlament selbst eigentlich keinen wirklichen **Entscheidungsspielraum** hat und sich nur Sachen diktieren lässt. Das ist ein großes Problem.

(Beifall PIRATEN)

Wir reden über haushaltswirksame Entscheidungen von 16,2 Milliarden €. Das ist tatsächlich die größte finanzielle Entscheidung, die wir in der Geschichte dieses Bundeslandes jemals getroffen haben. Man muss feststellen, dass weder das Verfahren noch der Zeitdruck noch die Finanzpolitik unseren demokratischen Idealen entspricht. Ich kann jeden Abgeordneten verstehen, der sagt, dass er sich nicht ausreichend informiert fühle, und der sich die Entscheidung schwer macht, weil er die tatsächliche **Tragweite** dieser Entscheidung nicht überblicken kann. Ich muss sagen: Der Staatssekretär hat sich eineinhalb Stunden Zeit genommen, ist in unsere Fraktion gekommen und hat mit uns darüber diskutiert. Vielen Dank dafür, das war sehr hilfreich! Er hat selbst gesagt, dass er sich mit diesem Thema drei Jahre intensiv und viel beschäftigt habe und wir das in eineinhalb Stunden nicht alles spiegeln könnten.

Es ist tatsächlich auch so, dass nicht alle Abgeordneten alle Zahlen haben sehen können. Das hat der Kollege Andresen auch gerade gesagt. Ich gehöre zu denjenigen, die im Beteiligungsausschuss Einblick in die Zahlen hatten. Aber ich darf aufgrund der Vertraulichkeit nicht mit meinen Kollegen Abgeordneten reden. Sie müssen mir aufgrund des Einblicks, den ich dort habe, vertrauen. Das ist für den einzelnen Abgeordneten wenig befriedigend, der diese Entscheidung am Ende mittragen soll. Tatsächlich ist es so, dass kaum ein Abgeordneter diese Entscheidung mit komplett gutem Gewissen nachvollziehen und mittragen kann. Das ist ein postdemokratisches Dilemma, das wir haben.

(Torge Schmidt)

Die Europäische Kommission setzt uns die Pistole auf die Brust: Entweder ihr macht das alles mit, oder wir wickeln eure Bank ab! Bei der Frage geht es wirklich nicht nur darum, Zahlen nebeneinanderzulegen. Man kann bei Szenario 1 und Szenario 2 möglicherweise sagen, was eventuell günstiger wird. Man muss auch noch die anderen **Risiken** in Betracht ziehen, die nichts mit Finanzen zu tun haben. Es geht um die Frage: Geht eigentlich das Handshake Agreement mit der Europäischen Bank auf?

Bei der Umsetzung bleiben einige Fragen offen. Es gibt Rechtsrisiken, die zum Beispiel von Herrn Kubicki bereits angesprochen wurden. Die Frage ist aber auch, ob wirklich alle Anteilseigner der Bank mitmachen. Es sind nicht nur Hamburg und Schleswig-Holstein, denen die Bank gehört, sondern es sind auch Dritte beteiligt, die diesem ganzen Plan zustimmen. Was passiert, wenn sie dem nicht zustimmen? Kaufen wir uns dann 6,2 Milliarden € Kredite und wickeln trotzdem sofort ab? Dann sind wir ein viel größeres Risiko eingegangen und hätten faule Kredite umsonst gekauft. Das wäre ein großer Fehler, den wir begehen würden.

Den Abgeordneten bleibt tatsächlich nur die Möglichkeit, der Landesregierung zu vertrauen, dass der Plan schon irgendwie aufgehen wird. Tatsächlich sehe ich es nicht als Aufgabe des Parlaments an, der Regierung so zu vertrauen.

Frau Heinold, es ist kein Problem, das Sie uns gebracht haben, sondern es sind die Umstände. Wir werden sicherlich morgen in der Ausschusssitzung darüber beraten. Befriedigend ist die Situation für unsere Abgeordneten nicht. Wir werden Freitag noch einmal darüber diskutieren. Wirklich Vertrauen in die Lösung haben wir derzeit nicht. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Geschehnisse der vergangenen Wochen machen wieder einmal deutlich, dass wir als Parlament an dieser Stelle eine Entscheidung treffen müssen. Mit Blick auf die Anträge von CDU und FDP wird auch dort deutlich, dass grundlegend Einigkeit darüber besteht, zu handeln. Beiden Par-

teien sollte klar sein, dass eine sofortige und vor allem unkontrollierte Abwicklung der HSH Nordbank keine tragbare Lösung darstellt. Das wurde von Vertretern anderer Parteien schon angesprochen. Ich glaube, Gleiches gilt auch für die PIRATEN.

Wir vom SSW sehen das genauso. Dabei geht es nicht nur um die Inanspruchnahme der Gewährträgerhaftung, die am Jahresende immer noch ein Gesamtvolumen von immerhin über 10 Milliarden € umfasst. Das würde nicht nur Schleswig-Holstein und Hamburg betreffen, sondern auch unsere Sparkassen in der Region. Das gilt es auch zu debattieren und nach meiner Auffassung zu verhindern.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als SSW ist es uns wichtig, dass wir die Abmachungen mit der EU-Kommission nicht von heute auf morgen aufkündigen. Hier haben intensive Gespräche stattgefunden. Die Parlamentsbefassung ist quasi ein Teil dieser Gespräche gewesen. Für uns als SSW war es in der Vergangenheit immer wichtig, die **für das Land finanziell gesehen bestmögliche Lösung** herbeizuführen. An dieser Maxime wollen wir auch in Zukunft festhalten.

Die Gespräche und Beratungen über die HSH Nordbank begleiten uns als Parlament schon jahrelang. Gleiches gilt natürlich für sämtliche Beteiligte. Nun geht es an dieser Stelle möglicherweise um das vorletzte Kapitel der HSH Nordbank. Die Seiten in den vorherigen Kapiteln lassen sich leider nicht herausreißen, denn vieles von dem, was nun vor uns liegt, haben wir uns schon ganz zu Anfang ins Buch geschrieben. Im Gegensatz zum Buchhandel gibt es in dieser Situation eben keine Preisbindung. Wie hoch der **Marktwert** in diesem heute debattierten Fall also ist, ist schlichtweg unbekannt. Den Marktwert können wir bei einem nun imaginären Verkauf weder kennen noch bestimmen. Diese Abfolge würde auch komplett am Markt vorbeigehen. Sechs Jahre nach der Zahlungsverpflichtung aus 2009 müssen wir nun als Eigentümer die entsprechende Garantie zur Verfügung stellen. Die Kritik an dieser Stelle ist berechtigt, jedoch hängt dies mit der Natur der Sache zusammen, wie ich es eben schon erwähnt habe.

Ich glaube, das Hin- und Herschieben der **Verantwortung** über den Zeitraum der letzten zwölf Jahre bringt nicht wirklich etwas. Welches unsere Haltung in der Vergangenheit war und welche Optionen es gegeben hätte, habe ich in der letzten Beratung zur HSH Nordbank bereits dargestellt. Damals

(Lars Harms)

hat man auf die Zukunft gezockt, was sich heute als Fehler erweist. Ändern können wir diese Tatsache aber nicht. Jetzt geht es aufgrund der derzeitigen Lage darum, Entscheidungen zu treffen, und zwar nach unserem heutigen Kenntnisstand die bestmöglichen Entscheidungen.

Es geht nicht darum, jetzt eine leichte Entscheidung zu treffen. Es geht auch nicht darum, ob diese Entscheidung nun besonders toll oder erfolgreich ist. Was die Bank braucht, ist eine solide Rechts- und Handlungsgrundlage, damit unser Schaden minimiert wird. Wie gesagt, es geht um das vorletzte Kapitel. Der Kollege Kubicki hat recht, wenn er sagt, es geht um die Frage: Wie verlieren wir möglichst wenig Geld? Viel Geld würden wir in jedem Fall verlieren, wenn wir heute den Schlüssel umdrehen und die Schotten dichtmachen. Mehr Geld würden wir auch verlieren, wenn die parlamentarische Handhabung verzögert würde und somit neue, noch teurere rechtliche Rahmenbedingungen für die Bank und somit auch für das Landesvermögen wirksam würden.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Fakt ist, dass wir heute darüber entscheiden, ob der Einigung mit der EU zugestimmt oder ob die Bank unkontrolliert abgewickelt wird. Das, meine Damen und Herren, sind die beiden Alternativen, über die wir in dieser Landtagstagung abstimmen müssen. Wir stimmen für den Staatsvertrag, damit eben nicht unkontrolliert abgewickelt wird.

Natürlich birgt auch diese Entscheidung **Risiken**. Nun muss man aber dazu sagen, dass diese Risiken schon immer da waren und weiterhin bestehen bleiben, solange das Land Eigentümer ist, und vielleicht sogar darüber hinaus, denn es bestehen auch dann noch Gewährträgerhaftungsrisiken. Gleiches gilt für die Unbekannten, die damit verbunden sind. Die Gleichung mit der HSH Nordbank hat schon immer mehrere Unbekannte beinhaltet, sie gehören zum Risiko dazu. Geschäfte ohne Risiko gibt es nicht, und es wird sie auch in Zukunft nicht geben. Das größte Risiko war es, als Land überhaupt ins internationale Bankgeschäft einzusteigen.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Die historisch bedeutsame Entscheidung ist vor mehr als einem Jahrzehnt gefallen. Wir müssen jetzt den Schaden daraus möglichst gering halten.

Meine Damen und Herren, die Bank ist derzeit nicht überlebensfähig, das wurde uns ins Stammbuch geschrieben. Das ist der Grund dafür, dass wir

die Bank jetzt - wenn man es so formulieren will - retten müssen. Es gibt tatsächlich von der **EU** eine **Abwicklungsbeihilfe**. Es geht also nicht darum, das Institut zu erhalten, sondern es geht darum, eine kontrollierte Abwicklung hinzubekommen.

Hierzu wurden uns von der EU Bedingungen aufgetragen. Natürlich sind unsere Verhandlungen mit der EU auf der einen Seite und mit Hamburg auf der anderen Seite kein Zuckerschlecken. Natürlich ist es so, dass man dort Kompromisse eingehen muss. Ich glaube, das ist etwas, was das Wesen des Vertrages mit der EU, wenn man ihn so nennen will, ausmacht. Es geht jetzt darum, ob wir der Auffassung sind, dass in dieser Regelung, die mit der EU vereinbart worden ist, tatsächlich eine Perspektive enthalten ist, um den Schaden für das Land Schleswig-Holstein so gering wie möglich zu halten.

Meine Damen und Herren, der Kollege Kubicki hat natürlich recht, wenn er am Anfang seiner Rede sagt: Niemand kann den Anspruch erheben, recht zu haben. Genauso ist es. So war es schon immer. So ist es, seit wir 2008 über die HSH Nordbank gesprochen haben. Ich gebe es zu, hinterher kann man immer sagen: Wunderbar, ich war damals dagegen und kann jetzt sagen: Ich habe recht gehabt. Das bringt uns nur nicht weiter. Vielmehr müssen wir immer von einer Situation zur nächsten Situation gehen und mit dem Wissen, das wir haben, entsprechend handeln.

Mit dem Wissen, das wir heute haben, glauben wir, dass es klug ist, der Vereinbarung mit der EU und dem Staatsvertrag zuzustimmen, denn das ist die einzige Möglichkeit, mit der wir es schaffen, dass die **HSH Nordbank** a) nicht unkontrolliert abgewickelt wird und dass uns nicht auf einmal kurzfristig unkontrollierte Risiken betreffen und wir möglicherweise nicht in der Lage sein könnten, diese Risiken zu bewältigen. Sie gibt uns b) die Sicherheit, dass wir nach zwei Jahren das Kapitel der HSH Nordbank für das Land Schleswig-Holstein schließen können, indem die Bank entweder an jemanden verkauft wird oder indem die Bank abgewickelt wird. Ich glaube, das ist zumindest eine Perspektive, auch für die Bürgerinnen und Bürger im Land, indem man weiß, dass dieses Thema dann endlich einmal zu Ende ist.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich ganz herzlich bei der Ministerin und auch bei unserem Staatssekretär Herrn Nimmermann für die hervorragend geführten Verhandlungen bedanken. Insbesondere bedanke ich mich dafür, dass wir als Parlament in all seinen Schattierungen, sowohl als Op-



(Lars Harms)

position als auch als Regierungsfractionen, immer so gut wie möglich informiert und beraten worden sind. Ich will nicht sagen, dass ich mich mit dieser Beratung wohlfühle bei der Entscheidung. Ich glaube, das wäre der Sache nicht angemessen, aber ich habe zumindest das Gefühl, dass ich hier auf einer halbwegs vernünftigen Datenbasis entscheide. Ich werde mich selbstverständlich für den Staatsvertrag entscheiden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem ersten Dreiminutenbeitrag erhält Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es muss um die Regierungsmehrheit bei der Abstimmung am Freitag schon schlecht bestellt sein, wenn die **Finanzministerin** heute eine solche Rede hält, wie sie sie hier gehalten hat.

(Beifall CDU)

Sie hat mit einseitigen **Schuldzuweisungen** an die Union hier die ganz große Keule herausgeholt.

(Zurufe SPD)

Ich könnte jetzt der Versuchung erliegen, darauf hinzuweisen, dass es in rot-grüner Regierungsverantwortung bis 2005 die unvorstellbare Summe von 165 Milliarden € an Bürgschaften war, die damals mit Bezug auf die HSH vergeben wurden und unter denen wir heute noch leiden. Ich könnte auch der Versuchung erliegen, darauf hinzuweisen, dass es die Abgeordnete Monika Heinold war, die 2003 ihre Hand dafür gehoben hat, die HSH Nordbank als eine internationale Geschäftsbank auszurichten, die mit hohen Renditeerwartungen an die Börse gebracht werden sollte. All diese Debatten könnten wir führen. Da waren wir im Untersuchungsausschuss 2010 aber schon ein ganzes Stück weiter, als Sie es heute hier in Ihrer Rede vorgetragen haben, Frau Heinold.

(Beifall CDU)

Ich will mich in meinen Ausführungen deshalb auf den **Sachverhalt** konzentrieren, den wir am Freitag tatsächlich zu entscheiden haben. Die Regierung behauptet, ihr Vorschlag sei der beste für das Landesvermögen und die Steuerzahler. Sie würden dadurch am wenigsten belastet. Nun hatten die wenigsten Abgeordneten Gelegenheit, sich die zugrunde

liegenden Zahlen persönlich anzuschauen. Wer das wie ich tun konnte, der kann durchaus zu einem anderen Ergebnis kommen. Dafür will ich Ihnen drei entscheidende Gründe nennen:

Die Aussage der Landesregierung beruht nämlich auf bestimmten **Annahmen**, die die Landesregierung und ihre Berater getroffen haben. Wenn man die Annahme trifft, dass die Garantie zwar auf 10 Milliarden € aufgestockt, diese **Garantie** aber gar nicht in Anspruch genommen wird, mag man zu einer solchen Aussage kommen, wie die Landesregierung sie trifft.

Wenn man die Annahme trifft, dass die übernommenen **Altlasten**, die Schrottpapiere, die unsere Abwicklungsanstalt übernehmen soll, anschließend keine weiteren Verluste verursachen, dann kommt man auch zu diesem Ergebnis.

Wenn man die Berechnungen auf den Stand der **Gewährträgerhaftung** von Oktober aufsetzt, dann mag man auch zu diesem Ergebnis kommen, obwohl bereits heute die Gewährträgerhaftung um weitere 1,5 Milliarden € geringer ist.

Das aber ist jetzt wichtig für die Abstimmung am Freitag: Wenn man die Annahmen anders trifft, dann kann genauso gut das Ergebnis herauskommen, dass eine Abwicklung im Jahr 2018 teurer ist als zum jetzigen Zeitpunkt.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Dieses Risikos, dass wir weitere Risiken eingehen, um die Fortführung der Geschäftstätigkeit der HSH Nordbank um zwei weitere Jahre zu verlängern, muss sich jeder hier im Hause bewusst sein. Ich sage deutlich: Dafür mag es gute Gründe geben. Auf die **Situation der Sparkassen** ist von verschiedenen Rednern hingewiesen worden. Dieses Risikos muss man sich bewusst sein. Deshalb sollten wir alles tun, um dieses Risiko so weit wie nur irgendwie möglich zu begrenzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir heute Nachmittag den Haushalt verabschieden, dann genehmigt der Landtag doch auch nicht die maximal zulässige Kreditsumme, die nach der Verfassungsgrenze erlaubt ist. Vielmehr genehmigt der Landtag die Kredite, die für die deklarierten Ausgaben erforderlich sind. Nichts anderes beantragen wir mit unserem **Änderungsantrag**, nämlich die nach den Zahlen der Regierung **erforderliche Kreditsumme** zur Verfügung zu stellen - nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Koch, die drei Minuten sind abgelaufen.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident, vielen Dank für den Hinweis. - Ich komme zu meinem letzten Satz: Ich bin sicher, das lässt sich bei einem Staatsvertrag leichter ändern, bevor dieser in Kraft tritt, als in der nebulösen Aussicht, die besagt, dass man ihn im nächsten Jahr ändern könne, nachdem er in Kraft getreten sei. Deshalb sage ich: Gehen Sie in sich, stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki das Wort.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Koch, ich finde es bedauerlich, dass ich Frau Heinold nun gegen Ihre Angriffe in Schutz nehmen muss, aber bei der **Abstimmung** im Jahr **2003** ging es um die Fusion zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein und um die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Dem haben wir auch zugestimmt, allerdings mit der Maßgabe, dass die Aktien anschließend am Markt veräußert werden und dass wir uns dann, weil es eine private Kapitalgesellschaft ist, verabschieden. Es ging nicht um die Frage hoher Renditen.

(Zurufe)

- Aber nicht 2003! Die Frage der Renditen und der Börsenfähigkeit ist in den Jahren 2005 ff. entschieden worden, übrigens unter maßgeblicher Beteiligung des Kollegen Stegner, der die Geschäftsberichte aufmerksam gelesen hat, mit der Maßgabe, dass die HSH Nordbank als Aktiengesellschaft eine 17-prozentige Eigenkapitalrendite erwirtschaften wolle. Das muss man vor seinem geistigen Auge einmal Revue passieren lassen.

Ich will es ausdrücklich sagen: Kollege Harms, es gibt wirklich gute **Gründe** für das **Verhalten der Landesregierung**. Es gibt gute Gründe dafür. Deshalb braucht man nicht mit falschen Argumenten dafür zu streiten. Es gibt keine unkontrollierte Abwicklung. Das hört sich nach Chaos an.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Hartmut Hamerich [CDU])

Jede **Abwicklung** ist kontrolliert. Logischerweise wird auch die Abwicklung im Jahr 2018 kontrolliert sein. Die Tatsache, dass die Europäische Kommission nicht davon ausgeht, dass ein Verkauf der Bank gelingen wird, kann man in dem wichtigen Entscheid wiederfinden, in dem die Europäische Kommission gesagt hat: Sollte das bis Mitte 2018 nicht gelingen, dann darf die Bank keine weiteren Kreditgeschäfte vornehmen. Eines solchen Hinweises bedarf es nicht, wenn man davon ausgeht, dass ein Verkauf gelingen kann und gelingen wird.

Diese Schimäre mit der **Gewährträgerhaftung** geht mir langsam auf den Senkel: Die Sparkassen würden in den Ruin getrieben, wenn man sich jetzt anders verhalten würde. Das ist völliger Unsinn. Das wissen Sie doch auch, Herr Kollege Koch. Bevor die Gewährträgerhaftung zum Zuge kommt, muss bei Verlusten die Garantie des Landes Schleswig-Holstein in Höhe von 10 Milliarden € in Anspruch genommen werden, weil 95 % der Geschäfte damit abgedeckt sind, und ansonsten muss das Eigenkapital in Höhe von 5 Milliarden € herangezogen werden, sodass bei der Größenordnung, über die wir hier reden, eine Inanspruchnahme aus der Gewährträgerhaftung nahezu ausscheidet. Deshalb, glaube ich, muss man mit der Schimäre aufhören, so zu argumentieren. Noch einmal: Es gibt gute Argumente, die man nun nicht mit falschen Argumenten zu verwässern versuchen sollte.

Sie haben das Problem beschrieben. Wenn wir die **Abwicklung jetzt** vornehmen oder im Januar oder Februar nächsten Jahres, und zwar kontrolliert, wie auch immer, dann wissen wir genau, wie viel Belastungen auf Schleswig-Holstein und Hamburg zukommen. Das sind mindestens 14 Milliarden €, vielleicht ein bisschen mehr. Wenn wir die **Abwicklung 2018** vornehmen müssen, weil kein Verkauf stattfindet, dann - dies kann ich Ihnen sicher sagen - ist die Wahrscheinlichkeit, dass es teurer wird, größer als die Wahrscheinlichkeit, dass es preiswerter wird. Warum? Weil wir der HSH Nordbank in der Zwischenzeit erlauben, mit ihrem Geschäftsmodell weitere Risiken einzugehen, für die möglicherweise anschließend der Steuerzahler oder die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg einstehen müssen. Vor dieser Risikoabwägung stehen wir.

Ich könnte mich für diesen Weg auch entscheiden, wenn die Grundlagen der Berechnung - der Kollege Koch hatte es ja angesprochen - nachvollziehbar wären und wir die Möglichkeit hätten, andere zu fragen, mit anderen Annahmen zu operieren.

(Wolfgang Kubicki)

Die **Geschwindigkeit**, in der wir noch vor Weihnachten entscheiden müssen, ist bisher nicht ausreichend begründet worden. Was die Garantiesumme in Höhe von 10 Milliarden € angeht, ja, aber was die Einrichtung eines Fonds angeht, der die Ermächtigung erhalten soll, zunächst für 6,2 Milliarden € Papiere der HSH Nordbank zu kaufen, ist die **Begründung** bisher nicht tragfähig. Deshalb sage ich: Etwas mehr Zeit wäre in dieser Frage vielleicht sinnvoller als ein schneller Vorgang. Der hat uns 2009 auch in einen wesentlichen Teil der Krise hineingeführt. Hätten wir damals länger beraten, wären wir vielleicht zu einem anderen Ergebnis gekommen und hätten heute nicht die Probleme, die wir jetzt haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/3572 (neu) sowie die Änderungsanträge Drucksachen 18/3666 und 18/3667 dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist einstimmig der Fall.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 3, 4, 20, 26 und 44:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/3300

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2016**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/3301

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 18/3597

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/3668

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3669

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3670

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/3671

**c) Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)“ und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3501

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 18/3631

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3680

**d) Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - A 13 für Lehrer aller Schularten umsetzen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/3644 (neu)

**e) Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2013**

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 18/3594

**f) Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2014**

Bericht des Finanzministeriums  
Drucksache 18/3622

Ich erteile zunächst dem Herrn Berichterstatter des Finanzausschusses, dem Herrn Abgeordneten Thomas Rother, das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Finanzausschuss stimmt mit dem Landesrechnungshof überein, dass der **Defizitabbau** auch bei den **Ausgaben** ansetzen muss. Alle Ausgaben müssen auf den Prüfstand gestellt, Ausgabensteigerungen auf das Notwendigste beschränkt und konsequent gegenfinanziert werden.

(Thomas Rother)

Lassen sich geplante Haushaltssanierungsmaßnahmen nicht wie geplant realisieren, sind tragfähige Ersatzmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

Der Finanzausschuss fordert die Landesregierung auf, den mit dem Stabilitätsrat vereinbarten **Abbaupfad** insbesondere unter Berücksichtigung der Flüchtlingssituation anzupassen und einzuhalten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie erinnern sich sicher alle - das haben Sie in der letzten Tagung beschlossen - an das Votum zu den diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofs und damit an das Ziel der Haushaltskonsolidierung; das wurde damit bekräftigt.

Zu den Haushaltsberatungen in diesem Jahr standen wir alle vor einer besonderen Herausforderung: der Bewältigung der **Flüchtlingssituation**, deren Dynamik bei der Aufstellung des Haushalts beziehungsweise der parlamentarischen Beratung Ende September/Anfang Oktober noch nicht abzusehen war.

Die zweite große Aufgabe sind **Investitionen** in die Infrastruktur des Landes. Wir haben uns mit dem ersten Infrastrukturbericht befasst und haben mehrere Sondervermögen gebildet, zuletzt das Projekt „IMPULS“.

Alle Fraktionen scheinen mit der Landesregierung einig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die mit diesen beiden Schwerpunkten zusammenhängenden Fragen enorme finanzielle Kraftanstrengungen vonseiten des Landes und der Kommunen erfordern, und haben zusätzliche Haushaltsmittel in erheblichem Umfang beantragt. So steigen die **Ausgaben** des Landeshaushalts nach den Fraktionsanträgen im Jahre 2016 gegenüber dem von der Landesregierung Ende August eingebrachten Haushaltsentwurf um rund 500 Millionen € und die Nettokreditaufnahme auf 272 Millionen €. Damit verringert sich der **Abstand** zur **Obergrenze** der zulässigen **Kreditaufnahme**, die zukünftig nach der Bundesmethode berechnet wird, auf 39 Millionen €. Gleichwohl hat der Stabilitätsrat dem Land in der letzten Woche bescheinigt, das Sanierungsverfahren 2016 erfolgreich abschließen zu können. Aber auch die Investitionsquote erhöht sich nach den Ausschussberatungen von 6 auf 7 %.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der **Finanzausschuss** hat die **Haushaltsberatungen** in der bewährten Weise durchgeführt. Rechtzeitig vor den Einzelplanberatungen, die er gemeinsam mit den jeweils betroffenen Ausschüssen durchgeführt hat, lagen die Antworten der Ministerien auf die Fragen der Fraktionen vor. Im November hat die Landesregierung umfangreiche Änderungen im Wege zweier

Nachschiebelisten vorgelegt. Da ist eine Menge Papier bewegt worden.

Als Vorsitzender des Finanzausschusses möchte ich mich bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken, bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die kollegiale Zusammenarbeit, beim Finanzministerium - die Frau Ministerin ist gerade nicht hier - und der Verwaltung für die zuverlässige Zuarbeit und beim Landesrechnungshof für die konstruktiv-kritische Begleitung.

Genauso bedanke ich mich natürlich bei den Haushaltsverantwortlichen in allen Ressorts, bei der Landtagsverwaltung, ganz besonders bei unserem Ausschussgeschäftsführer Ole Schmidt, die sehr viele Inhalte und auch Papier in einem ganz besonderen Volumen zu bewegen hatten.

Der Finanzausschuss hat am letzten Donnerstag über den Haushalt, die beiden Nachschiebelisten und die Fraktionsanträge abgestimmt. Im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses bitte ich Sie, das Haushaltsgesetz, das Haushaltsbegleitgesetz und den Plan des Landeshaushalts für das Jahr 2016 in der Fassung der Ihnen in der Drucksache 18/3597 vorliegenden Beschlussempfehlung anzunehmen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht.

Ich erinnere Sie an die im Ältestenrat vereinbarte und vorhin vorgetragene Vereinbarung hinsichtlich der Reihenfolge der Wortmeldungen und daran, dass wir erst dann in die Mittagspause eintreten werden, wenn alle Fraktionen das Wort ergriffen haben.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion der CDU, der Herr Oppositionsführer Daniel Günther. - Pardon! Das Wort hat der Herr Abgeordnete Tobias Koch. Das ist geändert worden.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste! „Flüchtlinge“ ist das Wort des Jahres 2015, und auch der Landeshaushalt steht ganz im Zeichen der Mehrausgaben zur Bewältigung der **Flüchtlingssituation** in unserem Land. Gegenüber dem Jahr 2014 - das ist gerade mal ein

(Tobias Koch)

Jahr her - werden sich die Ausgaben für Flüchtlinge im kommenden Jahr mit über 800 Millionen € mehr als verzehnfachen. In einer Haushaltsposition zusammengefasst wäre dies der größte Einzeltitel des Landeshaushalts. Die bisherigen Spitzenreiter Zinsausgaben und Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung bleiben dahinter deutlich zurück.

Ich will deshalb durchaus konstatieren, dass keine Landesregierung - egal welcher Couleur - in der Lage gewesen wäre, in der Kürze der Zeit einen derart drastischen Anstieg von unabwendbaren Ausgaben zu bewältigen, ohne dabei von geplanten Haushaltsansätzen, von Eckwerten der Finanzplanung oder von Vorgaben des Ausführungsgesetzes zur Schuldenbremse abzuweichen. Als CDU-Fraktion tragen wir alle diese Ausgaben zur Bewältigung der Flüchtlingssituation uneingeschränkt mit. An keiner Stelle nehmen wir daran Abstriche vor.

(Beifall Daniel Günther [CDU])

Neben den über 800 Millionen € für Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge sieht unser Antrag allerdings auch 1,5 Millionen € für die Wiederinbetriebnahme der **Abschiebehafteinrichtung** in Rendsburg vor. Wenn abgelehnte Asylbewerber konsequent abgeschoben werden sollen, wie es auch die SPD-Parteispitze fordert, dann braucht es auch solche Instrumente. Es ist unehrlich und verlogen, die Einrichtungen im eigenen Land zu schließen und dann Abschiebehaft in anderen Bundesländern durchzuführen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns die hohen Ausgaben für Flüchtlinge im Landeshaushalt anschauen, dann dürfen wir nicht vergessen, dass zur Wahrheit aber auch dazugehört, dass Schleswig-Holstein auf diese Situation denkbar schlecht vorbereitet war. Schon im Jahr 2006 hatte uns der inzwischen verstorbene Professor Seitz ins Stammbuch geschrieben, dass der **Landeshaushalt keine Risikoabsorptionsfähigkeit** besitze, also nicht in der Lage wäre, eine Krise zu bewältigen. In seiner Handlungsempfehlung hieß es damals wörtlich - ich darf zitieren -: Aufgrund der gravierenden finanzpolitischen Problemlage wäre deshalb ein moderater Konsolidierungskurs nicht hilfreich. Erforderlich seien vielmehr massive Konsolidierungsschritte.

In den vergangenen Jahren hat die Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW jedoch das genaue Gegenteil getan. Sie haben offen und unverblümt die Parole ausgegeben, nicht mehr zu tun als unbedingt

notwendig. Was für eine falsche Weichenstellung haben Sie damit bloß vorgenommen!

(Beifall CDU)

Sie haben sich auf den Einsparungen der Vorgängerregierung ausgeruht, haben von fallenden Zinsausgaben und steigenden Steuereinnahmen profitiert. **Ausgabekürzungen** waren und sind für diese Landesregierung dagegen ein Fremdwort.

In nur vier Jahren steigern Sie die Ausgaben um fast 20 %. Berücksichtigt man zusätzlich noch den geringeren Zinsaufwand, so haben SPD, Grüne und SSW im Jahr 2016 rund 2 Milliarden € mehr Ausgabenspielraum zur Verfügung als CDU und FDP im Jahr 2012. Schon an dieser Größenordnung wird deutlich, dass die Entwicklung nicht allein mit den Flüchtlingen zu begründen ist. Die Flüchtlingsausgaben treffen zudem alle Bundesländer gleichermaßen. Trotzdem steigen die Ausgaben in Schleswig-Holstein stärker als im bundesweiten Vergleich.

Deshalb bewahrheitet sich jetzt die Prognose von Professor Seitz. Der Landeshaushalt ist nicht in der Lage, diese Krise zu bewältigen, und wird tief in die roten Zahlen zurückgeworfen. Am Ende der Regierungszeit von CDU und FDP lag das **strukturelle Haushaltsdefizit** bei 630 Millionen €. Nach vier Jahren rot-grün-blauer Landesregierung sind wir nicht einen Schritt weitergekommen. Das Defizit wird im kommenden Jahr nicht etwa niedriger sein, wie es eigentlich sein sollte, sondern es wird nach Berechnungen des Landesrechnungshofs auf 680 Millionen € ansteigen, wenn man weiterhin die Landesmethode zugrunde legen würde. Der Haushalt wäre damit verfassungswidrig, Frau Heindold.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU]: Verschwendungssucht!)

Nur durch die Umstellung auf die Bundesmethode zur **Berechnung des Konjunkturfaktors** gelingt es der Landesregierung, diese negative Entwicklung vordergründig zu kaschieren. Aber selbst nach der Bundesmethode beträgt der Abstand zur Defizitobergrenze gerade noch 39 Millionen €, und das bei einem Haushaltsvolumen von über 11 Milliarden €.

(Zuruf CDU: Unglaublich!)

Angesichts dieser Entwicklung ist es vollkommen verfehlt, die letzte Stellungnahme des Stabilitätsrats als überschwängliches Lob zu interpretieren, wie es die Finanzministerin und die Koalitionsabgeordneten getan haben. Es lohnt genauer hinzuschauen. Dort kann man nämlich Folgendes nachlesen - ich zitiere wiederum -:

(Tobias Koch)

„Schleswig-Holstein verfolgt ... mit dem vorgelegten Sanierungsbericht einen ... weniger ambitionierten Konsolidierungskurs als bisher geplant.“

Weiter heißt es:

„Zur Einhaltung der Schuldenbremse ... ist ... eine Rückkehr zu einem strikten Konsolidierungskurs unerlässlich.“

So weit die Aussage des Stabilitätsrats!

(Beifall CDU und FDP)

Davon ist bei dieser Koalition aber nicht das Geringste zu sehen und auch in Zukunft nicht zu erwarten. Stattdessen stellen Sie immer mehr ungedeckte Schecks für die Jahre nach 2017 aus. Sie spielen damit auf Zeit in der Hoffnung, das Sanierungsverfahren mit dem Stabilitätsrat im Jahr 2016 abschließen zu können und dann nicht mehr der Kontrolle des Stabilitätsrats zu unterliegen, wenn die Schecks ab 2017 zur Einlösung anstehen. Meine Damen und Herren, das ist ein reines Vabanquespiel, das die Landesregierung hier betreibt. Das Herumdoktern am Trendsteuerepfad in den letzten Jahren hat offenbar noch nicht ausgereicht. Deswegen wird jetzt mit dem Wechsel auf die Bundesmethode das Blatt endgültig ausgereizt.

Der einzige Schritt, der danach noch übrig bleibt, ist die Bankrotterklärung, nämlich das Eingeständnis, dass das **Einhalten der Schuldenbremse** mit dieser Landesregierung nicht möglich ist. Dazu wird es womöglich im nächsten Jahr kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und Dr. Heiner Garg [FDP])

So wie die Landesregierung agiert, kann man in der Tat den Eindruck gewinnen, dass die Flüchtlinge nur als Vorwand und Alibi für alles und jedes erhalten müssen:

(Beifall CDU und PIRATEN)

für die Forderung nach Steuererhöhungen, als Begründung für den Ausgabeanstieg, für den Verzicht auf Ausgabekürzungen, für das Nichteinhalten der Schuldenbremse und auch für das Abweichen vom Stellenabbaupfad. Ja, ich sage für die CDU-Fraktion ganz klar und deutlich: Wir brauchen für die zu uns kommenden Flüchtlinge neue Stellen für **Lehrer**, für **Polizisten**, im Landesamt für Ausländerangelegenheiten und auch in der Justiz. Nach Auffassung der CDU-Fraktion sind dafür sogar noch deutlich mehr Lehrer und Polizisten erforderlich als von der Landesregierung vorgesehen. Denn die eigentli-

chen Herausforderungen bei der Integration kommen in diesen Bereichen ja erst noch auf uns zu.

(Zuruf SPD: Wie bezahlen Sie die?)

Aus diesem Grund beantragen wir über die Planung der Landesregierung hinaus zusätzliche 480 Lehrerstellen und 100 Anwärterstellen für die Polizei. Wir zeigen mit unserem Haushaltsantrag auch auf, wie die dadurch verursachten Mehrkosten durch Kürzungen und Einsparungen zu finanzieren sind.

(Beifall CDU - Beate Raudies [SPD]: Mit globalen Minderausgaben!)

Wenn die Regierungsfractionen jetzt endlich von ihren Kürzungsplänen bei der Polizei abrücken, ist das zu begrüßen.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

- Herr Kollege Habersaat, Sie haben heute Nachmittag bei dem Haushaltsantrag für das Jahr 2016 und spätestens bei der Meldung an den Stabilitätsrat die Gelegenheit, diesen Ankündigungen Taten folgen zu lassen.

(Beifall CDU und FDP - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Können Sie das einmal erklären?)

Wenn sich dann aber der Ministerpräsident neben den rund 1.000 Stellen für Flüchtlinge gleich auch noch 31 zusätzliche Stellen für das **Dienstleistungszentrum Personal** genehmigen lässt, dann hat das mit der Situation der Flüchtlinge nichts, aber auch nicht das Geringste zu tun, meine Damen und Herren. Hier wird einfach versucht, im Windschatten der Flüchtlingssituation gleich noch die offenen Baustellen bei dem Desaster bei KoPers und eBeihilfe zu schließen.

(Beifall CDU)

Die wirkliche Krönung des Ganzen ist dann aber der Änderungsantrag der Regierungsfractionen gewesen. Das, was wir in der jetzigen Situation wirklich am wenigsten brauchen, sind zusätzliche Stellen für einen **Polizeibeauftragten**.

(Beifall CDU und FDP)

Angesichts der wirklich vielfältigen Beschwerdemöglichkeiten ist die Einrichtung eines Polizeibeauftragten unnötig. Sie ist ein klares Misstrauensvotum gegen die Beamtinnen und Beamten unserer Polizei und nicht zuletzt ein weiteres Abweichen vom Stellenabbaupfad.

(Beifall CDU und FDP)

(Tobias Koch)

Die Koalition denkt da offenbar genauso wie der Ministerpräsident: Wenn jetzt schon so viele neue Stellen geschaffen werden, dann kommt es auf ein paar zusätzliche Stellen auch nicht mehr an. Man mag den Haushaltsantrag der Regierungsfractionen deshalb ja als moderat und geradezu bescheiden bewerten, da er in der Tat nur eine Summe von weniger als eine halbe Million Euro umfasst. Aber das eigentlich Peinliche daran ist ja, dass es SPD, Grünen und SSW noch nicht einmal gelingt, für dieses geringe Volumen ihres Haushaltsantrags einen **Deckungsvorschlag** aus den übrigen 11 Milliarden € des Haushaltsvolumens zu finden.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, wo kommen wir denn da hin!)

Nein, stattdessen sollen für diesen kleinen, bescheidenen Änderungsantrag der Regierungsfractionen weitere Schulden gemacht werden und noch einmal 100.000 € oben draufgesetzt werden.

(Beifall CDU und FDP)

Dagegen sollten wir uns doch bei fast 300 Millionen € zusätzlicher Schulden, die diese Landesregierung für das kommende Jahr vorsieht, lieber Gedanken machen, wie wir diese Schulden reduzieren, als immer weiter oben draufzusatteln, wie es die Koalitionäre tun.

Der Haushaltsentwurf und der Antrag der Regierungsfractionen offenbaren damit in aller Deutlichkeit das **finanzpolitische Versagen** dieser **Landesregierung**. Während die zusätzlichen Flüchtlingsausgaben den Landeshaushalt an die Grenze der Belastbarkeit bringen, werden zukünftig weiterhin Biotopkartierung, Denkmäler erfasst, Bürokratiekosten in Millionenhöhe durch Tariftreue- und Vergabegesetz geschaffen. Es werden Gelder für eine Spendenplattform eingesetzt, die weniger einbringt, als sie kostet. Für das neue Bibliotheksgesetz werden zusätzlich 500.000 € aufgewendet. Es werden Mittel für Krisenkommunikation eingestellt, und es werden Gutachten für die Entwicklung von Parametern zur Messung der Wirtschaftskraft nach nachhaltigen Kriterien erstellt. Es gibt anscheinend nichts Wichtigeres als diese Aufgaben. Für alle diese Beispiele ist weiterhin Geld vorhanden. Dafür machen Sie neue Schulden. Keine Spur davon, sich angesichts der außerordentlichen Haushaltssituation aufgrund der Flüchtlingskosten auch nur ein wenig an der einen oder anderen Stelle einzuschränken und maßzuhalten.

(Beifall CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Selbst die 1 Million € für die **Olympiabewerbung 2024** ist trotz des bedauerlichen Votums aus Hamburg weiterhin im Haushaltsplan enthalten. Als CDU-Fraktion sagen wir dagegen: Diese Mittel müssen jetzt in die vorhandenen Sportstätten im Land investiert werden. Da ist der Sanierungsbedarf groß genug. Er wird nicht gelöst, wenn in den nächsten Jahren 2 Millionen € dafür bereitgestellt werden, wie von der Landesregierung vorgesehen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, interessant ist auch, wofür die Koalitionäre bei der Fülle von Mehrausgaben trotzdem kein Geld mehr zur Verfügung haben, nämlich zum Beispiel für **Qualitätsverbesserungen** an den **Kitas**. Dort sollen 20 Millionen € zur Verfügung gestellt werden, aber erst im Wahlkampfhaushalt 2017. Im kommenden Jahr macht sich die Koalition dagegen einen ganz schlanken Fuß und beschränkt sich darauf, die frei werdenden Bundesmittel aus dem Betreuungsgeld in Höhe von 9,5 Millionen € an die Kitas weiterzuleiten.

Für uns als CDU-Fraktion, das ist der Unterschied, ist dagegen klar: Wir stehen auch zu den Ankündigungen, die wir gemacht haben, und stocken deshalb die Bundesmittel bereits im kommenden Jahr auf die vollen 20 Millionen € auf.

(Beifall CDU)

Genauso wie die Koalition bei der Qualität an den Kitas knausert, so wird auch versucht, das wichtige Thema der **Inklusion an Schulen** mit einer Billiglösung zu bewältigen. Für die pädagogische Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung brauchen wir keine gering qualifizierten Hilfskräfte, sondern wir benötigen ausgebildete **Lehrkräfte und Sonderpädagogen**.

(Beifall CDU)

Deshalb verwendet die CDU-Fraktion die für die Schulassistenten eingeplanten Mittel und Stellen vollständig dafür, zusätzlich 280 Lehrerstellen an Grund- und Förderschulen zu schaffen. Außerdem wollen wir an der Universität Flensburg eine zusätzliche Professur für den Bereich Sonderpädagogik einrichten, um die Ausbildung der benötigten Sonderpädagogen voranzutreiben.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wer geglaubt hat, die Koalition würde, wenn schon nicht in Beton, dann wenigstens in Köpfe investieren, der sieht sich auch darin getäuscht: Zu wenige Lehrer für die Flüchtlingskinder, keine Landesmittel für mehr Qualität

(Tobias Koch)

an den Kitas und Schmalspur-Inklusion mit Assistenzkräften statt mit ausgebildeten Sonderpädagogen. Weniger überraschend, aber umso gravierender ist die Tatsache, dass sich die Koalition mittlerweile das vierte Jahr in Folge den erforderlichen Investitionen in die Sanierung unserer Infrastruktur verweigert.

(Beifall CDU und FDP)

Ohne die Investitionen für die Unterbringung der Flüchtlinge fallen die **Investitionsausgaben** auf den niedrigsten Stand seit fast 30 Jahren. Man muss bis ins Jahr 1978 zurückgehen, um einen Haushalt zu finden, in dem weniger investiert wurde, als unter Rot-Grün-Blau im kommenden Jahr.

(Beifall CDU)

Selbst dieser Vergleich fällt noch viel zu schmeichelhaft aus, denn selbstverständlich hatten 600 Millionen € im Jahr 1978 eine ganz andere Kaufkraft als im Jahr 2016.

(Beate Raudies [SPD]: Da hatten wir noch die D-Mark!)

Sie merken aber, ich spreche von den absoluten Investitionsausgaben, Frau Ministerin. Würde ich auf die von Ihnen so oft kritisierte Investitionsquote zurückgreifen, dann sähe alles noch viel schlimmer aus, denn diese befindet sich im freien Fall und erreicht einen noch nie dagewesenen Tiefpunkt.

Bei allem Tamtam um das Investitionsprogramm „IMPULS 2030“ steht deshalb fest: Mit dem Haushaltsentwurf der Landesregierung wird der Sanierungsstau bei Straßen, Krankenhäusern und Hochschulen im kommenden Jahr weiter wachsen. Wir haben es hier mit einem absoluten Totalversagen dieser Landesregierung zu tun.

(Beifall CDU und FDP)

Die Antwort darauf ist klar und eindeutig: Der Sanierungsstau lässt sich nicht durch leere Versprechungen für die Zukunft beseitigen. Wir brauchen keine Scheinlösungen, sondern es muss jetzt ganz konkret mehr Geld für den nächsten Haushalt in die Hand genommen werden. Genau das sieht der **Antrag der CDU-Fraktion** vor: 70 Millionen € mehr an Investitionen im kommenden Jahr. Davon entfallen 47 Millionen € auf den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr, womit wir dessen Investitionsmittel auf die erforderlichen 90 Millionen € erhöhen. Mit zusätzlichen 10 Millionen € wollen wir den Breitbandausbau in unserem Land vorantreiben, um mit einer leistungsstarken Vernetzung aller Kommunen die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Hol-

steins zu gewährleisten. Die Investitionen in Krankenhäuser wollen wir um 5 Millionen € aufstocken, denn nur mit dem Geld aus dem Landeshaushalt lässt sich der Sanierungsstau in den nächsten Jahren in den Griff bekommen.

Wir machen die Kürzungen bei den Planungskosten für Infrastrukturmaßnahmen ab 2018 rückgängig und sorgen dafür, dass dort die vollen 10 Millionen € zur Verfügung stehen. Wenn SPD, Grüne und SSW erst 2018 mit dem Abbau des Sanierungsstaus beginnen wollen, dann dürfen sie doch nicht heute die Planungskosten kürzen, die dazu dienen sollen, diese Investitionen ab 2018 vorzubereiten.

(Beifall CDU)

Offensichtlich glauben Sie ja selbst nicht an Ihre Versprechungen, die Sie hier abgeben.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, wie lassen sich diese zusätzlichen Investitionen finanzieren? Die CDU-Fraktion schlägt dafür neben anderen Kürzungen eine **globale Minderausgabe** von rund 50 Millionen € über alle Einzelpläne vor. Diese Kürzung entspricht rund der Hälfte der sächlichen Verwaltungsausgaben, die während der Regierungszeit von SPD, Grünen und SSW zusätzlich entstanden sind. Es geht also nur darum, einen Teil der von Ihnen selbst verursachten Mehrausgaben wieder zurückzudrehen. 50 Millionen €, das sind weniger als 0,5 % des Haushaltsvolumens.

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, wollen Sie allen Ernstes behaupten, dass es nicht möglich ist, in diesem Umfang **Umschichtungen im Haushaltsvolumen** vorzunehmen? Wenn Sie das dann aber kritisieren, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und SSW, dann kritisieren Sie sich damit selbst und auch Ihre Finanzministerin. Denn was sieht denn Ihr Investitionsprogramm „IMPULS 2030“ vor? Es sieht vor, dass ab 2018 jährlich 50 Millionen € aus dem laufenden Haushalt erwirtschaftet werden sollen. Nichts anderes schlagen wir als CDU-Fraktion vor. Dies muss aber eben nicht erst ab 2018, sondern im nächsten Jahr geschehen.

(Beifall CDU)

Dann haben Sie auch die Chance zu beweisen, dass Sie Ihre Versprechungen für die Zukunft auch in eigener Verantwortung einhalten können und nicht nur auf die Nachfolgeregierung schieben.

Meine Damen und Herren, nicht nur bei den Investitionen, sondern insgesamt bleibt beim Haushalt



(Tobias Koch)

des Jahres 2016 ein ganz bitteres Fazit: Die guten letzten Jahre mit Rekordsteuereinnahmen und Niedrigzinsen wurden vertan. Sie wurden nicht genutzt, um Schleswig-Holstein krisenfest zu machen. Unser Land ist unter Rot-Grün-Blau bei der **Haushaltskonsolidierung** keinen Schritt vorangekommen. Sollten die Flüchtlingszahlen im kommenden Jahr stärker steigen als von der Landesregierung unterstellt, dann ist das **Einhalten der Schuldenbremse** in Schleswig-Holstein akut gefährdet.

Klar erkennbare **Risiken** aus der **HSH Nordbank** und dem **UKSH** sind dabei im Landeshaushalt noch überhaupt nicht eingepreist. Stattdessen werden mit überzogenen Kreditermächtigungen, die wir gerade eben diskutiert haben, Schattenhaushalte gebildet, um die Auswirkungen auf den Landeshaushalt auf die Zeit nach der Landtagswahl zu verschieben.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

An der Spitze, Frau von Kalben, steht Schleswig-Holstein nur bei den **Ausgabesteigerungen**. Unter Rot-Grün-Blau liegt unser Land dabei klar über dem Bundesdurchschnitt und übertrifft die anderen Konsolidierungsländer bei Weitem. Mit dieser ungebremsten Ausgabenpolitik verfrühstücken SPD, Grüne und SSW bereits heute die Zukunft unseres Landes.

(Beifall CDU)

Das Fatale ist, diese Mehrausgaben werden dann auch noch falsch eingesetzt, sodass nach wie vor erhebliche Mängel und Defizite in der Unterrichtsversorgung, in der Qualität der Kinderbetreuung, bei der inneren Sicherheit, beim Breitbandausbau, bei der Sanierung von Straßen, Hochschulen und Krankenhäusern bestehen. Mit dieser Politik, die die Konsumausgaben massiv steigert, Investitionen aber kürzt und dabei alle Haushaltsspielräume ausnutzt und sogar mit Schattenhaushalten und Buchungstricks darüber hinausgeht, sind wir wieder genau da angelangt, wo wir unter Rot-Grün vor 2005 schon einmal gestanden haben.

Die negativen Folgen dieser verfehlten Politik werden wir auf Jahre und Jahrzehnte zu spüren bekommen. Sie lassen sich auch nicht durch einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion für ein einzelnes Haushaltsjahr beseitigen. Es wird mehrere Jahre harter Arbeit einer neuen Landesregierung benötigen, um diesen Schaden wieder gutzumachen. Um das Allerschlimmste zu verhindern und den Haushalt 2016 wenigstens etwas besser zu machen, bitte ich Sie, dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat das Wort der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Er hat es schwer, nach dir zu reden! - Zuruf SPD: Nur weil das Pult so hochgefahren ist! - Beate Raudies [SPD]: So kann man auch Leute demotivieren!)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue ich über die Karnevalsstimmung bei Ihnen da drüben. Dazu besteht allerdings nach der Rede des Kollegen Koch eigentlich wenig Anlass. Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident: Regieren besteht aus der **Festsetzung der Prioritäten**. Das hat der ehemalige britische Premierminister Harold Wilson einmal gesagt. Dieser Satz ist nirgendwo so passend wie in der Debatte zur Haushaltspolitik.

Der vorliegende Haushalt 2016 belegt eindrucksvoll, die **Küstenkoalition** setzt ihre Prioritäten im Sinne einer **vorsorgenden Finanzpolitik**. Das ist der klare Unterschied zum schwarz-gelben und unsozialen Streichkonzert früherer Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Wir konsolidieren den Landeshaushalt und gestalten gleichzeitig die Zukunft unseres Landes. Daran ändert sich auch nichts durch die Herausforderung der hohen Flüchtlingszahlen. Unsere humanitäre Verantwortung für schutzsuchende Menschen bleibt eine Grundfeste unserer Planungen. Diese Koalition wird ihrer Verantwortung gerecht. Sie bleibt ihrem Kurs für Bildung, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit treu. Sie legt den Herausforderungen entsprechend einen Schwerpunkt auf die **Flüchtlingspolitik** und die **Integration**. Was wir versprochen haben, halten wir auch ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **Schuldenbremse** steht für die Koalition nicht zur Debatte. Sie wird schlicht eingehalten. Das ist richtig. Es ist richtig, dass wir heute die Berechnungsmethode für die Defizitobergrenze ändern und das Land auf diese Weise den bundesweiten Gegebenheiten anpassen. Innerhalb dieser Regelungen sollten wir aber die gegebenen Handlungsmöglichkeiten auch nutzen. Ich erinnere daran, dass die derzeitigen finanzpolitischen Herausforderungen insbe-

(Dr. Ralf Stegner)

sondere in der Flüchtlingspolitik ebenfalls eine bundesweite Herausforderung sind. Mit derselben Umsicht gehen wir in Bezug auf die HSH Nordbank um. Sehr transparent hat die Landesregierung im Finanzausschuss informiert. Wir hatten ein gutes Verfahren, das wir noch in dieser Tagung zum Abschluss bringen werden. Mein Kollege Thomas Rother hat in der vorangegangenen Debatte alles Notwendige dazu gesagt.

Weil Herr Kollege Koch - wie immer - auf die höheren Steuereinnahmen verweist, will ich Ihnen deutlich sagen: Diese **Steuereinnahmen** werden verwendet, um die Neuverschuldung abzusenken, um sozialgesetzliche Leistungen zu erfüllen und um den Anstieg der Personalausgaben und den kommunalen Finanzausgleichs zu finanzieren. Was hätten Sie denn gemacht? Hätten Sie das alles nicht gemacht, Herr Kollege Koch? - Das müssen Sie uns einmal erklären.

(Beifall Lars Winter [SPD] und Lars Harms [SSW])

Ihre Rede hatte schlichtweg das Motto: mehr, mehr, mehr Ausgaben und mehr, mehr, mehr Kürzen. Das geht zusammen, wenn man Fundamentalopposition macht und nicht regieren will. Für eine Regierung geht so etwas nicht, Herr Kollege Koch. So einfach sind die Dinge.

(Beifall SPD, SSW und Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich an dieser Stelle betonen, wie gut es ist, dass wir einen Kompromiss der Länder bei den **Bund-Länder-Finanzbeziehungen** gefunden haben. Ich setze auf eine Einigung mit dem Bund, wenn sich 16 Länder verständigt haben. Das zeigt doch, dass die Landesregierung in Berlin Gehör findet und die Interessen Schleswig-Holsteins berücksichtigt werden. Dennoch: Die Herausforderung einer soliden Finanzpolitik bleibt bestehen. Die Nettokreditaufnahme beträgt 2016 demnach 273 Millionen €. Genau deshalb haben wir auch in diesem Jahr sorgfältig abgewogen, was in diesem Jahr geht und was nicht. Die FDP sprach uns nach unseren Fraktionsanträgen den Gestaltungsanspruch ab, wir seien ein - ich zitiere - „Regierungsentscheidungs-Abnickverein“.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ja!)

Eine solche Unterstellung wird mir persönlich eher selten gemacht.

(Christopher Vogt [FDP]: Das sollte Ihnen zu denken geben!)

Aber es mag Sie vielleicht überraschen: Das ist das Niveau einer geschlossen agierenden parlamentarischen Koalition und der von ihr gestalteten Regierung. Das machen wir nämlich, weil wir in diesem Jahr vieles gemeinsam verabredet haben. Da braucht man nicht, um Selbstständigkeit zu beweisen, noch Dinge zu tun, die am Ende des Jahres nicht notwendig sind. Das unterscheidet uns von Ihnen mit Ihren Anträgen.

(Beifall SPD und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Das sehen wir ja morgen beim Hochschulgesetz!)

- Herr Kollege Vogt, weil Sie schön dazwischenrufen: Zugegebenermaßen ist das ein anderes Bild, als es die schwarz-gelbe Koalition 2011/12 abgegeben hat, als Sie sich gegenseitig bei der Haushaltsdebatte bekämpft haben. Das tun wir natürlich nicht, sondern wir machen das hier gemeinsam.

Die rot-grün-blaue Politik für Schleswig-Holstein ist auch im Haushalt 2016 klar erkennbar. Ich erinnere nochmals an das im Koalitionsausschuss beschlossene Paket von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW, das der Haushaltsentwurf beinhaltet: **Personalentwicklung** durch eine Verbesserung der Einstiegsämter bei Polizei, Justiz und Steuerverwaltung sowie Erhöhung der Grundzuschüsse an die Hochschulen, um die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen im Vergleich zu anderen Bundesländern schrittweise zu beseitigen - damit wurden wichtige Akzente für 2016 gesetzt.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Über die **Nachschiebeliste** hat die Landesregierung bereits auf die großen aktuellen Herausforderungen reagiert. Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen wurden ebenso berücksichtigt wie die Bereiche Bildung, Wohnen, Arbeit, aber auch Infrastruktur, Letzteres mit dem umfangreichen Programm IMPULS 2030 - und immer mit dem klaren Bekenntnis, Herr Kollege Koch: Wir machen Politik für alle Menschen. Und wenn wir dann mehr ausgeben als andere Länder, dann tun wir das bewusst, Herr Kollege Koch, weil wir nämlich unsere Gesellschaft nicht spalten und keine Verteilungskonflikte, sondern Politik für alle Menschen machen wollen - für die, die zu uns kommen, und für die, die hier leben.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sehen **zusätzliches Personal** bei der Polizei, in den Schulen, im Landesamt für Ausländerangele-

(Dr. Ralf Stegner)

genheiten und bei den Verwaltungsgerichten vor. Insgesamt geht es um 1.001 neue Stellen, 200 bei der Polizei, 100 Ausbildungsstellen, 25 Stellen in der Justiz, rund 300 Stellen beim Landesamt für Ausländerangelegenheiten, 50 Referendarstellen - neue Stellen, um den Herausforderungen gerecht zu werden und gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen beibehalten zu können. Der Angstmacherei der CDU möchte ich Folgendes entgegenhalten: Unter Schwarz-Gelb gab es zwischen 2009 und 2012 keinen Stellenzuwachs bei der Polizei, dafür aber eine Lebensarbeitszeitverlängerung von zwei Jahren. Das war das, was Sie bei der Polizei gemacht haben.

(Beifall Dr. Kai Dolgner [SPD])

Was wir aber machen, ist, den Stellenplan seit 2012 um 200 Stellen zu erhöhen. Mit der Nachschiebeliste werden wir noch einmal 200 neue Stellen vorschlagen, hinzu kommen 125 Ausbildungsstellen. Damit wird es 2016 in Schleswig-Holstein so viele Polizeibeamtinnen und -beamte geben wie noch niemals zuvor. Wir setzen also konsequent das um, was der Landtag im Sommer beschlossen hat.

(Beifall SPD - Zuruf SPD: Sicherheit!)

Neuen Aufgaben für unsere Landespolizei folgen neue Stellen. Diese Aufgaben werden wir auf absehbare Zeit zu bewältigen haben, deshalb müssen sie auch auf absehbare Zeit mit Stellen unterlegt sein. Die Polizistinnen und Polizisten geben uns Sicherheit, sie können sich im Umkehrschluss auf uns verlassen. Die Belastungssituation für die **Landespolizei** ist sehr hoch. Deshalb sage ich ganz klar: Es wird mit uns auch in den kommenden Jahren keine Stellenstreichungen mehr geben. Das ist vom Tisch.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Machen Sie sich keine Sorgen: Die Konsequenzen werden wir ziehen, wenn wir jeweils die Haushalte zu beraten haben. Wenn Sie von der Union also über den Rückzug der Polizei sprechen, dann sprechen Sie über Ihre eigenen Pläne, aber nicht über die Politik der Küstenkoalition. Das ist der Unterschied.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben nicht nur neue Stellen geschaffen, Herr Kollege Koch, wir erhöhen zum zweiten Mal die Erschwerniszulage. Wir erhöhen das Einstiegsamt auf A 8, und wir folgen einem Wunsch der GdP und werden den Anspruch auf Zusatzurlaub für Nachtdienste rückwirkend für das Jahr 2015 anheben. Damit würdigen wir den besonderen Einsatz

unserer Beamtinnen und Beamten bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation. Das war große Klasse, und deswegen machen wir das, weil das notwendig ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Wir haben gemeinsam - da waren Sie denn dabei - einen Entschädigungsfonds eingerichtet. Das immerhin kann ich Ihnen zugutehalten. Aber ansonsten stellen Sie Forderungen. Alles was Sie nicht getan haben - wir tun das. Die Polizei kann sich auf uns verlassen.

Ein weiterer Punkt, der uns unterscheidet, ist, dass die **Verständigung mit den Kommunen** von Beginn an das Ziel dieser Koalition war. Nur gemeinsam werden wir nämlich den Herausforderungen gerecht. Es wird Sie nicht überraschen, dass es eine Einigung zur Verteilung der Bundesmittel für Flüchtlinge gegeben hat, die jetzt umgesetzt wird. Mit der Erhöhung der Kostenerstattung für die Versorgung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern von 70 auf 90 %, mit der Erhöhung der Integrationspauschale des Landes auf 2.000 € pro Flüchtling zeigt die Küstenkoalition, dass sie die Kommunen finanziell nicht alleinlässt. Wir brauchen sie nämlich bei der Umsetzung der Integration.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf CDU)

- Ach Sie mit Ihrer Klage! Gehen Sie klagen, Sie können ohnehin nur klagen.

Wir wollen lieber gestalten, wir stellen weitere Mittel für den **Wohnungsbau** bereit. Mit dieser Förderung sollen neue, erschwingliche Wohnungen gebaut werden, damit auch Menschen mit geringem Einkommen finanziell bezahlbaren Wohnraum finden können. Mit der zweiten Nachschiebeliste steigen die Ausgaben im Bereich der Flüchtlinge auf insgesamt 816 Millionen €. Ursprünglich waren das mal 314 Millionen €. Wir tun das, was notwendig ist.

Egal ob für die Versorgung und Betreuung in den Erstaufnahmeeinrichtungen, für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, für die Integrationspauschale und die Weiterleitung von Bundesmitteln, für den Bau und Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtungsplätze oder auch die Begleitung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sowie für die Gesundheit oder die bereits angesprochenen Stellen für Polizei, Lehrer, Justiz und Verwaltung: Ich sage Ihnen, was wir damit tun, ist, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass **Integration** in diesem Lande

(Dr. Ralf Stegner)

gelingt. Das ist die Mammutaufgabe, der sich die Politik stellen muss - in Schleswig-Holstein und bundesweit, und wir tun das.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich das an dieser Stelle ausdrücklich sagen: Ich möchte meinen Dank nicht nur an die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, nicht nur an die Polizei, die Feuerwehr, die Sozialverbände richten, sondern auch an Innenminister Studt und sein tüchtiges Team. Die haben nämlich großartige Arbeit in den letzten Wochen geleistet, damit das mit der Integration auch klappt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW])

Die CDU-Fraktion hingegen will die **Abschiebehaftanstalt** in Rendsburg wieder in Betrieb nehmen. Das passt zu anderen Vorschlägen der Union. Abschiebungen vor laufenden Fernsehkameras oder andere Ziele - dass Sie sich nicht einmal entblödet haben, in der Adventszeit zu fordern, dass die Gesundheitsversorgung für schwangere Frauen und Kinder verschlechtert wird! Das - das muss ich Ihnen ehrlich sagen - lehnen wir als unwürdig und inhumane Behandlung von Menschen strikt ab.

(Beifall SPD und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben bei Ihrem Bundesparteitag in Karlsruhe viel weiße Salbe aufgetragen, aber eines bleibt als Unterschied zwischen uns wirklich bestehen:

(Zuruf Klaus Schlie [CDU])

Während die Frau Bundeskanzlerin morgens die Flüchtlinge willkommen heißen will, werden tagsüber immer wieder neue Vorschläge gemacht, um Menschen schlechter zu behandeln oder zu schikanieren. Wir machen da nicht mit. Mit uns gibt es so etwas nicht.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Jahr 2015 hat die Rahmenbedingungen unserer Politik verändert, aber nicht ihre Zielsetzung. Deshalb will ich auf zwei besonders wichtige Punkte näher eingehen. Da wäre zunächst einmal das Thema **Bildung**, was der Grundpfeiler gelungener Integration ist. Die sogenannte demografische Rendite, die in der Vergangenheit die Grundlage dafür war, die Unterrichtsqualität und die Unterrichtsversorgung zu erhöhen, ist weggefallen. Der Rückgang der Geburtenzahlen wird allein durch die Zuwanderung von jungen Menschen im schulpflichtigen Al-

ter mehr als ausgeglichen. Eben melden die Institute, dass die Geburtenzahlen in Deutschland erstmals wieder richtig ansteigen - weit über das hinaus, was prognostiziert worden ist. Das ist ja erfreulich. Das stellt uns andererseits natürlich vor Herausforderungen.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich habe meinen Beitrag geleistet!)

- Herr Kollege Vogt, ich auch, da sind wir in gemeinsamer Verantwortung für die demografische Entwicklung des Landes an unterschiedlichen Stellen.

(Christopher Vogt [FDP]: Sie werden auch noch einmal Vater?)

Unser Ziel bleibt aber bestehen. Also brauchen wir mehr **Lehrerstellen**, als wir in der Vergangenheit angenommen haben. In der Nachschiebeliste sind zunächst einmal 50 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst vorgesehen, gegebenenfalls werden wir 2016 nachsteuern, wenn das notwendig ist und die notwendigen Ausbildungskapazitäten an den Schulen und beim IQSH geschaffen worden sind.

Die Koalition verstärkt die Mittel für **Deutsch als Zweitsprache** um knapp 4 Millionen €, die schwerpunktmäßig an berufsbildenden Schulen und Regionalen Berufsbildungszentren eingesetzt werden sollen. Wir schaffen bereits zum 1. Februar 280 neue Planstellen, um die Unterrichtsversorgung aufgrund der steigenden Schülerzahlen zu sichern. Es ist uns die knapp 13 Millionen € mehr wert, dass wir die bestehende Schulpflicht für alle auch umsetzen können.

Weil viele der Geflüchteten von Hochschulen ihrer Länder kommen oder zumindest die Voraussetzungen für ein Studium haben, geben wir auch 1,5 Millionen € zusätzlich an die **Hochschulen**, mit denen die Integration, insbesondere die sprachliche Qualifikation junger Migrantinnen und Migranten, gesichert wird.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Auch im **Sozialbereich** steuern wir umfangreich nach. Es gibt Zuschüsse für Krankenhäuser, Maßnahmen für traumatisierte Flüchtlinge, etwa für die Betreuung traumatisierter Kinder in Kitas, unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, inklusive pädagogischer Fachkräfte in Erstaufnahmeeinrichtungen oder auch ein Programm zur Unterstützung des Ehrenamts, das uns ganz wichtig ist. Wir wissen, wie wichtig eine gute Sozialpolitik ist. Wir werden niemanden alleinlassen.

(Dr. Ralf Stegner)

Von den Vorschlägen der Oppositionsfraktionen für den Haushalt ist einiges interessant und diskussionswürdig; manches könnten wir mitmachen, anderes lehnen wir ab. Zum Beispiel überrascht es mich sehr, dass sich die Fraktion des ehemaligen Sozialministers Garg sich geradezu willkürlich am **Haushalt des Sozialministeriums** bedient und sich mit der Begründung „Anpassung an den tatsächlichen Bedarf“ Geld zusammensucht - ohne jegliche Rücksicht auf gegenwärtige Ausgabelagen und mögliche Risiken 2016. Ob Gleichstellung, Ehrenamt oder pädagogische Fachberatung, kein Bereich bleibt von Ihrem Rotstift verschont. Die Küstenkoalition macht eine andere Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Anschließend tauschen Sie den Rotstift gegen den alten Rasenmäher aus Regierungszeiten. Die FDP sollte aus ureigenstem Interesse Empathie für Minderheitenschutz haben, aber was machen Sie? Sie nutzen die Dänen, die Friesen und die Roma als Sparschweine. Ein Blick in die auch mit Ihren Stimmen geänderte Landesverfassung hätte Ihnen hier vielleicht geholfen. Die Küstenkoalition macht eine andere **Minderheitenpolitik**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Kulturhaushalt tauschen Sie den Rasenmäher nochmals ein, dieses Mal - so scheint mir - gegen die Kettensäge: Das einzige Projekt, das Ihnen wichtig ist, ist die Grenzdokumentationsstelle in Schlutup. Die Kulturpolitik findet darüber hinaus bei Ihnen keine Gnade. Wir machen eine andere **Kulturpolitik**.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Torge Schmidt, ich bitte Sie um etwas mehr Vorsicht bei Ihrer Wortwahl. Sie haben uns Klientelpolitik vorgeworfen. Schaut man in Ihre Haushaltsvorschläge, dann liest man da: Überwachungskameraregister, Whistleblowing-Plattform, 1.000-Hotspots-Programm. Wenn das Kern einer soliden Haushaltspolitik ist, haben wir ein unterschiedliches Verständnis davon, lieber Herr Kollege Schmidt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für den **Sport** haben Sie überhaupt kein Verständnis. Sie wollen die Mittel für die Sanierung kommunaler Sportstätten komplett streichen. Die Küstenkoalition macht eine andere Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die CDU macht wie in jedem Jahr zweierlei: Zum einen möchte sie von uns geschaffene Gesetze und all das, was wir geändert haben, obwohl sie deswegen abgewählt worden ist, wieder rückgängig machen. Die CDU will keine gute Arbeit, sie will keine Tariftreue, sie will keinen Mindestlohn, sie will keinen fairen Wettbewerb. Die Küstenkoalition macht eine andere Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die CDU will keine Schulasstendenzen, keine Förderung der Schwächsten, keine Entlastung der Lehrkräfte bei der Inklusion. Die Küstenkoalition macht eine andere Politik.

(Widerspruch CDU)

Ich freue mich darüber, dass Bildungsministerin Britta Ernst am Wochenende den stolzen neu ausgebildeten Schulassistentinnen und Schulassistenten Zertifikate übergeben hat, über die Sie sich lustig gemacht haben. Wir helfen den Schulen und reden nicht nur darüber wie Sie auf Ihrer Seite.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dazu kommt: Die CDU behauptet in einer Pressemitteilung des Abgeordneten Koch vom 2. Dezember 2015 - sogar so etwas muss ich lesen -, mehr Geld in Bildung zu investieren. Tatsächlich bleiben dem Bildungssystem nach Ihrem Antrag im Saldo 3,7 Millionen € weniger, die Gegenfinanzierung mitgerechnet. Die Küstenkoalition macht eine andere Politik, wir machen mehr Bildung und nicht weniger wie Sie. Das ist der Unterschied.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Frau Kollegin Franzen, bevor Sie dazwischenrufen: Es fällt Ihnen sogar ein, den **Vertretungsfonds** zum Opfer zu machen, just den Vertretungsfonds, bei dem Frau Franzen mit Ihren Kleinen Anfragen immer stakkatoartig nach dem Mittelabfluss gefragt hat, um zu zeigen, dass die Vertretungsmittel vorne und hinten nicht ausreichen. Und was machen Sie? - Sie kürzen auch da. Frau Kollegin Franzen, das ist unlogisch, oder Sie haben eingesehen, dass Sie in der Opposition bleiben wollen. Dann kann man das so machen. Wir machen eine andere Politik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Heike Franzen [CDU])

(Dr. Ralf Stegner)

Die CDU will bei den **Stellenplänen** noch einen draufsetzen und fordert mehr Lehrer und Polizisten. Gleichzeitig soll mit der Einrichtung der globalen Minderausgabe - ein sehr kreatives Mittel - der **sächliche Verwaltungsaufwand** der Ministerien um 50 % gekürzt werden. Das muss man einmal nebeneinanderhalten. Woher soll das Geld für die Sachmittel der zusätzlich benötigten Ausbilder für die Polizei, für die zusätzlichen Kosten für Unterkunft- und Ausbildungsgebäude kommen? Diese Antwort bleiben Sie schuldig. Sie bleiben sie schuldig, weil Sie gar nicht regieren wollen; können tun Sie es auch nicht, sonst würden Sie solche Anträge nicht stellen. Wir machen eine andere Politik.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Man muss sich fast Sorgen um die alte CDU machen. Sie will selbst das Landesjubiläum nicht mehr richtig feiern. 70 Jahre Schleswig-Holstein - da ist die Küstenkoalition deutlich patriotischer als Sie. Wir machen eine andere Politik in diesem Lieblingsland, Herr Ministerpräsident.

(Beifall SPD und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Unruhe)

Wir müssen es erdulden, dass die CDU das nicht wichtig findet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Küstenkoalition macht - wie ich dargelegt habe - eine andere Politik als Sie. Demokratieförderung, Umwelt und Kultur stehen in diesem Jahr im Mittelpunkt unserer Fraktionsanträge. Was wir tun, hat mit Klientelpolitik nichts zu tun, sondern mit dem Halten von Versprechen.

Erstens. Wir schaffen eine **Ombudsperson zum Schutz von Kindern und Jugendlichen**. Kinder und Jugendliche aus Heimen, aber auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich an diese Stelle bei der Bürgerbeauftragten wenden, um Probleme anzuzeigen und Hilfe zu erhalten. Das ist eine erste Schlussfolgerung aus den Vorgängen am Friesenhof, die unsere Sozialministerin Kristin Alheit frühzeitig in die Diskussion eingebracht hat.

Zweitens. Wir realisieren den im Koalitionsvertrag vorgesehenen **Polizeibeauftragten**. Als Ansprechpartner bei Konfliktfällen innerhalb und mit der Polizei wird auch diese Funktion bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten angesiedelt. Ich bin sicher, dass sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wie auch das Vertrauen der Polizistinnen und Polizisten gewinnen wird. Sie werden uns nicht nachsagen können, dass wir Stellen gegen die Polizei schaffen. Das machen wir nicht.

(Unruhe)

Drittens. Wir fördern unsere Demokratie und stärken den Kampf gegen ihre Feinde. Wir wollen Aktivitäten der **Demokratieförderung** und die Prävention gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit weiter stärken und unterstützen deshalb den Aufbau eines Netzwerks „Demokratie und Courage“ und eine personelle Verstärkung des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus mit insgesamt 100.000 €.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, wo ist eigentlich Ihr Engagement gegen die Rechtspopulisten? Das will ich wirklich wissen. Ich finde, da versagt die konservative Seite in Deutschland komplett. Oder hoffen Sie insgeheim hoffen, dass Ihnen der Einzug der AfD in die Parlamente politische Windfall Profits beschert? Da werden Sie uns nicht an Ihrer Seite finden. Wir müssen alles, was rechts in Deutschland ist, bekämpfen, denn daher kommt die Gefahr für unsere Demokratie, für Fortschritt und Humanität in Deutschland.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Viertens. Wir setzen auch bei der **Kultur** mit unseren Anträgen kleine Akzente, bei den Eutiner Festspielen, bei der Landesgartenschau, bei folkBaltica, und wir fördern das international renommierte Naturfilmfestival Green Screen. Denn - fünftens - **Nachhaltigkeit** ist bei uns in konkreten Projekten direkt erlebbar. Das Wissen um den Zustand unserer Umwelt ist Voraussetzung für die notwendigen Maßnahmen für ihren Schutz. Ich bin übrigens sehr froh, dass es bei der Klimakonferenz in Paris eine Lösung gegeben hat. Das war dringend notwendig. Wir haben viel zu tun und sollten in Schleswig-Holstein mit gutem Beispiel vorangehen.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen fördern wir auch dies. Unser Ziel bleibt eine nachhaltige Entwicklung unseres Landes im konstruktiven Austausch aller beteiligten Akteure.

Gerade angesichts der anstehenden Herausforderungen durch die Energiewende und die Weiterentwicklung der Infrastruktur sehen wir es als notwendig an, dass die Naturschutzverbände ihren gesetzlich geregelten Mitwirkungsrechten an den Planungen tatsächlich nachkommen können, damit wir die notwendigen Konsequenzen aus dem ziehen, was in unserem Land erforderlich ist. Wir werden im diesjährigen Europäischen Jahr der Entwicklung auch

(Dr. Ralf Stegner)

die Förderung des Bündnisses Eine Welt verstärken.

Manches von dem, über das wir da reden, ist mitnichten Folklore. Die internationalen Fluchtbewegungen haben auch etwas mit **Klimaveränderungen** zu tun. Auch darum haben wir uns mit unserer globalen Verantwortung zu kümmern.

Sechstens. Das Landesprogramm Arbeit bildet in den nächsten Jahren den Schwerpunkt unserer **Arbeitsmarktpolitik**. Dazu gehören auch die mobile Beratung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder Maßnahmen zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur. Qualifizierungen werden uns helfen, mehr Menschen in Arbeit zu bringen und die Ansprüche unserer Unternehmen zu erfüllen.

Siebtens. Wir stärken den **Verbraucherschutz**. Weitere Mittel werden für die Verbraucherzentralen im Zusammenhang mit der neuen Zielvereinbarung bereitgestellt. Das ist ein Plus von immerhin 25 % gegenüber dem Vorjahr, inklusive einer strukturellen Absicherung der Zielvereinbarung bis 2020. Darüber werden wir gesondert debattieren. Aber das ist schon gut.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Achtens. **Sozialpolitik** wird von uns ernst genommen und mit Herz betrieben. Viele Themen bewegen uns. Konkrete Haushaltspolitik kann konkret helfen. Die Mittel für die Geburtshilfe für Konzepte zur Verbesserung der Geburtshilfe im ländlichen Raum werden zur anteiligen Finanzierung der Kosten der Hebammenhaftpflichtversicherung auf Sylt und Föhr-Amrum aufgestockt.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stärken den **Pflegebereich** weiter. Damit werden die landesgeförderten Schulplätze um weitere 300 auf insgesamt 2.100 erhöht. Es ist sehr wichtig, dass wir dies tun. Dann stehen ab 2016 900 geförderte Plätze mehr zur Verfügung als noch 2012. Darin enthalten sind übrigens auch 10 Plätze für den dualen Pflegestudiengang an der Uni Lübeck.

Egal ob ein weiteres Kinderschutzzentrum, die vertrauliche Spurensicherung, eine Beratungsstelle für männliche Opfer von sexueller Gewalt oder die Dynamisierung Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen - all das sind Maßnahmen, bei denen uns Verstand und Herz sagen, dass es richtig ist, dies zu tun.

(Beifall SPD)

Neuntens. **Kinderbetreuung** sichert bei uns Bildung von Anfang an. Die Ausgaben des Landes für die Betriebskosten im U-3-Bereich steigen weiter an - wie zwischen Land und Kommunen vereinbart. In diesem Haushalt sind deshalb Konnexitätsausgleichsmittel in Höhe von 63 Millionen € drin, also 20 % mehr als 2015. Das ist schon ein richtiger Schluck aus der Pulle. Außerdem werden wir die Mittel für die Sprachbildung in Kindertageseinrichtungen aufstocken, um ausreichende Sprachförderung anbieten zu können.

Herr Kollege Koch, dass Sie hier behaupten, wir würden in den Kitas die Qualität nicht steigern, kann nur damit zu tun haben, dass Sie davon keine Ahnung haben, sonst würden Sie hier nicht so einen Unsinn reden.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die frei werdenden Mittel aus dem Betreuungsgeld werden für den Betrieb und den Bau von Kindertagesstätten in den Kommunen und deren Qualitätsverbesserungen ausgegeben. Wir haben das zugesagt. Im Gegensatz zu Ihnen halten wir auch ein, was wir zusagen. Auch das unterscheidet unsere Politik von der Ihren.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Kurs bleibt klar und wird trotz aller Herausforderungen gehalten. Schleswig-Holstein steht finanziell solide da. Das hat auch der Stabilitätsrat erneut bestätigt - Sie mussten ja lange suchen, um in seiner langen Stellungnahme zwei kritische Sätze zu finden -, und das in einer Zeit, wo wir mit der Flüchtlingspolitik eine Herausforderung haben, bei der ich gar nicht wüßte, wie Sie damit umgehen würden, wenn Sie regieren würden.

(Beifall SPD)

Das, was wir hier bescheinigt bekommen, was die Finanzministerin hier bescheinigt bekommt, ist solide **Finanzpolitik** für Schleswig-Holstein. Das unterscheidet uns von Ihnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und diese Politik ist nicht unsozial, im Gegensatz zu dem, was Sie gemacht haben. Deshalb sage ich: Es ist gut, dass wir die Herausforderung **Flüchtlingspolitik** mit humanitärer Haltung annehmen und finanzieren. Um es in der Sprache der Sylter zu sagen: Rüm Hart, Klaar Kimming. Das ist das, was

**(Dr. Ralf Stegner)**

wir bezogen auf die Flüchtlingspolitik und die Sozialpolitik in Schleswig-Holstein machen.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Eine kleine Freude für die Kollegen da drüben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin davon überzeugt, dass es gut ist, dass man vor der Wahl sagt, was man nach der Wahl tut, und nach der Wahl tut, was man vorher gesagt hat. Genau das machen wir bei Bildung, bei sozialer Gerechtigkeit und bei Nachhaltigkeit.

Ich glaube, es ist gut, dass wir mit unseren Haushalten vorsorgende Finanzpolitik für die Zukunft betreiben. Ich bin davon überzeugt: Diese Politik der Küstenkoalition ist gut für Schleswig-Holstein, und wir werden uns damit im übernächsten Jahr selbstbewusst den Wählerinnen und Wählern stellen.

Ich glaube: Solide Finanzen sind das eine, gerechte Politik ist das andere. Herz und Verstand für die Menschen, die zu uns kommen, für die, die hier leben. Wir wollen nicht spalten, sondern zusammenführen. Das tut die Küstenkoalition. Ich bitte Sie herzlich, unserem Haushalt zuzustimmen. Es ist ein guter Haushalt für die Menschen in Schleswig-Holstein. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne weitere Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Plön und weitere Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Husum Nord. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eben haben wir noch über die HSH Nordbank debattiert, und jetzt reden wir über den Haushalt. Eben ging es um Milliardenverluste, die wie ein Damoklesschwert über dem Land schweben, und nun müssen wir uns mit einem **Haushalt** auseinandersetzen, der an der Obergrenze zur maximalen Schuldenaufnah-

me kratzt. Die Stimmungskurve in Schleswig-Holstein - so könnte man meinen - zeigt nach unten.

Doch wenn ich durch unser Land fahre, habe ich einen ganz anderen Eindruck. Die Welt der Haushaltszahlen, das Ringen um den richtigen Einsatz der begrenzten Mittel und die Welt der maroden Landesbank, die die Politik seit Jahren beschäftigt, mag die eine Seite sein. Doch es gibt noch eine andere Seite.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Weihnachten!)

- Sicher, es gibt auch Weihnachten, aber es gibt auch real ein Schleswig-Holstein, das ich auf meinen Fahrten durch das Land immer wieder neu entdecke. Auf der einen oder anderen Straße mag sich ein Schlagloch befinden, doch die **Lebensqualität** hier ist hoch. Nachdem uns der Glücksatlas das zum dritten Mal in Folge bescheinigt hat, kann das kein Zufall sein.

Ich sehe ein Land, in dem sich die Leute nicht beschweren, sondern ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Wenn eine Situation schwierig ist, wenn uns Wind ins Gesicht weht und die See rau ist, dann akzeptieren wir die Gegebenheiten und machen das Beste daraus.

Ich sehe ein Land, in dem schon ganz viel passiert, was richtig läuft. Die Straßen werden saniert. Ich kann davon ein Lied singen, wenn ich jeden Tag von Pinneberg nach Kiel fahre.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, die Bundesstraßen!)

- Nein, auch die Landesstraßen dahin. Ich wohne zum Glück nicht direkt an der Autobahn, lieber Herr Vogt.

Das UKSH wird endlich auf Vordermann gebracht. Die U-3-Betreuung wird ausgebaut. Und natürlich ist zum Beispiel mehr Sprachförderung an den Kitas auch ein Beitrag zur Qualität, Herr Koch. Sie können nicht sagen, dass wir, nun ausgerechnet wir, nicht die Koalition für die Kitas sind. Die Frauenhäuser erhalten mehr Geld, deutlich mehr Geld. In 2016 162.000 € und in 2017 312.000 €.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Grundfinanzierung der Hochschulen wird 2016 um 10 Millionen € und bis 2019 um 25 Millionen € angehoben.

Die Wirtschaft produziert für alle Welt, oft mit Spitzenprodukten. Ich konnte mich auf meiner Sommertour bei einigen Firmen davon überzeugen,



**(Eka von Kalben)**

in wie vielen Bereichen wir in Schleswig-Holstein Weltmarktführer sind

(Lachen Uli König [PIRATEN])

- Das ist richtig, Herr König. Ich weiß nicht, warum Sie lachen. Ach so, Sie lachen wahrscheinlich über irgendetwas anderes in Ihrem PC.

Die Natur ist bei uns ein Standortfaktor. Durch Stärkung des Naturschutzes sorgen wir dafür, dass das auch so bleibt. Bei der Windkraft und Energie-wende sind wir ganz vorne.

Meine Damen und Herren, wenn ich rausgehe und mit den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern rede, bekomme ich wahrlich nicht den Eindruck, dass es mit diesem Land bergab geht.

In den letzten Wochen war ich in den Unterkünften für Geflüchtete auf Bürgerversammlungen, und ich habe in einigen Orten meinen grünen Stand aufgebaut, um mit den Leuten auf der Straße ins Gespräch zu kommen. Ich wollte wissen, wie die Menschen die neue Situation mit den vielen Geflüchteten, die hier ankommen und die jetzt hier leben, aufnehmen. - Vieles klappt schon sehr gut. Es gibt eine große Solidarität und Hilfsbereitschaft. Zahlreiche Menschen packen ehrenamtlich mit an. Dieses tolle Engagement wollen wir weiter stärken, und deswegen haben wir auch 2,7 Millionen € in den Haushalt eingestellt, mit denen Koordinierungsstellen, ehrenamtliche Initiativen und Vor-mundschaftsvereine unterstützt werden.

Doch es gibt auch Bedenken, Ängste und Vorurteile. Es gibt Alteingesessene, die nicht verstehen, dass Flucht kein Urlaub und kein Vergnügen ist, sondern fast immer ein Akt der Verzweiflung. Menschen, die ihre vertraute Umgebung, ihre eigene Sprache und ihre Familienmitglieder zurücklassen, machen das nicht ohne Grund. Wer sich auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer oder die Balkanroute macht, hat meistens keine andere Wahl mehr.

Ein Einwand, den ich in den letzten Wochen auf der Straße des Öfteren gehört habe, lautet: Für die **Flüchtlinge** gibt es jetzt Geld! Jahrelang wurde gespart, und jetzt auf einmal scheinen die Mittel da zu sein! - Ja, das stimmt auch. Wir haben im Haushalt ein Wohnungsbauprogramm in Höhe von 12 Millionen € verankert. Wir stellen 280 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer ein, zusätzlich zu den 240 Stellen für Lehrkräfte, die ohnehin für 2016 vorgesehen waren. Zudem schaffen wir 2016 und 2017 jeweils 50 weitere Referendariatsstellen. Und auch bei der Polizei wird das Personal um 200 Stellen aufge-

stockt, dazu kommen 100 zusätzliche Nachwuchskräfte. Wir verdoppeln die Mittel für die Migrationsberatung. Und im Bereich der Gesundheitsversorgung haben wir gegenüber dem ursprünglichen Entwurf noch einmal mit rund 11 Millionen nachgelegt, denn auch in den Krankenhäusern müssen jetzt mehr Menschen versorgt werden.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das alles verstehe ich als Chance. Die Euros, die wir jetzt einsetzen, kommen der ganzen Gesellschaft zugute. Der soziale Wohnungsbau ist für alle Menschen, die ein geringes Einkommen haben, und die neuen Lehrkräfte an den Schulen sind für alle Kinder da.

Meine Damen und Herren, wenn alle Ausgaben im Zusammenhang mit der Versorgung, Unterbringung und Integration von Geflüchteten zusammengezählt werden, ergibt dies einen Betrag von 816 Millionen €. Das ist mehr als doppelt so viel wie letztes Jahr. Wir, die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen, stehen hinter dieser Zahl. Wir übernehmen Verantwortung für die Menschen, die zu uns fliehen, und für die Gesellschaft insgesamt.

Wenn das dazu führt, dass der Abstand zur Defizitobergrenze nur noch 39 Millionen € beträgt, dann ist das haushälterisch eine bittere Pille, aber menschlich gesehen genau das Richtige. Teurer als gute **Integration** ist nur keine Integration.

Das sieht auch der Stabilitätsrat so. Unter Kenntnis der beiden Nachschiebelisten zum Haushalt hat er Schleswig-Holstein erneut bescheinigt, auf dem richtigen Weg zu sein.

(Volker Dornquast [CDU]: In Kenntnis?)

Das Sanierungsverfahren kann voraussichtlich wie geplant 2017 abgeschlossen werden. Es bleibt weiter unser erklärtes Ziel, die strukturelle schwarze Null bis spätestens 2020 zu erreichen, auch wenn sich die Rahmenbedingungen verändert haben.

Die Mehrausgaben im Flüchtlingsbereich erkennt auch der Stabilitätsrat an. Offensichtlich ist es auch Konsens hier im Haus. Das ist ein großes Gut, wenn man in den Süden der Republik guckt oder auch in manches europäische Nachbarland. Dafür bin ich wirklich dankbar.

Herr Koch, Sie sagen immer wieder, wir haben die hohen Steuermehreinnahmen. Das ist richtig. Wir haben Einsparungen bei den Zinsausgaben. Das ist auch richtig. Wenn Sie sich aber angucken, wofür die Gelder ausgegeben wurden - das sind 2,8 Milli-

**(Eka von Kalben)**

arden € von 2010 bis 2016 -, ist 1 Milliarde € in die Absenkung der Neuverschuldung gegangen. 0,6 Milliarden € sind für Tarifierhöhungen und Versorgungsausgaben verausgabt worden. Das sind Punkte, bei denen Sie in der Übernahme der Tarife gar nicht schnell genug sein konnten. 0,3 Milliarden € sind in den Kommunalen Finanzausgleich geflossen.

Sie stellen sicher nicht infrage, dass dies sinnvoll ist. Dann haben wir noch 1 Milliarde € für Flüchtlingsausgaben und festgelegte Sozialausgaben. Das, was Sie uns vorwerfen und worauf wir stolz sind - nämlich dass wir die Punkte, für die wir gewählt wurden, umgesetzt haben -, beträgt weniger als 5 % von diesen Mehrausgaben. Das ist genau der Beitrag für Hochschule und Kita. Das ist unser Bildungsbeitrag, und das ist richtig so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Mit dem Haushalt 2016 - ich bin schon darauf eingegangen - haben wir einen Haushalt vorgelegt, der ganz maßgeblich den Schwerpunkt **Flüchtlinge** hat. Dieses Thema ist nicht nur ein Landesthema, sondern es ist eine nationale Aufgabe. Auch wenn der Bund uns jetzt mit seinen 670 € pro Flüchtling unterstützt, ist es gut, aber es ist nicht gut genug. Es ist immer noch eine Aufgabe, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Die Hauptleistung, die vollbracht wird, wird in den **Kommunen** vollbracht, und das nicht nur im haushalterischen Sinne. Mit Geld lassen sich nicht automatisch Unterkünfte und Hilfskräfte aus dem Boden stampfen, aber es hilft.

Ich freue mich, dass es vor Verabschiedung des Haushalts noch zu einer Einigung zwischen Land und Kommunen gekommen ist. Es ist auch richtig, dass wir noch nachlegen. Zukünftig erstattet das Land 90 % statt 70 % der Kosten für die Dauer des Asylverfahrens. Die Kommunen erhalten eine Integrationspauschale von 2.000 € pro Person. Die Transitstädte Flensburg, Kiel und Lübeck erhalten außerdem jeweils 300.000 € vom Land für ihre ganz besondere Situation.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Damit erhalten die Kommunen insgesamt noch einmal 11 Millionen € mehr. Gleichzeitig setzen wir nach der ersten Evaluation die Verteilung der Mittel des Kommunalen Finanzausgleichs, den neuen Verteilungsschlüssel, um. Dadurch wird zwar die Gesamtmasse nicht erhöht, aber wir bleiben dabei,

dass die Mittel objektiv und gerecht eingesetzt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Diese Koalition unterstützt die Kommunen seit 2012 mit umfangreichen Mitteln, wie zum Beispiel einem Wohnungsbauprogramm in Höhe von 12 Millionen €, mit der U-3-Betreuung in Höhe von 80 Millionen €, mit dem U-3-Ausbau in Höhe von zusätzlich 11,5 Millionen €, der Landesbeteiligung an der Schulbegleitung in Höhe von rund 26 Millionen €, dem frei werdenden Betreuungsgeld. Die Mittel für Kitas und die FAG-Masse sind durch Steuermehreinnahmen und strukturelle Aufstockung für Schulsozialarbeit und Infrastruktur auf rund 1,5 Milliarden € angestiegen. 2011 war es noch rund 1 Milliarde €. Auch die Erhöhung der Grunderwerbsteuer bringt den Kommunen rund 15 Millionen € jährlich. Die Liste umfasst noch nicht einmal alle Punkte.

Die große Linie, die Mittel im Flüchtlingsbereich und auch andere umfangreiche Ausgabenblöcke, die wir bereits im Juli geeint haben, wie die Mittel für Hochschulen und das Krippengeld, sind eng zwischen Landesregierung und Koalitionsfraktionen abgestimmt. Wir tragen diese Politik gemeinsam.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deswegen verschieben unsere Änderungsanträge zum Haushalt nicht mehr die ganz großen Beträge. Trotzdem setzen wir noch einmal wichtige Akzente, zum Beispiel mit 100.000 € für die Rechtsextremismusprävention, zum Beispiel mit der Einrichtung einer Ombudsstelle zum Schutz für Kinder und Jugendliche, zum Beispiel mit der Einrichtung eines **Polizeibeauftragten**. Wir Grünen sind damit zufrieden. Wenn wir dafür auch Kritik einstecken müssen, so sind wir doch weiterhin von dem Konzept überzeugt. In einem geordneten Gesetzgebungsverfahren werden wir eine Anhörung durchführen und weiterhin mit allen Skeptikern im Gespräch bleiben. Wenn Sie sich einmal das Loblied der Polizeigewerkschaft in Rheinland-Pfalz ansehen würden, dann könnten Sie sich vielleicht durchringen, einem solchen Beauftragten erst einmal eine Chance zu geben. Warum soll die Bundeswehr einen Wehrbeauftragten haben, aber die Polizei keinen Polizeibeauftragten?

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

**(Eka von Kalben)**

- Sie haben sich ja überhaupt noch nicht mit dem Konzept beschäftigt, aber wir werden das morgen in der Debatte sicherlich noch einmal diskutieren. Dann können wir darüber reden, wo die Unterschiede liegen.

Mit Interesse habe ich die Haushaltsanträge von CDU, FDP und PIRATEN gelesen. Dass wir uns grundsätzlich über die Notwendigkeit der Ausfinanzierung des Flüchtlingsbereichs einig sind, habe ich bereits positiv herausgestellt. Auch der Wechsel von der Trendsteuerberechnung vom Ausführungsgesetz zur Schuldenbremse hin zur Bundesmethode, die uns einen größeren Ausgabenspielraum ermöglicht, wurde in Ihren Anträgen zum Haushalt übernommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie wollen - wie immer - noch einmal einen draufsetzen. Wir stellen x Lehrerinnen und Lehrer neu ein, Sie wollen x plus 100 einstellen. Wir schaffen 100 zusätzliche Anwärterstellen bei der Polizei. Sie schreiben 200 in Ihre Haushaltsanträge. Das kann man so machen, aber besonders kreativ ist das nicht.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Breyer?

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Frau Kollegin, ich wollte einmal nachfragen, an welcher Stelle in unseren Haushaltsanträgen der Wechsel der Berechnungsmethode übernommen wird.

- Haben Sie einen Änderungsantrag zu der Berechnungsmethode gestellt?

- Wir stimmen ja erst noch darüber ab.

(Zuruf)

- Unsere Anträge sind komplett gegenfinanziert.

- Sie können nicht von den Annahmen im Haushalt ausgehen - am Ende muss es ja ausgeglichen sein - und dann sagen, wenn Sie eine andere Position hätten, hätten Sie einen anderen Antrag stellen müssen.

(Zurufe Dr. Heiner Garg [FDP] und Torge Schmidt [PIRATEN])

Die PIRATEN haben ja im Anschluss Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen, und können es noch einmal deutlich machen.

Gleichzeitig streichen Sie, genau wie die FDP, die **Schulassistenten**, um daraus noch mehr Planstellen einzurichten. Gerade jetzt, wenn die ersten Schulasistentenkräfte an die Schulen kommen - und einige von uns hätten sich gewünscht, dass es noch schneller gegangen wäre -, um die Lehrerinnen und Lehrer zu entlasten und die Bedingungen für die Inklusion zu verbessern, wollen Sie zusätzliche Stellen schaffen, ohne mir sagen zu können, woher Sie das Personal kriegen wollen. Ich erlebe es in vielen Bereichen und gerade bei uns im Hamburger Rand, dass die Schulen sagen: Stellen haben wir, Fachkräfte haben wir nicht. Deswegen halte ich es auch für sinnvoll, hier eine Ergänzung durch Schulasistenten zu haben.

Früher wollten Sie uns regelmäßig beim Erreichen der schwarzen Null um ein Jahr überbieten. Jetzt versuchen Sie es beim Personal, ohne zu wissen, ob die Stellen überhaupt besetzt werden können. Wirklich kreativ sind Sie nur mit Ihrer Gegenfinanzierung. Sie lösen notwendige Personalrücklagen auf, und den größten Block über 50 Millionen € finanzieren Sie über eine globale Minderausgabe bei den sächlichen Verwaltungsausgaben. Das würde massive Kürzungen in allen Bereichen bedeuten, im Übrigen auch bei der Polizei. Man kann nicht neues Personal schaffen und gleichzeitig massiv bei den sächlichen Verwaltungskosten sparen. Das ist völlig weltfremd und zeigt, dass Sie nicht wissen, wie eine Verwaltung funktioniert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Ralf Stegner [SPD])

Die FDP versucht es immerhin mit Seriosität. Sie wollen mehr und schneller investieren. Sie schieben von ÖPNV und Radwegen zu Straßen um, und auch der Landesbetrieb **Straßenbau** soll 65 Millionen € mehr bekommen. Da zeigt sich einfach die unterschiedliche politische Schwerpunktsetzung. Klimaschutz ist Ihnen nichts wert. Sie sehen vor lauter Asphalt die Bäume nicht mehr. Die Klimakonferenz in Paris haben Sie verschlafen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie setzen ein kunterbuntes Streichkonzert in den Bereichen Kultur, Naturschutz und sogar beim Aktionsplan echte Vielfalt und bei Planungskosten für Infrastrukturmaßnahmen an.

**(Eka von Kalben)**

Außerdem fahren Sie volles Risiko. Sie erhoffen sich 16 Millionen € Mehreinnahmen bei der Erbschaftsteuer - es ist interessant, woher Sie diese Erkenntnisse haben -, senken die bereits gekürzten Zinskosten um 40 Millionen € und spekulieren bei der Eingliederungshilfe mit Einsparungen von weiteren 40 Millionen €.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Eine noch, aber ich glaube, dann mache ich Schluss - mit Zwischenfragen, nicht mit meiner Rede. Freuen Sie sich nicht zu früh!

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Christopher Vogt [FDP]:** Vielen Dank, Frau Kollegin. - Es ist leider keine geschlossene Frage, die Sie mit Ja oder Nein beantworten können. Ich möchte eine kurze Erläuterung haben, was es denn dem Klimaschutz in Schleswig-Holstein nutzen würde, wenn es in den Landesstraßen mehr Schlaglöcher gibt. Andersherum gefragt: Was schadet es dem Klima, wenn die Landesstraßen in einem besseren Zustand sind?

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Es schadet dem Klima, wenn Sie den Straßenschutz mit Streichungen beim ÖPNV und Radwegeausbau gegenfinanzieren,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil ÖPNV und Radwege für das Klima natürlich besser sind. Diese Frage zeigt erst recht, dass Sie die Klimakonferenz und die Berichterstattung darüber verschlafen haben. - Ich lasse keine weiteren Zwischenfragen zu.

Meine Damen und Herren, Sie fahren volles Risiko, und Sie haben einen großen Einsparblock bei der Eingliederungshilfe.

Meine Fraktion hat die Forderung nach einem Prüfrecht des Landesrechnungshofs immer unterstützt. Aber es soll eben nicht darum gehen, die Eingliederungshilfe auszuquetschen. Die Mittel sollen nur effizienter eingesetzt werden. Das ist der Unterschied zwischen uns, wenn es darum geht - -

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Aber doch nicht für den Straßenbau, Herr Garg! Das ist doch der Unterschied. Es geht doch nicht darum zu sagen: Ich spare jetzt einmal 40 Millionen € bei der Eingliederungshilfe, und damit kann ich jedes Schlagloch, das Herrn Vogt stört, stopfen. Das ist nicht unsere Politik. Dafür stehen wir nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich durch ein Schleswig-Holstein fahren würde, so wie die FDP es sich wünscht, käme ich wohl überhaupt nicht mehr vorwärts. Auf allen Straßen würde gleichzeitig gebaut werden. Die Planungsmittel sind ja eingespart worden, wie wir gehört haben. Es gäbe keinen ÖPNV, auf den ich ausweichen könnte. Überall würden kleine gelbe Bagger stehen. Wahrscheinlich würde Herr Kubicki die Schaufel auch in die Hand nehmen. Das Land wäre quasi abgeschottet. Es gäbe Chaos und Stillstand. Nein, das ist nicht mein Schleswig-Holstein, das ist nicht das Schleswig-Holstein der Küstenkoalition.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie lassen die Straßen lieber verrotten!)

Wenn ich durch unser Schleswig-Holstein fahre, sehe ich ein Land, das viel zu bieten hat und in dem es vorangeht - was die Sanierung der Schlaglöcher angeht, aber auch was die Gesellschaft betrifft.

(Christopher Vogt [FDP]: Ich denke, Baustellen stören Sie! Was ist das denn jetzt?)

Ich sehe ein Land, das vielfältiger und das jünger wird. Ich sehe, dass hier verschiedene Kulturen miteinander leben können, die alteingesessenen Kulturen genauso wie die neuen, zu uns kommen,

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Jetzt kommt die Familie Hansen!)

und dass wir, obwohl wir kein reiches Land sind und den Haushalt konsolidieren müssen, die Mittel einsetzen, die notwendig sind, um Schleswig-Holstein wieder fit zu machen für die Zukunft, und die notwendig sind, um Menschen in Not aufzunehmen und zu integrieren. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat nach meiner Liste jemand das Wort, den ich jetzt nicht sehe.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was Sie für eine Liste haben!)

**(Vizepräsident Bernd Heinemann)**

- Auf meiner Liste steht der Fraktionsvorsitzende. Den sehe ich im Moment nicht. - Jetzt spricht der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg für die FDP-Fraktion. - Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich der Rede von Herrn Dr. Ralf Stegner gelauscht habe, habe ich mich in der Tat gefragt, Kollege Dudda: Was mögen Katrin und Matthias Hansen denken? Sie können sich vielleicht erinnern. Das ist diese nette fiktive Familie, die der Ministerpräsident im Juli in seiner legendären Regierungserklärung erschuf, um deutlich zu machen, dass es einen Unterschied macht, wer regiert, ob Sie oder die anderen. Er wollte uns in seiner legendären Regierungserklärung vom Juli 2015 - es ist noch nicht so lange her - klarmachen: Natürlich haben es die Hansens, also Matthias, Katrin, Hendrik und die Tochter Lisa, besser, wenn Herr Albig und wenn Sie regieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Verlassen wir jetzt einfach einmal das vorweihnachtliche Elmshorn und prüfen, ob es tatsächlich so ist, dass es der Familie auch in Zukunft besser gehen wird, denn der Haushalt, Frau Kollegin von Kalben, ist nicht nur ein langweiliges, trockenes Zahlenwerk, sondern er ist das Dokument, mit dem man politische Prioritätensetzung mit finanziellen Mitteln hinterlegt. Wir sprechen auch vom Königsrecht des Parlaments. Es ist das Dokument, das zeigt, was wir bewegen wollen.

Lassen wir die Hansens einfach einmal mit ihren Wünschen und Hoffnungen ein wenig allein und überprüfen Ihren Haushaltsplan daraufhin, wie es ihnen geht.

Ich habe bereits erste Zweifel, wenn wir uns den Einzelplan 01 in seiner letzten Fassung anschauen. Trotz der Beteuerungen von Herrn Dr. Stegner und Frau von Kalben halte ich die Einführung eines **Polizeibeauftragten** für ein Misstrauensvotum gegen unsere Polizei.

(Beifall CDU)

Ich halte dies für einen schweren politischen Fehler. Ich will Ihnen das deutlich sagen.

Wenn ausgerechnet die Grünen versuchen, uns einen Polizeibeauftragten als Beauftragten für die Polizei verkaufen zu wollen, ist es doch schlicht und ergreifend die Unwahrheit. In Wahrheit wollen Sie diese Stelle doch für etwas ganz anderes.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade vor dem Hintergrund des Lobliedes auf die Polizistinnen und Polizisten, das hier zu Recht angestimmt wird, ist das ein falsches, verheerendes politisches Signal, das Sie aussenden, liebe Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen.

(Beifall FDP und CDU)

Herr Ministerpräsident, würde sich Matthias Hansen Ihren Einzelplan anschauen, den Einzelplan 03, würde er feststellen, dass Sie sich im kommenden Jahr fast eine halbe Million Euro für Repräsentation und sogenannte Kommunikation in Krisenregionen hineinschreiben lassen. Wir haben einmal nachgefragt: Was bedeutet das eigentlich, Kommunikation in Krisensituationen? Da sagte Ihr Chef der Staatskanzlei: Na ja, wir wollen Informationspannen wie bei der Keimkrise im UKSH zu Beginn des Jahres künftig ausschließen - also nicht die Keimkrise, sondern die Informationspanne.

Ich erinnere daran, dass die Ministerin, in deren Haus die Kommunikationspanne auftrat, aus diesem Kommunikationsdesaster heraus bereits einen zweiten Pressesprecher bekommen hat, damit solche Krisen in Zukunft besser kommuniziert werden können. Jetzt stellt sich die Frage, ob der Steuerzahler ernsthaft damit rechnen muss, dass bis 2017 sämtliche Häuser mit Doppelpressespitzen ausgestattet werden und zusätzliche Steuermittel für Krisenkommunikation bereitgestellt werden. Das, lieber Herr Ministerpräsident, wollen wir nicht.

(Beifall FDP und CDU)

Ich gebe Ihnen einfach den bescheidenen Rat: Anstatt zu versuchen, Ihre schlechte Politik rhetorisch nett verpacken zu lassen, würde ich an Ihrer Stelle versuchen, die restlichen Monate Ihrer Restamtszeit bessere Politik zu machen. Das wäre einen Versuch wert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP)

Es wird Sie daher wenig überraschen, dass wir die luxuriöse PR-Ausstattung des Ministerpräsidenten nicht mittragen werden.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wenn es um PR in eigener Sache geht, könnte sich Torsten Albig durchaus etwas von seinem Wirtschaftsminister anschauen. Im Jahr 2014 kam Minister Meyer mit gerade einmal 5.000 € für **Öffentlichkeitsarbeit** aus. Für den zu beratenden Haushalt 2016 lässt sich Minister Meyer diesen Haus-

(Dr. Heiner Garg)

haltsansatz schlankweg gerade einmal versechsfachen - frei nach dem Motto: mehr Schlaglöcher, mehr Geschwindigkeitsbegrenzungen, mehr gesperrte statt reparierte Straßen brauchen mehr Mittel für Krisenkommunikation. Seit letztem Freitag wissen wir: Auch verwaiste Adlerhorste brauchen sehr viel Aufmerksamkeit.

Wir sind der Auffassung, dass Sie vor Ihrer eigentlichen zentralen Aufgabe, den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein zu stärken, die Verkehrsinfrastruktur leistungsfähig zu ertüchtigen, sodass die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins in Zukunft dauerhaft gestärkt wird, nicht nur meilenweit entfernt sind, sondern davor inzwischen auch kapituliert haben und sich das ganze nur rhetorisch nett verpacken lassen wollen.

(Beifall FDP)

Herr Minister Meyer, Ihr Einzelplan 06 ist gerade kein Dokument kluger Schwerpunktsetzung, gerade kein klares Signal für mehr Investitionen, sondern ein kraft- und lieblos zusammengeschustertes Zahlenwerk, das mitnichten den Standort Schleswig-Holstein stärkt.

Es mag dabei nicht die Bürgerinnen und Bürger, auch nicht Matthias und Katrin Hansen trösten, dass die Landesregierung, der Sie ja angehören, neulich eine hübsche Liste zusammengestellt hat, die zeigt, wo überall im Land Geld für notwendige Investitionen in die **Infrastruktur** fehlt. IMPULS nennen Sie das Ganze.

Liebe Frau Finanzministerin, Sie wissen, dass ich Sie schätze. Sie wissen, dass ich den Schlagabtausch mit Ihnen schätze, aber Sie sind in der Regierungsverantwortung. Statt konkret zu handeln, listen Sie auf, wo überall gehandelt werden müsste. Ihr IMPULS-Programm ist in Wahrheit kein Investitionsprogramm, sondern ein Investitionsaufschub-Programm für die Zeit nach Ihrer Legislaturperiode, wenn Sie keine Verantwortung mehr tragen. Das ist doch keine kreative Haushaltspolitik, Frau Ministerin!

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] und Volker Dornquast [CDU])

Herr Kollege Stegner, ich habe immerhin zur Kenntnis genommen, dass Teile der Schlaglochpisten in Zukunft zweisprachig ausgeschrieben werden sollen. Jetzt könnte man vorweihnachtlich milde gestimmt sagen: Mensch, es gibt sogar im Wirtschaftsetat Kultur. Wir meinen allerdings, dass sanierte Straßen auch für die Bürgerinnen und Bürger in Nordfriesland im Zweifel vorteilhafter sind als

zweisprachig ausgeschilderte Schlaglochpisten. Kollege Harms, ja, deshalb verzichten wir auf den kraftvollen Beitrag des SSW zum Landeshaushalt 2016. Wir sehen im Moment bei aller Freude, die Sie an dem Projekt haben, keine Notwendigkeit. Wir sehen den Renovierungsbedarf der Landesstraßen in der Tat als höher an.

Kommen wir zu dem doppelt sprechenden Haus, das gleichzeitig das Haus mit dem höchsten Einzelletat ist, Frau Ministerin Alheit.

(Serpil Midyatli [SPD]: Gut so!)

- Ja, das ist ganz wunderbar. Sie staunen ja ohnehin recht häufig über die Vielfalt Ihrer Zuständigkeiten, was jedoch nur auf den ersten Blick erstaunlich ist, denn wir haben gelernt, dass diese Regierung zusätzliche Mittel für die Kommunikation in Krisensituationen benötigt. Frau Ministerin, besonders gelungen fand ich beispielsweise die Kommunikation in der Frage, warum vor dem Hintergrund des Flüchtlingszustroms 300 zusätzliche Betten, die wir übrigens gar nicht infrage stellen, wenn Sie das richtig gelesen haben, in den Landeskrankenhausplan aufgenommen werden sollen. Wir haben gefragt, warum das so ist.

Auf unsere Nachfrage und auf die höfliche Bitte um eine entsprechende Berechnungsgrundlage hin erläuterte Ihre Staatssekretärin schriftlich, was ich - zugegebenermaßen etwas zugespitzt - zusammenfasse: Diese neuen Betten würden gebraucht, weil sie notwendig seien, und dies sei die Berechnungsgrundlage.

Herr Ministerpräsident, da hat vielleicht Hans Hansen, der Comicautor aus Süderlügum und Schwager von Matthias Hansen, die Feder geführt. So einfach lassen sich zwei Seiten unterschriebener Text zusammenfassen. Das ist bedauerlicherweise eine sehr schlechte Begründung dafür. Ich hätte schon gern gewusst, in welchen einzelnen Fachdisziplinen diese 300 zusätzlichen Betten beispielsweise angemeldet werden sollen.

Weniger humorvoll fällt dann die Stellungnahme zu der von der FDP-Fraktion beantragten Änderung des § 26 des Haushaltsgesetzes aus. Mit latent gereiztem Unterton lassen Sie uns wissen, das sei alles nicht nötig. Sie erkennen an, dass die FDP-Fraktion die maximale Entnahme aus dem Zweckvermögen von 40 Millionen auf 50 Millionen € erhöhen will und den Krankenhäusern Planungs- und Investitionssicherheit bis 2030 geben möchte. Sie sagen, das sei alles nicht notwendig, schließlich würden Sie in Zukunft die Einzelprojektförderung

(Dr. Heiner Garg)

im **Krankenhausbau** durch Mittel aus dem IMPULS-Programm finanzieren wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade deswegen wollen wir heute unseren Antrag zur Änderung des Haushaltsgesetzes einzeln zur Abstimmung stellen. Wir glauben, dass es sich bei der Krankenhausfinanzierung und bei den Krankenhausbaumaßnahmen eben nicht um Luftschlösser oder Wolkenkuckucksheime handelt und dass sich die Ministerin in den vergangenen drei Jahren von einer zu schließenden Geburtshilfe zur nächsten jagen ließ, statt von vornherein ein schlüssiges Gesamtkonzept für das Land vorzulegen und dieses in den jeweiligen Regionen zu diskutieren. Frau Ministerin Alheit, da darf auch diese Krisenkommunikation gestrost als politische Glanzleistung Ihrer Amtszeit bezeichnet werden.

Wir schlagen Ihnen deswegen vor, im Sinne aller Familien in Schleswig-Holstein zusätzliche Mittel in den Haushalt einzustellen, damit endlich ein tragfähiges Konzept für die Geburtshilfe im Land erarbeitet werden kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es fällt der Opposition ja traditionell leicht, Regierungen zu kritisieren: eine Regierung, die behaupten lässt, Haushalt zu können oder vom Stabilitätsrat gelobt zu werden, übrigens selbst dann, wenn der Stabilitätsrat dieser Regierung in Wahrheit gerade eine Ohrfeige verpasst hat.

(Beifall Wolfgang Kubicki [FDP] und Volker Dornquast [CDU])

Die zentrale Frage lautet: Kann man angesichts der Herausforderungen, die vor uns liegen, überhaupt eine andere, eine bessere Politik gestalten? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen: Man kann nicht nur, man muss sogar. Gerade die immer wieder beschworene Integrationsleistung hängt ganz entscheidend davon ab, ob die Versorgung mit Wohnraum gewährleistet werden kann, ob der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit dauerhaft gesichert wird. Mehr denn je braucht Schleswig-Holstein eine Politik, die sich darauf konzentriert, dauerhaft die ökonomische Basis zur Erfüllung all dieser zusätzlichen Aufgaben zu schaffen, eine ebenso klare wie mutige politische Schwerpunktsetzung, die darauf abzielt, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Schleswig-Holsteins dauerhaft zu verbessern. Das wäre die richtige Antwort auf die weiter gestiegenen Herausforderungen auch durch den Zustrom von so vielen Menschen, die Schutz bei uns suchen.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Schwerpunktsetzung unterscheiden wir uns signifikant, Frau von Kalben. Ich finde es auch richtig so, dass die Menschen im Zweifel die Wahl haben, ob sie Ihre Projekte präferieren oder ob sie in Zukunft wieder in einem wirtschaftlich leistungsfähigen Land leben können. Deswegen lautet unsere Schwerpunktsetzung in der Tat: **Infrastruktur, Bildung und innere Sicherheit**.

Während die Landesregierung heute einen Haushaltsentwurf zur Abstimmung stellt, der, sagen wir es einmal freundlich, gerade noch auf dem Papier die Verfassungsmäßigkeit einhält, zeigt die FDP-Fraktion - -

(Zuruf SPD)

- Das ärgert mich nun ganz und gar nicht. Ich habe sogar eher die Befürchtung, dass im laufenden Haushaltsvollzug allein diese bescheidende Annahme im Zusammenhang mit dem zu erwartenden Flüchtlingsstrom nicht zutrifft. Herr Dr. Stegner, das wissen Sie: Es wird mit 27.000 Flüchtlingen gerechnet. Ich frage mich, warum mit 27.000 gerechnet wird, wenn wir in diesem Jahr über 50.000 haben, aber das werden wir im Laufe des nächsten Jahres sehen.

Die FDP-Fraktion zeigt, dass man fast 100 Millionen € mehr investieren kann und gleichzeitig 55 Millionen € weniger **Schulden** machen kann als Rot-Grün-Blau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe vorhin bei der Rede des Kollegen Breyer dazwischengerufen, weil ich, bei allem Respekt, Ihre Bemerkung im Hinblick auf die neue Berechnungsmethode absurd fand. Sie setzt - genauso wie die der FDP-Fraktion - auf dem Haushaltsentwurf der Landesregierung auf. Wir kritisieren die Umstellung der Berechnungsmethode, ich will das deutlich sagen, sehen aber, dass es aufgrund der vergangenen finanzpolitischen Entscheidungen Ihrer Regierung in den vergangenen drei Jahren überhaupt nicht anders möglich wäre, die Herausforderungen zu meistern. Herr Kollege Breyer, deswegen setzen selbstverständlich auch wir unsere Änderungsanträge auf dem Haushaltsentwurf auf, der auch Ihnen vorliegt.

Wir investieren trotzdem fast 100 Millionen € mehr und machen 55 Millionen € weniger Schulden. Ich erkenne sehr wohl an, was gestern von Ihnen sensationell und sozusagen last minute verkauft wurde, Herr Dr. Stegner. Sie wollen den weiteren Personalabbau bei der **Polizei** stoppen. Ich glaube trotzdem, dass die FDP-Forderung nach einer weiteren Einsatzhundertschaft die richtige Antwort auf mehr Si-

(Dr. Heiner Garg)

cherheit für die Bevölkerung ist. Über das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung macht man sich nicht lustig, Herr Kollege Peters. Da handelt man politisch entsprechend. Das hat die FDP-Fraktion mit ihrem Haushaltsänderungsantrag gezeigt, über den wir ebenfalls gesondert abstimmen lassen möchten.

Frau Finanzministerin, die Infrastrukturpolitik der Landesregierung ist vor allem durch ein Versprechen für die Zukunft geprägt. In der laufenden Legislaturperiode halten Rot-Grün-Blau den Konsolidierungspfad auf dem Papier ein. In Wahrheit gelingt Ihnen das aber nur, weil Sie sich zugleich massiv weiter in der Infrastruktur des Landes verschulden. Sie sagen, Sie können haushalten. Ich sage Ihnen: Sie lassen die **Infrastruktur** Schleswig-Holsteins verrotten. Herr Dr. Stegner, Sie sagen, Ihre Haushaltspolitik sei gerecht und sozial ausgewogen. Ich sage Ihnen: Ihre Haushaltspolitik ist genau das Gegenteil von gerecht und sozial ausgewogen. Sie hinterlassen jungen und künftigen Generationen mehr Schulden in Form eines noch nie da gewesenen Investitionsstaus bei Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur.

Und Sie sagen, das gehe nicht anders, und versprechen mit Ihrem IMPULS-Programm, nach der kommenden Landtagswahl solle alles anders, solle alles besser werden. Ich sage Ihnen, Frau Kollegin Heino, Sie wissen doch heute schon nicht, wie Sie „IMPULS“ finanzieren wollen. Wie soll denn das Programm Ihrer Auffassung nach in den kommenden Haushalten finanziell bedient werden? Sie haben im Haushaltsplan 2016 weder die Risiken der HSH Nordbank mit drin noch die Risiken des UKSH. Und Sie wollen uns ernsthaft erklären, Sie könnten in zukünftigen Haushalten „IMPULS“ ausfinanzieren? Da bin ich sehr gespannt auf den Haushaltsentwurf 2017.

Wir wollen in der Tat 65 Millionen € mehr für die Sanierung und den Erhalt der **Landesstraßen** ausgeben, Frau von Kalben, die leider nicht mehr da ist. Das ist richtig. Damit wollen wir erreichen, dass der Investitionsstau zumindest nicht noch größer wird. Dafür brauchen wir kein „IMPULS“-Programm, sondern dafür brauchen wir eine klare Prioritätensetzung.

Im Übrigen: Ich glaube, nicht zuletzt nach der jüngsten EZB-Entscheidung kann man sehr wohl sagen, dass der reduzierte Ansatz bei den Zinsausgaben zumindest vertretbar ist. Etwas anderes haben Sie ja auch nie behauptet, Frau Ministerin.

Für uns hat im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein der schnellere Breitbandausbau in der Tat Vorrang vor markt- und standortangepasster Landbewirtschaftung. Ja, auch das ist eine Schwerpunktsetzung, zu der wir stehen, weil wir sie für richtig halten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jedes Verständnis fehlt mir inzwischen allerdings dafür, dass Sie nicht nur tatenlos zusehen, wie die Ausgaben im Bereich des Sozialgesetzbuchs XII deutlich stärker wieder ansteigen als in den Jahren der schwarz-gelben Regierung, die Sie ja so heftig kritisieren, sondern dass Sie sich hier im Landtag - nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch Grüne und SSW natürlich - mit Ihrem Abstimmungsverhalten nach wie vor weigern, dass einer der größten Einzelposten im gesamten Landesetat der Kontrolle des Landesrechnungshofs unterzogen wird.

(Beifall FDP und PIRATEN - Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Frau Midyatli, darüber können Sie sich lustig machen. Aber ich finde es in der Tat empörend, dass Sie sich hier konsequent über die Beschlussfassung von 23 Jahren hinwegsetzen, eine Beschlussfassung, die auch Ihre Finanzpolitiker mitgetragen haben. 23 Jahre beschließt dieser Landtag, dass der Landesrechnungshof endlich ein Prüfungsrecht bei fast einer halbe Milliarde Euro Steuerzahlermittel bekommt. Und Sie machen nichts anderes, als genau dieses geforderte Prüfungsrecht des Landesrechnungshofs erneut zu verweigern. Das finde ich schlicht und ergreifend nicht mehr verständlich.

(Beifall FDP)

Ich kann mir auch nicht vorstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie vor dem Hintergrund des dramatischen Anstiegs der Kosten in diesem Feld das eigentlich langfristig den betroffenen Menschen erklären wollen, für die Sie genau dieses System langfristig finanzierbar halten wollen. Das verstehe ich wirklich nicht. Deswegen fordere ich, dass sich namentlich die Kolleginnen und Kollegen der SPD, des SSW und der Grünen noch einmal dazu bekennen, ob sie wirklich über eine halbe Milliarde Euro Steuermittel jährlich die Kontrolle des Landesrechnungshofs komplett entziehen lassen wollen oder ob Sie so mutig sind, in der Frage ein klares Bekenntnis abzugeben, dass es die richtige Lösung wäre, dem **Landesrechnungshof** hier ein **Prüfungsrecht** einzuräumen.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)



(Dr. Heiner Garg)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen auch mehr in die **Bildung** investieren. Jawohl, zum einen legen wir wie bekannt unser Schulinvestitionsprogramm wieder auf, mit dem 20 Millionen € zur Sanierung öffentlicher Schulen bereitgestellt werden sollen. Hierbei legen wir den Schwerpunkt auf den digitalen Ausbau und die Sanierung von Sportanlagen sowie auf inklusionsbedingte Umbaumaßnahmen.

Und ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen anstelle der von Frau Wende noch auf den Weg gebrachten Schulassistenten 5 Millionen € für jeweils 100 zusätzliche Sonderpädagoginnen und -pädagogen beginnend mit dem Jahr 2016 bereitstellen, weil wir in der Tat glauben, dass das der Umsetzung der UN-Charta für Menschen mit Behinderung und der Umsetzung des Ziels Inklusion gerecht wird und nicht die schnell und eilig zusammengeschusterten Schulassistentinnen und -assistenten.

Damit diese Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen auch ausgebildet werden können, legen wir ganz konsequent ein Sonderprogramm zum Ausbau der Studienkapazitäten an der Europa-Universität zu Flensburg im Bereich der Sonderpädagogik auf.

Zur Verbesserung der schulischen Sprachförderung von Flüchtlingskindern wollen wir die vorgesehenen Mittel um 500.000 € verstärken, weil wir der Auffassung sind, dass in der schulischen Sprachvermittlung eine Kernaufgabe besteht, weshalb wir die Schulen konsequenterweise auch adäquat ausstatten wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man mag - wie heute zum Beispiel auch wieder - den haushaltspolitischen Schlagabtausch alle Jahre wieder als übliches Ritual zwischen Regierung und Opposition schnell vergessen, insbesondere dann, wenn der Haushalt am Ende mit Mehrheit der regierungstragenden Fraktionen beschlossen wurde. Die Haushaltskönner unter Ihnen - der Kollege Winter sitzt noch da und hört eifrig zu - sollten aber zumindest beherzigen, was sowohl der Stabilitätsrat als auch der Landesrechnungshof zu Ihrem Haushaltsentwurf 2016 sagen.

Und ja, Frau Ministerin Heinold, der **Stabilitätsrat** formuliert in seiner Stellungnahme - ich zitiere -:

„Dem vorgelegten Sanierungsbericht zufolge wird 2015 und 2016 die Obergrenze der Nettokreditaufnahme dennoch deutlich unterschritten.“

Diesen Satz als Lob für exzellente Haushaltspolitik zu interpretieren bleibt das Privileg von Lars Winter und der Finanzministerin. Von zumindest Letzterer weiß ich ganz genau, dass sie auch den Satz davor gelesen hat, Frau Heinold, welcher den Abschnitt „Bewertung des aktualisierten Sanierungsprogramms“ einleitet mit den Worten - ich zitiere wieder -:

„Schleswig-Holstein verfolgt mit dieser Planung einen im Ergebnis weniger ambitionierten Konsolidierungskurs als im September 2014 angekündigt: Im laufenden und im kommenden Jahr verschlechtert sich die Haushaltssituation im Vergleich zum letztjährigen Bericht.“

Der Landesrechnungshof leitet seine Stellungnahme mit dem Satz ein - ich zitiere -:

„Nach derzeit geltendem Recht“

- darüber reden wir in dieser Debatte immer noch -

„wäre der Haushaltsentwurf 2016 verfassungswidrig.“

Er fährt fort, dass die von der Landesregierung noch im September dieses Jahres als ausreichend bezeichneten Sicherheitsabstände vollkommen verbraucht sind. Wörtlich sagt er weiter:

„Mit der Nachschiebeliste bewahrheitet sich, dass die Risikovorsorge völlig unzureichend war. Die Landesregierung plant 2016 ein strukturelles Defizit von rund 680 Millionen €. Damit durchstößt sie die bisher geltende Obergrenze deutlich um 230 Millionen €.“

Deswegen sage ich Ihnen zum Schluss: Wie recht Torsten Albig doch hatte, als er in seiner legendären nichtssagenden Regierungserklärung von September ausführte, es mache sehr wohl einen Unterschied, wer regiere, er oder die anderen. Die anderen haben gezeigt, wie seriöse **Haushaltspolitik** geht und wie seit drei Jahren unseriöse Haushaltspolitik zulasten der Zukunft unseres Landes geht. Deswegen werden wir Ihrem Haushaltsentwurf mit Sicherheit nicht zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat der Herr Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich beginne meine Rede mit einigen Zitaten. Sigmar Gabriel:

„Das Digitale ist politisch!“

Angela Merkel:

„Wohlstand hängt von Digitalisierung ab.“

Cem Özdemir:

„Die Digitalisierung hat das Potenzial, der entscheidende Katalysator zu sein, um Ökonomie und Ökologie zu versöhnen.“

Christian Lindner:

„Digitalkompetenz ist die zentrale Schlüsselqualifikation der Zukunft.“

Beim SSW habe ich nichts gefunden.

Was führende Kräfte Ihrer Bundesparteien bereits seit Längerem erkannt und auch im Fokus haben, bleibt in Schleswig-Holstein ein Nischenthema. Da ist es doch gut, dass hier eine Nischenpartei im Parlament sitzt. Und deshalb haben wir uns vor allem mit dem beschäftigt, von dem wir auch etwas verstehen: mit der digitalen Zukunft Schleswig-Holsteins.

(Beifall PIRATEN)

Und weil wir ja das Land zwischen den Meeren sind, haben wir dem Ganzen einen maritimen Namen gegeben: „Digitaler Kompass“. Ich weiß von leiser werdenden Gesprächen auf den Fluren und an den Tischen hier im Landeshaus, dass Sie das sehr genau beäugt haben. Wir PIRATEN wollen die **digitale Revolution** zum Wohl des Menschen gestalten und nutzen. Was wir genau gestalten möchten und fordern, darauf werde ich später noch eingehen. Kommen wir erst einmal zum vorgelegten Haushaltsentwurf der Landesregierung und zu den beiden Listen, die diese kurz vor knapp nachgeschoben hat.

Zum Haushalt ist vor allem anderen festzuhalten, dass er nach derzeit geltendem Recht verfassungswidrig wäre.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wenn meine Großmutter Räder hätte, wäre sie ein Omnibus! Was ist das für eine Argumentation?)

Die Landesregierung überschreitet mit einem strukturellen Defizit von 680 Millionen € die bisher geltende Obergrenze um 230 Millionen €. Um den Haushaltsentwurf wenigstens noch vorläufig zu ret-

ten, will die Landesregierung von der Landes- zur Bundesmethode wechseln. Denn dieser Wechsel gibt ihr erneut Handlungsspielraum auf der Ausgabenseite. Die angeführte Motivation, dass dieser Wechsel deshalb erfolgt, weil er - ich zitiere - „einen Gleichlauf der Einschätzungen zur konjunkturellen Lage von Bund und Land“ bewirkt, ist schlichtweg gelogen, gegenüber dem Parlament und der Bevölkerung.

(Beifall PIRATEN)

Der Wechsel erfolgt auch nicht deshalb, weil „auf diese Weise Konsistenz im haushaltspolitischen Überwachungsregime der Bundesrepublik Deutschland“ geschaffen wird. Nein, der Wechsel von der Bundes- zur Landesmethode erfolgt schlicht und einfach deshalb, um noch mehr **Schulden** aufnehmen zu können.

(Beifall PIRATEN)

Traurige Wahrheit ist, dass selbst dieser Wechsel Sie nicht retten wird. Zwar hieß es noch vor wenigen Wochen, am 1. September 2015, in einer Pressemitteilung der Regierung:

„Der Abstand zur Verfassungsgrenze ist in der Finanzplanung mit ausreichenden Sicherheitspuffern gewährleistet. Nicht nur bei der Methode, die auf Bundesebene angewandt wird ..., sondern auch bei der wesentlich strikteren Landesmethode sind ausreichende Sicherheitsabstände vorgesehen.“

Heute jedoch haben wir es schwarz auf weiß: Die so bezeichneten ausreichenden Sicherheitspuffer haben sich in Luft aufgelöst. Selbst unter Anwendung der Bundesmethode besteht jetzt nur noch ein Abstand von 39 Millionen € zur zulässigen Obergrenze. Auch mit der Festschreibung der Bundesmethode droht diese Landesregierung also zu scheitern. Die Konsolidierungshilfe in Höhe von 80 Millionen € ist in großer Gefahr. Denn höhere Ausgaben sind ja schon heute absehbar: für Flüchtlinge, UKSH, HSH Nordbank, im Bildungsbereich und für Investitionen.

Was die **Flüchtlinge** angeht, vermag hier und heute niemand zu sagen, wie sich die Zahlen weiterentwickeln. Die veranschlagten Ausgaben haben nur vorläufigen Charakter. Dass die von Ihnen vorgesehenen Mittel nicht ausreichen werden, kann man allerdings schon heute mit Sicherheit sagen. Derzeit veranschlagt sind 800 Millionen €. Damit sollen nächstes Jahr 27.200 neue Flüchtlinge versorgt werden, während das Innenministerium für 2015 bereits mit über 50.000 Flüchtlingen in Kom-

(Torge Schmidt)

munen und Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes rechnet.

(Angelika Beer [PIRATEN]: Genau! Da stimmt etwas nicht!)

Erklären Sie mir, Frau Finanzministerin, wie das zusammenpasst! Sprechen Sie sich nicht mit dem Kollegen Studt ab, der momentan übrigens wirklich gute Arbeit leistet?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Chapeau an dieser Stelle, Herr Innenminister. Wir erkennen Ihre persönliche Leistung an. Anstatt nach Gutsherrenart das Land aus der Staatskanzlei zu verwalten und zu labern, fahren Sie hinaus, um sich vor Ort ein Bild der tatsächlichen Lage zu machen und im Rahmen Ihrer Möglichkeiten zu helfen. Blöd ist nur, dass die von Ihnen veranschlagten Zahlen offensichtlich keine Berücksichtigung finden und die restliche Regierung stattdessen die Zahlen und Berechnungen des Bundes zugrunde legt.

Ihr Haushalt wird nur aufgehen, wenn der Bund seine Zusage einhält, die Verfahren zu beschleunigen. Wenn er das nicht schafft, wird Ihr Haushalt platzen. Ich habe kein Vertrauen, dass es der Bund bei steigender Antragsflut und den Altlasten schafft, diese Zusage einzuhalten.

Machen wir uns nichts vor: Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2016 ist heute bereits Makulatur. Jedem, der in diesem Jahr miterlebt hat, wie die Flüchtlingszahlen wöchentlich nach oben korrigiert wurden, muss klar sein, dass die im Haushalt verwendeten Zahlen auf den untersten Grenzwerten basieren. Frau Heinold, reden Sie endlich Klartext, statt den Bürgerinnen und Bürgern ein X für ein U vormachen zu wollen.

Wir begrüßen, dass Sie den Dialog mit den Gemeinden und **Kommunen** gesucht haben, und akzeptieren die gefundene Lösung, auch wenn wir uns ein bisschen mehr vorgestellt hätten. Die Regierung hat sich zwar für einen Moment haushalterisch mit den Kommunen geeinigt, doch wird dieser Moment nicht lange andauern. Das Thema ist noch lange nicht vom Tisch. Spätestens für das Frühjahr, wenn die ersten Flüchtlinge anerkannt wurden, hat die Landesregierung keinen Plan. Wohin sollen die Flüchtlinge dann? Die Gemeinden auf dem Land haben zwar mitunter notwendige Kapazitäten und den Zusammenhalt, um Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren. Doch fehlt es ihnen an der Infrastruktur. Die Infrastruktur ist in den Städten. Woher

nimmt die Landesregierung kurzfristig den Wohnraum oder die notwendigen Lehrkräfte für den Deutschunterricht und die Aus- und Weiterbildung?

Selbst Innenminister Studt ist der Ansicht, dass 670 € pro Flüchtling pro Monat unrealistisch sind. Solange die Bundesregierung die Verfahren für Flüchtlinge nicht massiv beschleunigt, sind auch Verfahrensdauern von fünf Monaten reine Utopie.

Schenken Sie den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land finanzpolitisch reinen Wein ein!

(Beifall PIRATEN)

Nur so werden Sie vermeiden können, dass Ressentiments gegen Flüchtlinge geschürt werden. Mit Ihrer unaufrichtigen Finanzpolitik treiben Sie die Menschen in die Arme der AfD.

(Beifall PIRATEN)

Aber damit scheinen Sie zu rechnen, bedenkt man, dass Sie die Mittel für Krisenkommunikation erhöhen wollen.

Damit wir uns hier nicht falsch verstehen: Die absehbar drohende **Haushaltsnotlage** ist nicht den Flüchtlingen anzulasten. Hätten Sie in der Vergangenheit maßgehalten und einen strikten Konsolidierungskurs gefahren, hätten wir diese Notlage nicht.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Ohne Zweifel entstehen durch die Dynamik im Aufgabenbereich Asyl und Flüchtlinge unvermeidliche Ausgaben. Diese Dynamik und die damit einhergehenden Ausgaben jedoch als Argument dafür anzuführen, dass es im Haushalt eng wird, ist nur die halbe Wahrheit. Denn die gern und oft kolportierte **Haushaltskonsolidierung** ist in Anbetracht der Entwicklungen in den letzten Jahren nicht erkennbar. Fakt ist vielmehr, dass sich die Landesregierung seit Jahren überdurchschnittliche Ausgabenerhöhungen leistet. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf einschließlich Nachschiebeliste liegen die Ausgaben mittlerweile um 20 % über dem Niveau von 2012. Vergleicht man die Ausgaben Schleswig-Holstein mit denen aller anderen Konsolidierungsländer, so steigen die Ausgaben hierzulande überdurchschnittlich stark. Sie versuchen jetzt, mit der Flüchtlingsargumentation über Ihre Versäumnisse und Verfehlungen der letzten Jahre hinwegzutäuschen.

(Beifall PIRATEN)

Das macht Menschen wütend.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

(Torge Schmidt)

Sie werden ein Land hinterlassen, das nicht nur pleite, sondern auch in rechter Hand ist. Ihre Vorgehensweise bei der Finanzplanung und Ihre Art der Kommunikation fördern Politikverdruss und treiben die Menschen ins rechte Lager.

Mitnichten macht den Bürgern in Schleswig-Holstein vorrangig Angst, dass viele **Flüchtlinge** zu uns kommen. Die Mehrheit empfindet die Flüchtlinge einer kürzlich veröffentlichten Umfrage des NDR zufolge als Bereicherung. Mehr als zwei Drittel glauben, dass Flüchtlinge perspektivisch auf dem deutschen Arbeitsmarkt gebraucht werden. Die größte Sorge ist auch nicht, dass der Einfluss des Islams in Deutschland zu stark wird oder die Zahl der Straftaten zunimmt. Nein, die größte Sorge der Menschen in diesem Land ist, dass die **Verschuldung** der öffentlichen Haushalte ansteigt.

Das, meine Damen und Herren, also die drohende Haushaltsnotlage, ist, wie schon gesagt, nicht den Flüchtlingen anzulasten. Sie ist vielmehr Ausdruck und Ergebnis Ihrer unzureichenden Haushaltskonsolidierung.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Das hat Ihnen auch der Stabilitätsrat attestiert. Da können die Kollegen Andresen und Winter gern weiterhin etwas anderes behaupten. Fakt ist - ich zitiere sinngemäß -, dass Schleswig-Holstein bereits mit dem vorgelegten Sanierungsbericht einen im Ergebnis weniger ambitionierten Konsolidierungskurs als bisher geplant vorgelegt hat.

„Zur Einhaltung der Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 ist in den kommenden Jahren eine Rückkehr zu einem strikten Konsolidierungskurs unerlässlich.“

So der Stabilitätsrat.

(Beifall PIRATEN)

Hätten Sie in der Vergangenheit maßgehalten, hätten wir diesen Schlamassel jetzt nicht.

(Beate Raudies [SPD]: Den Satz hatten wir schon!)

Die Landesregierung muss den Anstieg unvermeidbarer Ausgaben zum Anlass nehmen, anderweitig Einsparungen vorzunehmen. Alle Aufgaben müssen auf den Prüfstand. Die Übernahme neuer Risiken wird der Landeshaushalt nur schwer verkraften.

Leider ist jedoch genau das heute schon absehbar. Das **UKSH** wird in den kommenden Jahren zu weiteren Zahlungsverpflichtungen des Landes und damit zu Belastungen des Landeshaushalts führen.

Die anvisierte Übernahme der Altschulden des UKSH wird nicht spurlos am Landeshaushalt vorbeigehen. Zwar sollen zunächst nur auslaufende Kredite in Höhe von 100 Millionen € mithilfe zinsloser Darlehen abgelöst werden, die Komplettübernahme der Schulden ist damit allerdings noch nicht vom Tisch.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Ich begrüße ausdrücklich, dass das Land Verantwortung für seinen einzigen medizinischen Maximalversorger im Land übernehmen will. Damit wird die Bedeutung des Universitätsklinikums für das Land und die Menschen unterstrichen. Richte ich meinen Blick jedoch auf die damit verbundenen Konsequenzen für den Landeshaushalt, blutet mir als Finanzpolitiker das Herz. Das Land wird seinen Schuldenberg erneut erhöhen und weitere Zinslasten auslösen. Darüber hinaus droht eine Finanzierungslücke beim ÖPP-Projekt, das mit 520 Millionen € dotiert ist. Die Finanzierung soll sich selber tragen. Über 30 Jahre hinweg wird eine jährliche Effizienzrendite von durchschnittlich 47 Millionen € unterstellt. Mit Verlaub, meine Damen und Herren, Sie glauben doch selber nicht, dass derartige Erlöszuwächse und Kostensenkungen durch die Baumaßnahmen realistisch sind,

(Beifall PIRATEN)

vor allem nicht, wenn man sich die Zahlen der vergangenen Jahre anschaut. Sollten sie sich als unrealistisch erweisen, steigen die Schulden des UKSH und damit mittelbar auch die des Landes weiter. Schließlich ist Schleswig-Holstein Gewährträger und muss für die Schulden geradestehen. Auch hier drohen weitere Zinsausgaben, die den Haushalt des Landes weiter belasten werden.

Noch weitaus schlimmer sieht es in Sachen HSH Nordbank aus; wir haben das gerade debattiert. Auch hier kommen weitere Kosten durch die **Eini-gung mit der EU-Kommission** in Milliardenhöhe auf das Land zu. Egal, wie wir am Freitag entscheiden werden, fest steht: Wir werden selbst im besten Fall Milliarden verpulvern, die sich das Land nur kreditfinanziert leisten kann. Neben dem UKSH und der HSH stellt der **Sanierungsstau** eine weitere große Aufgabe für den Haushalt dar.

Die Landesregierung rühmt sich immer wieder gerne dafür, dass sie den Sanierungsstau bis 2014 beziffert hat. Aber sie tut nicht wirklich etwas dagegen. Obwohl sie den Sanierungsstau mit 4,9 Milliarden € beziffert, hat diese Regierung die Mittel für Investitionen nicht nur nicht erhöht, nein, sie hat sie vielmehr noch gekürzt, und das trotz Steuereinnah-

(Torge Schmidt)

men und Zinseinsparungen in den vergangenen Jahren.

Heilen soll die Situation zahlreiche **Sondervermögen**. Seit 2010 hat die Landesregierung ein Sondervermögen nach dem anderen aus dem Boden gestampft. Bis Ende 2015 sollen diese auf ein Volumen von voraussichtlich 230 Millionen € anwachsen. Dass diese Summe bei Weitem nicht ausreichen wird, um einen Sanierungsstau von 4,9 Milliarden € auch abzubauen, bedarf wohl keiner weiteren Erklärung.

Das sieht anscheinend auch die Landesregierung, und so plant sie munter ein weiteres neues Sondervermögen mit prominentem Namen IMPULS 2030, kurz für „Infrastruktur-Modernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein“. Was erst einmal schön klingt, ist leider auch nicht viel mehr als eine bloße hohle Phrase, wenn man sich das Programm näher anschaut.

Ab 2018, also nach Ende der laufenden Legislaturperiode, soll das neue Sondervermögen mit 100 Millionen € jährlich ausgestattet werden. Darüber hinaus sollen dem Sondervermögen bereits ab 2015 etwaige Haushaltsüberschüsse zufließen. Geplant ist ein Gesamtvolumen von 2,1 Milliarden € bis 2030. Woher die 100 Millionen € ab 2018 kommen sollen, vermag heute angesichts der hohen Mehrausgaben wohl nicht einmal die Finanzministerin zu sagen. Fragwürdig ist gleichermaßen, ob die **Haushaltsüberschüsse** überhaupt erwirtschaftet werden können. Lösen wird auch dieses Sondervermögen das Problem auf keinen Fall. Es ist angesichts der schlechten handwerklichen Arbeit sogar fragwürdig, ob es überhaupt ansatzweise Abhilfe schaffen kann.

Wenn wir schon bei handwerklich schlechter Arbeit sind, kommen wir zum Thema Lehrerbesoldung. Ihr Vorhaben stößt wie kaum ein anderes auf Unverständnis und Gegenwehr. Dass es zu einer **Änderung der Besoldungsstruktur** kommen muss, war allen klar. Eine Kostenfolgeabschätzung der Landesregierung gab es damals letztlich nicht. Wer in den alten Protokollen stöbert, wird feststellen, dass dies unser Hauptkritikpunkt war. Aus den Reihen der Opposition wurde immer angemerkt, dass die Regierung kein Gesetz verabschieden darf, das sie nicht ausfinanziert hat. Hat sie aber! Und heute sind es ganz klar die Finanzen, die sie daran hindern, die **Grundschullehrer** in die Besoldungsgruppe einzuordnen, in die sie gehören.

Die Argumente liegen auf dem Tisch. Angefangen von der Studiendauer über die Ansprüche an die

Tätigkeit bis hin zu den beamtenrechtlichen Voraussetzungen gibt es keine Alternative zur **Besoldungsgruppe A 13**. Einziger und durch die Regierung verschuldeter Grund dagegen? Die Finanzen geben nicht mehr her.

Ich danke an dieser Stelle allen, die im Bildungsausschuss ganz klar gemacht haben, dass sich Lehrer aller Schularten, Gewerkschaften und Beamtenbund an dieser Stelle nicht haben separieren lassen. Wann hat es das schon einmal gegeben, dass sich über alle ideologischen Grenzen hinweg eine so geschlossene Formation gegen die Regierungspläne gebildet hat? Und ich wiederhole gern: Sie schmieden Koalitionen, die es natürlicherweise gar nicht gibt, und diesmal ist die außerparlamentarische Opposition nicht nur geschlossen, sondern auch gelassen.

Wenn nämlich Ihre Pläne der unrechtmäßigen Ungleichbehandlung so von Ihnen beschlossen werden, dann wird es Klagen hageln. Da nützt Ihnen eine Einstimmenmehrheit nichts. Das wird keinem Gericht imponieren, und darum wäre es klug, jetzt umzusteuern. Befreien Sie sich selbst aus dieser Falle. Steuern Sie um!

(Beifall PIRATEN)

Die Grundlagen dafür haben wir Ihnen noch einmal mit unserem Entschließungsantrag geliefert.

Was sagte zum Beispiel Kollegin Erdmann in den Wahlprüfsteinen des IVL zu Frage 11? Dort steht:

„Die Eingangsbesoldung wird sich nach der Neuausrichtung der Lehrerausbildung richten.“

Das tut sie aber nicht. Es ist Ihre Verantwortung, das so umzusetzen. Es gibt in ganz Schleswig-Holstein keine Laufbahn A 12 mit Masterabschluss, außer bei den Grundschullehrern.

(Zuruf CDU: Und bei den Ingenieuren!)

Meine Hoffnungen klammern sich an unsere Hamburg-affine Schulministerin. In Hamburg werden über 50 % der Grundschullehrer nach A 13 besoldet. Seien Sie in Schleswig-Holstein besser als unsere Nachbarn.

(Beifall PIRATEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!)

- Ja, genau, Herr Kubicki, Sie haben es erfasst: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

Kommen wir abschließend zu unseren Änderungsanträgen. Wir brauchen Alternativen zum rot-grün-blauen Haushalt. Ein auf die Zukunft ausgerichteter

(Torge Schmidt)

und im Haushalt abgebildeter Politikwechsel ist wünschenswert und finanzierbar.

Unser Schwerpunkt liegt darauf, Schleswig-Holstein fit für die Zukunft zu machen. Neben der grundlegenden **Konsolidierung der Landesfinanzen**, die wir weiterhin als Priorität ansehen, dürfen wir nicht vergessen, dass wir in die Zukunft investieren müssen. Es gilt, das Land Schleswig-Holstein für die Bürgerinnen und Bürger so lebenswert wie möglich und für die Wirtschaft so attraktiv wie möglich zu gestalten.

Unser Ziel ist es, die **digitale Revolution** zum Wohle der Menschen zu gestalten und zu nutzen. Wir wollen nicht länger hinterherhinken. Wir wollen nicht erst im nächsten Jahr in die Überlegungsphase einsteigen, so wie es die Landesregierung plant. Wir wollen uns nicht auf einer unkonkreten Meta-Ebene bewegen. Wir wollen die Lebenswirklichkeit der Menschen, die seit Jahren die Technik nutzen, auf die Politik übertragen. Wir wollen mit der Umsetzung beginnen!

(Beifall PIRATEN)

Unsere Digitalisierungsstrategie „Digitaler Kompass“ gibt Orientierung. Bereits im November haben wir die ersten Ergebnisse unseres „Digitalen Kompass“ vorgelegt. Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern haben wir - online wie offline - Konzepte entwickelt, bewertet und verbessert und somit unsere Strategie für die digitale Zukunft Schleswig-Holsteins entworfen.

Im Rahmen unserer Digitalisierungsstrategie fordern wir unter anderem die fachgerechte **Vermittlung von Medienkompetenz** an Schulen. Dazu müssen wir Lehrern einerseits die Möglichkeit geben, sich dementsprechend fortzubilden. Andererseits müssen die Lehrpläne der Schulen modernisiert und digitale Medien im Unterricht endlich zum Standard werden.

(Beifall PIRATEN)

Wir fordern die Anbindung aller Schulen ans Internet durch schnelle **Glasfaser**. Wir können unsere Schüler nicht mit der Infrastruktur des 20. Jahrhunderts vorbereiten auf die Welt des 21. Jahrhunderts.

Wir fordern die bessere **Förderung von Online-Sprachkursen** für die Menschen in unserem Land, die Deutsch als Zweitsprache erlernen. Schon jetzt sind unsere Kapazitäten für Sprachunterricht an die Grenzen gestoßen, und wir müssen davon ausgehen, dass die Zahl der Sprachschüler weiterhin zunimmt. Daher führt kein Weg an einer Online-Lern-

plattform vorbei, die die bestehenden Angebote ergänzt und viele Menschen erreicht.

(Beifall PIRATEN)

Wir fordern die Einrichtung eines einheitlichen Bürgerportals im Netz sowie einer sicheren Plattform für Whistleblower.

Wir fordern die Erstellung eines Registers, das die im Land vorhandenen Überwachungskameras erfasst und das Ausmaß der Überwachung in unserem Lande transparent macht. Denn, wie Sie wissen, Herr Bernstein: Wer nichts zu verbergen hat, der hat auch nichts zu befürchten.

(Beifall PIRATEN)

Wir fordern die flächendeckende Verfügbarkeit von WLAN in und um öffentliche Gebäude herum. Während in Bayern Nägel mit Köpfen gemacht werden, bleibt Schleswig-Holstein ansonsten WLAN-Entwicklungsland.

Wir fordern die Einführung einer einheitlichen Software für alle Schulen. Als Kinder hatten wir in der Schule unterschiedliche Ranzen, aber der Diercke Weltatlas, den wir hatten, der war bei allen gleich.

(Zuruf)

Also lassen Sie uns den Wildwuchs reduzieren und uns allen viel Geld und Nerven sparen.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Wir fordern die verbesserte **Bürgerbeteiligung bei Großprojekten**. Die bisherigen Proteste gegen die Fehmarnbelt-Querung haben bereits gezeigt, dass Politik heute nur mit den Bürgern gemeinsam gemacht werden kann und nicht über die Köpfe hinweg. Nutzen wir die Möglichkeiten, die uns das Internet bietet, und gestalten wir in Zukunft Prozesse niedrigschwellig und transparent.

Wir fordern, die **Verwaltung** durch das Internet **bürgerfreundlicher** zu gestalten. Immer noch müssen Bürger zu oft aufs Amt laufen, um Dinge zu erledigen, die man mit einer einfach funktionierenden elektronischen Verwaltung von zu Hause aus erledigen könnte.

(Lars Harms [SSW]: Das stimmt!)

Zum Abschluss muss ich eingestehen, dass ich dem SSW eingangs unrecht getan habe. Es gab da doch noch etwas. Lars Harms sagte hier im Plenum, dass man heute per Knopfdruck Fotos aus dem Handy einmal rund um die Welt schicken könne, und das in Sekundenschnelle. - Ich weiß ja nicht, wo sich

(Torge Schmidt)

Lars Harms normalerweise aufhält, wenn er das tut, aber in weiten Teilen Schleswig-Holsteins ist das nicht möglich, und wir PIRATEN wollen das ändern. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Du verschickst auch diese 50-MB-Dinger!)

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Koalition legt heute wieder einmal einen Haushalt vor, der sämtliche gesetzlichen und vereinbarungsgemäßen Grenzen der Neuverschuldung einhält

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Mein Gott!)

und, meine Damen und Herren, trotzdem die dringend notwendigen Ausgaben sicher bewältigt, lieber Kollege Kubicki.

Wir befinden uns immer noch auf einem Konsolidierungspfad, und wir können immer noch nachweisen, dass diese Koalition den Haushalt saniert und gleichzeitig die Entwicklung in unserem Land eben nicht stillsteht. Es gibt in unserem Land sicherlich viele Wünsche, die wir alle zusammen gern erfüllt sehen wollen, allerdings bedarf es für eine solche Erfüllung der Wünsche natürlich einer sauberen und realistischen Gegenfinanzierung. Hier waren wir doch einigermaßen überrascht, dass die CDU in den Beratungen im Finanzausschuss allen Ernstes Anträge vorlegte, die durch **globale Minderausgaben** über alle Haushaltspläne hinweg gegenfinanziert werden sollten. Das Instrument der globalen Minderausgabe an sich ist eigentlich ein Instrument, das man in den einzelnen Einzelplänen anwenden sollte, wenn es darum geht, im Haushaltsvollzug konkret die einzelnen Ministerien zu Einsparungen in ihrem Bereich zu verpflichten. Dass die CDU im Finanzausschuss noch nicht einmal den Mut hatte darzustellen, in welchen Haushalten nun wirklich wieviel gespart werden sollte, zeigt, dass hier mehr und mehr Verantwortungslosigkeit um sich greift. Da plant man einmal globale Minderausgaben von über 53 Millionen € ein und sagt dann nicht, wo sie herkommen sollen. Verantwortungsvolle Politik sieht nun wirklich anders aus.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Erlauben Sie mir noch den Hinweis, dass die Kolleginnen und Kollegen von FDP und PIRATEN zumindest Vorschläge vorgelegt haben, die von Anfang an realistisch durchfinanziert waren. Man hat dort auf Zinszahlungen verzichtet und gesagt, das sei die Gegenfinanzierung. Das ist einerseits zwar realistisch, andererseits aber natürlich auch mit einem hohen Risiko behaftet. Wenn das nicht klappt mit unserem Haushalt, dann haben wir keinen Puffer mehr. Aber es ist zumindest ehrlich, dass man sagt, man wisse, auf welche Konsequenz man sich damit einlasse. Ob man die politischen Schwerpunkte von FDP und PIRATEN teilt oder nicht, sei einmal dahingestellt. Zumindest kann man sich auf einer solchen Basis vernünftig mit den Vorschlägen auseinandersetzen. Aber dazu mehr zu einem späteren Zeitpunkt.

Wir haben jetzt gefühlt hundert Mal schon gehört - heute auch wieder -, dass die Steuereinnahmen gestiegen seien und dass diese **Mehreinnahmen** nicht in die Haushaltssanierung flössen. Ja, es ist richtig: Wir haben mehr Steuereinnahmen. Und ja, es ist richtig: Wir sanieren Schritt für Schritt diesen Haushalt. Im Jahr 2011 - vielleicht erinnern sich noch einige daran - plante die damalige Landesregierung noch mit einem Schuldenstand im Jahr 2015 - also in diesem Jahr - von 30,6 Milliarden € und leicht steigender Tendenz. Wir haben den **Schuldenanstieg** eingegrenzt und sogar zeitweilig einen Haushaltsüberschuss erwirtschaftet. Heute liegt der Schuldenstand des Landes unter der rot-grün-blauen Regierung bei knapp über 27 Milliarden €. Das ist immer noch sehr hoch, aber doch noch 3 Milliarden € unterhalb der Planungen der schwarz-gelben Regierung. Wir sind also gar nicht so schlecht, sondern verdammt gut, wenn es um Haushaltskonsolidierung geht.

(Beifall SSW und SPD)

Und ja, Sie von Oppositionsseite werden jetzt sagen, dass wir aber doch so viele Steuereinnahmen wie nie zuvor haben. Ja, wir haben gegenüber 2012 eine Steigerung der Steuereinnahmen um rund 1,6 Milliarden € auf rund 9 Milliarden €. Mit 1,6 Milliarden € **Mehreinnahmen bei den Steuereinnahmen** unterbieten wir die eben zitierte schwarz-gelbe Schuldenplanung um 3 Milliarden €. Das ist schon eine reife Leistung an sich und ein Ausweis solider Finanz- und Sparpolitik. Und das bei extrem schwierigen Rahmenbedingungen.

(Lars Harms)

Denn im Gegensatz zu früher haben wir jetzt wieder Lohnrunden, die zu einem spürbaren Plus bei unseren Beschäftigten führen. Nach einigen wirklich überschaubaren **Lohnzuwächsen** sind gerade in den letzten beiden Jahren solide Pluszahlen für unsere Beschäftigten herausgekommen, die ich für den SSW auch sehr begrüße. Die Kosten für Versorgung, Bezüge der Beamten, Versorgungsbezüge und Personalausgaben der Tarifbeschäftigten sind von rund 3,9 Milliarden € im Jahr 2012 auf 4,5 Milliarden € im Jahr 2016 gestiegen, also ein Anstieg um 0,6 Milliarden €. Wir planen jetzt schon für unsere Beschäftigten ein Lohnplus von 2 % jährlich ein, anstatt der bisher üblichen 1,5 %. Durch diese Kosten für unser Personal wird schon ein Großteil unserer Mehreinnahmen bei den Steuern wieder aufgefressen.

Betrachten wir doch einmal den kommunalen Finanzausgleich. Im Jahr 2012 betragen die Ausgaben für den **kommunalen Finanzausgleich** noch etwas mehr als 1,2 Milliarden €. Im Jahr 2016 gehen jetzt schon über 1,5 Milliarden € an die Kommunen. Das ist schließlich kein rausgeschmissenes Geld, sondern Geld, das die Kommunen benötigen und auf das sie auch einen Anspruch haben. Alleine durch diese beiden Punkte, die Tarifsteigerungen und den KFA, haben wir schon fast 1 Milliarde € Mehrausgaben. Wer meint, das könne man sparen, der soll das sagen und dann auch hier in den Landtag entsprechende Gesetze einbringen. Da bin ich dann sehr gespannt, was die Kommunen und die Beschäftigten dann dazu sagen würden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber den größten neuen Ausgabeposten habe ich noch gar nicht angesprochen. Noch im Jahr 2012 lagen die **Ausgaben für die Flüchtlingsproblematik** bei rund 50 Millionen €. Jetzt müssen wir im Jahr 2016 mehr als 800 Millionen € in diesem Bereich ausgeben. Wir sind uns - glaube ich - alle darüber einig, dass diese Ausgaben nötig sind. Sie sind nötig, um unserer humanitären Verantwortung nachzukommen, und sie sind nötig, damit wir die Menschen, die zu uns kommen, vernünftig integrieren können. Auch diese Ausgaben sind für uns unabweisbar.

Deswegen sage ich ganz deutlich: Wir stehen zu den Mehrausgaben, die hier entstanden sind, und wissen, dass diese durch die Steuermehreinnahmen finanziert werden müssen. Wir wissen, dass dies die politischen Spielräume massiv einschränkt. Deswegen ist für uns klar, dass wir eben nicht jeden Wunsch erfüllen können, und trotzdem müssen wir

eine Politik machen, die sich an alle Bereiche der Gesellschaft richtet. Unsere rot-grün-blaue Politik ist eine Politik, die sich an alle in unserem Land richtet. Das ist unser Anspruch, und diesen Anspruch erfüllen wir auch - und das trotz oder vielleicht auch wegen des Umstands, dass wir den Haushalt dabei nachhaltig konsolidieren.

Dies bekommen wir im Übrigen regelmäßig durch den Stabilitätsrat bestätigt. Den größten Anteil an der **Haushaltskonsolidierung** hat sicherlich der Stellenabbau. Wir halten an den Stellen, die dem Stabilitätsrat gemeldet worden sind, fest und bauen diese Stellen auch ab. Von diesem Stellenpool sollen 2016 700 Stellen gestrichen werden, sodass wir dann insgesamt bei 3.000 abgebauten Stellen am Ende des Jahres 2016 gelandet sein werden. Natürlich haben wir auch insbesondere flüchtlingsbedingte Aufwüchse bei den Stellen. Das ist dem Stabilitätsrat auch bekannt. Trotzdem sieht er, dass wir Ernst machen mit dem Stellenabbau. Der Stabilitätsrat stellt immer wieder fest, dass das Land Schleswig-Holstein im Vergleich zu anderen Ländern in besonderer Notlage in besonderer Art und Weise seine Konsolidierungsverpflichtungen erfüllt. Das bekommen wir auch jedes Jahr schriftlich. Wir sind auch ein klein bisschen stolz darauf.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wie gesagt, wir sind jetzt aufgrund der Flüchtlingsproblematik in einer besonderen Situation. Aus diesem Grund ändern wir die Methode, nach der wir unser **verfassungsrechtlich zulässiges Defizit** berechnen. Wir geben die schleswig-holsteinische Sonderregelung auf und passen uns, wie alle anderen Länder, der bundesweiten Regelung an. Das schafft mehr Spielräume, und die Haushaltsanträge der Opposition zeigen, dass auch die Opposition zur Erkenntnis gelangt ist, dass sich die besonders scharfen Regelungen in der derzeitigen Lage einfach nicht mehr halten lassen.

Das führt einerseits dazu, dass wir immer noch, was die Verschuldung angeht, rechnerisch 39 Millionen € von der zulässigen Verfassungsgrenze entfernt sind. Wir haben natürlich noch etwas **Puffer**, wenn es um die Zinszahlungen geht. Allerdings sagen wir hier auch, dass dieser Puffer nicht aufgebraucht werden sollte, wie es aus den Anträgen von FDP und PIRATEN hervorgeht, sondern dass er als **Sicherheitspuffer** bestehen bleibt. Das gibt Sicherheit und schafft Möglichkeiten, immer noch auf unerwartete Situationen reagieren zu können.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)



(Lars Harms)

Trotz dieser schwierigen und angespannten Lage setzen wir unsere Schwerpunkte weiter um. CDU und FDP wollten noch über 160 Millionen € im **Bildungsbereich** sparen und dabei 3.900 Lehrerstellen streichen - und das vor dem Hintergrund eines Unterrichtsausfalls und Lehrermangels, der von niemandem hier bestritten wird. Wir haben hier nun definitiv andere Prioritäten gesetzt und schon am Anfang der Legislaturperiode 758 Lehrerstellen geschaffen. Nach der Reform der Finanzierung des BAföG haben wir noch einmal 728 Stellen draufgelegt, also knapp über 1.400 Stellen. Damit spielen wir in einer Liga mit Bayern oder Nordrhein-Westfalen im Hinblick darauf, wie man auf diese Situation reagiert. Damit sind wir in der oberen Liga in der Bundesrepublik Deutschland. Ich glaube, dieser große finanzielle Kraftakt, den wir damit verbunden haben, dass wir mehr Lehrer einstellen, ist auch wirklich aller Ehren wert.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Heike Franzen [CDU])

Darüber hinaus haben wir noch 314 Stellen für Schulassistenten geschaffen. Alles in allem wird damit der Bildungsbereich und hier insbesondere der Schulbereich enorm gestärkt. Es ist deutlich sichtbar - auch finanziell -, dass es einen erheblichen Unterschied gibt, wenn es darum geht, den Menschen **Bildungschancen** zu ermöglichen. Mit uns haben die Menschen Bildungschancen in diesem Land.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben nicht nur in Lehrerstellen investiert, sondern wir haben auch in die Zuschüsse für die **dänischen Schulen** und für die **freien Schulen** markant erhöht. Auch das ist etwas, was es nur gibt, weil wir regieren. Ansonsten wäre es um diese Schulen wesentlich schlechter bestellt.

Meine Damen und Herren, wir haben den **Einstieg in die gleiche Bezahlung** von Lehrerinnen und Lehrern, die an gleichen Schulen unterrichten, eingeleitet. Es ist nicht erklärbar, dass es an Gemeinschaftsschulen Lehrerinnen und Lehrer gibt, die die gleiche Arbeit machen, aber nicht gleich bezahlt werden. Wir haben die Möglichkeit geschaffen, dass dies künftig der Vergangenheit angehört. Das ist nicht nur gerecht, sondern das ist auch förderlich für die Motivation der Lehrerinnen und Lehrer.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Natürlich ist es wünschenswert, dass wir auch an den Grundschulen zu einer besseren Bezahlung

kommen. Hier müssen wir auf Bundesebene zu einer einheitlichen Regelung kommen. Aber eines steht fest: Wir sind es, die überhaupt erst begonnen haben, unsere Lehrerinnen und Lehrer besser zu bezahlen. Sie wollten das nicht, Sie wollten sogar weniger Stellen für Lehrerinnen und Lehrer haben, damit sie arbeitsmäßig noch mehr belastet sind. Das ist die eigentliche Katastrophe. Wir machen es richtig. Das ist eine vernünftige Politik, die auch von den Lehrern entsprechend goutiert wird.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Heike Franzen [CDU] - Unruhe)

Doch mit der Bildung ist natürlich bei den Lehrern nicht Schluss. Zur Erinnerung: Wir haben zusätzlich 17,8 Millionen € in die Schulsozialarbeit gesteckt. Wir haben die Finanzierung der Hochschulen verbessert: 10 Millionen € gehen in die Grundhaushalte der Hochschulen, und diese Summe steigt bis 2019 auf 25 Millionen € an. Das sind alles wichtige Maßnahmen, die nicht infrage stehen sollten.

Allerdings sind Lehrerstellen, Schulassistenten, Hochschulzuschüsse und auch die Schulsozialarbeit keine **Investitionen** im klassischen Sinne, wie sie CDU und FDP immer fordern. Trotzdem sind diese Maßnahmen nicht nur wichtig, sondern unerlässlich. Dabei ist es völlig egal, ob diese Maßnahmen dazu führen, dass die rechnerische Investitionsquote in Beton sinkt.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Lehrer, Schulassistenten, Schulsozialarbeit und Hochschulen sind wichtig. Deshalb ist das Geld dort genau richtig angelegt.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliches gilt für den Bereich der **Kindertagesstätten**. Auch hier haben wir erheblich mehr Geld ins System gesteckt. So steigern wir die Förderung von Kindergartenplätzen im U-3-Bereich mit fast 25,9 Millionen € jährlich. Gegenüber den knapp 17,8 Millionen € 2012 ist das eine enorme Steigerung. Auch die Sprachbildung in den Kindergärten wird im nächsten Jahr umfangreicher sein. Anstatt 4 Millionen werden jetzt 6 Millionen € jährlich durch das Land investiert. Dann darf man auch nicht die Sondervereinbarung mit den Kommunen vergessen, die 2013 geschlossen wurde. Im nächsten Jahr wird dies zu zusätzlichen Zuschüssen in Höhe von 63,75 Millionen € und 2017 in Höhe von 80 Millionen € führen. Das ist eine erhebliche Un-

(Lars Harms)

terstützung im Kindergartenbereich, über die wir alle sehr froh sein können.

(Lars Winter [SPD]: Wir sind so gut! - Beifall Lars Winter [SPD])

Auch das sind alles keine Investitionen nach der klassischen Lehre, und auch das alles trägt formal dazu bei, dass die Investitionsquote sinkt. Trotzdem wird ja wohl keiner widersprechen, wenn ich sage, dass dies hervorragende Investitionen in die Bildung unserer Aller kleinsten sind

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und diese Finanzmittel auch dazu beitragen werden, dass die Kinder, die jetzt als Flüchtlinge zu uns kommen, später bessere Chancen haben. Das Geld ist also auch hier sehr gut investiert, und es ist nicht so, dass das Geld an der falschen Stelle investiert wird.

Für uns als SSW liegt natürlich ein wichtiger Schwerpunkt in der Weiterentwicklung der **Minderheitenpolitik**. Noch einmal zur Erinnerung: Als man vonseiten der Jungen Union gegen den SSW klagte, geschah dies auch mit dem Hinweis, dass man angeblich nicht mehr erkennen konnte, dass der SSW noch die Partei der dänischen und friesischen Minderheit sei. Das haben wir vor dem Landesverfassungsgericht zwar widerlegt, trotzdem kann es doch niemanden ernsthaft wundern, dass sich der SSW auch in unserer Koalition für eine Weiterentwicklung der Minderheitenpolitik starkmacht. Niemanden kann es ernsthaft wundern, dass sich unsere rot-grün-blaue Koalition auf den Weg macht, hier noch besser zu werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns ist diese Minderheitenpolitik auch Ausdruck besonderer Liberalität im besten Sinne. Nur wenn Minderheiten und Volksgruppen Grundlagen bekommen, durch die sie sich wie die Mehrheitsbevölkerung weiterentwickeln können, ist eine **Gleichberechtigung** erreicht. Hier haben wir noch einen Weg vor uns.

Betrachtet man die Anträge der Opposition zur Minderheitenpolitik, kann man zumindest in Teilen wirklich das Gefühl bekommen, dass Minderheiten nur noch als Spardose für andere Prestigeprojekte gesehen werden. Immerhin erkennt auch die CDU an, dass beispielsweise das **dänische Bibliothekswesen** einen höheren Zuschuss benötigt. Jahrelange Stagnation muss hier überwunden werden, damit die Aufgaben adäquat zu denen deutscher Einrich-

tungen erfüllt werden können. Die FDP allerdings sucht hier ihr Heil wieder einmal in Zuschusskürzungen. Das kennen wir ja schon aus den letzten Jahren, aber der Kreuzzug gegen die Minderheiten geht jetzt weiter. Nun soll der offensichtliche Zuschuss für das dänische Bibliothekswesen, der ja in einer Ziel- und Leistungsvereinbarung festgeschrieben werden soll, durch den lieben Kollegen Garg wieder gekürzt anstatt erhöht werden.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Das Ganze garniert der Kollege mit einer Kürzung der **Kulturarbeit** der dänischen Minderheit um 35.000 €, einer Senkung des Zuschusses für das Nordfriisk Institut um sage und schreibe 135.000 € - übrigens trotz geltender Ziel- und Leistungsvereinbarung -, einer Absenkung des Zuschusses für die Beratung der Sinti und Roma um 36.000 € und natürlich auch der Streichung der Mittel in Höhe von 200.000 € für die zweisprachige Beschilderung in Nordfriesland. - Lieber Kollege Garg, eins dokumentieren Sie von der FDP damit eindringlich: Die FDP ist kein verlässlicher Partner mehr für die Minderheiten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen in der Tat eine andere Politik, wir wollen mehr Kultur, und wir fördern auch mehr Kultur. Das **Bibliotheksgesetz**, das unsere Kulturministerin vorgelegt hat, wird eine Argumentationshilfe für diejenigen sein, die kulturellen Verfall verhindern wollen. Überall im Land gibt es immer wieder genügend Menschen, die alles daransetzen, kulturelle Angebote wie Bibliotheken und Fahrbüchereien wegzusparen. Damit dies nicht so einfach geschehen kann, geben wir mit dem Bibliotheksgesetz eine Argumentationshilfe an die Hand.

Man mag sagen, dass dies immer noch keine Sicherheit gibt - das ist richtig -, aber wir setzen auch hier auf Einsicht und die Kraft der Argumente. Allerdings muss ich eingestehen, dass dies zumindest in Bezug auf das Bibliothekswesen nicht für CDU und FDP gilt - zeigen ihre Kürzungsanträge in diesem Bereich doch eindrucksvoll, dass sie für Bibliotheken nichts übrighaben.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW] und Beate Raudies [SPD] - Widerspruch Christopher Vogt [FDP])

Wer die vergleichsweise kleine Summe von 430.000 € für innovative Projekte in diesem Bereich auf null kürzen will, der will das Bibliothekswesen nicht nur nicht weiterentwickeln, sondern

(Lars Harms)

der will die Grundlagen dafür legen, dass ihre CDU- und FDP-Kommunalpolitiker endlich die Axt an das Bibliothekswesen anlegen können.

(Widerspruch CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau dem soll das neue Bibliotheksgesetz entgegenwirken. Wir wollen den Trägern der Bibliotheken ein Rüstzeug für die Weiterentwicklung der Bibliotheken geben,

(Christopher Vogt [FDP]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

genauso wie wir mit unseren neuen **Kulturknotenpunkten** die Kulturlandschaft im ländlichen Bereich weiterentwickeln wollen. Rot-Grün-Blau steht für Weiterentwicklung der Kulturlandschaft und Schwarz-Gelb für Kahlschlag in diesem Bereich.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, wenn wir schon beim Kahlschlag sind, kann ich nicht umhin, noch einmal deutlich zu machen, dass ein gerechter, auskömmlicher Lohn für uns eine Selbstverständlichkeit ist. Dass dies für die CDU immer noch nicht gilt, ist ein Armutszeugnis. In Ihren Haushaltsanträgen wollen Sie die Ausgleichszahlungen an die Kommunen für die Anwendung des Tariftruegesetzes und für das Korruptionsregister streichen und die Gesetze abschaffen. Das zeigt deutlich, wes Geistes Kind Sie sind.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für uns bleibt es dabei: **Faire Löhne** und Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien haben für uns oberste Priorität. Daran gibt es nichts zu rütteln.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wenn wir uns im Bereich der Wirtschaft bewegen, dann ist es einigermaßen schockierend, dass zumindest zwei Parteien im Landtag noch nicht einmal ein Mindestmaß an **Standortmarketing** zulassen wollen. Sowohl die FDP als auch die PIRATEN wollen die halbe Million Euro für das Standortmarketing völlig streichen. Das ist ein Angriff auf die Wettbewerbsfähigkeit unseres Tourismus und unserer Wirtschaft.

(Lachen CDU, FDP und PIRATEN)

Eigentlich sind die Mittel, die wir einsetzen, im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr gering und bei Weitem nicht auskömmlich. Lieber Kollege

Kubicki, wenn wir Geld hätten, müssten wir eigentlich viel mehr in diesem Bereich tun.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD - Zurufe)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Garg?

**Lars Harms [SSW]:**

Selbstverständlich.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Dr. Garg, Sie haben das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Vielen Dank, Herr Präsident. - Lieber Kollege Harms, mögen Sie mir erklären, welche Konsequenzen die von Ihnen mitgetragene Landesregierung gezogen hat, als festgestellt wurde, dass die von Ihnen mit der Überwachung von Flüchtlings-erstaufnahmeeinrichtungen beauftragte Firma *secura protect* in Teilen gegen das von Ihnen vehement verteidigte Korruptionsregister verstoßen hat, welche Konsequenzen dieser Verstoß bislang gehabt hat?

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist geheim!)

**Lars Harms [SSW]:**

Also, lieber Kollege Garg, erstens kann man nicht gegen ein Register verstoßen. Das ist immer noch keine natürliche Person oder ein Gesetz, sondern nur ein Ort, wo man unter bestimmten Bedingungen einträgt, wenn Menschen beziehungsweise auch Organisationen sich in irgendeiner Art und Weise fehlverhalten haben und dies dann auch rechtskräftig so festgestellt worden ist.

Was die betroffene Firma angeht, ist es so, dass diese Firma sofort darauf aufmerksam gemacht wurde, dass sie gegen das **Tariftruegesetz** beziehungsweise das Mindestlohngesetz verstößt. Diese Firma hat sofort zugesagt, dies entsprechend zu ändern. Das ist auch geschehen. Damit gibt es natürlich auch keine rechtskräftige Verurteilung oder einen rechtskräftigen Bußgeldentscheid, der dazu führen würde, dass eine solche Firma dort entsprechend eingetragen wird, sondern die Löhne werden jetzt gezahlt. Dass diese Löhne jetzt gezahlt werden, liegt nicht an der FDP, sondern an dieser Regierung und daran, dass wir so vernünftige Gesetze geschaffen haben. Dafür können uns die Mitarbeiterinnen

(Lars Harms)

und Mitarbeiter sehr dankbar sein. Ich glaube, das sind sie auch.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Frage oder Anmerkung des Abgeordneten Vogt?

**Lars Harms [SSW]:**

Selbstverständlich, klar, logisch.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Christopher Vogt [FDP]:** Herr Kollege Harms, würden Sie mir mit Blick auf das Gesetz zum Schutz fairen Wettbewerbs, das es ja gibt, das sogenannte Korruptionsregistergesetz, recht geben, dass man nicht eine rechtskräftige Verurteilungen braucht, um in das Korruptionsregister aufgenommen zu werden? Wollen Sie uns mit Ihrer Antwort auf die Frage des Kollegen Garg sagen, dass das Unternehmen jetzt nicht in das Register aufgenommen wird?

**Lars Harms [SSW]:**

Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil das ein Verfahren ist, was beim Wirtschaftsminister, also beim Wirtschaftsministerium, liegt, das dafür zuständig ist, die **Eintragung** vorzunehmen. Das läuft nach Recht und Gesetz, so wie sich das gehört. Ob eine Firma eingetragen wird oder nicht, habe nicht ich als Landtagsabgeordneter zu entscheiden, sondern wir machen hier nur die Gesetze. Die in den Ministerien setzen dann die Gesetze um. Da werde ich niemals eingreifen, weil wir in diesem Land eine **Gewaltenteilung** haben. Das sollte eigentlich auch Ihnen bekannt sein.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

**Lars Harms [SSW]:**

Ach so, ja. Ich wechsel gern. - Ich würde sonst aber auch noch eine Zusatzfrage zulassen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Haben Sie noch eine Zusatzfrage?

**Christopher Vogt [FDP]:** Herr Präsident, ja, ich habe noch eine Zusatzfrage.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Ja gut, dann entschuldigen Sie bitte, Herr Dr. Stegner. Es gibt noch eine Zusatzfrage, mit der ich nicht gerechnet hatte.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich bin sehr geduldig!)

**Lars Harms [SSW]:**

Er weiß noch gar nicht, ob ich das zulasse.

**Christopher Vogt [FDP]:** Ich möchte ungerne der deutschen Öffentlichkeit die Ausführungen von Herrn Stegner vorenthalten oder das hier aufhalten. Aber ich möchte doch noch einmal sagen: Ihre Kritik an der CDU macht nur bedingt Sinn, wenn das so ist, wie Sie gerade ausgeführt haben.

Und einen zweiten Punkt: Sie haben das Thema Standortmarketing angesprochen. Stimmen Sie denn unserem Änderungsantrag mit Blick auf den Tourismus zu, den Sie gerade so hervorgehoben haben, die Zuschüsse an die TASH von 1,7 oder 1,8 Millionen € auf 2,5 Millionen € zu erhöhen? Stimmen Sie unserem Antrag zu, wenn das so wichtig ist?

- Nein. Wie Sie sicherlich denken können, werden wir das natürlich nicht tun, weil wir weiterhin die 500.000 €, die Sie als Gegenfinanzierung dafür vorgesehen haben, für ein **Standortmarketing** vorgesehen haben. Dieses Standortmarketing wendet sich ja nicht nur an den Tourismus, auch wenn es das hauptsächlich tut, sondern auch an die Wirtschaft, wo das Wirtschaftsministerium inzwischen auch mit anderen Partnern aus der Wirtschaft sehr eng zusammenarbeitet, um dort eine Strategie für das ganze Land auszuarbeiten. Ich glaube, das ist auch der richtige Weg. Davon profitiert der Tourismus genauso wie das ganze Land, also auch die Wirtschaft. Deshalb sind sowohl Wirtschaft als auch Tourismus natürlich bei unserer wunderbaren rot-grün-blauen Regierung in den richtigen Händen und wahrscheinlich sehr froh darüber, dass Sie nicht mehr regieren.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

So, Herr Abgeordneter, jetzt können Sie sich entscheiden, ob Sie eine weitere Zwischenfrage zulassen.

**Lars Harms [SSW]:**

Mit mindestens genauso großer Freude.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Harms, ich wollte den Kollegen Vogt und Dr. Garg intellektuell ein bisschen beispringen. Erinnern Sie sich mit mir daran, dass die Opposition sowohl gegen das Korruptionsregister- als auch gegen das Tariftreuegesetz war und immer argumentiert hat, dieses Korruptionsregister sei ganz schrecklich, da würden ja ganz unbescholtene Unternehmen hingeraten? Wir haben immer gesagt, die Tatsache, dass es das gibt, trägt dann auch dazu bei, dass sich vielleicht Unternehmen stärker als das Tariftreuegesetz halten könnten, was wir nämlich für richtig halten, so dass eigentlich alles gut ist: Die Befürchtungen sind falsch, und das, was wir wollen, geschieht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Aber warum halten Sie sich nicht an das Gesetz?)

- Selbstverständlich geschieht genau das, was wir uns vorgestellt haben. Und selbstverständlich ist die Auffassung, dass diese Gesetze abzuschaffen sind, natürlich eine völlig falsche. Diese Gesetze greifen ineinander. Für mich ist der Hauptteil dieser Gesetze immer, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Menschen einen **auskömmlichen Lohn** haben, von dem sie sich und ihre Familien ernähren können. Wer von dieser Auffassung abweicht, so wie es Schwarz-Gelb in der vergangenen Wahlperiode getan hat, der ist für mich eben kein vernünftiger Verhandlungspartner, wenn es darum geht, den Leuten ein vernünftiges Leben zu ermöglichen. Das ist eher unsere Aufgabe. Die haben wir ganz am Anfang der Wahlperiode auch erfüllt. Auch das erfüllt mich zu einem gewissen Grad mit Stolz und ist ein Zeichen dafür, dass Rot-Grün-Blau doch einen Unterschied zu Schwarz-Gelb macht.

(Vereinzelter Beifall SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Dr. Garg?

**Lars Harms [SSW]:**

Dann bleibe ich mit einem Rechts-Links-Schwenk immer ein bisschen in Bewegung. Dafür bin ich dem Kollegen Garg natürlich sehr dankbar. - Also gern.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Ich glaube, es ist in unserem Alter auch notwendig, dass man immer in Bewegung bleibt. - Herr Kollege Harms, nach der intellektuellen Befruchtung durch den Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten wollte ich nur sagen: Würden Sie zumindest zur Kenntnis nehmen, dass die FDP-Fraktion ja anerkennt, dass es ein Gesetz - auch wenn wir es in der Sache für falsch halten - gibt, dass es deshalb auch das legitime Recht der Opposition ist nachzufragen, ob die Landesregierung und im Zweifel auch die sie tragenden Fraktionen denn dafür sorgen, dass das von Ihnen beschlossene Gesetz zumindest eingehalten und vollzogen wird? Und wenn es denn vollzogen wird, gehe ich falsch in der Annahme, dass man zumindest mit dem Gesetz erreichen wollte, dass Unternehmen, die sich nicht an entsprechende Standards halten, bei künftigen Ausschreibungen ausgeschlossen werden? Deswegen wäre ja die Konsequenz oder die konsequente Frage, ob bei zukünftigen Ausschreibungen solcher Leistungen diese Firma wieder zugelassen wird, ja oder nein, nachdem offensichtlich - auch von Ihnen eingeräumt - ein gravierender Verstoß gegen Landesgesetze vorgelegen hat.

- Erstmal ist es selbstverständlich klar, dass Sie als Opposition alles nachfragen dürfen, nicht nur zu diesem Bereich, sondern zu allem anderen auch. Dafür sind wir beide nun zutiefst Parlamentarier, dass wir das nicht in Zweifel ziehen. Ich bin auch sehr dankbar dafür, wenn sowohl Oppositions- als auch Regierungsfraktionsabgeordnete in irgendeiner Art und Weise Nachfragen stellen, um die Regierung zu kontrollieren. Denn das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

Was die Gesetze angeht: Selbstverständlich ist es so, dass Gesetze eingehalten werden müssen. Das ist eine logische Geschichte. Worum es hierbei geht, ist, dass wir gesagt haben, wir gehen davon aus, dass die meisten Unternehmen, die weit überwiegende Zahl der Unternehmen - wir haben immer neunundneunzigkommasoundsoviel Prozent gesagt - ordentlich arbeiten. Das ist überhaupt gar keine Frage. Es war auch nie Sinn und Zweck der Gesetze, dieses in Frage zu stellen.

(Lars Harms)

(Zurufe FDP: Nein!)

Sondern es ging darum, für die wenigen einzelnen Unternehmen, die sich in irgendeiner Art und Weise falsch verhalten, dann ein Instrumentarium zu haben, um einzugreifen. Das hatten wir in der Vergangenheit unter Ihrer Ägide nicht.

(Christopher Vogt [FDP]: Selbstverständlich!)

Wir haben das jetzt und sind jetzt in der Lage einzugreifen. Man kann das jetzt durchziehen und sagen, wir handeln nach Recht und Gesetz, nach den Buchstaben des Gesetzes mit allen Schikanen - wie gesagt, der **Eintrag in das Korruptionsregister** läuft ja auch auf diese Art und Weise, indem das Ministerium das überprüft.

Was aber den Mindestlohn angeht, haben wir erst einmal - so empfinden wir das, und so ist es auch richtig - Kontakt mit dem Unternehmen aufgenommen und dem Unternehmen die Möglichkeit gegeben, diesen Fehler wieder zu beheben. Das hat das Unternehmen getan. Das finde ich auch in Ordnung. So sollte man eigentlich auch mit Unternehmen umgehen.

Aber allein schon die Tatsache, dass diese Gesetze da sind und das Unternehmen davon bedroht war, möglicherweise sonst in Zukunft von Ausschreibungen ausgeschlossen zu werden, hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass sich diese Einigungsfähigkeit sehr schnell eingestellt hat.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Harms, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Callsen? - Er möchte bitte gern einmal das Schild zu uns hindrehen, wir wissen nicht, welchen Lautsprecher wir freigeben sollen. - Herr Callsen, Sie müssten bitte einmal kurz das Schild drehen, damit wir das sehen können. - Danke schön, das ist die Nummer 1.

**Lars Harms [SSW]:**

Selbstverständlich, gern.

**Johannes Callsen [CDU]:** Vielen Dank, Herr Kollege Harms. Damit wir hier nicht Gefahr laufen, dass von Ihnen in Gute und Schlechte differenziert wird, möchte ich Sie fragen, ob es richtig ist, dass es eine CDU-geführte Bundesregierung war, die den bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn eingeführt und umgesetzt hat,

(Lachen SPD)

und ob nicht gerade vor diesem Hintergrund die Doppelbürokratie mit dem Landesmindestlohn überflüssig ist und zu den gleichen Konsequenzen geführt hätte, wie Sie es hier geschildert haben?

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] - Zurufe SPD - Glocke Präsident)

- Lieber Kollege Callsen, es ist ja schön, dass Sie noch einmal nachfragen. Dann kann ich Ihnen, obwohl Sie ja auch einmal wirtschaftspolitischer Sprecher waren

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Noch!)

- beziehungsweise das sind Sie noch - und sich länger damit beschäftigt haben, das noch einmal erklären. Anscheinend ist immer noch nicht begriffen, was unser **Mindestlohn** ist. Der Mindestlohn auf Bundesebene, von dem Sie sprechen, macht branchenspezifisch deutlich, in welcher Art und Weise dort ein Lohn eingezogen werden muss, ein Mindestmaß, um überhaupt überleben zu können. Wir haben uns bei unseren Mindestlöhnen daran orientiert, was Beschäftigte im öffentlichen Dienst verdienen. Das soll jemand, der eine öffentliche Ausschreibung von uns gewinnt, auch mindestens zahlen. Das liegt über diesen Mindestlöhnen, von denen Sie gesprochen haben.

Das hat zwei Effekte. Erstens findet auf allen Ebenen ein **fairer Wettbewerb** statt. Und zweitens ist es dann nicht zwangsweise so, dass man öffentliche Dienstleistungen alle in die Privatwirtschaft rausgeben muss, nur weil man dort **Dumpinglöhne** vorfindet. Beide Effekte werden auch durch unsere Gesetze entsprechend erfüllt. Deshalb gibt es einen leichten Unterschied zu dem, was man auf Bundesebene gemacht hat.

Ich will das gar nicht kleinreden, auch das ist in Ordnung, dass es dort Mindestlöhne gibt. Aber das, was wir tun, geht noch über das hinaus. Wenn man sich das Tarifreuegesetz ansieht, geht es nachher sogar darum, dass man bestehende Tarife einzuhalten hat, also beispielsweise im ÖPNV die Tarife, die dort gelten, die weit über das Mindestlohnniveau hinausgehen, also über das, was Sie auf Bundesebene angesprochen haben.

Hier soziale Sicherheit zu schaffen, empfinden wir als absolut wichtige Aufgabe für unsere Koalition und unsere Politik. Daran werden wir auch festhalten.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Harms, auch der Herr Abgeordnete Callsen hat noch eine Nachfrage. Gestatten Sie diese?

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident, ich mache solange weiter, bis die Fragen aufhören.

**Johannes Callsen [CDU]:** Keine Frage, Herr Kollege! - Ich wollte Sie nur darauf hinweisen, dass Ihre Antwort schon deswegen falsch ist, weil der Bundesmindestlohn kein branchenspezifischer ist, sondern ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn.

- Richtig, aber er bezieht sich nur auf bestimmte Branchen. Bestimmte Branchen sind logischerweise ausgeschlossen, bei denen so etwas nicht gilt. Der branchenspezifische Mindestlohn orientiert sich eben nicht an dem, was man beispielsweise im öffentlichen Dienst auf Bundesebene bezahlt. Deswegen gibt es auch die Diskussion darüber, ob dieser Lohn auskömmlich ist oder etwas höher sein sollte. Deshalb gibt es einen inhaltlichen Unterschied zwischen dem Mindestlohn auf Bundesebene und dem Mindestlohn, den wir in unseren beiden Gesetzen, Mindestlohngesetz und Tariftrueugesetz, festgeschrieben haben.

Meine Damen und Herren, falls es keine weiteren Fragen gibt, werde ich gnadenlos mit meiner Rede fortfahren.

(Heiterkeit - Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Jetzt ist die Zeit um!)

Es liegen doch noch ein, zwei kleine Punkte - es wird nicht mehr so lange dauern - im Argen. Wenn ich auf die **Sportinfrastruktur** schaue, kann ich die PIRATEN heute nicht verschonen. Was sich die PIRATEN da leisten, ist schon eine deutliche Positionierung gegen den Sport. Unsere Koalition hat beschlossen, die kommunalen Sportstätten in den nächsten Jahren zu sanieren. In diesem Jahr sind wir erfolgreich mit 2 Millionen € eingestiegen. Wir wollen diese Förderung in den nächsten 15 Jahren aufrechterhalten. Jedes Jahr sollen 2 Millionen € für diesen Zweck ausgegeben werden, um so das Ehrenamt zu unterstützen, die Gesundheit zu fördern und auch in diesem Bereich einen Beitrag für die Integration von Einwanderern zu leisten.

Was tun die PIRATEN? Sie wollen diese zarten Anfänge einer stetigen Förderung zerstören, um Spielwiesen wie Bürgerbusse oder ein Überwachungskameraregister zu finanzieren. Ich glaube,

dass das Unsinn und der falsche Weg ist. Ich hoffe, dass sich die PIRATEN im Sinne des Sportes besinnen.

Man muss ja Sport nicht mögen, aber seine soziale Integrationskraft ist unbestritten. Deswegen ist für uns klar, dass man die **Sportstättenförderung** weiterführen muss und dass man auch die Mittel, die ursprünglich für Olympia eingeplant waren, in die Sportinfrastruktur steckt, damit beispielsweise in Kiel sowohl Spitzensport als auch Breitensport eine Zukunft haben. Die Idee, Kiel zum Zentrum des Segelsports weiterzuentwickeln, ist noch nicht vom Tisch, nur weil es aufgrund einer Abstimmung nicht zu Olympia in Kiel kommen wird. Der Schaden durch den Olympiaverzicht wird groß genug sein, sodass hier nicht noch weiterer Schaden hinzukommen darf. Wir brauchen effektive Sportstätten, und wir brauchen in Teilen auch eine international leistungsfähige Sportinfrastruktur. Im Falle von Kiel-Schilksee bedeutet das zum Beispiel nicht nur eine Stärkung des Sports, sondern auch eine Stärkung der Tourismuswirtschaft.

Zuletzt noch ein Wort zu verschiedenen Punkten, bei denen es um Naturschutzmaßnahmen im weitesten Sinne geht. Hier gibt es Kürzungsvorschläge der CDU und insbesondere der FDP. Ich bin der festen Überzeugung, dass es notwendig ist, die Erfolge oder auch Misserfolge der **Ausweisung von NATURA-2000-Gebieten** zu ermitteln, genauso wie es notwendig ist, sich Klarheit über die Sauberkeit von Wasserläufen zu verschaffen. Das sind keine Spielwiesen für beschäftigungslose Biologen, sondern das sind Mittel für nachvollziehbar notwendige Arbeiten, um einen halbwegs vernünftigen Wissensstand in diesen Fragen zu erhalten.

In den damaligen Diskussionen über die Ausweisung von NATURA-2000-Gebieten zog sich wie ein roter Faden die manchmal nicht vorhandene aktuelle Datenlage. Fakten mussten erst aufwendig ermittelt und ausgewertet werden. Erst danach konnte man Gebiete ausweisen und vor allem festlegen, welche Maßnahmen dort erfolgen sollten. Diese Arbeiten jetzt einzuschränken oder gar abubrechen, wäre fatal.

(Beifall Sandra Redmann [SPD])

Denn gerade durch die Ermittlung von Daten ist man in der Lage, endlich auf einer gemeinsamen Sachebene zu diskutieren. Wir wollen diese NATURA-2000-Gebiete gemeinsam mit den Menschen weiterentwickeln, und deshalb brauchen wir hier eine vernünftige Datenlage.

(Lars Harms)

Vor diesem Hintergrund brauchen Vereine, Verbände und Kommunen natürlich auch Mittel, um Maßnahmen umzusetzen. In unserer heutigen Zeit muss selbst der Mensch manchmal eingreifen, um naturgemäße und naturnahe Verhältnisse wiederherzustellen. Das geht manchmal mit einer extensiven Beweidung, manchmal mit künstlichen Bruthilfen für Trauerseeschwalben und manchmal mit der Erhaltung von Dauergrünland. Manchmal braucht man auch eine Biotopkartierung dafür. Hier sozusagen die Axt anzulegen, wäre für die vielen engagierten Natur- und Landschaftsschützer genau das falsche Signal. Deshalb setzen wir auch hier andere Prioritäten.

Wir wollen ein Mehr an **Naturschutz** zusammen mit den Menschen vor Ort. Dann muss man auch die entsprechenden Finanzmittel für diese Menschen vor Ort zur Verfügung stellen. Wir tun das und zeigen damit, dass man Natur und Landschaftsschutz mit den Menschen machen kann. Das ist uns das Geld auch wert.

(Beifall SPD - Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser vorgelegter Haushalt für 2016 zeigt wieder einmal, dass wir die richtigen Prioritäten setzen und dass wir eine Politik für alle Menschen im Land machen. Unser Haushalt ist solide und sozial gerecht, setzt einen Schwerpunkt in der Bildung, stärkt die Wirtschaft, schützt und fördert die Minderheiten und erhält unsere Natur und Landschaft. Damit sind wir auf dem richtigen Weg, und auf diesem Weg bleiben wir, und das noch sehr viele Jahre.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Haushaltsberatungen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

**Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung glücksspielrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/3606

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Es ist keine Aussprache vorgesehen.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 18/3606 dem Innen- und Rechtsausschuss zu über-

weisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Nach der jetzt folgenden 45 Minuten dauernden Mittagspause bis 14 Uhr - -

(Zurufe: Eine Stunde!)

- Eine Stunde! Das heißt, wir setzen die Beratungen um 14:30 Uhr mit der Rede des Ministerpräsidenten und der Replik des Oppositionsführers Daniel Günther fort.

Ich wünsche Ihnen eine schöne Mittagspause.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:17 bis 14:35 Uhr)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie erneut hier im Plenarsaal und freue mich, Sie wiederzusehen.

Wir setzen die Tagung fort. Erneut rufe ich die Tagesordnungspunkte 3, 4, 20, 26 und 44 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/3300

**b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2016**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 18/3301

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses

Drucksache 18/3597

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/3668

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/3669

Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3670

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/3671



(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

c) **Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)“ und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015**

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3501

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 18/3631

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3680

d) **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - A 13 für Lehrer aller Schularten umsetzen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 18/3644 (neu)

e) **Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2013**

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
Drucksache 18/3594

f) **Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2014**

Bericht des Finanzministeriums  
Drucksache 18/3622

Ich erteile zunächst für die Landesregierung Ministerpräsident Torsten Albig das Wort.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ihnen heute vorliegende Haushalt ist ein Haushalt der Haltung, ein Haushalt, der ernst genommen hat, was die Frau Bundeskanzlerin gesagt hat, als sie sagte: Ja, wir schaffen das. Unsere Antwort auf diese Worte der Bundeskanzlerin ist: Ja, wir machen das. Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt machen wir das, wir setzen das um, was die Bundeskanzlerin beschrieben hat.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist ein Haushalt, der Haltung mit Taten verbindet: 816 Millionen € für eine humane Antwort auf die wohl größte gesellschaftliche Herausforderung unserer Zeit. 816 Millionen €, hinter denen 421 Millionen € für **asylbedingte Mehrausgaben** stehen, 190 Millionen €, mit denen wir Erstaufnahme möglich machen in einer Art und Weise, wie Sie sie in Deutschland nicht oft finden, weder in der Vorausschau noch in der praktischen Umsetzung. Darunter sind 65 Millionen €, mit denen wir uns an die Seite unbegleiteter Minderjähriger stellen, 11,3 Millionen €, mit denen wir etwas für die Gesundheit der Menschen tun, die zu uns kommen, 54 Millionen €, mit denen wir im Bereich Personal nachlegen, 3,5 Millionen € für den Arbeitsmarkt, damit die, die zu uns kommen, so schnell wie möglich in Arbeit kommen.

Ich habe es gesagt: 54 Millionen € für **Personal**. Natürlich verändert sich der Kurs eines solchen Haushalts auch im Verhältnis zu dem, was wir hier im letzten Jahr miteinander diskutiert haben in der Frage, wie eine Verwaltung eigentlich wächst. Es ist keine ausreichende Antwort, so zu tun, als könnten wir so weitermachen wie zuvor, als könnten wir auf Menschen verzichten. Nur mit Menschen, nur mit Lehrerinnen und Lehrern, nur mit Polizistinnen und Polizisten, nur mit Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern in den Kommunen und mit Menschen bei uns im Landesamt für Ausländerangelegenheiten werden wir dieser Herausforderung gerecht werden.

(Beifall SPD und SSW)

Ja, deswegen geben wir bewusst das Signal, dass wir 1.011 **zusätzliche Stellen** in diesem Haushalt haben. Das ist aber keine Abkehr von dem Gedanken vorheriger Haushalte, sondern das ist die in Menschen ausgedrückte Antwort auf die Frage: Wie sollen wir das denn schaffen, wenn wir keine Lehrerinnen und Lehrer haben? Wie sollen wir es denn schaffen, innere Sicherheit in den Erstaufnahmeeinrichtungen und in den Dörfern zu sichern? Dabei geht es mehr um die Sicherheit derjenigen, die zu uns kommen, vor denjenigen, die hier und da sind und es nicht verstehen, dass Menschen zu uns kommen. Es geht nicht so sehr darum, diejenigen, die da sind, vor denen zu schützen, die kommen. Wie sollen wir dies denn sicherstellen ohne Polizistinnen und Polizisten, ohne Lehrerinnen und Lehrer und ohne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landesamt für Ausländerangelegenheiten?

280 neue Lehrer: Im Haushalt sind 4 Millionen € für Personal an den Berufsschulen und für 50 Referendarinnen und Referendare im nächsten und im

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

übernächsten Jahr vorgesehen. Es sind 298 neue Kolleginnen und Kollegen für das Landesamt für Ausländerangelegenheiten vorgesehen, 200 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten, 150 davon auf der Straße, 50 in der Verwaltungstätigkeit. Es werden 140 neue junge Kolleginnen und Kollegen in die Ausbildung nach Eutin kommen. Damit fordern wir die Ausbildungskapazitäten unserer Polizei bis an das Limit. Auch dafür stellen wir 125 Stellen zur Verfügung, nämlich um diese 140 jungen Polizistinnen und Polizisten auszubilden.

Wir tun dies in diesem Jahr, und wir werden das auch im nächsten Jahr tun, weil es wichtig ist, mit **Ausbildung** nachzulegen, denn nur so macht es Sinn zu sagen: Ich will eine zusätzliche Einheit in Eutin auf den Weg bringen. Die Menschen kann ich mir ja schlecht irgendwo vom Arbeitsamt holen, diese Leute muss ich irgendwie ausbilden, weil vor uns welche regiert haben, die immer nur so getan haben, als seien sie für öffentliche oder für innere Sicherheit. Als Sie Verantwortung gehabt hatten, haben Sie in diesem Bereich gestrichen und gekürzt.

(Beifall SPD - Lachen CDU - Volker Dornquast [CDU]: Absolut lächerlich!)

Ich weiß, dass das für jemanden, der einmal Verantwortung getragen hat, schwer zu ertragen ist, aber gewöhnen Sie sich daran.

(Glocke Präsidentin)

Seitdem wir an der Regierung sind, gibt es keinen Abbau bei der **Polizei**, und jetzt gibt es einen deutlichen Aufbau. Wir werden gegenüber dem Stabilitätsrat die angemeldete Kürzung von **Stellen** zurücknehmen, weil sie nicht mehr in diese Zeit passt. Wir werden, da bin ich ganz sicher, den Stabilitätsrat davon überzeugen. Wir schaffen zusätzliche Stellen für Polizistinnen und Polizisten, und wir machen es nicht wie Sie. Wir melden diese Stellen nicht beim Stabilitätsrat als Einsparmaßnahmen an.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ein Haushalt der Investitionen.

(Lachen CDU)

- Es ist schön, dass Sie so reflexhaft lachen. Es ist ein **Haushalt der Investitionen in Menschen**. Es ist mir bewusst, dass Investitionen in Menschen etwas sind, das Ihnen gedanklich fern ist, Herr Kollege. Uns ist es nicht fern. Wir investieren zuerst in Menschen und dann in Beton.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es mag sein, dass Sie mir nicht glauben. Glauben Sie dem DIW-Präsidenten Fratzscher, der uns - ich glaube - ganz klug etwas auf den Weg gegeben und gesagt hat: Die, die jetzt zu uns gekommen sind, beginnend in sieben Jahren damit, all das zurückzahlen, was wir im Sinne von Sprachförderung, Bildung und Arbeitsmarktentwicklung in sie investiert haben. Dann werden sie starke Teile unserer Gesellschaft und können über Abgaben und Steuern wieder zurückzahlen. Deshalb tun wir das, was wir tun. Deshalb ist das ein Haushalt der Investitionen. Es ist ein Ärgernis, immer wieder auf diese eine Investitionsquote zurückgeworfen zu werden. Würden wir die 800 Millionen € als das betrachten, was sie sind, nämlich Investitionen im Haushalt, dann verdoppelt sich die Investitionsquote im Haushalt, und es wäre richtig, das so zu sehen. Jede andere Sichtweise ist eine verkürzte Sichtweise, die nicht wahrnimmt, wie Gesellschaft funktioniert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Haushalt ist ein **Haushalt der Solidarität**. Wir haben uns an die Seite der **Kommunen** gestellt, weil wir wissen, dass dieses große gesellschaftliche Projekt nur funktioniert, wenn wir es gemeinsam mit den vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in unserem Land, gerade in den kleinen und kleineren Kommunen, machen. Mein ganz besonderer Dank gilt all diesen Frauen und Männern, oft auch im Ehrenamt, die sich in großartiger Art und Weise an die Seite dieses Projektes stellen, an die Seite der Bundesregierung in Gestalt der Bundeskanzlerin, an die Seite der Landesregierung und all denen, die sagen, dieses Projekt muss ein Erfolg werden. Es gibt sehr viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die dies verstanden haben. Diese erhalten nicht nur unsere ideelle Unterstützung, sondern diese unterstützen wir dort, wo immer wir können, mit Geld und mit Kraft. Ich freue mich sehr darüber, dass die Kommunen das sehr positiv zurückmelden, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen in unserer Regierung, wie es den Menschen vor Ort geht. Wir wissen, welche Sorgen und Nöte diese Menschen haben. Deswegen reagieren wir auch zum Teil anders, als die Bundesregierung dies gegenüber den Ländern tut. Wir haben mit den Kommunen darüber verhandelt, dass das Geld den

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Menschen folgt und dort zur Verfügung steht, wo es gebraucht wird. Wir haben mit ihnen darüber verhandelt, dass sie nicht auf Abschlagszahlungen festgeschrieben werden, sondern dass sie immer anhand der realen Zahl der Flüchtlinge von uns im nächsten Jahr Geld bekommen. Auf diese Weise können sie planen. Zur Not gehen wir auch mit Blick auf die Kommunen in Vorlage, weil es nötig ist, dass wir die Kommunen gar nicht erst in Unsicherheit bringen.

Wir haben eine **Integrationspauschale**, die wir im Januar zunächst auf 1.000 € und dann im März auf 2.000 € erhöhen werden. Wir verzichten darauf, was früher Usus war, uns jeden Cent von den Kommunen bestätigen und abrechnen zu lassen; denn wir haben eine Kultur des Vertrauens gegenüber den Kommunen.

(Lachen CDU)

Sie müssen das nicht bestätigen. Sie lachen, weil Sie nicht verstehen, was das bedeuten kann. Wir jedoch verstehen die Kommunen. Das ist unser ganzer Geist seit 2012, auf diese Weise mit den Kommunen umzugehen. Wir tun das in dieser Frage auch. Und ich freue mich sehr über diese positiven Rückmeldungen der kommunalen Familie, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Haushalt zeichnet sich auch dadurch aus, dass wir eben nicht, trotz dieser immensen zusätzlichen Belastung, versuchen, die Last auf andere abzuwälzen. Dieser Haushalt bleibt ein starker **Haushalt der Bildung**, indem wir weiterhin 192,3 Millionen € für die Betriebskosten der Kitas bezahlen, 16,25 Millionen € U3-Kosten bezahlen, 6 Millionen € für die Sprachbildung in den Kitas geben, zusätzlich 10 Millionen € für die Grundförderung an den Hochschulen. Auf Lehrer habe ich hingewiesen, über die Schulleistungen haben wir uns schon im letzten Jahr unterhalten. Diese scheinen Sie nicht zu mögen. Wir jedoch glauben, dass diese Menschen wichtig und wertvoll sind für den Bildungserfolg unserer Kinder. Deswegen setzen wir sie ein, und deswegen fördern wir sie auch mit diesem Haushalt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Haushalt ist ein **Haushalt der Zukunft**. Wir haben heute Morgen eine Debatte über einen in der Tat sehr entscheidenden Punkt geführt, nämlich über die Frage, wie es mit der HSH weitergeht. Ich

hoffe sehr, dass es am Ende eine Mehrheit dafür geben wird, sich so zu entscheiden, wie sich auch Hamburg entschieden hat, weil uns auch das mit Blick auf unsere Chancen in der Zukunft die besten Möglichkeiten gibt.

Richtigerweise ist gesagt worden - immer unter anderem; und alles, was Herr Koch dazu beschrieben hat, war klug und nachdenkenswert -: In der Tat sind unsere und Ihre **Annahmen** abzuwägen, und bei beiden gibt es **Unsicherheiten**. Für unsere Annahme spricht, dass wir das intensiv und ökonomisch prüfen wollen, so gut es eben geht. Man mag es glauben oder man mag es nicht glauben, aber es gibt keine höhere Wahrscheinlichkeit für Ihre Position als für die Position, die wir eingenommen haben. Wir haben zumindest alles das, was wir dazu an Sachverstand finden konnten, gemeinsam mit Hamburg und mit unterschiedlichen Beratern in die Waagschale geworfen und das zur Grundlage für unsere Gespräche gemacht.

Das hat natürlich etwas mit Zukunft zu tun und ist in der Tat ein wichtiger Punkt. Alles andere als zu behaupten, dass uns das auch Sorge macht, wäre abwegig. Das macht uns Sorge.

Meine Bitte, vor allem auch mit Blick auf die Debatte, die im Ausschuss oder am Freitag noch geführt werden wird, ist: Lassen Sie uns keine Energie mehr darauf verschwenden, zu fragen: Wer war das eigentlich? Richtigerweise hat auch die Finanzministerin vorhin gesagt: Wir waren das alle als Gesellschaft, wir waren das alle, die wir Verantwortung getragen haben. Wir kriegen das nicht wegdefiniert, sondern wir müssen uns dieser Verantwortung stellen, so ärgerlich das ist. Natürlich sind von allen auch Fehler gemacht worden, insbesondere in dem sehr naiven Glauben, was solche Märkte denn für einen Haushalt bedeuten. Dies nie mit einem Risiko in Verbindung zu setzen, war erkennbar falsch.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Viele jedenfalls haben das falsch gesehen.

Dieses ist auch ein Haushalt, der weiterhin für **Infrastruktur** und für **Investitionen**, wie sie Ihnen vorschweben, Geld zur Verfügung stellen wird. Ich weiß, 7,2 % sind zu wenig. Ich weiß aber auch, dass im Jahre 2010 30 km Straße gebaut wurden. Im Jahre 2011 waren es 40 km, im Jahre 2012 waren es 30 km, im Jahre 2013 waren es 30 km, im Jahre 2014 waren es 80 km, im Jahre 2015 sogar 90 km, und es werden im Jahre 2016 wiederum 80 bis 90 km sein.

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich kann es ja nicht ändern, dass Sie es immer behaupten, aber nie tun, während wir, die wir gescholten werden, es tun. Wir geben mehr für Landesstraßen aus als Sie, wir geben mehr für andere Maßnahmen aus.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wir kommen dazu noch. In der Tat haben wir auch mehr Geld in der Kasse.

Wir müssten auch, wenn es irgendwie ginge, noch sehr viel mehr Geld ausgeben. Aber wir haben uns an dieser Stelle schon im letzten Jahr darüber unterhalten, wie sinnvoll es eigentlich ist, für ein bestehendes System und für einen Markt, in dem wir im Augenblick mit den recht knappen Mitteln überhaupt noch Auftragnehmer bekommen, um diese Aufträge abzarbeiten. Es ist ja nicht so, dass wir in diesem Lande sagen könnten: „Da stehen eine ganze Menge Fahrzeuge herum, und diese werden nicht eingesetzt.“ Wir alle wissen das.

Wir wissen auch, was es bedeutet, wenn wir einen Ansatz auf einmal komplett verdoppeln. Das entspricht in etwa der gleichen Idee, wie sie die Bundesregierung beim BAMF hatte, nämlich so zu tun, als reiche es aus, in einem Stellenplan 200, 300 oder 1.000 Stellen einzustellen und zu hoffen, damit sei das Problem erledigt, bis man dann feststellte, es ging gar nicht um die Stellen, sondern es ging um die Menschen, die die Arbeit ausführen. Diese Menschen waren in der Tat schwer zu finden.

Das Gleiche gilt auch hier. Ich habe im letzten Jahr versucht, Ihnen das zu erklären. Offensichtlich war dies nicht sehr erfolgreich. Wir müssen in diesem Segment, so ärgerlich das ist, weil wir viele Jahre, ebenso Sie wie auch wir, diese Infrastruktur vernachlässigt haben, langsam den Markt auf die Situation vorbereiten. Wenn man nicht nur Preisefekte auslösen will, macht es keinen Sinn, einfach das doppelte Geld in den Haushalt einzustellen. Der Markt ist dafür nicht vorbereitet, meine Damen und Herren. Deswegen ist unser Weg der klügere, solange er auch dauern mag. Der Weg, über IMPULS zu gehen und dies vorzubereiten, ist der klügere Weg, meine Damen und Herren.

(Zuruf CDU)

Deswegen gehen wir ihn auch Stück für Stück und zuverlässig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Sehr gern, ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Koch, bitte.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, Herr Koch und nur Herr Koch hat das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:** Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Vielleicht wären Sie so freundlich, dem Hohen Hause zu erläutern, an welchen Haushaltsstellen sich die von Ihnen gerade genannten 80 oder 90 Millionen € für Landesstraßen finden. Als Investitionen beim Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr sind 30 Millionen für Landesstraßen vorgesehen.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Herr Koch, das war ein Versprecher!

- Es wäre schön, wenn Sie Ihren Versprecher korrigieren würden.

- Natürlich. Danke für den Hinweis.

(Johannes Callsen [CDU]: Er meinte nicht Millionen, sondern Meter!)

- Nein, Herr Callsen, wir meinten Kilometer. Ich meinte, dass ich dreimal so viel baue, wie Sie gebaut haben. Das meinte ich, und darauf sind wir sehr stolz.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie hatten 30, wir haben 90. Zugegebenermaßen hätte ich auch lieber 270, aber ich habe 90, und Sie hatten sie nicht.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie - -

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Nein, danke.

(Lachen Tobias Koch [CDU])

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Wir haben die derzeit größte deutsche Infrastrukturbaustelle mit der A 7. Wir haben das Ersatzbauwerk Rader Hochbrücke angeschoben. Wir haben ein Sondervermögen Landesstraßenbau aufgelegt. Wir sanieren Landesstraßen. Wir haben den Lückenschluss A 23, die Holstenhallen. Wir haben mit dem UKSH eines der größten Universitätsprojekte vor der Brust. Dies passiert hier bei uns in Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren, und an keiner anderen Stelle. Wir investieren in dieses Land und machen es erfolgreich. Andere behaupten es immer nur.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist ein Haushalt der Solidität.

(Lachen Johannes Callsen [CDU] - Zuruf CDU: Vergnügungssteuerpflichtig!)

Ich fand es zugegebenermaßen schon etwas irritierend zu hören, dass in den ersten Absätzen gesagt wurde, wie wichtig es ist, dass wir uns um Flüchtlinge kümmern, und dass dann genau diese Summe als Beleg dafür genommen wird, dass dieser Haushalt in die Verschuldung taumelt.

Ich denke, es wäre zumindest in der Debatte fair, wenn wir uns bei der Betrachtung, wie solide er ist, auch wenigstens einmal eine Sekunde dem Entwurf zuwenden, in dem, wie Sie wissen und wie es sich gehört, Einnahmen größer als Ausgaben waren: 3,3 % Zuwachs bei den Einnahmen und 2,0 % bei den Ausgaben. Wir haben also diesen Pfad eingehalten. Wir hatten eine Nettokreditaufnahme von 52 Millionen € geplant. Zu diesem Entwurf aus dem Sommer - das zeigt die Besonderheit der Situation - kommen 518 Millionen € **zusätzliche Herausforderungen** für den Haushalt. 518 Millionen € in nicht einmal einem halben Jahr. Die **Nettokreditaufnahme** steigt aber nur von 52 auf 272 Millionen €. Hier zu behaupten, dass der Umstand, dass wir das tun, ein Ausdruck von finanzpolitischen Versagen ist, ist, freundlich formuliert, grotesk, nicht so ganz freundlich formuliert: ein völliges Missverständnis dessen, was wir hier eigentlich zu tun haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir hatten 2010 flüchtlingsbedingte Kosten in unserem Land von 40 Millionen €, aber eine Nettokreditaufnahme von 1,3 Milliarden €.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Den Schrott haben Sie uns doch hinterlassen!)

- Sie immer mit Ihrem: Ich schaue nach hinten! - Schauen Sie einfach auf die Zahl.

(Lachen CDU und FDP)

- Herr Kubicki, was Ihnen so unendlich schwerfällt, das muss an einer gewissen Ausbildung Ihres Egos liegen. Ich sage nicht: Sie waren böse, und ich bin gut.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Doch!)

- Nein, das sage ich nicht. Nein.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Was haben Sie eigentlich damals als Kieler Oberbürgermeister getan?)

Nichts davon sagen wir, an keiner Stelle, Herr Garg. Ich weise darauf hin, dass wir im Jahre 2010 bei 40 Millionen € Kosten für Flüchtlinge 1,3 Milliarden € Nettokreditaufnahme hatten. Bei einer Verzwanzigfachung der Kosten für Flüchtlinge haben wir nur 0,3 Milliarden € Nettokreditaufnahme dafür. Wir verzwanzigfachen die Herausforderung und die Anforderung bei der Nettokreditaufnahme ist: Sie viertelt sich. Wer da behauptet, der Haushalt sei nicht vorbereitet und nicht in der Lage, der versteht nichts von Finanzpolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Sehr gern.

**Tobias Koch** [CDU]: Herr Ministerpräsident, vielleicht wären Sie auch so freundlich, dem Hohen Hause noch einmal die Entwicklung der Steuereinnahmen zwischen dem Jahre 2010 und dem Jahre 2016 zu schildern, um das in die richtige Relation zu setzen.

(Beifall CDU - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dreimal hatten wir das schon!)

- Sehr gern. Wir haben das heute dreimal gehabt, aber ich mache das gern noch einmal. Wir hatten in der Zeit, wenn ich die Zinsen dazu rechne, 2,9 Milliarden € an Einnahmeverbesserungen.

(Zuruf CDU: Hört, hört!)

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

Wir haben in der gleichen Zeit - ich nehme an, die Zahlen, da sie von den Vorrednern nie kritisiert wurden, sind Ihnen bestätigt - 3,2 Milliarden € an notwendigen zusätzlichen Ausgaben. Das heißt, wir stehen im Saldo um 300 Millionen € schlechter als 2010. Trotzdem ist meine Haushaltssituation so, wie sie ist. Wir haben die Verschuldung um 1 Milliarde € heruntergefahren. Wir haben Sozialkosten und Personalkosten. An all diesen Stellen hätten Sie an keiner einzigen Stelle Nein gesagt, weil Sie es gar nicht konnten. Die Mär von den Einnahmen, die Sie immer erzählen, passt doch nur, weil Sie nie den Zusammenhang schildern, sondern immer nur die eine Seite. Sie meinen, die Menschen würden nicht schauen, ob es da nicht auch Gehaltssteigerungen und einen Abbau von Verschuldung gab.

(Tobias Koch [CDU]: Dass es das gab, ist unbestritten!)

Der Saldo ist interessant. Der Saldo ist negativ, lieber Herr Koch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Haushalt ist ein Haushalt der Solidität, weil wir ihn auf vernünftigen Annahmen planen. Vorhin wurde gesagt, wir sollten endlich einmal die Zahlen offenlegen. Wir tun das. Wir planen auf der Basis der **Annahmen des Bundes**, wie es im Augenblick alle Länder in Deutschland tun. Wir gehen, wie der Bund es tut, davon aus, dass wir im nächsten Jahr um und bei 800.000 Flüchtlinge haben werden. Wir haben in diesem Jahr gesehen, dass die Annahmen des Bundes eine begrenzte Verlässlichkeit haben. Aber ich denke, dass wir uns in der Entwicklung auch miteinander in der Debatte der 16 Länder mit dem Bund auf Verfahren geeinigt haben, von denen man sagen kann, dass sie sicherlich zutreffender sind als das, was wir Anfang vergangenen Jahres diskutiert haben.

Natürlich ist auch dort ein Risiko enthalten, wie auch zu Beginn dieses Jahres ein Risiko im Haushalt war. Da bleibt für uns allerdings festzuhalten: Als wir das letzte Mal hier standen, haben wir uns auf der Basis einer Bundesschätzung über 200.000 Flüchtlinge unterhalten. Es werden 1 Million sein. Ich greife dem Jahresabschluss nicht über Gebühr vorweg, wenn ich sage: Es wird ein ausgezeichneter Jahresabschluss 2015 werden, obwohl wir eine Verfünffachung der zu erwartenden Zahlen haben. Auch in einer solchen Situation, mit einer guten und klaren Finanzministerin, kriegen wir es hin, dieses Land durch eine solche Krise zu steuern, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nicht ganz so erfolgreich wäre es, wenn wir uns die Vorschläge der Opposition zu eigen machten,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Es wäre gruselig!)

die im Kern Vorschläge der Beliebigkeit und auch nur möglich sind, wenn man in diesem Land keine Verantwortung trägt. Sie sind aus dem kleinen ABC des Haushalts-Tischlein-deck-dich, wo du dir alles wünschen kannst, was du dir wünschen möchtest, weil du weißt: Es ist sowieso egal, ob das kommt oder nicht. Im vergangenen Jahr haben wir uns über globale Minderausgaben unterhalten, hatten viel Spaß in der Gruppe 05 und nach überflüssigen Sachaufwendungen gesucht. Im vergangenen Jahr hatten wir eine fröhliche Debatte miteinander über die Auslagen in Rechtssachen, die Sie ein wenig falsch eingeschätzt haben. Dieses Jahr scheint Ihnen entgangen zu sein, dass das Wachstum in dieser Gruppe 05 insbesondere mit dem Wachstum der Ausgaben für Flüchtlinge in den Erstaufnahmeeinrichtungen zusammenhängt. Fast 200 Millionen € allein deswegen. Wer wollte denn da bitte kürzen?

(Martin Habersaat [SPD]: Ja, schaut einfach noch mal nach!)

Erbschaftsteuer, Zinsentwicklung oder behauptete Effizienzrenditen - all das kann man tun, wenn man keine Verantwortung für Haushalte trägt. Ich trage Verantwortung für Haushalte, deswegen planen wir auf dieser Basis keine Haushalte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn ich mir die Kritik auch im Radio heute Morgen anhöre, bin ich überrascht, dass ich höre, dass es Haushaltstricks sind, wenn wir auf die **Bundesmethode** wechseln, aber alles das, was die Opposition vorträgt, auf der Bundesmethode gerechnet ist.

Wo sind denn Ihre Vorschläge, ohne zu wechseln, wie ich 800 Millionen € flüchtlingsbedingte Mehraufwendungen finanzieren soll? Bitte, nennen Sie es, es würde mich sehr interessieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Schmidt?

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Ja, gerne.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Schmidt, bitte.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:** Herr Ministerpräsident Albig, Ihnen ist durchaus bewusst, dass die Änderungen von der Landes- auf die Bundesmethode mit der ersten Nachschiebeliste gekommen sind. Glauben Sie allen Ernstes, dass es irgendeine Oppositionsfraktion schafft, nach der Nachschiebeliste noch komplett einen eigenen Haushaltsentwurf aufzustellen? Das ist doch ein bisschen unrealistisch.

(Zurufe SPD)

Also, wenn Sie Fairness einfordern, dann sollten Sie auch einmal fair sein.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Herr Kollege, das würde ich gar nicht verlangen. Es würde mir schon die Redlichkeit genügen, bevor Sie sich hier hinstellen und sagen, das ist ein Ausdruck eines finanzpolitischen Desasters und wir hätten das irgendwie mal ein bisschen ansparen sollen, wie es die PIRATEN wahrscheinlich gerne machen. Man sollte vielmehr sagen: Wahrscheinlich spricht in dieser Situation viel dafür, dass wir uns in Schleswig-Holstein so verhalten wie alle Länder, jedenfalls die, die in Konsolidierungssituationen sind, nämlich dass wir die Bundesmethode anwenden. Es wird suggeriert - vielleicht in Ihrer Wählerschaft oder von wem auch immer -, ich hätte eben einmal 500, 600, 700 Millionen €. Woher denn? Dann doch wohl nur aus Sozialtöpfen. Da hätte ich gern von den PIRATEN einen Vorschlag gehört, wo Sie aus den Sozialtöpfen dieses Landes 500, 600 oder 700 Millionen € herholen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber damit da auch gar kein Missverständnis ist: Selbst wenn ich es könnte, würde ich es nicht tun. Ich würde diese gesellschaftliche Herausforderung nicht gegenfinanzieren, indem ich bei anderen, die im Lande sind, kürze, weil ich damit genau die Tür für diejenigen öffne, die wir nicht haben wollen -

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

nicht haben wollen in unseren Parlamenten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es wäre falsch, es wäre haushaltspolitisch und gesellschaftspolitisch falsch. Es bleibt als Resümee: Dieser Haushalt ist ein **Haushalt für die Menschen in diesem Land**, heißen sie Hansen oder heißen sie anders. Wir können mit großer Zuversicht auf diesen Haushalt schauen, weil die, die ihn gemacht haben, verstanden haben, wie diese Hansens sind, was sie erwarten oder was sie in diesem Land brauchen. Die, die das oft zitieren, zeichnen sich natürlich dadurch aus, dass sie es mit diesen Menschen an sich zu tun haben. Wir haben mit diesen Menschen zu tun, wir wissen, was sie angeht, wir kennen ihre Schulen, wir kennen ihre Kitas, und wir wollen in friedlichen Situationen mit denen zusammenleben, die zu uns kommen, weil wir auf sie aufpassen und sie vernünftig integrieren. Für die ist dieser Haushalt und für alle, die das so sehen. Da bitte ich um Unterstützung für diesen Haushalt.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf: Beim Bundesparteitag haben Sie es so lange nicht durchgehalten!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, auch jetzt geht es weiter um Zeiten. Insofern haben Sie gerade das richtige Thema angesprochen, Herr Kollege. Es gibt Restredezeiten für die verschiedenen Fraktionen. Es gab verschiedene Fragen ans Präsidium. Nur noch einmal zur Klärung: Wir haben im Ältestenrat vereinbart, dass jeder 25 Minuten Redezeit erhält. Das gilt auch für die Landesregierung. Die Landesregierung hat diese Redezeit nicht überzogen.

(Zuruf SPD: Das erste Mal!)

Restredezeiten stehen jetzt zur Verfügung. Ich nenne Ihnen eben diese Zeiten: für die CDU 5 Minuten 30 Sekunden, für die SPD 1 Minute 20 Sekunden, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 6 Minuten 30 Sekunden, für die FDP 1 Minute, für die PIRATEN 4 Minuten 20 Sekunden und für den SSW 25 Sekunden.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, da der Ministerpräsident gesprochen hat und wir die Regel haben, dass nach dem Ministerpräsidenten der Oppositionsführer und auch alle weiteren Fraktionsvorsitzenden sprechen können, viele der Fraktionsvorsitzenden heute Vormittag von ihrem Recht schon Gebrauch gemacht haben, schlage ich Ihnen vor - ich hoffe, Sie sind

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

mit mir einig -, dass jede Fraktion die Restredezeiten plus 3 Minuten zur Verfügung hat, sodass Sie frei entscheiden können, wer sprechen möchte. - Ist das okay? - Okay.

Dann hat der Herr Kollege Daniel Günther von der CDU-Fraktion das Wort.

**Daniel Günther [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als der Ministerpräsident eben gerade seine Haushaltspolitik erläuterte und allen Ernstes die regierungstragenden Fraktionen am lautesten dafür geklatscht haben, dass er gesagt hat, seine zusätzlichen Ausgaben laste er nicht anderen auf, haben Sie dokumentiert, was Ihr **Kernfehler Ihrer Haushaltspolitik** ist, nämlich dass Sie keine einzige Ihrer zusätzlichen Ausgaben solide gegenfinanziert haben, sondern dass Sie das denjenigen auflasten, die am wenigsten dafür können, nämlich den nachfolgenden Generationen. Das ist Ihre unsolide Haushaltspolitik von 2005, die wir heute wieder aufleben lassen.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fand es wirklich schon ein Stück perfide, dass sich der Ministerpräsident heute, an dem Tag, an dem die Kürzung bei den **Polizeistellen**, die Sie gemacht haben, auf Druck von CDU und FDP zurückgenommen wird -

(Heiterkeit)

wir haben das in den vergangenen Monaten gefordert und sind von Ihnen für diese Vorschläge immer wieder beschimpft worden -, hier hinstellt und so tut, als stehe die Regierungskoalition an der Seite der Polizistinnen und Polizisten. Das Gegenteil ist in den letzten Monaten der Fall gewesen. Es ist peinlich, dass Sie sich dafür auch noch so beklatschen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Das zeigt, wie vorsätzlich unseriös Sie arbeiten.

(Beate Raudies [SPD]: Oha!)

Ich sage das auch an einem Tag, an dem wir uns - heute Morgen - über die HSH Nordbank und das Geschäftsgebaren dort unterhalten haben. Ihre Haushaltspolitik ist keinen Deut besser als das, was dort passiert ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen das auch an einem sehr konkreten Beispiel. Heute lesen wir, dass die Zahl der Polizeistellen nicht gekürzt wird. Am 29. September 2015 hat diese Landesregierung dem **Stabilitätsrat** gemeldet, dass diese Kürzungen durchgeführt werden.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

- Da würde ich noch nicht klatschen, weil wir das nicht unterstützt haben. Dass er es gemeldet hat, ist richtig. Heute erzählt der Fraktionsvorsitzende der SPD in aller Öffentlichkeit, wir haben uns schon seit Monaten darauf verständigt gehabt, dass diese Kürzungen überhaupt nicht durchgeführt werden. Das ist doch eine offene Lüge, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Diese Landesregierung beteiligt sich noch an diesem vorsätzlichen Betrug. Innenminister Studt sagt in der gleichen Erklärung: Ich habe mich wie Bolle gefreut, aber mich natürlich daran gehalten, dass ich das nicht ausquatsche, was dort gemacht worden ist. Wissentlich wurde das dem Stabilitätsrat vorenthalten. Als dann am 10. Dezember 2014 endlich entschieden wurde, dass die 80 Millionen € Konsolidierungshilfe gezahlt werden, kommen Sie vier Tage später auf den Plan und sagen: Was wir vorgelegt haben, ist alles Makulatur. Das, was Sie machen, ist so etwas von unseriös! Herr Ministerpräsident, gegen Ihre Art, Politik zu machen, sind die HSH Nordbanker ehrenhafte Kaufleute.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Lars Winter [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, selbst bei einer engagierten Rede bitte ich Sie, sich in der Wortwahl zu mäßigen und Begriffe wie „Lüge“ und „Betrug“ gegenüber anderen Kollegen hier im Hause nicht zu verwenden.

**Daniel Günther [CDU]:**

Ich werde das nur dosiert einsetzen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ich gehe davon aus, dass Sie dieses gar nicht mehr einsetzen, Herr Kollege.

**Daniel Günther [CDU]:**

Denn die Regierung will dadurch, dass sie das heute hier vorgestellt hat - nicht nur, nachdem die Mel-



(Daniel Günther)

dung gekommen ist, sondern natürlich an einem Tag, an dem Sie über den **Polizeibeauftragten** abstimmen -, genau von diesem Thema ablenken.

Herr Ministerpräsident, Sie brauchten keine 200.000 € für **Krisenkommunikation**, wenn man in dem Bereich eines beherzigen würde: Es wirkt wenig glaubwürdig auf Polizistinnen und Polizisten, wenn Sie sich hier hinstellen und sagen: Wir loben die Arbeit der Polizei - auf der einen Seite -, und sagen: Jetzt helfen die in der Flüchtlingskrise, 500 Polizisten haben sich freiwillig abstellen lassen. Frau von Kalben nennt die Helden des Jahres. Aber bei den gleichen Polizisten - so wie heute, als der Bombenentschärfer hier in Kiel tätig gewesen ist und von den Passanten dort an der Arbeit gehindert wurde - stellen Sie sich auf die Seite der Passanten, die Misstrauen gegenüber der Polizei säen. Wir stehen an der Seite der Polizei, und deswegen brauchen wir keinen Misstrauensbeauftragten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Dass ausgerechnet SPD und SSW diesem Treiben der Grünen kein Ende bereiten, dass Burkhard Peters seinen Rachefeldzug gegenüber der Polizei

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

auch noch auf dem Rücken der Polizistinnen und Polizisten führen kann, dafür sollten Sie sich wirklich schämen.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe)

Weil Sie sich vorhin darüber so ereifert haben, wie wir unsere zusätzlichen Ausgaben gegenfinanziert haben, sage ich Ihnen: Die haben wir gegenfinanziert. Da sage ich Ihnen: Bei Ihnen ist die Wahrheit, dass wir uns über Ihre **Gegenfinanzierung** überhaupt nicht unterhalten können, weil Sie Ihre gesamten Ausgaben, die Sie in dieser Legislaturperiode überhaupt gemacht haben, nicht ein einziges Mal gegenfinanziert haben. Sie bezahlen das einzig und allein aus Steuermehreinnahmen und zusätzlichen Schulden, die Sie zulasten der nächsten Generation machen. Einsparungen kennen Sie überhaupt nicht.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Olaf Schulze [SPD])

Sie werfen uns 50 Millionen € Minderausgaben vor - die gleiche Regierung, die ihr Investitionsprogramm, dass sie auferlegt hat, nur aus globalen Minderausgaben finanziert: 50 Millionen € jedes Jahr, die Sie zur Verfügung stellen. Das, was Sie

konkret für die Jahre ab 2018 machen, sind nicht Minderausgaben, sondern das einzige, was Sie angeführt haben, sind auch noch Mehrausgaben für die HSH Nordbank, für Ihren 100-€-Gutschein. Minderausgaben kennen Sie überhaupt nicht. Und das nennen Sie seriöse Haushaltspolitik? - Ich finde das lächerlich.

(Beifall CDU)

Wenn man dann einmal konkrete Vorschläge zum Einsparen macht - wie es übrigens CDU wie FDP getan haben -, dann wird man von Herrn Dr. Stegner auch noch verunglimpft,

(Zurufe SPD: Oh!)

der sich hier allen Ernstes hinstellt, uns bei den Einsparungen zu den Schülern vorwirft, die CDU sei unsozial, mache Politik gegen die Schwachen, und der Öffentlichkeit verschweigt, dass wir die Schülern einsparen,

(Zuruf SPD)

um mehr Lehrerstellen an den Förderzentren für diese Menschen zu schaffen. Das ist wirkliche **Sozialpolitik**, die gemacht wird. Es ist das Gegenteil von dem, was Sie tun.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Glauben Sie nicht, dass es den Menschen ausreichen wird, was Sie im Bereich **Investitionen** machen. Sie haben nichts in dieser Legislaturperiode geschaffen. Das einzige, was Sie dokumentieren können, ist, dass Sie den Investitionsstau aufgeschrieben haben, dass Sie einen Straßenzustandsbericht gemacht haben. Aber glauben Sie ernsthaft, dass seriöse Politik wiedergewählt wird, dass die Menschen in Dithmarschen sagen: Wie schön, dass die Vermessungstechniker vom Landesbetrieb bei uns gewesen sind und die Tiefe der Schlaglöcher vermessen haben? Glauben Sie, dass da die Straßenzustandsberichte aus dem Jahr 2014 liegen und die Menschen mit Tränen in den Augen sagen: Damals wurde unsere Straße in Schadenkategorie 4 eingestuft? - Nein, meine Damen und Herren, die Herausforderung von Politik ist, daran etwas zu ändern.

(Beifall CDU)

Deswegen müssen wir mehr Geld in Straßen, mehr Geld in Krankenhäuser investieren. Dafür steht die Union.

(Lang anhaltender Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner das Wort.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU ist schon mit verdammt wenig zufrieden, das muss ich schon sagen, wenn man ihre Reaktionen betrachtet.

(Beifall SPD)

Lassen Sie mich zu Ihrer sehr lautstarken Rede, Herr Kollege Günther, drei Anmerkungen machen. Erstens. Was die **Polizei** betrifft, haben wir hier im Sommer gesagt, neue Aufgaben erforderten neue Stellen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir hier angekündigt, und das machen wir. Sie schmeißen sich mit Kampagnen an die Polizei ran, hindern die Polizisten an der Arbeit, indem Ihre ganze Fraktion da in die Polizeistellen ausschwärmt,

(Zurufe CDU)

und ärgern sich darüber, dass wir die Zulagen erhöht haben, dass die Eingangsgämter von uns erhöht worden sind, dass wir im Gegensatz zu Ihnen nicht kürzen, sondern dass wir das drauflegen. Und wo denn, bitte schön, Herr Kollege Günther, sollen wir das beschließen, wenn nicht im Dezember, wenn das Parlament über den Landeshaushalt beschließt? Wo soll man das denn sonst beschließen? Natürlich machen wir das heute, wie sich das gehört.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

dann wird das beim **Stabilitätsrat** korrigiert, das ist ganz normal. Da von vorsätzlichem Betrug zu reden, Herr Kollege Günther, da haben Sie sich ein bisschen verguckt. Ich weiß nicht, worüber Sie mit der Polizei geredet haben, aber die hätten Ihnen erklären können, was vorsätzlicher Betrug ist - jedenfalls nicht das, was Sie hier gesagt haben.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Zweitens. Herr Kollege Günther, was mich viel mehr bekümmert als diese billige Polemik, ist, dass Sie etwas offenkundig nicht verstanden haben. Wenn der Ministerpräsident sagt, die Hilfen für die Flüchtlinge finanzierten wir nicht dadurch, dass wir anderen etwas wegnähmen, die hier sind, dann meinen wir das im bitteren Ernst; denn wer etwas ande-

res tut, der schüttet Öl ins Feuer der Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Wir wollen nicht, dass die AfD hier in diesen Landtag kommt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie sind schuld daran, wenn das passiert, wenn Sie solche Reden halten.

An dieser Stelle - das muss ich sagen - versteht die Sozialdemokratie keinen Spaß, und die Kollegen von Grünen und SSW auch nicht. Es ist unsere gesellschaftliche Aufgabe zu verhindern, dass die Brandstifter in die **Parlamente** kommen. Wir machen keine Politik, die ihnen das erleichtert. Deswegen kommen Sie uns nicht mit einer Politik der Spaltung, dass wir anderen etwas wegnähmen; denn genau das wollen die **Rechtspopulisten**. Das ist ihre Politik. Wir werden das verhindern. Wir lassen Spaltung nicht zu, wir sind für Einigung in unserer Gesellschaft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher Vogt [FDP]: Nicht so lautstark, Herr Kollege!)

Das Dritte, was ich Ihnen sagen möchte: Wenn man Ihre Rede gerade angehört hat - es war ein bisschen schwierig zuzuhören, weil Sie fast mit sich überschlagender Stimme hier gesprochen haben - ,

(Christopher Vogt [FDP]: Sie ja nicht! - Weitere Zurufe)

dann will ich sagen, zeigt sie erkennbar, Herr Kollege Günther, dass Sie sich zwar einen Wettstreit liefern mit anderen, wer da vor dem Spiegel der Schöneren ist, aber es Ihnen erkennbar nicht um das Land, sondern um Ihre Partei geht. Das, was Sie hier gemacht haben, war in Stil und Inhalt ungehörig und stillos. Lieber Robert Habeck, ich habe gelesen, dass Sie vor ein paar Tagen mit Ihrer Frau zusammen eine Lesung gemacht haben: Goethe, Torquato Tasso. Da gibt es unter anderem ein wunderbares Zitat, das lautet: „Durch Heftigkeit ersetzt der Irrende, was ihm an Wahrheit und an Kräften fehlt.“ - Das haben wir hier vom Oppositionsführer dargeboten bekommen. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren, bevor ich dem Kollegen Andresen das Wort erteile, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Mitglieder der CDU aus dem Kreis Stein-

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

burg auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen Ihnen hier im Kieler Landtag!

(Beifall)

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte - -

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Nun hat das Wort Herr Abgeordneter Rasmus Andresen. Lassen Sie mich noch eben den Kollegen vorstellen, damit Sie auch auf der Tribüne erkannt werden.

(Heiterkeit - Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Uli König [PIRATEN])

Das also ist Rasmus Andresen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Zeit lief aber schon. - Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht ist die Besetzung der Besuchertribüne der Grund für die Heftigkeit des Redebeitrags des Oppositionsführers. Anders kann ich mir das zumindest nicht erklären. Ich finde, es ist ein starkes Stück, was Sie hier gerade aufgeführt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Bernd Heinemann [SPD] - Demonstrativer Beifall CDU)

Sie sprechen von Täuschung. Da kann ich nur sagen: Vorsicht an der Bahnsteigkante. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie vielleicht einmal bei der Beratung im Finanzausschuss dabei gewesen wären,

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

denn dann hätten Sie einen etwas anderen Eindruck von Ihren Änderungsanträgen erhalten.

Ich komme gleich darauf zu sprechen, möchte aber vorweg dort anschließen, wo Ralf Stegner aufgehört hat,

(Martin Habersaat [SPD]: Bei Goethe?)

- nicht bei Goethe - nämlich bei der Frage des **sozialen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts**, der in diesen Zeiten zu organisieren ist.

Es gibt auch Stimmen aus der Union - so nehme jedenfalls ich das wahr -, die sich dessen sehr wohl bewusst sind, und Sozialpolitiker in der Union, die auch auf diese Fragen einen Blick haben und wissen, in was für einer gesellschaftlichen Situation wir uns befinden. Ich bitte Sie, dass Sie diesen Punkt noch einmal intern diskutieren. Wenn Sie schon meinen, wir müssten hier Kürzungsprogramme auflegen, müssen Sie das auch in Ihren Änderungsanträgen zeigen, und das tun Sie bisher nicht.

Ihr **Änderungsantrag** besteht im Wesentlichen aus drei Punkten. Sie beantragen eine **globale Minderausgabe** über alle Häuser hinweg. Kein Mensch weiß, wo das genau heruntergebrochen werden soll. Sie kritisieren das bei anderen, machen es aber selbst. Zumindest die Kollegen im Finanzausschuss wissen ganz genau, dass das unredlich ist und nichts damit zu tun hat, andere Schwerpunkte zu setzen. Herr Koch, Sie machen es sich als Finanzpolitiker etwas zu einfach.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der nächste Punkt betrifft die **Verwaltungsausgaben**. Eigentlich wollte ich gar nicht mehr reden, sondern habe gedacht, das ist heute Morgen schon alles Thema gewesen, wir müssen ja nicht immer die Debatten wiederholen, die wir im Rahmen der Haushaltsberatungen schon mehrfach geführt haben. Aber nachdem Sie sich hier hingestellt und den Eindruck vermittelt haben, dass Sie durch Kürzung der Verwaltungsausgaben allen Ernstes alle möglichen Fragestellungen im Bereich Flüchtlinge finanzieren können, muss ich hier doch noch einmal darauf hinweisen, dass die Kürzung bei den Verwaltungsausgaben auch die Polizei trifft, auch die Justiz trifft, auch die Bereiche trifft, die sich massiv um die Flüchtlinge kümmern.

Der nächste Punkt ist die **Stellenfrage**. Bei der Stellenfrage werfen Sie uns vor, dass wir nicht ehrlich mit dem **Stabilitätsrat** umgegangen sind. Herr Günther, das haben Sie in Ihrer Rede gerade getan. Ich habe den Kollegen Koch da etwas differenzierter wahrgenommen; das mögen Sie noch einmal miteinander diskutieren. Ich finde das ein starkes Stück, wenn man selbst Stellen beantragt, wo Sie nicht einmal im Entferntesten eine Ahnung haben, wie das vom Stabilitätsrat entgegengenommen werden könnte. Auch das war Thema im Finanzausschuss, auch da hätte ich erwartet, dass die Union seit der Finanzausschusssitzung in der letzten Woche bis zum heutigen Tag eine Antwort findet. Sie hat es nicht getan.

**(Rasmus Andresen)**

Wir können auch gern darüber reden, was Sie hier in den letzten Jahren alles für Wahnsinnsforderungen aufgestellt haben. Sie haben versprochen, dass es 2016 eine schwarze Null geben solle. Das habe ich schon lange nicht mehr gehört. Sie fordern immer mehr Geld für die Kommunen. Egal was die Landesregierung macht, egal ob wir den Kommunen sehr viel Geld für unterschiedliche Bereiche geben, fordern Sie immer mehr, mehr, mehr. Herr Koch, wenn Sie persönlich es nicht tun, tun es Ihre Kollegen aus dem Innen- und Rechtsbereich. Frau Heinold hat dazu letztes Jahr einmal eine Auflistung gemacht, was zum Beispiel auf der Website der Kollegin Nicolaisen - ich weiß nicht, ob das immer noch der Fall ist - im letzten Jahr zu diesem Thema gestanden hat. Auch das setzen Sie in den Anträgen, die Sie vorlegen, nicht um.

Sie haben im letzten Jahr als eines der Hauptthemen das Thema **Hochschulfinanzierung** gewählt und Anträge vorgelegt, die deutlich über das hinausgehen, was wir jetzt in einem ersten Schritt zur Hochschulfinanzierung in den Haushalt stellen können, worauf wir uns mit den Hochschulen verständigt haben. Nichts davon ist in Ihren Haushaltsanträgen zu finden. Da muss ich mich auch als Hochschulpolitiker fragen: Wie ernst meinen Sie es mit den Hochschulen, wie ernst meinen Sie es mit Ihren Haushaltsanträgen? Ich kann da keine Ernsthaftigkeit erkennen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Christopher Vogt [FDP]:** Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie das Thema angesprochen haben. Als hochschulpolitischer Sprecher meiner Fraktion möchte ich darauf hinweisen, wir haben geschickterweise während des Gesetzgebungsverfahrens Ihre Verlautbarung zum Thema Anhebung der Grundfinanzierung der Hochschulen vor der Sommerpause zur Kenntnis nehmen dürfen, und die Hochschulen haben sich über diese - aus meiner Sicht unzureichenden - Millionen, die in Aussicht gestellt wurden - der Großteil liegt ja in der nächsten Wahlperiode -, dermaßen

gefremdet, dass wir Angst gehabt haben, dass die vor Freude platzen, wenn wir noch etwas obendrauf legen. Deswegen haben wir unsere Schwerpunkte dieses Mal ein bisschen anders gesetzt.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

- Vielen Dank für die Erklärung, das war zumindest einmal eine. Vielleicht können wir dann hier zu Protokoll nehmen, dass die Koalition beim Thema Hochschulfinanzierung einen guten Weg eingeschlagen hat und darüber hinaus kein weiterer Handlungsbedarf vonseiten der Opposition besteht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ein letzter Punkt, der mich sehr ärgert, weil Sie da den Eindruck vermittelt haben, dass wir das Land zugrunde richteten. Das ist das Thema **Grunderwerbsteuer**. Auch bei der Grunderwerbsteuer haben Sie mehrfach kritisiert, dass wir die Grunderwerbsteuer, nachdem auch Sie es schon einmal getan haben, Anfang der Wahlperiode erhöht haben. Auch die Streichung der Anhebung der Grunderwerbsteuer findet sich wiederholt nicht in Ihren Haushaltsanträgen, Herr Kollege Koch. Vielleicht sollten Sie auch dort so ehrlich sein und gegenüber Haus & Grund und anderen, bei denen Sie unsere Erhöhung wahrscheinlich immer noch kritisieren, sagen: Passt einmal auf, ohne die Erhöhung, die die Koalition vorgenommen hat, kommen auch wir mit unseren Haushaltsanträgen nicht über die Runden. - Seien Sie einmal ehrlich in der Haushaltspolitik! So viel kann man von einer konstruktiven Opposition erwarten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte schon Sorge, dass 4 Minuten nicht reichen, auf den Ministerpräsidenten zu antworten, aber ich bin sicher, das langt.

Zunächst vorweg: Ich war von dem Beitrag des Kollegen Daniel Günther unglaublich begeistert. Ich habe lange nicht mehr so geklatscht.

(Vereinzelter Beifall CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Man kann sehen: Wenn ein Abgeordneter von der Last der Spitzenkandidatur befreit ist, läuft er zur Höchstform auf.

(Heiterkeit und Beifall)

Beim Beitrag des Ministerpräsidenten habe ich mich - wie in der Vergangenheit auch - gefragt, ob ich mit einem Taschentuch zu Hilfe eilen muss, weil er von sich selbst so ergriffen war, dass ich dachte, er breche gleich in Tränen aus.

(Beifall FDP)

Herr Ministerpräsident, ich will mich hier nicht mit Kleinkram aufhalten. In den letzten 27 Jahren trugen Sozialdemokraten 24 Jahre Regierungsverantwortung in Schleswig-Holstein.

(Unruhe)

- Sie müssen nicht immer sagen: „Ich weiß das, wir haben damit nichts zu tun.“ Wenn wir den Zustand der Straßen beschreiben, ist das überwiegend ein **Versagen der Politik**, an der die **SPD** beteiligt war.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn wir den Zustand der Schulen und Hochschulen beklagen, ist das überwiegend ein Versagen, das die Sozialdemokraten dieses Landes zu verantworten haben, und wenn wir den Zustand der HSH Nordbank beklagen, ist auch das überwiegend im Verantwortungsbereich der Sozialdemokratie geschehen.

Wir müssen trotzdem die Frage beantworten, warum Schleswig-Holstein beim **Bruttoinlandsprodukt** pro Kopf der Bevölkerung und absolut nach wie vor unter dem westdeutschen Bundesdurchschnitt liegt. Das Land soll doch aufholen. Wir müssen selbstverständlich fragen, wie wir da herauskommen können. Denn die Tatsache, dass wir die Flüchtlingskrise heute gut bewältigen können, hat etwas damit zu tun, dass die Wirtschaft floriert. Also müssen wir dafür Sorge tragen, dass es der Wirtschaft gut geht, und entsprechende Maßnahmen ergreifen.

**Standortmarketing Schleswig-Holstein**, die 500.000 € können Sie einkassieren. Ich bin bundesweit unterwegs. Die Tatsache, dass ein verlässlicher Adlerhorst dazu beitragen kann, dass bei uns eine wichtige Straße in zwei Jahren nicht gebaut werden kann, empfinden Leute außerhalb von Schleswig-Holstein als Realsatire.

(Zurufe)

- Auch da gäbe es Möglichkeiten, darüber nachzudenken. Leute außerhalb Schleswig-Holsteins denken, wir hätten etwas geraucht, dass wir die Autobahn A 20 nicht weiterbringen als 38 km innerhalb von 25 Jahren.

(Beifall FDP und CDU)

Zum Schluss zu Ihnen, Kollege Dr. Stegner. Sie werden festgestellt haben, dass wir bei keiner Maßnahme der **Flüchtlingshilfe** Kürzungsvorschläge unterbreitet haben, weil wir wie Sie die Auffassung teilen, dass nichts gegeneinander ausgespielt werden darf. Gott gebe uns eine weitere gute wirtschaftliche Entwicklung, damit das nicht stattfindet. Wenn die Steuereinnahmen zusammenbrechen, werden wir 2017 völlig andere Diskussionen führen müssen als heute. Wir sollten - darum bitte ich wirklich - nicht mit dem Finger auf andere zeigen, wer unter Umständen dazu beiträgt, dass die AfD in Parlamente kommt. Das hat keine der Fraktionen dieses Hauses, auch keine Partei verdient.

(Beifall FDP, CDU und Lars Harms [SSW])

Wir sollten da sorgfältig aufpassen. Sie wissen, wovon ich rede. Ich könnte sagen: Die Sozialdemokratie muss sich mit den Themen Auslandseinsätze der Bundeswehr in Syrien und anderswo genauso beschäftigen wie mit TTIP. Auch da gibt es Positionswechsel.

Die Tatsache, dass die AfD so einen Rückhalt findet, hat etwas damit zu tun, dass eine Vielzahl von **Menschen** die **Demokratie** schlichtweg ablehnt und jetzt einen Widerpart gefunden hat. Wir als demokratische Parteien und Fraktionen vermitteln manchmal den Eindruck, dass sich die Menschen mit ihren Sorgen und Nöten nicht öffentlich artikulieren können, ohne in eine Ecke gestellt zu werden, was dazu führt, dass sie sich dort organisieren, wo sie glauben, dass sie mit ihren Meinungen wenigstens gehört werden.

(Beifall FDP)

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Kollegen Dr. Stegner?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Selbstverständlich gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Herr Kollege Kubicki, ich glaube, dass es nicht so einfach ist, immer nur von der Gemeinsamkeit der Demokraten zu reden und davon, dass al-

(Wolfgang Kubicki)

le das nicht wollten. Wer teilweise das Vokabular der Rechtspopulisten benutzt, wer sich teilweise auf solche Felder begibt - und das machen auch Konservative -, wer hingeht und in Bereichen kürzt, die dazu beitragen, dass man den Leuten erzählen kann: „Guck mal, die nehmen euch irgendetwas weg“, der trägt dazu bei. Das will ich hier deutlich angesprochen haben.

(Zurufe CDU: Wer macht das denn?)

Herr Kollege Kubicki, ich glaube, es nützt uns nichts, betroffen zu gucken, wenn die nach den Landtagswahlen hier sitzen. Das wollen wir nicht. Das muss durch praktische Politik und nicht nur durch schöne Reden verhindert werden.

(Zurufe CDU)

- Herr Kollege Dr. Stegner, obwohl ich das nicht will, muss ich Ihnen jetzt entgegnen: Herr Sarrazin ist Mitglied der SPD, Herr Buschkowsky ist Mitglied der SPD. Es gibt Bürgermeister aus dem Ruhrgebiet, die Mitglieder der SPD sind,

(Beifall PIRATEN)

die ein Vokabular gebrauchen, da würde die CDU sich schämen, so etwas zu tun. Also zeigen Sie nicht mit dem Finger auf Einzelne der anderen, das hilft uns doch nicht weiter, sondern versuchen Sie, uns das Phänomen der AfD zu erklären, um es dann sozusagen zu entzaubern und sie daran zu hindern, in Parlamente zu kommen - auf einer Protestwelle, die keine Lösung für die Probleme anbietet, die wir haben, sondern nur den Menschen suggeriert, dass sie mit ihren Sorgen und Ängsten ernst genommen werden, dass man etwas gegen diese diffusen Ängste unternehmen könnte, ohne dass wirklich eine vernünftige Alternative angeboten wird.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Unsere Aufgabe besteht darin, die öffentliche Debatte zu führen, ohne uns wechselseitig zu beschimpfen, um dann zu erklären, wir erkennen Probleme, aber mit dem Ziel, diese zu lösen und nicht damit, Angst zu verbreiten.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Kollegen Stegner?

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Zwei Bemerkungen dazu. Erstens bedauere ich, dass Herr Sarrazin Mitglied der SPD ist. Ich äußere mich dazu auch klar innerhalb meiner eigenen Partei.

Und zweitens möchte ich sagen: Ich habe hier niemanden persönlich angegriffen,

(Widerspruch CDU)

sondern ich habe auf den Vorhalt von dem Herrn Kollegen Günther, man sähe ja, was wir für Leute seien, dass wir sagten, wir wollten das nicht gegeneinander schieben - das war sein Vorhalt -, geantwortet, warum wir das politisch tun. Und wir tun das deswegen politisch, weil wir nicht wollen, dass Rechtspopulisten davon profitieren. Das ist der Grund. Da hat er attackiert, und darauf habe ich geantwortet. Sie sind nicht der richtige Ansprechpartner dafür, aber das war die Replik auf den Herrn Oppositionsführer.

- Herr Kollege Dr. Stegner, ich glaube, dass wir die Debatte an anderer Stelle noch unaufgerechter führen können. Aber auch da kann ich entgegnen: Wir müssen aufpassen, dass wir bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise nicht **Sonderrechte für Flüchtlinge** schaffen. Das habe ich gestern versucht zu erklären. Wer die Landesbauordnung ändern will, und das nur für einen bestimmten Bereich tun will ohne das allgemeingültig zu machen, schafft Sonderrechte, und das schafft Frustration und Friktionen.

(Beifall FDP und CDU)

Also auch da sage ich: Wir müssen nachdenken und klug handeln, weil wir - das glaube ich jedenfalls - gemeinsam mit den Grünen das gleiche Ziel verfolgen. Aber wir dürfen durch unsere Aktionen nicht dazu beitragen, dass andere das denunzieren und für ihre schlechten Dinge gebrauchen können, sondern wir brauchen vernünftige Lösungen. Da müssen wir aufpassen: Keine Sonderrechte in die eine oder andere Richtung, denn ansonsten wird Integration nicht gelingen.

- Frau Franzen, Sie können gern applaudieren, so ist das nicht.

(Beifall Heike Franzen [CDU])

Ich freue mich immer und sehe ja, wie Sie an meinen Lippen hängen.

(Heiterkeit)

Es hilft uns - da hat der Ministerpräsident ja recht - selbstverständlich nicht, uns wechselseitig im

(Wolfgang Kubicki)

Klein-Klein mit Vorwürfen zu garnieren, wer wann was getan hat. Frau Kollegin Heinold, Sie wissen es doch genau: Die Landesregierung würde heute nicht so gut dastehen, wie sie dasteht, wenn es nicht die extremen Spar- und Bremsbemühungen zwischen den Jahren 2009 und 2012 gegeben hätte. Das war schmerzlich für alle. Dafür sind wir damals auch kritisiert worden, aber ich kritisiere Sie jetzt nicht dafür, dass Sie bei der Berechnungsmethode abgewichen sind. Ich habe bei uns in der Fraktion auch gesagt: Wie wollten wir denn, wenn wir jetzt regieren würden, das anders darstellen als zu einer Methode zurückzukehren, die allgemein anerkannt ist.

(Zurufe SPD)

Rainer Wiegard weiß das. Ich habe schon zu unserer Zeit gesagt: Die Idee „2016 die schwarze Null!“, ist zwar ganz toll. Aber wir müssen erst 2020 so weit sein, dass wir die Null erreicht haben. Alles Weitere führt dazu, dass die Menschen frustriert werden, weil sie nicht mehr das Empfinden haben, wir sind dabei, ihre Probleme zu lösen.

(Beifall FDP)

Deshalb machen wir Ihnen daraus keinen Vorwurf.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Mein letzter Satz. - Aber so zu tun, als komme das gesamte Heil dieser Welt aus den letzten drei Jahren der Regierungsverantwortung des Ministerpräsidenten Albig, ist tatsächlich eine Überhebung. Wir können Ihnen das - auch vorweihnachtlich - nicht durchgehen lassen, Herr Ministerpräsident. Sie sind nicht der Weihnachtsmann, obwohl manche denken könnten, Sie seien der Weihnachtsmann. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Serpil Midyatli [SPD]: Aber einen weißen Bart haben nur Sie hier! - Zuruf SPD: Es fehlt nur die Rute! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Und wenn du Flügel hättest, wärest du das Christkind!)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Jetzt hat in diesem irdischen Parlament der Kollege Patrick Breyer von der Piratenfraktion das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute Morgen haben wir uns mit einem außerordentlichen Politikversagen beschäftigt, das den Steuerzahlern einen Schaden in Milliardenhöhe zugefügt hat, nämlich mit dem Debakel um die HSH Nordbank. Jetzt, in den Haushaltsberatungen, kritisieren wir PIRATEN ein Politikversagen, das den Steuerzahlern einen noch viel höheren Milliardenschaden zugefügt hat und zugefügt wird, nämlich den Schuldenberg. Dieser wird uns im nächsten Jahr 700 Millionen € allein an Zinsen kosten.

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich mit der Begründung auseinandersetzen, die Sie dafür liefern, nämlich es sei erforderlich, den Bedarf, den es für die Flüchtlinge gebe, mit Schulden zu finanzieren, um nicht die politische Unterstützung für die Flüchtlingspolitik zu verlieren. Das ist von vorn bis hinten falsch. Ich möchte dazu Folgendes sagen: Erstens, ein Teil der Ausgaben, ein Teil der Schulden, die Sie aufnehmen wollen, sind gar kein Bedarf für Flüchtlinge.

Dazu ist schon einiges gesagt worden. Ich möchte ein weiteres Beispiel hinzufügen: Sie wollen den **Verfassungsschutz** um 20 Stellen aufrüsten. Das hat nichts mit Flüchtlingen zu tun. Umgekehrt sehen wir im Fernsehen jeden Tag das Versagen der Geheimdienste und ihre Verstrickungen im NSU-Skandal. Wir lesen in der Zeitung vom BND-Skandal, dass ein Geheimdienst nicht kontrollierbar ist. Und Rot-Grün-Blau in Schleswig-Holstein rüstet den Inlandsgeheimdienst auf, insbesondere auf dem Gebiet der Internet- und Telekommunikationsüberwachung.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Da sagen wir ganz klar: Das ist der falsche Weg. Der Gipfel dieser Politik ist, dass Sie die Institution, die die Geheimdienste kontrollieren soll, nämlich das **Landesdatenschutzzentrum** und seine Anforderung ignorieren, eine zusätzliche Stelle zu bekommen, um seinen gesetzlichen Kontrollauftrag auszuführen. Dass Sie dies verweigern, ist wirklich der Gipfel einer falschen Politik.

(Beifall PIRATEN)

Erstens: Ihre Schulden beruhen also zum Teil gar nicht auf dem durch die Flüchtlinge ausgelösten Bedarf.

(Dr. Patrick Breyer)

Zweitens: Wo Sie Stellen schaffen, haben Sie den Bedarf dieser Stellen überhaupt nicht festgestellt. Es gibt keinerlei systematische **Bedarfsfeststellungen**, wie wir PIRATEN es schon seit Ewigkeiten fordern. Sie greifen Zahlen aus der Luft.

Drittens: Zumindest einem Teil von Ihnen - davon bin ich überzeugt - geht es in Wahrheit gar nicht darum, Kritik an der Aufnahme von Flüchtlingen zu verhindern, sondern in Wahrheit schielen Sie doch auf 2017, wo der nächste Landtagswahlkampf ins Haus steht. Sie machen eine Scheckbuch-Politik, um nicht eine Priorisierung in der Öffentlichkeit verteidigen zu müssen. Sie wollen im Grunde genommen nur Ihre Wiederwahl und den Weg dafür ebnen. Dafür nehmen Sie Schulden auf.

(Serpil Midyatli [SPD]: Schäbig ist das!)

Das ist der wahre Grund - zumindest bei einem Teil von Ihnen. Davon bin ich überzeugt.

Und zum Vierten: Sie tragen auch objektiv damit gar nicht dazu bei, die **Akzeptanz der Flüchtlinge** zu steigern. Wie mein Fraktionsvorsitzender schon sagte: Die größte Sorge der Bürger ist doch schon längst, dass durch die Flüchtlingsausgaben die **Verschuldung** steigt. Das sagen 60 % der Bürger - vom NDR befragt. Indem Sie nun die Flüchtlinge zum Vorwand für Ihre Verschuldungspolitik nehmen, gefährden Sie gerade dadurch die Akzeptanz der Aufnahme von Flüchtlingen in unserem Land.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es funktioniert auch nicht, dadurch Akzeptanz sichern zu wollen, denn Sie wissen genau, wenn Rechtsextreme oder Rechtspopulisten „Geld für die Oma!“ plakatieren, machen sie das völlig unabhängig davon, wie wir hier Flüchtlingsausgaben finanzieren.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das haben sie auch ohne Flüchtlinge gemacht!)

Und vor dem Hintergrund wird das niemanden aufhalten und abhalten.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie eigentlich eine Lösung? - Zurufe SPD)

Fünfter Grund: Eine Priorisierung der Ausgaben wäre durchaus möglich. Und da kommt die Alternative, Herr Kollege.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, aber das beantragen Sie nicht!)

Sie finanzieren **Image- und Werbekampagnen**, die wir zum Beispiel beantragen zu streichen. Sie verteilen **Subventionen**, obwohl sie massive Mitnahmeeffekte haben. Die Unternehmen nehmen Subventionen für Investitionen mit, die sie sowieso getätigt hätten. Die Subventionen werden ohne nachgewiesenen Nutzen verteilt. Wir könnten die EU- und die Bundesmittel, die im Wirtschaftsbe- reich zur Verfügung gestellt werden, stattdessen zur Stärkung der Infrastruktur nutzen und dadurch wiederum Geld freisetzen. Es gibt Möglichkeiten. Deshalb meinen wir PIRATEN es ernst, wenn wir fordern, alle Ausgabenzuwächse seit 2013 und auch für die Zukunft auf den Prüfstand zu stellen und Beiträge aus allen Ressorts zu leisten.

Und nein, wir werden keinen **Änderungsentwurf** vorlegen, indem wir uns die Mühe machen, einen komplett eigenen Haushalt aufzustellen, der sowieso aussichtslos ist, weil Sie ihn ablehnen. Das machen wir nicht. Wenn wir in Einzelbereichen Änderungen beantragen, dann heißt das auch nicht, dass wir mit dem Rest einverstanden sind. Das möchte ich hier noch einmal ganz klar festhalten. Und Sie werden das bei unserem Abstimmungsverhalten auch entsprechend reflektiert sehen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Der schlagendste Beweis dafür aber, dass Ihre Verschuldungspolitik der ungedeckten Schecks nicht alternativlos ist, ist der Blick auf andere Bundesländer. Die Herausforderung mit den Flüchtlingen besteht doch überall in Deutschland, im gesamten Bundesgebiet, und doch ist Schleswig-Holstein das einzige Land, was die Berechnung der Schuldenbremse manipuliert, um mehr Schulden aufnehmen zu können.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Wie machen das denn die anderen Länder, die diese Möglichkeit nicht haben?

(Zurufe SPD)

- Eben, die können auch nicht Mehrausgaben aus diesem Jahr dadurch schuldenfinanzieren, indem sie an der Schuldenbremse manipulieren.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Fakt ist, dass sich Schleswig-Holstein doch schon seit Jahren überdurchschnittliche Ausgabenerhöhungen leistet. Seit 2003 ist das mehr als doppelt so hoch wie in anderen Konsolidierungsländern.

Behaupten Sie also nicht, dass ein Sonderbedarf für die Flüchtlinge die Ursache für Ihre Verschuldungspolitik wäre. Wenn eine Lücke verbleibt, sei-



(Dr. Patrick Breyer)

en Sie doch so ehrlich und fordern Sie **Einnahmeerhöhungen**, die Sie brauchen, um diesen Mehrbedarf finanzieren zu können. Sie lehnen es aber ab, Verwaltungsgebühren anzupassen. Sie haben nichts getan, was noch im Koalitionsvertrag an Bundesratsinitiativen zur Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungsteuern, zur Anhebung des Spitzensteuersatzes und so weiter versprochen war. Sie haben nichts getan dagegen, dass in Deutschland weiterhin ein ungerechtes Steuersystem mit unterdurchschnittlicher Belastung gerade der Wohlhabenden in unserem Land vorherrscht.

Dass die Akzeptanz von Flüchtlingen nur vorge-schoben ist, zeigt sich auch daran, dass Ihnen die Schuldenbremse eigentlich schon lange ein Dorn im Auge ist, dass Sie Stimmung dagegen machen und zu einer Verschuldungspolitik zurückkehren wollen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Zeit!

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Ich muss zum Ende kommen. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir PIRATEN sagen ganz klar: Die Schuldenbremse ist der Garant eines nachhaltigen und tragfähigen Staatshaushalts. Die vorher über Jahrzehnte verfolgte Politik, erforderliche Ausgaben mit immer höheren Krediten zu finanzieren, hat sich als Irrweg erwiesen, der die finanzielle Stabilität des Landes dauerhaft gefährdet. Die hohe Zinslast lässt uns schon heute keinen ausreichenden Raum für die Erfüllung wichtiger Landesaufgaben.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter!

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Deshalb wäre alles zu vermeiden, was die Zinslast über den bisher geltenden Rahmen erhöht. Sie tun das Gegenteil. Dem stimmen wir nicht zu.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Kollegin und die Kollegen des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich werde auch jetzt wieder gnadenlos die drei Minuten ausnutzen. Ich will eigentlich nur zwei Punkte voranstellen, die für mich wichtig und eine Konklusion aus der Debatte sind.

Wir haben in der Tat im Jahr 2015 mehr Steuereinnahmen, allerdings auch wesentlich mehr zwingende Ausgaben. Die **zwingenden Ausgaben** übersteigen das, was wir an **Steuermehreinnahmen** haben. Das hat der Ministerpräsident eben klargestellt.

Wir haben es tatsächlich geschafft, die Verschuldungsplanung der schwarz-gelben Regierung, die dieses Jahr bei 30,6 Milliarden € Verschuldung landen sollte, zu stoppen. Wir sind jetzt bei knapp über 27 Milliarden €. Das ist auch keine schöne Zahl, aber immerhin liegt sie um 10 % unter dem, was unter Schwarz-Gelb hätte geschehen sollen. Das machen wir vor dem Hintergrund, dass wir auch gute Taten tun. Wir kürzen nämlich in der Tat nicht bei den sozial Schwachen. Das ist für uns eine Sache der Haltung. Das ist für uns, wenn man so will, auch Parteiprogramm. Ja, wir wollen das nicht. Wir wollen so etwas nur im absoluten Notfall.

Es gibt etwas, was mich persönlich besonders erfreut. Es gibt sozusagen wieder ein bisschen Leben an der Bitumenfront. Wir bekommen nämlich mehr Straßen, als es unter Schwarz-Gelb je gegeben hat. Auch das ist etwas, was man der Öffentlichkeit durchaus erzählen kann, weil immer etwas anderes erzählt wird.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

In der Tat machen wir eine vernünftige, innovative Minderheitenpolitik. Auch das ist etwas, was anders ist als noch vor drei, vier Jahren.

Als Nordfriesen bin ich stolz darauf, dass wir wieder einen ordentlichen Naturschutz machen, dass wir vernünftige Grundlagen schaffen, dass wir Geld hineinstecken, damit sich in der Natur etwas entwickeln kann. Das ist genau das, was uns den Lebensraum erhält und was eigentlich vor dem Hintergrund dessen, was man kürzlich in Paris beschlossen hat, eine Selbstverständlichkeit sein sollte.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben nicht auf Paris gewartet, sondern machen das schon jetzt. Ich finde, das ist ganz klasse.

Natürlich helfen wir den Flüchtlingen. Ich glaube, wir alle hier im Parlament sind uns einig darüber,

**(Lars Harms)**

dass man das tun sollte, auch in der Höhe. Dazu habe ich nichts Gegenteiliges gehört.

Was mich besonders stolz macht, ist, dass wir seit drei Jahren Stück für Stück eine erstklassige Bildungspolitik machen, dass wir das, was wir angekündigt haben, dass wir das, was wir als Idee und Vision gehabt haben, Stück für Stück umsetzen, um mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Auch das ist etwas, was man mit Rot-Grün-Blau verbinden kann.

Ein letzter Punkt! Wir machen eine super Wirtschaftspolitik. Wir machen das zusammen mit unserem Minister. Auch wenn es der CDU wehtut, verweise ich noch einmal auf das Tarifreuegesetz und das Mindestlohngesetz, die Teile einer klugen Wirtschaftspolitik sind.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

Lieber Kollege Koch, wir haben heute gute Nachrichten bekommen, die das exemplarisch darstellen. Erstmals seit 1993 ist es in diesem Land so, dass dieses Land im Jahresschnitt unter 100.000 Arbeitslose gekommen ist. Das ist auch ein Erfolg unserer Wirtschaftspolitik.

(Beifall SSW und SPD)

Nun werden Sie sagen: Das ist alles Zufall, das ist alles Käse. - Nein, das ist es nicht. Es sind in diesem Jahr neue Arbeitsplätze geschaffen worden: 22.700! Auch das hat etwas mit der Politik zu tun, die wir hier auf die Beine gestellt haben. Das ist nicht nur Lars Harms - ich höre das immer -, nein, das ist die Koalition, das ist die Regierung.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter!

**Lars Harms [SSW]:**

Rot-Grün-Blau, Kollege Arp, tut diesem Land gut. Deshalb wird es auch in Zukunft bei Rot-Grün-Blau bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Burkhard Peters.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Günther, Sie haben mir vorgeworfen, der **Polizeibeauftragte** sei der Rachefeldzug des Burkhard Peters.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] und Tobias Koch [CDU])

Das ist dermaßen unter der Gürtellinie, um nicht zu sagen dämlich,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

dass es einem fast den Atem verschlägt. Wofür sollte ich persönlich mich an der Polizei rächen? Bitte! Seit 30 Jahren arbeite ich beruflich sehr vertrauensvoll mit vielen Polizistinnen und Polizisten im Land eng zusammen.

Aber Sie meinten wahrscheinlich gar nicht mich persönlich.

(Zuruf Tobias Koch [CDU])

- Doch, das meinten Sie! Dann sagen Sie mir doch einmal, welche Polizisten sich so verhalten haben, dass ich mich rächen müsste! Das ist doch wirklich absurd.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vielleicht meinten Sie aber auch, wir Grüne als Partei insgesamt hätten Rachegefühle gegenüber der Polizei. Aber auch das ist völlig absurd. Wir sind wie keine andere Partei in diesem Land der Gewaltfreiheit verpflichtet und eine Friedenspartei. Das wissen Sie ganz genau.

Ihr Problem ist, dass Sie für Ihre obrigkeitstaatliche Sicherheitspolitik einen Watschenmann brauchen, und der soll hier aufgebaut werden. Den gebe ich Ihnen aber nicht, wirklich nicht!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ihr Hauptproblem ist aber, dass Sie Ihr Wording mit dem Misstrauensbeauftragten schon lautstark herausposaunt hatten, bevor Sie überhaupt Gelegenheit haben konnten, den Gesetzentwurf zu lesen. Er war zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht eingebracht. Nun kommen Sie aus der Nummer nicht mehr heraus. Deswegen ersetzen Sie Ihre inhaltliche Nichtsubstanz durch schrille Wortwahl. Da machen wir nicht mit! - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Auf jeden Fall, Herr Abgeordneter Peters, ist der Begriff „absurd“ parlamentarischer als das andere Wort, das Sie benutzt haben.

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Herr Abgeordnete Lars Winter.

**Lars Winter [SPD]:**

Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte auf drei Aspekte aus der Debatte von heute Vormittag eingehen. Ich will auf die Finanzausstattung zurückkommen. Der Ministerpräsident hat die 2,8 Milliarden € **Mehreinnahmen** in der Zwischenzeit angesprochen und dargestellt, wo es Mehrausgaben gegeben hat und die Mittel hingegeben sind.

Meine Wahrnehmung war, wenn ich den Kollegen Koch höre, immer, dass er diese 2,8 Milliarden € am liebsten in die Haushaltskonsolidierung gesteckt hätte - genauso, wie Sie damals zusammen mit der FDP Ihre Politik gemacht haben. Doch das wollten die Menschen nicht. Deswegen hat man Sie abgewählt. Die Menschen wollen, dass man sich um sie kümmert, dass man sich um ihre Probleme kümmert, dass man Strukturen schafft, um das Leben gerechter zu machen, und für gerechte Bildungs- und Teilhabechancen sorgt. Das macht die Koalition. Wir haben das gesagt, und wir machen das.

(Beifall SPD und SSW)

Ich meine, immer die Wahrnehmung gehabt zu haben, dass wir Einigkeit darin hatten, dass wir Sondervermögen einrichten müssen. Nur die PIRATEN waren immer anderer Meinung. In Ihrem Redebeitrag, Herr Kollege Koch, fangen Sie damit an, über **Schattenhaushalte** zu sprechen. Das zeigt, dass man sich nicht auf eine Konsistenz bei der Aussage der CDU verlassen kann, wenn sie jetzt von Schattenhaushalten spricht. Ich sehe eher, Sie wollen „Schottenhaushalte“, nämlich gekürzte Haushalte. Das ist das, was Sie eigentlich wollen. Sie versuchen, das hier so zu argumentieren.

(Beifall SPD)

Die größte Höhe ist, dass Sie sich jetzt hier hinstellen und uns vorwerfen, dass wir die frei werdenden Mittel aus dem **Betreuungsgeld** nicht rechtzeitig verwenden. Ich habe in meinen Terminkalender geguckt, um zu sehen, ob heute eine Comedy-Show angesagt ist, aber nein, das ist nicht der Fall. Sie haben uns vorgeworfen, dass wir diese Mittel erst 2017 für unseren Haushalt mit einplanen und dass wir jetzt in der Haushaltsdebatte sind. Ohne die

SPD-Bundestagsfraktion und ohne die Arbeit unserer Landesregierung hätten wir die Mittel überhaupt nicht zur Verfügung, um sie einzusetzen. Jetzt stellen Sie sich hier hin mit Ihrem mittelalterlichen Gesellschaftsbild und wollen die Frauen an den Herd ketten und die Kinder in die Isolation bringen. Das wollten Sie nämlich mit dem Betreuungsgeld machen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch CDU)

Das ist Gott sei Dank vom Tisch. Sie haben sich ja nicht gegen die CSU durchgesetzt, da haben Sie ja kein Durchhaltevermögen gehabt. Insofern ist es schon eine Frechheit, dass Sie uns hier jetzt vorwerfen, dass wir die Mittel angeblich so spät einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat der Abgeordnete Wolfgang Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es muss schon Weihnachtspunsch gegeben haben. Lars Winter erklärt tatsächlich, die Union wolle die Frauen an den Herd ketten. Wahrscheinlich will sie ihnen auch nicht mehr erlauben, Auto zu fahren oder überhaupt aus dem Haus zu gehen. Ihr sozialdemokratisches Weltbild ist im letzten Jahrhundert stehengeblieben - bei aller Liebe und Freude.

Ich habe mich aber noch einmal auf den Beitrag des Kollegen Peters hin gemeldet, weil ich verstehen kann, dass ihn das etwas berührt hat. Es war auch eine fulminante, ordentliche Formulierung, dass der Beauftragte für die Polizei nun ein Rachezug von Ihnen gegen die Polizei sei, lieber Kollege Peters. Sie wissen es aber, und tatsächlich wird das auch so empfunden: Das ist Ausdruck einer **Misstrauenskultur**. Wir beide haben in der Verwaltungsfachhochschule mit **Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten** diskutiert. Dort ist schon das Versammlungsrecht, das die Grünen ins Werk gesetzt haben oder setzen wollten, als Misstrauen gegenüber den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wahrgenommen worden. So ist das jedenfalls erklärt worden.

Der Innenminister hat es ebenso wie die Ministerin kundgetan: Wir sind in einer Phase, in der wir den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Schles-

(Wolfgang Kubicki)

wig-Holstein für ihre wirklich herausragend gute Arbeit bei der Aufbauorganisation der Flüchtlinge danken können. Das Signal, das damit gegeben wird, indem Sie einen Beauftragten einrichten, ist ein falsches und ein **fatales Signal**.

(Beifall FDP und CDU)

Ich will das nicht weiter ausführen, aber Sie kennen aus Ihrer eigenen beruflichen Erfahrung mit Sicherheit die Fälle, bei denen Sie mit Menschen konfrontiert werden, die einer Straftat verdächtig sind. Deren erste Reaktion ist oft: Die Polizeibeamten seien fremdenfeindlich und rassistisch gewesen, dagegen müsse man etwas tun. Ich befürchte, dass mit der Installierung dieser Stelle die Anzahl der Menschen zunehmen wird, die auf dieser Grundlage Beschwerden einreichen, die dann dazu führen, dass sich die innere Organisation der Polizei damit beschäftigen muss, das abzuarbeiten, statt der eigentlichen Aufgabe nachzugehen.

Wir werden dem Einzelplan in diesem Punkt nicht zustimmen. Die Bitte ist ja, intensiver darüber nachzudenken, dies vielleicht zu verschieben, statt diese Stelle jetzt zu installieren, denn, glauben Sie mir, das ist momentan wirklich das falsche Signal; sowohl in die Bevölkerung hinein als auch in die Polizei hinein, der wir momentan so viel zu verdanken haben.

Dass Polizeibeamte das Gefühl haben, dass Menschen dann, wenn sie mit hoheitlichen Akten nicht einverstanden sind, zunächst einmal zu der Keule der Beschwerde greifen, können Sie auch daran sehen, wie viele Beschwerden tatsächlich eingereicht werden, die sich anschließend als haltlos herausgestellt haben. Wenn wir wollen, dass das Gewaltmonopol bei der Polizei und bei den sonstigen Kräften bleibt, dann muss man sich gelegentlich auch gegen andere Meinungen in der Bevölkerung oder von Teilen der Bevölkerung durchsetzen.

Herr Kollege Peters, ich erinnere daran, was in **Leipzig** passiert ist. Welche Frechheit steckt eigentlich darin, zu glauben, man dürfe das, weil man gegen Rechts sei. Linksautonome waren dabei, auf Polizeibeamte Hetzjagden zu machen, Polizeireviere anzugreifen und Polizeiautos anzuzünden. Ich warne daher davor, mit Ihrem an sich positiven Anliegen mehr Porzellan zu zerschlagen, als anschließend gekittet werden kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Ich habe noch 17 Sekunden. Das war die Frage: Wenn ich Sie als Küsten-Ströbele bezeichnen würde, würden Sie das als Auszeichnung oder als Be-

schimpfung empfinden? - Aus meiner Sicht ist dies überwiegend positiv gemeint, ich kenne den Kollegen Ströbele sehr gut.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da kann ich mit leben!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon traurig und armselig, wenn sich der Kollege Winter hier Vorwürfe ausdenken muss, um noch einmal einen eigenen Dreiminutenbeitrag zu rechtfertigen.

(Zurufe SPD)

Niemand hat Ihnen von der Regierung vorgeworfen, dass Sie die Mittel aus dem **Betreuungsgeld** zu spät weiterreichen würden. Das hat Ihnen niemand vorgeworfen. Sie haben als SPD-Fraktion genauso wie die CDU-Fraktion im Laufe dieses Jahres die Ankündigung gemacht, 20 Millionen € zusätzlich in die **Qualität der Kitas** investieren zu wollen. Meine Aussage heute Morgen - -

(Das Licht erlischt - Unruhe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich glaube, es wird gleich wieder hell. Sie brauchen keine Sorge zu haben. Wir halten die Uhr an und passen auf, dass niemand angekettet wird. - Jetzt hat der Abgeordnete Koch wieder das Wort.

**Tobias Koch [CDU]:**

Vielen Dank für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit. - Meine Aussage heute Morgen war, dass Sie sich jetzt im Haushalt 2016 darauf beschränken, ausschließlich diese Bundesmittel weiterzuleiten und Ihre eigenen Versprechen erst 2017 umsetzen wollen. Das haben wir in unserem Haushaltsantrag anders gemacht. Gespannt bin ich in der Tat, was bei Ihnen 2017 folgt, denn dann gibt es aus dem Betreuungsgeld Bundesmittel in Höhe von 23 bis 24 Millionen €, also mehr als die 20 Millionen €, die Sie versprochen haben. Ich bin gespannt, ob Sie selbst noch einmal 20 Millionen € obendrauf legen und sagen: Ja, die Kitas bekommen die 23 Millionen € aus dem Betreuungsgeld plus die 20 Millionen €, die die SPD ihnen versprochen hat. Oder sagen Sie, wir nehmen - wie so oft - das Geld vom

(Tobias Koch)

Bund, leiten es aber nicht komplett weiter, sondern nur 20 Millionen € davon. Mit den 3 bis 4 Millionen € machen wir dann etwas ganz anderes. Herr Winter, dann wird sich zeigen, was daraus wird. Heute war Ihr Redebeitrag vollkommen verfehlt und unnötig.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Es gibt einen weiteren Wortbeitrag der Frau Abgeordneten Anke Erdmann.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Koch, Sie haben es heute Morgen schon einmal gesagt. Das ist kaum zum Aushalten. Face the facts, sage ich nur. 2012 hat diese Regierung einen Haushalt übernommen, in dem für Kitas 110 Millionen € pro Jahr ausgegeben wurden, die an die Kreise weitergegeben worden sind. Im Jahr 2017, das ist schon bald, werden das 210 Millionen € sein, das ist ein Plus von 100 Millionen €. 90 Millionen Euro aus diesen Mitteln, und da sind die Betreuungsgeldmittel noch nicht mitgerechnet, gehen auf reine Landesmittel zurück. Wenn Sie sagen, es gebe keinen **Qualitätsaspekt**, dann muss man sagen: Vielleicht sind Ihre Kinder in der Schule, und Sie kriegen nichts mit. Von den **Krippenplätzen** werden aber nicht mehr 10.000 € pro Jahr vom Land übernommen, sondern sogar 12.500 €. Sie wollten ja gar keine Konnexitätsmittel übernehmen. Was daran ein nicht qualitativer Aufwuchs sein soll, weiß ich nicht.

**Familienzentren** werden gefördert. Wir haben **Fachberatungen** eingeführt und eine Erhöhung der **Leitungszeit**. All das sind Sachen, die die Fachverbände gefordert haben, als Sie damals das beitragsfreie Kita-Jahr abgeschafft und die 60 Millionen € Grundfinanzierung um 10 Millionen € aufgestockt haben. Da haben die Fachverbände genau diese Qualitätsaspekte von Ihnen gefordert. Wir haben das umgesetzt und noch viel mehr. An dieser Stelle müssen Sie echt kleine Brötchen backen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. - Zu einer persönlichen Erklärung hat Herr Abgeordneter Arp das Wort.

**Hans-Jörn Arp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte hiermit erklären, dass ich an der jetzt folgenden Abstimmung und an den namentlichen Abstimmungen nicht teilnehmen werde. Wir haben ein Pairing-Abkommen mit der SPD, und die Kollegin Regina Poersch ist krank. Ich wünsche ihr gute Besserung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich bedauere es sehr. Ich hätte natürlich mit meinen Kollegen gestimmt, um viele der Schandtaten zu verhindern, die da noch kommen könnten. Ich habe aber dadurch die Gelegenheit, die CDU aus Steinburg zu betreuen. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Bevor wir in die Abstimmungen zum Haushalt 2016 eintreten, lasse ich über die weiteren Tagesordnungspunkte aus den gemeinsamen Beratungen abstimmen.

Ich rufe die Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 4 auf, Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „InfrastrukturModernisierungsprogramm für unser Land Schleswig-Holstein (IMPULS 2030)“ und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2015, Drucksachen 18/3501, 18/3631 und 18/3680.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3680, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der anderen Fraktionen bei Stimmenthaltung der FDP angenommen.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf Drucksache 18/3501 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich des angenommenen Änderungsantrags abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksachen 18/3631 und 18/3680 angenommen.

**(Präsident Klaus Schlie)**

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 20, Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - A 13 für Lehrer aller Schularten umsetzen. Dies ist ein Antrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3644 (neu). Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden. Dann stimmen wir in der Sache ab. Wer ist dafür? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich der Stimme? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 26, Entlastung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2013, Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 18/3594.

Der Ausschuss empfiehlt, dem Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 2013 gemäß § 101 der Landeshaushaltsordnung Entlastung zu erteilen. Wer will zustimmen? - Ich sehe, das ist einstimmig. Dann ist das so beschlossen.

Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 44, Haushaltsrechnung und Vermögensübersicht für das Haushaltsjahr 2014, Bericht des Finanzministeriums, Drucksache 18/3622. Es ist beantragt worden, den Bericht dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer will so beschließen? - Ich sehe, das ist einstimmig.

Bevor wir mit den Abstimmungen zum Haushaltsentwurf 2016 beginnen, weise ich zum Ablauf darauf hin, dass zunächst - wie bereits in den vergangenen Jahren - die Änderungsanträge nach Stärke der Oppositionsfraktionen und dann die der Koalitionsfraktionen zur Abstimmung aufgerufen werden.

Weiter weise ich zur Klarstellung darauf hin, dass sich die Änderungsanträge der FDP-Fraktion auf die Gesetzentwürfe selbst einschließlich der Nachschiebelisten I und II beziehen. Die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU sowie die der Fraktion der PIRATEN hingegen beziehen sich auf die Gesetzentwürfe in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung.

Die Fraktionen haben bereits im Vorfeld erklärt, ihre Anträge auf namentliche Abstimmung gegenseitig zu unterstützen. Das erforderliche Quorum nach § 63 Absatz 2 Satz 1 unserer Geschäftsordnung ist damit jeweils gegeben.

Wir treten jetzt in die Abstimmungen zum Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2016,

<sup>1</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 1 bei

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/3300, Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2016, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/3301, Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 18/3597, Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3668, Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3669, Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3670, Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3671, ein.

Ich rufe zunächst den Gesetzentwurf der Landesregierung, Haushaltsbegleitgesetz, Drucksache 18/3301, auf.

Die Fraktion der CDU hat beantragt, über Artikel 2 Nummer 2 des Entwurfs des Haushaltsbegleitgesetzes einzeln abstimmen zu lassen. Wer also dem Artikel 2 Nummer 2 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Ausschussfassung, Drucksache 18/3597, angenommen.

Ich rufe dann die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 18/3670, hier die Seiten 25 und 26, auf. Ich lasse hier zunächst auf Antrag der Fraktion der FDP in namentlicher Abstimmung über die Nummer 4 des Änderungsantrags zum Haushaltsbegleitgesetz, Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes, abstimmen. Ich bitte die Schriftführungen, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>1</sup>

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Änderungsantrag Drucksache 18/3670 Nummer 4 haben 32 Abgeordnete zugestimmt, 34 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Dann lasse ich auf Antrag der Fraktion der FDP einzeln über die Nummer 3 des Änderungsantrags zum Haushaltsbegleitgesetz, Änderung von Artikel 10, abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer

**(Präsident Klaus Schlie)**

enthält sich der Stimme? - Das sind die übrigen Abgeordneten der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP - Nummern 1, 2 und 5 - zum Haushaltsbegleitgesetz abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die gesamte Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich der Stimme? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes 2016.

Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 18/3301, in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen sehe ich nicht. Damit ist das Haushaltsbegleitgesetz 2016 angenommen.

Wir treten nunmehr in die Abstimmungen zum Haushaltsgesetz und zu den Einzelplänen ein.

Ich rufe den Einzelplan 01 - Landtag - auf.

Die Fraktionen von CDU und FDP haben beantragt, über den Haushaltstitel 0103-MG 01, Polizeibeauftragter, in namentlicher Abstimmung abzustimmen. Wer dem Haushaltstitel in der namentlichen Abstimmung seine Zustimmung geben will, antwortet auf Zuruf bitte mit Ja.

Ich bitte die Schriftführungen, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>2</sup>

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Haushaltstitel haben 34 Abgeordnete zugestimmt, 32 Abgeordnete haben ihn abgelehnt. Damit ist der Haushaltstitel angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Abgeordnete Beer hat sich bei mir persönlich entschuldigt. Es gab die Notwendigkeit, dass sie dringend nach Hause musste.

Ich darf auf der Besuchertribüne Seniorinnen und Senioren der Volkshochschule Rendsburg begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3668, laufende Nummer 1, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3669, auf. Wer will zustimmen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag angenommen.

Wir kommen dann auf Antrag der Fraktion der FDP und der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW zur Einzelabstimmung über den Titel 0103-428 01, Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in der soeben geänderten Fassung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Haushaltstitel in der durch Drucksache 18/3669 geänderten Fassung angenommen.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3671, auf.

Wir kommen zur Einzelabstimmung über die Nummer 1 des Änderungsantrages „Online-Sprechstunde der Bürgerbeauftragten“. Wer will zustimmen? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion der CDU zum Stellenplan des Einzelplanes 01, laufende Nummern 1 und 2. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

<sup>2</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 2 bei

**(Präsident Klaus Schlie)**

Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung einschließlich des angenommenen Änderungsantrages im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen - -

(Widerspruch FDP)

Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der CDU und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Die Fraktion der FDP und die restlichen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Einzelplan 01 in geänderter Fassung angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 02 - Landesrechnungshof - auf.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3668, laufende Nummer 2, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die gesamte Piratenfraktion. Wer enthält sich? - Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 02 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, die Fraktion der PIRATEN und die Fraktion der SPD. Auch die Fraktion der CDU? - Gut, dann ist das so angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 03 - Ministerpräsident, Staatskanzlei - auf.

Zunächst rufe ich die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3668, laufende Nummern 3 bis 10, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen der FDP und der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf.

Wir kommen zunächst zur Einzelabstimmung über die Nummer 4 des Änderungsantrages „Kommunikation in Krisensituationen“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP sowie die gesamte Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das

sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 1 bis 3 sowie 5 bis 11, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Drucksache 18/3671, laufende Nummern 2 bis 5, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der Fraktion der CDU zum Stellenplan des Einzelplans 03, laufende Nummern 3 bis 10. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die CDU-Fraktion will zustimmen. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen zu den Anträgen auf Einzelabstimmungen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW.

Zunächst Titel 0303-684 21, Kulturelle Arbeit der dänischen Minderheit. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Mehrheit der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der FDP und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU. Damit ist der Haushaltstitel angenommen.

Dann Titel 0303-684 23, Nordfriesisches Institut. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind wieder die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die meisten Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der FDP und der Abgeordnete Dr. Breyer. Ich nehme an, die CDU-Fraktion ent-



**(Präsident Klaus Schlie)**

hält sich? - Damit ist der Haushaltstitel angenommen.

Weiter mit Titel 0303-686 06, Förderung der Beratung für Sinti und Roma. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Mehrheit der Abgeordneten der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktion der FDP und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das ist die CDU-Fraktion. Damit ist der Haushaltstitel angenommen.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Einzelplan 03 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 04 - Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten - auf.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 17 des Änderungsantrages der Fraktion der CDU, Anwärterbezüge der Beamtinnen und Beamte. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU, laufende Nummern 11 bis 16, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 14 des Änderungsantrags „Verfassungsschutz“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über die Nummer 20, Bezüge und Nebeneinkünfte der planmäßigen Beamtinnen und Beamten. Wer zustimmen will, den bitte

ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Die CDU-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 12 und 13, 15 bis 19 sowie 21 bis 24, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummern 6 bis 8, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der CDU-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 04, laufende Nummern 11 und 12. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Piratenfraktion. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 04. Wer der Änderung zu dem Titel 0410-422 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Änderungsantrag zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen dann zu den Anträgen auf Einzelabstimmung der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW.

Zunächst über den Titel 0402-883 01, Zuschüsse für die Sanierung kommunaler Sportstätten unter Berücksichtigung der Sanierung von Schwimmsportstätten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich?

**(Präsident Klaus Schlie)**

- Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Damit ist der Haushaltstitel angenommen.

Weiter zur Abstimmung über den Titel 0410-533 66, Kostenerstattung im Rahmen der Umsetzung der Landesprogramme Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung, Bekämpfung und Vorbeugung, Bekämpfung von religiös-motiviertem Extremismus. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Haushaltstitel angenommen.

(Beifall SPD)

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die übrigen Fraktionen. Damit ist der Einzelplan 04 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 05 - Finanzministerium - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, laufende Nummern 18 und 19, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Die FDP enthält sich. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, laufende Nummern 25 bis 39, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion von PIRATEN und CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der anderen Fraktionen. Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Einzelplan 05 angenommen.

Ich rufe den Einzelplan 06 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf.

Zunächst Einzelabstimmung über die Nummer 22, Zuführung an das Sondervermögen Breitband. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über die Nummer 25, Zuweisungen an den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr für Investitionen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU, laufende Nummern 20 und 21 sowie 23 und 24, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion und die FDP-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf.

Zunächst Einzelabstimmung über die laufende Nummer 49, Zuschüsse an private Unternehmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die CDU-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Die Fraktion der FDP hat zu ihrem Änderungsantrag der laufenden Nummer 54, Zuweisungen an den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein für Investitionen, eine namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte die Schriftführungen, mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>3</sup>

**(Präsident Klaus Schlie)**

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Dem Änderungsantrag Drucksache 18/3670, laufende Nummer 54, haben 27 Abgeordnete zugestimmt, 35 Abgeordnete haben ihn abgelehnt, 4 Abgeordnete haben sich enthalten. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, die laufenden Nummern 40 bis 48 sowie 50 bis 53, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die Fraktion der PIRATEN und der CDU. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN auf, zunächst führen wir eine Einzelabstimmung über die Nummer 13 - An die Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e.V. - durch. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der PIRATEN und der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN auf, die laufenden Nummern 9 bis 12 sowie 14 bis 19. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen zu den Anträgen auf Einzelabstimmungen der Koalitionsfraktionen. Zunächst stimmen wir ab über den Titel 0601-633 02 - Erstattungen an Kreise und kreisfreie Städte zum Ausgleich von Mehrbelastungen infolge des Tarifreue- und Vergabegesetzes Schleswig-Holstein. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der FDP. Damit ist der Haushaltstitel angenommen.

Dann stimmen wir ab über den Titel 0614-894 01 - Zuweisungen an den Landesbetrieb Straßenbau und

Verkehr Schleswig-Holstein für Investitionen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen.

(Zurufe)

- Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Haushaltstitel angenommen.

Wer Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist der Einzelplan 06 angenommen.

Ich rufe Einzelplan 07 - Schule und Berufsbildung - auf.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf. Zunächst führen wir die Einzelabstimmung über die Nummer 27 - Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamte für schulpflichtige Flüchtlinge - durch. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummern 28 bis 30 - Entgelte und Erstattungen für den Einsatz schulischer Assistenzkräfte sowie Zuschüsse an die Schulen der dänischen Minderheit und an private allgemeinbildende Schulen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummern 32 und 33 - Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

<sup>3</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage 3 bei

**(Präsident Klaus Schlie)**

- Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie der Abgeordnete Dr. Breyer. Die übrigen Fraktionsmitglieder der Piratenfraktion enthalten sich. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf, die laufenden Nummern 26 und 31. Wer will zustimmen? - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, die Abgeordneten des SSW und die Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Einzelabstimmungen aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf. Zunächst stimmen wir ab über die Nummer 65 - Schulinvestitionsprogramm. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 68 - Gewinnung von Sonderpädagogen zur Umsetzung der Inklusion an allgemein- und berufsbildenden Schulen. Wer will zustimmen? - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP mit den laufenden Nummern 55 bis 64 sowie 66, 67 und 69 bis 71 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU und der Piratenfraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der PIRATEN auf. Zunächst kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 20 - Medienkompe-

tenzstrategie. Wer will zustimmen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von FDP und CDU. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Einzelabstimmung über die Nummer 21 - Förderung von Online-Sprachkursen Deutsch als Zweitsprache. Wer will zustimmen? - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD, der grünen Fraktion und des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU und der FDP. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der Fraktion der CDU zum Stellenplan des Einzelplans 07, zu den laufenden Nummern 13 bis 16. Wer will zustimmen? - Das sind die Abgeordneten der CDU- und der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Die Abgeordneten der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW sowie der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 07. Wer den Änderungen zu den Titeln 0710 - Neue Maßnahmengruppe 24 - und 0711-422 01 sowie 0715-422 01 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten der SPD und des SSW sowie der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und die restlichen Abgeordneten der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist Einzelplan 07 angenommen.

Ich rufe Einzelplan 09 auf - Ministerium für Justiz, Kultur und Europa.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf. Zunächst kommen wir zur Einzelabstimmung über die Nummer 35 - Ausgaben aufgrund

**(Präsident Klaus Schlie)**

von Werkverträgen und anderen Vertragsformen für die Abschiebehafteinrichtung Rendsburg. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die gesamte Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist die FDP-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf - die laufenden Nummern 34 sowie 36 bis 41. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die gesamte Piratenfraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf, die laufenden Nummern 72 bis 109. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN auf, die laufende Nummer 22 in Einzelabstimmung - Zuwendungen für die Förderung der Gedenkstättenarbeit. Wer will zustimmen? - Das sind die Abgeordneten der Piratenfraktion und der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die CDU-Fraktion.

(Tobias Koch [CDU]: Könnten wir die Abstimmung bitte wiederholen?)

- Bitte? Die Abstimmung wiederholen? - Es geht um den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, die laufende Nummer 22 - Zuwendungen für die Förderung der Gedenkstättenarbeit. Jetzt frage ich danach, wer dem gern zustimmen möchte. Das sind jetzt nach Überlegung die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 09. Wer den Änderungen zu den Titeln 0902-422 01

bis 0908-422 01 - das ist Seite 24 des Änderungsantrags - zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und die restlichen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wir kommen zu den Anträgen auf Einzelabstimmung der Koalitionsfraktionen, zunächst über Titel 0940-684 05 im Zusammenhang mit einem Landesbibliotheksgesetz. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten von CDU und FDP und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Haushaltstitel angenommen.

Dann über Titel 0940-684 23 - Zuschuss an die Dänische Zentralbibliothek. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Wer möchte dagegen stimmen? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Abgeordnete Dr. Breyer. Die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN enthalten sich. Damit ist der Haushaltstitel angenommen.

Wer Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung im Übrigen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Damit ist Einzelplan 09 angenommen.

Ich rufe Einzelplan 10 auf, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.

Zunächst Einzelabstimmung über Nummer 44 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU - Besondere Landeszuschüsse für Investitionen an Krankenträger. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW sowie der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

**(Präsident Klaus Schlie)**

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf, die laufenden Nummern 42 sowie 45 bis 52. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Die FDP-Fraktion und die übrigen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Einzelabstimmung aus dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf, zunächst über Nummer 126 - Konzept zur Sicherung der Geburtshilfe im ländlichen Raum. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP und die Fraktion der PIRATEN bis auf den Abgeordneten Dr. Breyer. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über Nummer 155 - Landeswohlfahrtsgesetz. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, der Abgeordnete Dr. Breyer und die CDU-Fraktion. Wer enthält sich? - Das sind die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Schließlich Einzelabstimmung über Nummer 159 - Sonderprogramm zum Ausbau der Studienkapazitäten der Europa-Universität Flensburg im Bereich der Sonderpädagogik. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der FDP. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktion der CDU und die restlichen Abgeordneten der Piratenfraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf, die laufenden Nummern 110 bis 125, 127 bis 154 sowie 156 bis 158. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der Piratenfraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummer 23, in Einzelabstimmung auf - Abrufbarkeit von Vorlesungen über das Internet. Wer will zustimmen? - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - CDU- und FDP-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der FDP-Fraktion zum Stellenplan des Einzelplans 10. Wer den Änderungen zu den Titeln 1001 Besoldungsgruppen E 14 und E 11 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion und der Fraktion der PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge zum Stellenplan abgelehnt.

Wer Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten aller anderen Fraktionen. Damit ist Einzelplan 10 angenommen.

Ich rufe Einzelplan 11, Allgemeine Finanzverwaltung, auf.

Zunächst Einzelabstimmung über Nummer 53 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU - Förderung der Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen und Familienzentren. Wer will zustimmen? - Das sind die CDU- und FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und der Abgeordnete Dr. Breyer. Wer enthält sich? - Die restlichen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf, die laufenden Nummern 54 und 55. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, FDP und die Abgeordneten des SSW. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf, die laufenden Nummern 160 bis 165. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

**(Präsident Klaus Schlie)**

- Das ist die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - CDU- und Piratenfraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, laufende Nummer 24. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. - Wer enthält sich? - CDU- und FDP-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wer Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist Einzelplan 11 angenommen.

Ich rufe Einzelplan 12 auf, Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der CDU auf, die laufenden Nummern 56 bis 59. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das ist die FDP-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist Einzelplan 12 angenommen.

Ich rufe Einzelplan 13 auf, Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU, die laufenden Nummern 60 bis 64. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die CDU-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der FDP-Fraktion. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf, die laufenden Nummern 166 bis 207. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Abgeordneten. Damit ist Einzelplan 13 angenommen.

Ich rufe Einzelplan 14 auf, Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU laufende Nummer 65. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die FDP-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Piratenfraktion auf. Zunächst Einzelabstimmung über Nummer 25 - Ausgaben für Organisationsuntersuchungen und Werkverträge. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von PIRATEN und CDU. Wer ist dagegen? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Die FDP-Fraktion. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe die weiteren Änderungsanträge, laufende Nummern 26 bis 32, auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU und FDP. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wer Einzelplan 14 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**(Präsident Klaus Schlie)**

und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Alle übrigen Fraktionen.

(Widerspruch)

- Dagegen sind die Fraktionen von PIRATEN und CDU, und die FDP-Fraktion enthält sich. Damit ist Einzelplan 14 angenommen.

Ich rufe Einzelplan 15, Landesverfassungsgericht, auf.

Änderungsanträge liegen nicht vor. Wer Einzelplan 15 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Feststellung eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2016. Ich rufe in Einzelabstimmung den Änderungsantrag der Fraktion der FDP aus Drucksache 18/3670 Buchstabe a) Nummer 2 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW, der Abgeordnete Dr. Breyer und die CDU-Fraktion. Wer enthält sich? - Die übrigen Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den weiteren Änderungsantrag der Fraktion der FDP aus Drucksache 18/3670 Buchstabe a) Nummer 1 auf. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der FDP-Fraktion und der Fraktion der PIRATEN. Wer ist dagegen? Das sind die Mitglieder der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und die Abgeordneten des SSW. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne und die Anträge zum Haushaltsgesetz kommen wir nun zur Feststellung des Haushaltsplans und zur Schlussabstimmung. Ich stelle für das Haushaltsjahr 2016 fest: Das Haushaltsvolumen in § 1 beträgt 15.039.141.000 €.

Die Verpflichtungsermächtigungen in § 1 betragen 1.464.049.000 €. Die Kreditermächtigung in § 2 beträgt 4.227.655.600 €.

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, frage ich: Wer dem Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2016 in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abge-

ordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind alle anderen Fraktionen. Damit ist das Haushaltsgesetz 2016 angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung insgesamt. Wer dem Haushaltsgesetz 2016, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich des angenommenen Änderungsantrags Drucksache 18/3669 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Damit ist der Haushalt 2016 angenommen.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich gehe davon aus, dass die Mitteilung der Parlamentarischen Geschäftsführungen richtig ist, dass wir uns jetzt mit dem Tagesordnungspunkt 17, Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie größere Abstände zur Wohnbebauung bei der Windenergie, beschäftigen? - Das ist korrekt.

Ich rufe also Tagesordnungspunkt 17 auf:

**Akzeptanz der Energiewende erhalten: Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sowie größere Abstände zur Wohnbebauung bei der Windenergie**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3641

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Abgeordneten Kumbartzky das Wort.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt das Thema **Windenergie**. Wir schauen noch einmal zurück: Es gab im Januar das OVG-Urteil, dann wurde das **Landesplanungsgesetz** in einem sehr schnellen Verfahren durch die Koalition geändert - auch mit den Stimmen der CDU. Einige Zeit später wurden dann der dazugehörige Kriterienkatalog für Ausnahmen und vor Kurzem Karten veröffentlicht, auf denen die Abwägungsbereiche dargestellt sind. Spätestens mit der Veröffentlichung der Karten war die Verwirrung im Land wirklich perfekt. Bürgerinitiativen schießen wie Pilze aus dem Boden, und auch Naturschutzverbände üben berechtigte Kritik. Es ist leider festzustellen, dass das



(Oliver Kumbartzky)

Verfahren der Landesregierung weder transparent noch wirklich bürgerfreundlich ist, meine Damen und Herren.

(Zuruf Lars Harms [SSW])

- Mit unserem Antrag wollen wir der Landesregierung und auch Ihnen, Herr Harms, helfen.

(Zurufe SPD)

Ja, wir wollen Ihnen helfen, das Verfahren wieder bürgerfreundlicher und zukunftssicher zu machen. Denn - das sage ich auch ganz klar, und das möchte ich auch wirklich betonen - Schleswig-Holstein ist das Land der Windenergie, und das soll es auch in Zukunft bleiben.

(Beifall FDP)

Allerdings müssen wir natürlich auch die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner beim Ausbau der Windenergie stärker berücksichtigen, wenn wir die hohe Akzeptanz der Windenergie erhalten möchten. Die Landesregierung und die Koalition müssen deshalb auch endlich zur Kenntnis nehmen, dass sich in unserem Bundesland immer mehr berechtigter Protest gegen den Ausbau der Windenergie regt. Immer mehr Einwohner machen sich Sorgen, dass durch große Anlagen ihr Immobilienvermögen, aber auch ihre Gesundheit beeinträchtigt wird. Das können wir doch nicht einfach vom Tisch wischen. Meine Damen und Herren, es ist auch nicht gerade vertrauensfördernd, dass wenn wir das im Umweltausschuss behandeln - das haben wir am 9. September 2015 getan -, dort der Abgeordnete Matthiessen von den Grünen die gesundheitlichen Bedenken der Menschen als Märchen abkanzelt. Das kann es wirklich nicht sein.

(Beifall FDP)

Viele Bürgerinnen und Bürger, die sich in Schleswig-Holstein gegen neue Windparks oder Repowering-Maßnahmen aussprechen, stören sich an den viel zu geringen **Abständen zur Wohnbebauung**. Wir halten diese Bedenken auch für berechtigt, weil doch die aktuellen Mindestabstände mit nur wenigen hundert Metern noch aus einer Zeit stammen, in der die Anlagen erheblich kleiner waren als die heutigen. Auch das können Sie nicht vom Tisch wischen. Vor einigen Jahren waren es noch 80 bis 100 m hohe Anlagen. Heute reden wir über Anlagen, die 150 bis 200 m hoch sind. Das muss man wirklich anpassen.

(Beifall FDP und Petra Nicolaisen [CDU])

Man sollte also gerade auf diesen technischen Fortschritt reagieren. Man darf die Sorgen der Men-

schen nicht mit einer Basta-Politik vom Tisch wischen. Deshalb unser Vorschlag, über die Abstandsregelung noch einmal entsprechend zu debattieren und zu reden. Wir haben in unserem Antrag bewusst keine Meterangaben gemacht, weil wir im Ausschuss darüber sachlich diskutieren wollen, mit den Betroffenen, sowohl mit Bürgerinitiativen als auch mit der Windbranche. Wir wollen also einen wirklichen Dialog über die Zukunft der Abstandsregelungen führen. Ich gehe davon aus, dass sich auch die Koalition diesem **Dialog** nicht verweigern wird.

Wir führen im Ausschuss ja auch schon eine sehr sachliche Debatte zu der Befeurung von Windkraftanlagen. Auch das halten wir für richtig und gut. Es würde mich freuen, wenn wir dann auch über die Abstände einen Dialog führen könnten.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns doch folgende Fragen stellen: Warum sollen sich die Abstände nicht der technischen Weiterentwicklung anpassen? Warum schafft man nicht eine flexiblere Regelung und gibt der kommunalen Ebene mehr Entscheidungsbefugnisse? Warum gibt es bei den Abstandsregelungen Unterschiede zwischen Innen- und Außenbereichen?

Meine Damen und Herren, es darf sich auch nicht der Eindruck verfestigen, dass auf Seeadlerhorste mehr Rücksicht genommen wird als auf die Menschen.

(Beifall FDP)

Wir fordern in unserem Antrag, im Zuge der anstehenden Teilaufstellung der Regionalpläne zum Sachthema Windenergie Transparenz, Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

Was geschieht momentan? - Die Landesregierung steuert doch momentan auf ein Demokratieproblem zu, indem sie eben sagt, dass trotz negativer Bürgerentscheide Ausnahmegenehmigungen erlassen werden könnten. Meine Damen und Herren, wir haben heute mit der landesplanerischen Veränderungssperre und den dann doch möglichen Ausnahmen ein schwer nachvollziehbares und intransparentes Verfahren. Es muss doch auch im Interesse der Landesregierung sein, dass die Rechtsstaatlichkeit eingehalten wird.

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Matthiessen?

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Gern.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Ja, ich habe eine, gegebenenfalls zwei Fragen an Sie, Herr Kollege. Haben Sie das OVG-Urteil, mit dem die bisherige Landesplanung kassiert wurde, zur Kenntnis genommen; kennen Sie das?

- Ja, das kenne ich.

- Zweite Frage: Haben Sie das auch verstanden?

- Ja, das habe ich auch verstanden.

- Danke.

- Ich finde es aber witzig, dass gerade Sie, Herr Matthiessen - bleiben Sie gern noch stehen -, in Ihrer Pressemitteilung von der letzten Woche, als dieser Artikel über Herrn Breyer und die Bürgerbeteiligung in der Zeitung stand, gesagt haben, es sei alles höchstrichterlich entschieden worden, mit dem OVG-Urteil sei also höchstrichterlich entschieden worden. Das ist aber gerade nicht so. Sie können auf der Internetseite der Landesplanung nachlesen, dass die Revisionsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht im Zuge der Neuaufstellung der Landesplanung zurückgezogen worden ist. Auch das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall FDP)

Und da frage ich mich, ob Sie das verstanden haben.

(Zurufe FDP: Nein, hat er nicht!)

Meine Damen und Herren, ein ganz wichtiger Punkt ist für uns zudem der Punkt der **charakteristischen Landschaftsräume**. Ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten soll hier in den nächsten Wochen Klarheit bringen. Es ist auch gut, dass dieses Gutachten kommt. Wir fordern dabei eben auch, die räumliche Festsetzung der Landschaftsräume im Einvernehmen mit den Kreisen vorzunehmen. Zudem sollten die Landschaftsräume aufgrund ihrer besonderen natur- und landschaftlichen Wertigkeit dann auch als Tabukriterium aufgenommen werden. In diesen bisher freigehaltenen, ökologisch bedeutsamen Flächen dürfen aus unserer Sicht auch zukünftig keine **Windkraftanlagen** errichtet werden, schließlich brauchen wir eine Energiewende, die natur- und umweltverträglich ist.

Meine Damen und Herren, die zentrale Frage ist doch: Wie gestalten wir die Energiewende, und wie

nehmen wir die Bürgerinnen und Bürger mit? Wie können wir die hohe **Akzeptanz der Energiewende** aufrechterhalten?

Eine Debatte über die Abstandsregelungen und die schützenswerten Landschaftsräume ist dringend geboten. Deshalb unser Antrag. Ich freue mich auf die Diskussion gleich hier und später im zuständigen Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Petra Nicolaisen [CDU])

**Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Danke schön. - Wir debattieren hier gerade noch die Rednerlisten. Wenn ich das richtig verstanden habe, hat jetzt die Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber für die SPD-Fraktion das Wort? - Nein, okay. Ach ja, jetzt verstehe ich das auch. Für die CDU-Fraktion liegt uns keine Meldung vor, wer zu diesem Thema sprechen möchte. Sind Sie sprechfähig? - Sie sind sprechfähig. Das übernimmt die Kollegin Petra Nicolaisen von der CDU-Fraktion. Vielen Dank. - Frau Nicolaisen!

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Windkraft in Schleswig-Holstein trägt erheblich zur Energiewende bei. Aber das Gelingen hängt eben vor allem von der Zustimmung der betroffenen Menschen vor Ort ab.

Die Akzeptanz neuer **Windenergieanlagen** hängt weniger von rationalen Argumenten als von der Art ab, wie Vorhabenträger die verschiedenen Interessengruppen an der Projektentwicklung teilhaben lassen. Der FDP-Antrag fordert die Landesregierung nun auf, im Zuge anstehender Teilaufstellungen der Regionalpläne Bürgerbeteiligung, Transparenz und Beteiligungsmöglichkeiten sicherzustellen.

Das ist grundsätzlich richtig und wünschenswert. Viele Kommunen haben dies bisher entsprechend berücksichtigt, indem sie die Zustimmung vor Ort bei den Bürgerinnen und Bürgern aufgenommen und dort, wo es Widerstand gab, Flächen für Windkraft von Anfang an ausgeschlossen haben.

Nach dem **OVG-Urteil** vom 20. Januar 2015 sind der Bürgerbeteiligung und der **Mitbestimmung** jetzt aber leider Grenzen aufgezeigt worden. Umso wichtiger ist es, dass die Landesplanung während des Aufstellungsverfahrens den Austausch mit allen Kommunen sucht. Die Gemeinden haben weiterhin die Aufgabe, Bürgerinnen und Bürger über aktuelle Entwicklungen entsprechend zu informieren - so

(Petra Nicolaisen)

wohl in Gemeinde- und Amtsblättern als auch in öffentlichen Sitzungen. Die formelle Beteiligung ist nach den abschließenden Verfahrensvorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Bundes-Immissionsschutzverordnung vorgesehen.

Der Antrag der FDP fordert weiterhin eine räumliche Festsetzung der charakteristischen Landschaftsräume im Einvernehmen mit den Kreisen und eine Aufnahme als Tabukriterium. Das **Kriterium „charakteristischer Landschaftsraum“** hat in den vergangenen Jahren im Zuge der Genehmigungsverfahren vielerorts für heftige Diskussionen gesorgt, denn der Begriff unterliegt keinem gesetzlich definierten Schutzstatus. Er definiert Gebiete, die in ihrer Gesamtheit eine Charakterisierung aufweisen. Im neuen Erlass ist der charakteristische Landschaftsraum ein Abwägungskriterium. Eine Einordnung als Tabukriterium würde den flexiblen Umgang erschweren.

Das OVG-Urteil beanstandet unter anderem die starre Regelung zu **Abstandsflächen**. Der Planungserlass sieht als weiteres Tabukriterium einen Abstandspuffer von 800 m zur Wohnbebauung vor. Eine Zulässigkeit kann jedoch auch unterhalb dieses Abstands gegeben sein.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Um die Akzeptanz für Windenergie weiterhin zu stärken, macht es Sinn, über größere **Mindestabstände** nachzudenken - eine weitere Forderung aus dem FDP-Antrag. Anlagengrößen und Technik haben eine rasante Entwicklung erfahren. Windkraftanlagen mit einer Höhe von 150 m - das wurde schon gesagt - sind zurzeit Normalität. 180 m hohe Anlagen sind keine Seltenheit mehr.

Der Winderlass mit den harten, den weichen und den Abwägungskriterien befindet sich zurzeit in der Erprobungsphase. Sollte sich aus der Genehmigungspraxis Nachbesserungsbedarf ergeben, sind wir natürlich für Anregungen dankbar. Eines steht fest: Windkraftplanung im Einvernehmen mit den Bürgerinnen und Bürgern muss oberstes Ziel bleiben. Einer verbindlichen Einbeziehung des Bürgerwillens sind aber zurzeit rechtliche Grenzen gesetzt. Über die Umsetzung mit allen Beteiligten müssen wir dringend reden.

Ich bitte ebenfalls um Ausschussüberweisung und freue mich über eine weitere Diskussion im Ausschuss.

(Beifall CDU und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Nun hat für die SPD-Fraktion die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber das Wort.

**Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf die Diskussion freue ich mich auch, weil ich den Eindruck habe, dass wir die Prozesse sehr unterschiedlich beurteilen. Alles, was Sie in diesem Antrag fordern, ist bekannt und mit der Aufstellung der Teilregionalpläne schon auf dem Weg. Das wissen Sie ganz genau.

Die **Landesregierung** geht höchst transparent und mit breiter **Beteiligung** in diesem Verfahren vor. Dafür danke ich dem Ministerpräsidenten und der Landesplanung ausdrücklich.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir in Schleswig-Holstein sind bundesweit Spitze beim **Ausbau der Windkraft**. In den nächsten Jahren will Schleswig-Holstein den Anteil der erneuerbaren Energien im Bruttostromverbrauch auf mindestens 300 % steigern.

Wenn wir auf die Ergebnisse des Klimagipfels in Paris schauen, dann sehen wir alle, dass Schleswig-Holstein damit einen aktiven Part bei der Erreichung des nationalen Klimaziels übernehmen wird. Wir nehmen das ernst, und wir sind uns dieser Verantwortung sehr bewusst. Das wird aber nur gehen, wenn die Energiewende, der Ausbau der Windkraft, von den Menschen im Land akzeptiert ist und weiterhin akzeptiert wird, und wenn es gelingt, die Balance zwischen Natur, Umwelt, Wirtschaft und den Interessen der Bürger und Bürgerinnen zu wahren.

Nach dem **OVG-Urteil** im Januar 2015 haben wir die nötigen Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, damit es in Schleswig-Holstein eben nicht zu Wildwuchs kommt. Wir haben das Landesplanungsgesetz geändert, damit die Gemeinden nicht alleine dastehen und gegen ihren Willen Windenergieanlagen errichtet werden können. Gleichzeitig haben wir ein Verfahren, das sicherstellt, dass es nicht zu einem Stillstand beim Ausbau der Windenergie kommt. Die vorliegenden Anträge werden bearbeitet und nach den definierten Regeln, wenn möglich, genehmigt.

Bereits im Anhörungsverfahren wurde der **Kriterienkatalog** aufgestellt und - Sie erinnern sich sicher - mit den kommunalen Landesverbänden sowie den betroffenen Verbänden und Initiativen breit disku-

(Kirsten Eickhoff-Weber)

tiert. Wir haben oft zusammengesessen und alles das miteinander besprochen. Im Juni wurde er veröffentlicht. Das ganze Verfahren wurde durch die Planungsgespräche beim Ministerpräsidenten begleitet. Da waren alle dabei. Auch die FDP war eingeladen, und, wenn ich mich recht erinnere, Herr Kumbartzky, Sie haben auch teilgenommen. Also wissen Sie das eigentlich alles, die Breite der Beteiligung, die Vielfalt der Argumente und der ganz klar erklärte, ernsthafte Wille, mit all dem umzugehen. Alles das wissen Sie, und es befindet sich auf dem Weg.

Gern erinnere ich Sie daran, dass nach dem letzten großen **Planungsgespräch** eine Kartendarstellung veröffentlicht wurde, in der die Flächen, die nach Tabukriterien nicht geeignet sind, und die Bereiche, in denen weiter abgewogen werden muss, dargestellt sind. Ja, es ist eine Herausforderung, das zu verstehen. Es ist aber auch unser Job, zu helfen, dass die Menschen vor Ort es verstehen, und nicht noch Irritationen zu befeuern. Das frühe In-die-Öffentlichkeit-Gehen bringt eher Klarheit als Verwirrung.

Am 12. Januar 2016 findet eine **Informations- und Diskussionsveranstaltung zur Teilfortschreibung der Regionalpläne** statt. Die Einladung hatten Sie sicherlich genauso in der Post wie wir. Einer breiten Öffentlichkeit wird der Prozess vorgestellt.

Im ersten Quartal 2016 sind Regionalveranstaltungen für die einzelnen Planungsräume geplant. In der Mitte des Jahres wird es eine Anhörung für die **Regionalplanung Wind** geben. Da können alle, auch Gemeinden und Bürgerinnen und Bürger, ihre Anregungen und Bedenken vorbringen. Sie werden in das Verfahren eingehen. Dann werden wir all die Fragen, die zu klären sind, klären.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das ist alles bekannt, auch der FDP.

Es ist eine hochkomplexe Sache, die charakteristischen Landschaftsräume so abzugrenzen, dass man sie als Kriterium nutzen kann. Das Verfahren ist beschrieben worden. Das Gutachten ist auf dem Weg. Im letzten Planungsgespräch ist darauf hingewiesen worden, dass das gemeinsam mit den Kreisen beraten und auf den Weg gebracht werden soll. Auch da ist der Punkt, den Sie erwarten und verlangen, beschrieben.

**Windkraft** braucht **Akzeptanz**, aber eben auch **Fläche**. Hier liegt die besondere Herausforderung. Daher ist ein Kompromiss zwischen den durchaus nachvollziehbaren Abstandsforderungen, der tech-

nischen Weiterentwicklung und dem Flächenbedarf so wichtig. Wir sind auf einem guten Weg. Die Gespräche mit den Initiativen, die dem mit sehr kritischer Haltung gegenüberstehen, laufen. Das wird alles mit großer Ernsthaftigkeit gefordert. Wir sind noch nicht soweit, dass wir bereits Zahlen nennen können. Aber das Verfahren wird mit der notwendigen Transparenz und dem nötigen Respekt auf den Weg gehen.

Ich freue mich, dass wir alle Ihre Fragen im Ausschuss weiter beraten können. - Danke.

(Beifall SPD und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Detlef Matthiessen das Wort.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Liebe Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gehe einmal den FDP-Antrag chronologisch durch.

Unter Punkt 1 fordern Sie Transparenz, Mitbestimmung, Beteiligungsmöglichkeiten. Das ist ein Unterschied. **Transparenz und Beteiligung** gewährleistet die Landesregierung - wie ich finde - sehr ausführlich. Wir haben in dem Verfahren auch die verschiedenen Abstufungen der Auslegung. Das OVG hat die damals bestehende Landesplanung deswegen einkassiert, weil eine dritte Auslegung nicht erfolgte. Da werden wir also verdammt aufpassen. Bei Auslegungen ist es üblich und rechtlich gewährleistet, dass Äußerungen bis hin zu Einzelpersonen gemacht werden können, die beantwortet werden müssen.

**Mitbestimmung** ist aber etwas anderes als Transparenz und Beteiligung. Auch da hat das OVG sehr deutliche Hinweise gegeben. Die Kollegin Nicolaisen wies schon darauf hin, dass einer der hauptsächlichen Gründe gewesen ist, dass wir die Auswahlentscheidung tatsächlich nach einer positiven

(Christopher Vogt [FDP]: Auch viele negative!)

kommunalen Willensbekundung gemacht haben. Das ist keine Flächenqualität.

Die Landesplanung hat unter der CDU-Regierung, aber auch unter der jetzigen Koalitionsregierung ein bisschen die Erforschung des gemeindlichen Willens vorgenommen. Der kann sich natürlich in der

(Detlef Matthiessen)

nächsten Legislaturperiode in das Gegenteil verkehrt haben. Ich nenne Ihnen auch einige Beispiele, ich bin ja schon lange mit diesem Thema unterwegs:

In einer Gemeinde gibt es nahe am Ortskern die A-Bauern, und es gibt die B-Bauern, die weiter weg wohnen, 2 km weit weg von einer möglichen Windkraftplanung. Der Gemeinderat befürwortet das. Daraufhin kriegen die A-Bauern Panik, weil deren Söhne später einmal die peripheren Flächen der Bauern im Zuge des Strukturwandels in der Landwirtschaft abkaufen oder pachten sollen. Wenn dort Windkraftanlagenstandorte zustande kommen, ist der Prozess eventuell umgekehrt.

Das ist natürlich nicht unbedingt ein städtebaufachlicher Belang, und nur der zählt, wenn ich **Flächenqualitäten** im Hinblick auf die **Windanlageneignung** zu beurteilen habe. Das hat das OVG höchststrichterlich so gesehen. Ich habe gesagt, das sei höchststrichterlich, weil es ein Revisionsverbot gab. Im Übrigen sind wir uns einig: Wäre die Revisionsbeschwerde durchgeführt worden, dann wäre sie in die Grüze gegangen, denn es gab eine Vielzahl an Gründen, von denen wir anzunehmen hatten, dass wenigstens einer Bestand hat. Das reicht schon, um in der Revision zu scheitern, das haben wir in anderen Fällen auch gehabt. Es war also schon ein höchststrichterliches Urteil, nämlich eines vom OVG Schleswig.

Zu der Frage, ob der **charakteristische Landschaftsraum** im Einvernehmen mit den Kreisen zu machen ist, fehlt mir im Moment die Rechtskenntnis. Darüber können wir im Ausschuss noch einmal diskutieren. Wir sind übrigens für die Ausschussüberweisung.

Auf den Erlass mit den **Mindestabständen** möchte ich näher eingehen. Eigentlich ist der rechtliche Hintergrund das BImSchG, das Bundes-Immissionsschutzgesetz. Gehen wir einmal durch die einzelnen Belange, allem voran das untergesetzliche Regelwerk TA-Lärm, also die **Schallimmission** von Windmühlen. Sie weisen darauf hin, dass höhere Anlagen höhere Abstände erforderlich machen. Ich sage Ihnen: Die moderneren Windmühlen haben eine sehr viel glattere Oberfläche der Rotorblätter und verursachen tendenziell weniger Turbulenzen und damit weniger Geräusche. Das ist das eine.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Aber mehr Schatten!)

- Zu den Schatten komme ich gleich noch, das ist ein anderer Belang. Vielleicht noch leichter nachzuvollziehen ist, dass sich der Immissionspunkt durch

die Höhe weiter vom Immissionsort entfernt. Das heißt, allein wegen ihrer Höhe sind die Anlagen mit ihrer Geräuschimmission weiter weg vom Wohnzimmer, um das klar zu sagen. Ergänzend zur Abstandsregelung kommt tatsächlich hinzu, dass diese weiter entfernt sind als vorher. Diese Forderung, die Sie hier also stellen, ist bereits gesellschaftliche Wirklichkeit.

Herr Kumbartzky, zu den Belangen des **Schattenwurfs**: Hier hatten Sie vorhin nachgefragt. Beim Schattenwurf ändert sich durch neue Anlagen nichts. 30 Minuten lang muss nicht mehr als 30-mal im Jahr Schattenwurf im Wohnzimmer geduldet werden. Daran ändert sich auch nichts durch die Abstände. Das muss gewährleistet sein.

Der **Diskoeffekt** ist heute auch kein Thema mehr, weil inzwischen keine glitzernden Farben mehr verwendet werden. Ich unterhalte mich gern im Ausschuss noch einmal mit Ihnen darüber. Insofern scheint mir Ihr Anliegen von der Sache her danebenzuliegen. Vielleicht ist es ein bisschen der Fünfprozenthürde geschuldet, die bei Landtagswahlen noch gilt.

(Christopher Vogt [FDP]: Vorsicht bei den Motiven!)

Wenn Sie sich in der Landschaft umgucken, dann sehen Sie: Es wächst Konkurrenz von der AfD und anderen heran. Sie suchen sich vielleicht eine neue Rückendeckung. Ich sage: Meine Damen und Herren, die Einigkeit bei der Windenergie hier im Landtag ist ein großer Wert.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

**Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Daran sollten wir festhalten. Ich hoffe, die FDP rückt mit diesem Antrag nicht davon ab. Ich bin damit am Ende, Frau Präsidentin. Ich habe 24 Sekunden überzogen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Nun hat für die Kollegen der Piratenfraktion der Abgeordnete Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schleswig-Holstein ist das Land der Windenergie, das ist im Grundsatz auch gut so. Doch um welchen Preis ist es das? - Wir PIRATEN sind sicher: Um die **Akzeptanz der Energiewende** zu erhalten, bedarf es mehr **Transparenz** und auch mehr **Bürgerbeteiligung**.

Damit die Energiewende ein politischer und auch ein gesellschaftlicher Erfolg für unser Land wird, müssen wir die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, und für uns PIRATEN heißt das ganz klar: Wir müssen auch ein Nein akzeptieren. Es liegt eben im Interesse des Gesamtprojekts der Energiewende, aber auch im Interesse der betroffenen Bürger und übrigens auch der Investoren, wenn bei der Ausweisung von Flächen diejenigen Flächen genommen werden, bei denen die **Akzeptanz** auch vorhanden ist, und nicht die Flächen, bei denen die **Bürger** gerade dagegen sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen arbeiten wir in der Piratenfraktion auch an einem Gesetzentwurf, der den Bürgerwillen wieder verbindlich macht. Herr Kollege Matthiessen, das ist natürlich möglich. Das Gericht hat auf der Grundlage einer bestimmten Gesetzeslage entschieden, die wir ändern können. Auch der Umstand, dass sich der Bürgerwille ändern könne, ist kein Grund dagegen, ihn umzusetzen, denn Sie wissen es: Auch hier im Parlament kann sich der Wille des Parlaments einmal ändern. Trotzdem sagen wir nicht: Gesetze sind unverbindlich.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Wenn die Frage noch gestellt ist, gern.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich wollte nur darauf hinweisen, dass die Ableitung dieses OVG-Urteils natürlich ein Bundesgesetz zugrunde hatte. Es heißt nicht mehr BauROG, sondern BauGB.

Sie sagten, die Landesplanung richte sich nach Bundesgesetzen und dürfe diese nicht verletzen. Das tut die Einbeziehung eines nicht städtebaulichen Belangs in den Bürgerwillen. Wenn die Bürger natürlich sagen, das sei durch den Denkmalschutz oder sonst irgendetwas gedeckt, dann können wir das al-

les anführen. Wenn sie aber sagen: „Der hat mir im letzten Jahr die Pacht nicht verlängert“, dann ist das eben weniger ein städtebaufachlicher Belang. Ich sage Ihnen: Der Bürgerwille, den Sie immer so hochhalten, ist gerade bei diesen Dingen sehr oft von anderen Interessen als von städtebaufachlichen Interessen geprägt. Insofern glaube ich nicht, dass das Anhimmeln von Bürgerentscheidungen die Qualität der Windplanung im Land hebt.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, ich bitte Sie, Ihre Bemerkungen kurz zu fassen und keine zweite Rede zu halten.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir müssen beteiligen, und wir müssen die Gemeinden einbeziehen. Ich habe 2 Minuten.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Alles gut, das haben wir verstanden.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Kollege Matthiessen, Sie können gern einen Moment stehen bleiben, weil ich gern darauf antworten würde. Es ist manchmal ganz gut, einen Juristen zu haben, der Sie hier beraten kann.

(Heiterkeit - Beifall PIRATEN)

Es stimmt natürlich, dass sich das Gericht auf Bundesrecht gestützt hat, allerdings auf das Raumordnungsgesetz und auf das Abwägungsgebot, das dort festgeschrieben ist. Im Bereich des Planungsrechts sind wir als Land berechtigt, vom Planungsrecht des Bundes abzuweichen. Infolgedessen seien Sie gespannt auf unseren Gesetzentwurf, der wird rechtlich abgesichert sein.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, der Herr Ministerpräsident Albig hat uns zugesagt, dass die Bürger bei der Energiewende beteiligt werden, und im Rahmen der Teilaufstellung der Regionalpläne fordern wir PIRATEN auch die Zusage ein: mehr Transparenz, mehr Mitbestimmung und mehr Beteiligungsmöglichkeiten. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen auch bei der Windenergie nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, denn wer die Bürger gegen die Energiewende aufbringt, gefährdet das Projekt insgesamt.

(Dr. Patrick Breyer)

Sehr verehrter Herr Kollege Kumbartzky, der Titel Ihres **Antrags** klingt natürlich gut. Das ist das, was wir PIRATEN auch immer fordern. Wir fragen uns allerdings, was Sie konkret mit Ihren vier **Forderungen** erreichen wollen. Die sind unklar und unkonkret formuliert. Wenn der Antrag so angenommen würde, dann würde er an der konkreten Situation erst einmal gar nichts ändern.

Lassen Sie mich im Einzelnen noch auf einige Punkte eingehen: Der vierte Punkt Ihres Antrags wirft sicherlich nicht nur bei mir, sondern auch bei den Mitgliedern der Bürgerinitiative „Unsere Dörfer gegen Windkraftanlagen“ eine Frage auf, nämlich: Wie groß sollen die **Mindestabstände** zur Wohnbebauung denn werden, die da weiterentwickelt werden sollen? Die Frage bleibt unbeantwortet.

(Christopher Vogt [FDP]: Das hat der Kollege Kumbartzky erläutert! - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Herr Kollege Dr. Garg, trotzdem bleibt es dabei: Wenn der Antrag so angenommen würde, würde das zunächst einmal nichts verändern, solange man die Frage nicht geklärt hat.

Der Herr Ministerpräsident will im ersten Halbjahr 2016 einen Entwurf der Regionalplanung vorlegen, der auch im Internet veröffentlicht werden soll. Nichtsdestotrotz möchte ich anmerken, dass bei den Kommunen noch erheblicher Informationsbedarf geltend gemacht wird. Ich möchte zu dem Antrag der FDP-Fraktion weiter anmerken, dass die **Forderungen**, die räumliche Festsetzung der **charakteristischen Landschaftsräume** solle im Einvernehmen mit den Kreisen vorgenommen werden, zumindest um die Worte „nach Möglichkeit“ ergänzt werden müsste. Für den Fall, dass man sich hier nicht einig wird, muss das Landesinteresse eine Rolle spielen können.

Lassen Sie mich abschließend aber vor allem noch zu den Punkten kommen, die in Ihrem Antrag noch fehlen und über die wir im Ausschuss sicherlich noch beraten müssen.

Erstens. Neben der Karte der **Ausschlussgebiete** sollte die Landesregierung zur Information der Investoren auch eine Karte der Gemeinden veröffentlichen, die sich durch ihre Vertretung oder durch Bürgerentscheid gegen neue **Windkraftanlagen** ausgesprochen haben. Denn nur so können sich Investoren auch auf möglichen Widerstand vor Ort einstellen und dies bei ihrer Entscheidung berücksichtigen.

Zweitens. Es bedarf einer laufenden und unverzüglichen Veröffentlichung aller eingehenden Anträge auf Genehmigung von Windkraftanlagen. Es kann nicht sein, dass die Frau Kollegin Nicolaisen und ich im Wochentakt fragen müssen. Denn Geheimhaltung und der Eindruck, es würden vollendete Tatsachen geschaffen, zerstören Vertrauen.

Drittens. Die Bürgerinnen und Bürger müssen stärker an der Genehmigung von Anlagen beteiligt werden. Bisher werden - so Ihre Antwort, Herr Ministerpräsident - 80 % der Genehmigungen ohne Bürgerbeteiligung und Umweltverträglichkeitsprüfung entschieden. Diese Zahl muss sich ändern.

Ich möchte auch noch einmal bekräftigen, was der Kollege Kumbartzky sagt: Wenn die Kommunen oder ihre Bürger gegen ein Projekt sind, dann ist das Ausnahmeverfahren nicht geeignet für dieses Projekt.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, ich bitte Sie, auf die Uhr zu achten; denn Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Danke, Frau Präsidentin. - Dann muss eine Abwägung im normalen Planungsverfahren stattfinden.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir haben es hier mit einem Antrag zu tun, der nicht perfekt formuliert ist, der für die weiteren Beratungen aber trotzdem geeignet ist. Dementsprechend freuen wir uns auf die weiteren Beratungen im Ausschuss.

Es ist die Akzeptanz der Bürger - -

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, es tut mir leid. Aber Sie können jetzt nicht noch einen neuen Aspekt ansprechen, sondern Sie sind jetzt bitte am Schluss Ihrer Rede. Ich habe Sie jetzt zweimal darauf hingewiesen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Darf ich meinen letzten Satz noch sagen? - Es ist also die Akzeptanz der Bürger, die darüber entscheidet, ob die Energiewende ein gesellschaftlicher Erfolg oder zum politischen Fiasko wird. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Patrick, Du machst das immer. Das geht nicht. Irgendwann muss gut sein.

Jetzt hat für die Kolleginnen und Kollegen des SSW der Kollege Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit Bekanntwerden des OVG-Urteils zu den Teilfortschreibungen der Regionalpläne bezüglich der **Ausweisung von Windeignungsflächen** und somit deren Unwirksamkeit war klar, dass schnellstmöglich eine Neuordnung her muss. Die Landesregierung hat umgehend das Heft in die Hand genommen und sich mit Vertretern der kommunalen Ebenen und Vertretern der Windenergiebranche getroffen. Die Situation wurde mit den Betroffenen erörtert, und das Vorgehen wurde kommuniziert und abgestimmt. Dies hat die Landesregierung getan, und das war gut und richtig so; denn niemand bei uns im Land kann ein Interesse daran haben, dass die Windenergiebranche für unbestimmte Zeit unkoordiniert abläuft.

Der **Ausbau der Windenergie** muss in geordneten Bahnen weiterlaufen, um einen Wildwuchs zu verhindern. Die Schritte, die dafür vorerst notwendig waren, wurden in die Wege geleitet, und die rechtlichen Grundlagen wurden geschaffen. So wurden das Landesplanungsgesetz sowie der Planungserlass geändert. Letzterer ist von Bedeutung für Ausnahmeverfahren in den Jahren 2015 bis 2017. Mit diesem Instrument läuft nunmehr der Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein.

Er wird aber auch die Grundlage bilden für die neuen Regionalpläne. Anhand eines Kataloges von harten und weichen Tabukriterien sowie Abwägungskriterien wird entschieden, welche Flächen für die Errichtung von Windenergieanlagen geeignet sind und welche Flächen nicht in Betracht kommen. Das heißt, Flächen wurden ausgeschlossen, bei denen Windenergie aus rechtlichen oder fachlichen Gründen unmöglich oder planerisch nicht sinnvoll ist.

Die kartografische Überlagerung der harten und weichen Tabukriterien zeigt, dass rund 93 % der Landesfläche als **Tabuzone** ermittelt wurden. Das heißt, rund 7 % der Landesfläche sind theoretisch geeignet, sofern Abwägungskriterien dem nicht entgegenstehen.

In diesem Zusammenhang ist es für den SSW wichtig, dass - wie in der alten Windflächenplanung - charakteristische Landschaftsräume, die beispiels-

weise die Siedlungsgeschichte widerspiegeln können, und Denkmalschutzgesichtspunkte eine sehr starke Rolle in der Planung spielen. Die ermittelten Flächen sind kartografisch dargestellt und öffentlich zugänglich. Da es aber noch keine genauen Abgrenzungen der **Tabu- oder Abwägungsbereiche** gibt, sind die Karten nicht rechtsverbindlich. Gemeinden und interessierte Bürger haben damit aber bereits jetzt die Möglichkeit, darauf zu schauen und ihre fachlich begründeten Einwendungen zu machen. Wie gesagt, die Karten haben keinen rechtsverbindlichen Charakter. Die dort dargestellten Abwägungsbereiche dienen lediglich als Suchräume für zukünftige Vorranggebiete. Daher geht die Landesplanung derzeit davon aus, dass etwa 1,5 bis 2 % der Landesfläche für die Windenergienutzung erreicht werden. Das bedeutet, dass rund ein Viertel der dargestellten Abwägungsbereiche als Windeignungsfläche infrage kommen.

Nach Auffassung des SSW hat die Landesregierung durch die eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen bereits wichtige Schritte in Gang gesetzt. Wir haben das Vorgehen stets unterstützt. Die Verfahren sind transparent und nachvollziehbar. Dies ist für uns von Bedeutung; denn wir wollen, dass sich Gemeinden und Bürger entsprechend beteiligen und darüber entscheiden können, ob sie vor Ort Windkraftanlagen errichten wollen oder nicht.

Seit dem OVG-Urteil ist aber auch klar, dass Gemeindebeschlüsse und Bürgerbeteiligungen gegen Windkraft nicht als Tabukriterium herangezogen werden dürfen. Allerdings können die Entscheidungen, sofern fachlich begründet, in besonderer Weise in die fachliche Prüfung einbezogen werden. Daher sehen wir das gewählte Verfahren als sehr praktikabel an. Es zeigt sich, dass die Anwendung der Ausnahmeprüfung und die Zulassung von Ausnahmen gangbare Wege sind, um Anträge zu genehmigen.

Auch ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Landesregierung erteile ich nun dem Herrn Ministerpräsidenten Torsten Albig das Wort.

**Torsten Albig, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kumbartzky, ich hatte es schon ir-



**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

gendwie befürchtet: Hast du keine Karte im Netz, dann meckern alle, dass du keine Karte hast.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Wir meckern nur!)

Stellst du aber eine Karte ins Netz, in der genau drin steht, was es bedeutet, gibt es schon wieder welche, die sagen: „Oh! Alles Chaos, alles durcheinander, keiner versteht es mehr.“ Aber wer es liest, der versteht es schon. Wir haben auch sehr viele Rückmeldungen von denen bekommen, die es lesen und sagen, dass sie es verstehen. Aber offensichtlich gibt es ganz viele, die das zwar lesen, dann aber rückmelden: „Mein Gott! Das ist ja alles unsicher. Du liebe Güte, wo geht das hin?“

Wir sind ja völlig beieinander. Wenn wir jetzt an die Umsetzung des Urteils herangehen und wenn wir um und bei 2 % am Ende haben wollen, dann geht das gegen die Menschen in diesem Land nicht. Und ich will das auch nicht gegen die Menschen in diesem Land. Es wird nie ein erfolgreiches Projekt, das zeigen andere Bundesländer, wo es nicht so gemacht wurde wie in Schleswig-Holstein; wo es eben kein Bürgerprojekt war, da läuft das nicht so gut wie bei uns. Deswegen will ich eine breite Mehrheit dahinter sehen. Ich sehe natürlich auch, dass der **Preis der Energiewende** erlebbarer wird, er wird in den Netzen erlebbarer, er wird auch in den neuen Anlagen erlebbarer. Das ist völlig richtig. Ich bitte immer nur, dass wir die Debatten nicht chirurgisch - -

(Minister Dr. Habeck unterhält sich mit Hans-Jörn Arp [CDU])

- Ich kann auch einen Moment warten, Herr Minister.

(Heiterkeit - Zurufe)

- Er darf das, du nicht.

(Christopher Vogt [FDP]: Er hat doch gesagt, er würde warten!)

Ich bitte also darum, dass wir das nicht chirurgisch trennen und uns immer nur die Nachteile der jeweiligen Energieart angucken, die wir haben, sondern dass wir miteinander auch immer die Gesamtperspektive im Auge haben: Worum geht es bei der Energiewende wirklich, und welches sind die Alternativen? Würden mehr so denken, wie wir in Schleswig-Holstein gemeinsam denken, wäre die Pariser Konferenz schneller zu Ende gegangen, vielleicht sogar noch erfolgreicher zu Ende gegangen. Da bin ich mir ganz sicher.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist ein hohes Gut, um das wir miteinander ringen müssen.

Deswegen wollen wir in der Regionalplanung für Windenergie diese Bürgerbeteiligung und diese Mehrheitsbeschaffung auch wirklich hinbekommen mit allen Beteiligungsmöglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, die für einen rechtswirksamen Plan erforderlich sind.

In Verbindung mit der **Teilfortschreibung der Regionalpläne** wird es deshalb ab Mitte nächsten Jahres eine umfassende landesweite Anhörung geben, in der sich jede Gemeinde, jede Bürgerin und jeder Bürger äußern kann und hoffentlich auch äußern wird. Dadurch bekommen wir am Ende die Kartierung des Bürgerwillens, die von vielen gefordert wird und die ich auch für richtig halte. Diese hat zudem den Vorzug, dass sie auf der Basis der aktuellen Annahmen und nicht früherer Sachstände stattfindet, sondern die tatsächlich vorgelegten Planentwürfe einbeziehen kann.

Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Der nächste Schritt wird sein - das wissen Sie -, dass ich am 12. Januar diese Beteiligungsmöglichkeiten im Planaufstellungsverfahren der breiten Öffentlichkeit hier in Kiel vorstellen werde.

Ich habe es sehr begrüßt, dass die Fraktionen des Hohen Hauses sich von Anfang an bei diesen Planungen haben einbinden lassen und dabei waren - Sie ja auch - und dass wir nach dem Urteil mehrfach, wie ich finde - ich hoffe, das sehen Sie auch so -, sehr gute und konstruktive Gespräche in allen Fraktionen miteinander gehabt haben und uns in einem sehr vertrauensvollen und guten Prozess befinden, der nicht ein Closed-shop-Prozess ist, sondern schon einer, in den wir, soweit es mit unseren Möglichkeiten geht, versuchen, ganz viele einzubinden, immer in einer Gratwanderung zwischen denen, die die Probleme größer sehen, und denen, die die Chancen größer sehen. Das ist eine schwierige Gratwanderung, das weiß ich wohl. Aber Sie können sich auch darauf verlassen, dass wir natürlich auch die politischen Akteure vor Ort nicht nur mit einbinden wollen. Ich muss das, um den Sachverstand zu haben. Es wäre töricht, das ohne die Kreise und ohne deren Kompetenz zu tun.

Wir stehen hinter dem Konzept der charakteristischen **Landschaftsräume**. Das wissen Sie. Deswegen machen wir dieses Gutachten und legen es vor. Wir planen, diese Räume als Ausschlussgebiet für Windenergie auszuweisen, eben um die Eigenart

**(Ministerpräsident Torsten Albig)**

der Landschaft zu erhalten. **Landschaftsschutz** ist für ein Land wie Schleswig-Holstein mit seinen touristischen Stärken von großer Bedeutung, aber eben auch für das Wohlbefinden der Menschen in unserem Land. Wir wissen, dass Landschaftsschutz am Ende auch ein Wirtschaftsfaktor ist, auf den wir zu achten haben.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Wir wissen aber auch, dass Klimaschutz erfordert, dass die Energiewende nicht stehenbleibt, sondern dass wir weitermachen müssen, um dieser großen und, so meine ich, historischen Verantwortung gerecht zu werden. Am Ende werden die Entscheidungen, die wir miteinander zu treffen haben, niemals alle voll und ganz zufriedenstellen. Das ist, denke ich, ausgeschlossen, auch bei dieser großen Aufgabe.

Bei den **Abstandsdebatten** haben wir in Deutschland ja eine sehr bunte Diskussion. Die Bayern haben es geschafft, mit der Abstandsdiskussion das Thema Windenergie in Bayern zu beenden. In Bayern gibt es keine Windenergie mehr. Ob unsere Zahlen der Weisheit letzter Schluss sind, das wird man in der Tat immer wieder hinterfragen müssen. Wir, meine Fachfrauen und Fachmänner, sind schon dabei, sehr genau zu rechnen, was was bewirkt.

Ich denke, dass wir im Außenbereich bei der Privilegierung mit dem 400-m-Abstand für einzelne Häuser ganz gut waren. Ansonsten könnte die Privilegierung nicht mehr ordentlich abgebildet und es könnten auch die Zielzahlen nicht vernünftig erreicht werden. Der 800-m-Abstand zu Siedlungen geht bewusst über die dreifache Höhe hinaus, weil Wohnstätten einen höheren Schutz genießen. Wenn man sich den 1.000-m-Abstand anschaut, muss man überlegen, ob wir noch in die Größenordnung von 2 % kommen. Aber auch da werden wir uns den Gesprächen sicherlich nicht verweigern. Heute stelle ich fest: Wir sind im unteren Mittelfeld, was die **Mindestabstände** in Schleswig-Holstein angeht, und damit in ganz guter Gesellschaft zumindest der Bundesländer, die Windenergie wollen.

Was das Thema der intensiveren Bürgerbeteiligung betrifft, so habe ich keinen Hehl daraus gemacht, dass ich, wenn es nach mir ginge, ordnungsgemäße, gemeindeordnungsrechtlich verbindliche Bürgerentscheide am liebsten zu einem harten Ausschlusskriterium machen würde.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Aber auch ich habe das **OVG-Urteil** gelesen, und ich habe es auch verstanden.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Ich kenne eine ganze Menge kluger Sachverständiger, die mir im Augenblick sagen: Das bekommst du nicht rechtlich sauber hin. - Andere sagen: Das bekommen wir rechtlich sauber hin. - Ich habe es sehr ernst gemeint, dass wir uns das gemeinsam genau anschauen und dass ich gegenüber meinen eigenen Beratern auch eine Belastung gut aushalten kann. Ich will nur nicht in eine ganz erkennbare nächste Niederlage vor einem Gericht gehen. Aber wenn wir es miteinander hinbekommen und einen Weg finden, zu sagen: „Wir trauen uns ein Stückchen“, dann bin ich der Letzte, der sagen wird: Das geht gar nicht.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Uli König [PIRATEN])

Aber wir sollten dies nicht zu einem Thema des Gegeneinanders machen, sondern sehr ernsthaft die **rechtliche Situation** prüfen. Im Augenblick spricht aus guten Gründen mehr dafür, dass wir diesen Punkt im Augenblick noch nicht abbilden können. So verhalten wir uns im Augenblick.

Wir sind jetzt dabei, 7 % der Landesfläche auf **Tauglichkeit** zu überprüfen. Am Ende dieses Prozesses wird es Vorranggebiete ungefähr in der bisherigen Größenordnung geben.

Wir wollen und werden das immer für ganz Schleswig-Holstein planen. Nicht jede dieser Fragen ist einer kommunalen Abstimmung zuzuführen, weil manchmal eben auch landesweite Argumente und Kriterien eine wichtige Rolle spielen. Aber je mehr die Menschen spüren, dass wir sie ernst nehmen, umso erfolgreicher werden wir mit dem ganzen Projekt sein. Von daher meine ich, dass wir alles tun, was Sie in Ihrem Antrag haben. Ich denke, es war auch der Sinn, dass ich das heute noch einmal bestätige. Das tue ich gern. In diesem Sinne sollten wir gemeinsam weitermachen. - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe deshalb die Beratung.

Es wurde beantragt, den Antrag Drucksache 18/3641 zu überweisen. Ich gehe davon aus, dass dies federführend an den Innen- und Rechtsausschuss, mitberatend an den Umwelt- und Agrarausschuss

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

sowie den Wirtschaftsausschuss überwiesen werden soll.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur in den Wirtschaftsausschuss!)

- Federführend ist der Innenausschuss, weil die Landesplanung betroffen ist, Herr Kollege. Deswegen sind wir der Meinung, dass es dem Innenausschuss überwiesen werden sollte. Ich frage Sie noch einmal: federführend dem Innenausschuss und mitberatend dem Wirtschafts- sowie dem Umwelt- und Agrarausschuss? - Wer diesem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, die Verständigung der Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer lautete, wie mir mitgeteilt wurde, dass wir den Tagesordnungspunkt 42, den ich hiermit aufrufe, hier nicht mündlich beraten, sondern dass die Reden zu Protokoll gegeben werden.

Ich rufe also Tagesordnungspunkt 42 auf:

**Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/3608

Wie ich Ihnen sagte, sollten die Reden zu Protokoll gegeben werden. Das ist das Übereinkommen.

(Unruhe)

- Meine Damen und Herren, ich bitte um Aufmerksamkeit aller.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wie bitte?)

- Ich möchte Sie um Aufmerksamkeit bitten. - Denn ich wurde darauf hingewiesen, dass ich Ihnen geschäftsleitend noch einmal mitteilen soll, dass der Stenografische Dienst darum bittet, die Reden digital zur Verfügung zu stellen. Ich denke, das ist ein wichtiger Hinweis, der hier noch einmal gegeben werden sollte.

Dann wurde beantragt, den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 18/3608 zur abschließenden Beratung zu überweisen. Ich gehe davon aus, dass er dem Umwelt- und Agrarausschuss sowie dem Wirtschaftsausschuss, weil der sich mit Energiefragen beschäftigt, überwiesen werden soll. - Federführend dem Wirtschaftsausschuss? - Okay. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer so beschließen will, den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 18/3608 federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dann ist auch dies einstimmig so beschlossen.

Abschließend rufe ich Tagesordnungspunkt 5 auf:

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Halt! - Weitere Zuerufe)

Frau Kollegin, bitte!

**Birgit Herdejürgen [SPD]:**

Der Innenausschuss befasst sich erst noch mit dem Thema. Das heißt, das muss an einem der folgenden Tage aufgerufen werden.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Dann bitte ich um Verzeihung. Wir haben hier eine falsche Tagesordnung zugrunde gelegt. Wir werden es morgen noch einmal einreihen.

Damit sind wir, wenn ich es richtig sehe, am Ende der heutigen Tagung. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen allen einen guten Abend. Wir sehen uns morgen früh um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:38 Uhr**

## Reden zu Protokoll

**Rückbau der Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/3608

**Jens-Christian Magnussen [CDU]:**

Herr Präsident! Ehrlich gesagt, liebe Kollegen der Koalition, verstehe ich Ihren Berichtsantrag nicht. Punkt 1 ist in unseren Kleinen Anfragen, Drucksachen 18/2520 - Dezember 2014 -, 18/2591 - Januar 2015 -, 18/3096 - Juni 2015 - und 18/3322 - September 2015 - beantwortet.

Aber vielen Dank für ihren Antrag Drucksache 18/3460, mit dem sie bestätigen, dass sie den Antworten an die Opposition auch nicht glauben. Denn unser aller Ansatz muss es doch sein, mehr Qualität in Antworten zu bringen. Diesen Anspruch der transparenten Information haben wir zumindest, da bei den anstehenden Entscheidungen eine breite Zustimmung aus diesem Hause kommen sollte und den Prozess vereinfacht.

Die Punkte 2 bis 5 Ihres Berichtsantrages behandeln und beschäftigen sich mit Themen, denen Sie, lieber Herr Habeck, im Bundesrat bei der Novelle des 14. Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes zugestimmt haben. Die Grünen haben auch im Bundestag der Berichts- und Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Naturschutzbau und Reaktorsicherheit zugestimmt.

Darüber hinaus legt das nationale Entsorgungsprogramm der Bundesregierung, im Übrigen federführend erstellt bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutzbau und Reaktorsicherheit Hendricks, die Strategie für eine verantwortungsvolle und sichere Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle fest.

Dieses nationale Entsorgungsprogramm steht unter Revisionsvorbehalt, da sich auf Grundlage der Empfehlung der Kommission zur „Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ wesentliche Änderungen ergeben können. Sehr geehrter Herr Dr. Habeck, nach meiner Kenntnis sind sie Mitglied dieser Kommission.

Punkt 7 Ihres Antrages befasst sich mit den finanziellen Absicherungen der Kosten für den Rückbau und die Konditionierung der Zwischen- und Endlagerung - Kriterien, die zwingend sind für das Rück-

bauszenario. Für den Rückbau der Kernkraftwerke brauchen wir ein konstruktives, transparentes und verlässliches Miteinander aller Akteure und nicht eine stetige mit Misstrauen unersetzte Kommunikation.

Die Rückstellungen sind bilanziert und stehen für den Rückbau zur Verfügung. Rechtliche Änderungen müssen selbstverständlich einfließen, sollten aber im Sinne der Sicherheit mit Augenmaß vollzogen werden. Nach meiner Kenntnis ist der Gesetzentwurf zur „Nachhaftung“ gerade im Bundeskabinett. Es ist ein Entwurf aus dem Hause von Sigmar Gabriel. Dieser Entwurf ist nach meiner Kenntnis breit mit den Bundesländern abgestimmt worden. Von denen im Gesetz getroffenen Regelungen des Verwaltungsverfahrens kann durch Landesrecht nicht abgewichen werden. Geplant war ja, dass dieses Gesetz zum 1. Januar 2016 inkraft tritt. Wir kennen den Terminplan oder mögliche Verschiebungen nicht.

Ich möchte aber dennoch einige Bemerkungen zum vorliegenden Bericht geben. Wenn Sie, Herr Habeck, in Ihrem Bericht darauf hinweisen, dass Ihre Gesetzesinitiative zu den Stilllegungspflichten der Kernkraftwerksbetreiber seinerzeit von der rot-grünen Mehrheit im Bundesrat abgelehnt worden ist, und gleichzeitig begrüßen, dass Vattenfall auch ohne explizite rechtliche Verpflichtung die Stilllegungs- und Abbauanträge gestellt hat, dann sehen Sie, dass Ihr Gesetzentwurf überflüssig war.

Noch einmal, der Fahrplan ist klar, die Mengen sind bekannt, jetzt geht es im Wesentlichen darum, dass Sie, Herr Habeck, sich auf Bundesebene einbringen und über die Endlagersuchkommission den politischen Einfluss geltend machen und uns einen Weg zu einem sicheren Endlager für hochradioaktive Abfälle mit skizzieren. Dabei sollten sie gleichzeitig nicht vergessen, den Druck auf dem Kessel zu halten für die Eröffnung von Schacht Conrad. Schacht Conrad darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden. Dafür haben Sie unsere Unterstützung.

Nach meiner Kenntnis kommt Vattenfall auch beim Standortzwischenlager Brunsbüttel, welches nicht zum schleichenden Endlager werden darf, seinen Verpflichtungen nach und hat bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, dem Bundesamt für Strahlenschutz, im November einen Antrag auf Neugenehmigung eingereicht.

(Jens-Christian Magnussen)

Für die Müllentsorgung steht aktuell: Die Andienungspflichten des nicht belasteten Mülls sind geregelt. Hier, Herr Minister Habeck, ist es Ihre Aufgabe, an geeigneten Deponiestandorten oder geeigneten Verwertungswegen transparent zu erklären und zu vermitteln. Auch hier spielt Akzeptanz eine entscheidende Rolle.

**Olaf Schulze [SPD]:**

Herr Präsident! Als Erstes möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums für den Bericht bedanken. Er zeigt auf 15 Seiten auf, wie umfangreich die Aufgabe des Rückbaus der Atomkraftwerke ist. Möglich macht die Debatte über den Rückbau aber nur der 2011 nach der Katastrophe von Fukushima erneut beschlossene Atomausstieg. Es ist deshalb richtig, dass wir uns nun mit den Folgen der Atomkraft beschäftigen und versuchen, Antworten auf viele offene Fragen zu geben, die sich damit stellen. So müssen wir unter anderem die Frage lösen, wo wir Endlagerstätten schaffen. Deshalb ist es auch unabdingbar, dass die Landesregierung in den Dialog mit allen entscheidenden Akteuren geht und rechtzeitig mit allen Betroffenen spricht und nach Lösungen sucht.

Für uns war es immer notwendig, dass der Atomausstieg auch konsequent vollzogen wird. Deshalb ist es auch folgerichtig gewesen, dass die regierungstragenden Fraktionen bereits im September 2012 einen Antrag gestellt haben, in dem wir fordern, dass der Rückbau verbindlich festgeschrieben werden soll. Leider hat der Bundesrat dies noch im selben Jahr abgelehnt. Im letzten Monat hat nun der Bundesrat beschlossen, den Rückbau von Atomkraftwerken verbindlich zu regeln. Man sieht, gerade bei Fragen der Atomkraft braucht es oft länger, um richtige Anträge umzusetzen. Nun muss sich der Bundestag mit dem Antrag beschäftigen; hoffentlich wird es hier eine Mehrheit geben.

Ich begrüße es sehr, dass sich Vattenfall als Betreiber der Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel entschlossen hat, für beide Atomkraftwerke die Genehmigung zur Stilllegung und den Abbau der Kraftwerke zu stellen. Nun müssen wir die vielen Fragen beantworten, die sich zur Entsorgung der Abfälle stellen und die wieder Ängste verursachen.

Dabei müssen wir zwischen radioaktiven und nicht-radioaktiven Stoffen unterscheiden. Der größte Teil sind nicht-radioaktive Stoffe, die Landesregierung geht in ihrem Bericht von rund 98 % aus. Hierbei wird sicherlich noch eine Diskussion geführt werden, ob die Freigabe des Abfalls bei 10 mSv oder,

wie vom BUND gefordert, bei kleiner als 1 mSv liegen soll.

Entscheidend wird es aber sein, die Ängste der Menschen ernst zu nehmen, und deshalb ist es richtig, rechtzeitig über alle Risiken zu informieren und ein transparentes Verfahren sicherzustellen. Wir brauchen Lösungen, wo wir die atomaren Abfälle unterbringen.

Dies wird leider sicher noch mehrere Jahrzehnte in Anspruch nehmen, und deshalb brauchen wir für die Zwischenzeit Zwischenlager. Auch hier müssen wir abwägen und letztendlich entscheiden, ob wir an jedem Standort ein Zwischenlager erhalten wollen oder ob wir die Lagerkapazitäten auch bündeln können.

Das Thema Rückbau der Atomkraftwerke, das jetzt endlich diskutiert und angegangen wird, wird uns noch lange Zeit beschäftigen, und deshalb sollten wir darüber auch weiter im Ausschuss beraten.

**Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich beim Minister und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seines Hauses für den Bericht. Der Bericht führt wieder vor Augen, dass uns der Rückbau der Atomkraftwerke noch über Jahrzehnte begleiten wird. Es sind zwar Rücklagen für den Rückbau der Atomkraftwerke von etwa 37 Milliarden € bei den Energiekonzernen vorhanden - die wahren Kosten für den Rückbau der deutschen Atomkraftwerke werden jedoch auf bis zu 80 Milliarden € geschätzt.

Wie wir bereits mehrfach hier im Landtag thematisiert haben, ist die gesetzliche Grundlage für den Rückbau im Atomgesetz äußerst unbefriedigend. Nach wie vor ist der sogenannte sichere Einschluss möglich. Es gibt keine Fristen, bis wann der Rückbau beantragt werden muss. Der Betreiber kann den Antrag auch wieder zurückziehen, wenn zum Beispiel die behördlichen Auflagen zu hoch sind oder sich die Rahmenbedingungen des Rückbaus als zu kostspielig herausstellen.

Der schleswig-holsteinische AKW Betreiber Vattenfall ist zuerst in Brunsbüttel und dann auch in Krümmel in die Verfahrensschritte zum Rückbau eingestiegen.

Warum der schnelle Rückbau? Es gehen über die Jahrzehnte Fachkenntnisse über den Aufbau und die technischen Details verloren; es wird in einigen Jahrzehnten kaum mehr qualifiziertes Personal für diese Fachbereiche geben. Menschen bilden sich

(Bernd Voß)

nicht „auf Verdacht“ aus; ein Verlust an Sicherheitskultur ist zu befürchten; die durchgehende Kontrolle der Anlage bleibt erforderlich, und es besteht unter anderen politischen Konstellationen immer noch das Risiko des Wiederanfahrens. Es wird zudem wegen der Materialalterung ein Altersmanagement geben müssen. Über Jahrzehnte bleiben noch Arbeitsplätze für den Rückbau an den AKW-Standorten. Und es bleibt letztlich die Frage, ob es denn überhaupt ethisch vertretbar ist, zukünftigen Generationen noch mehr Lasten mit hochradioaktivem Müll aufzubürden.

Welche Anforderungen stellen sich jetzt an den Rückbau? Er muss transparent sowie mit weitgehender und fortlaufender öffentlicher Beteiligungsmöglichkeit erfolgen. Dies ist insbesondere deshalb erforderlich, weil unter anderem kein detailliertes radioaktives Kataster vor Beginn des Rückbaues vorliegt, und auch weil sich neue Erkenntnisse auch während des Rückbaues ergeben.

Auch wenn bei der Freimessung und Freigabe der Rückbaumaterialien derzeit nach § 29 der Strahlenschutzverordnung des sogenannte 10 mSv Konzept Basis ist, fordern neue Erkenntnisse hier auch zu einer laufenden Überprüfung und Anpassung. Andere Länder haben andere Konzepte bei der Bewertung der Reststrahlung. Vor der Freigabe muss ausgeschlossen werden, dass die Materialien vermischt und verschnitten wurden.

Natürlich kann es sinnvoll sein, Rückbaumaterial nicht nur zu deponieren, sondern auch in eine Verwertung zu entlassen. Die kann derzeit nach der Freigabe uneingeschränkt erfolgen. Hier muss im Abfallrecht nachgebessert werden. Es ist nicht klug, weder eine Dokumentation und noch eine Einschränkung in der Verwertung von Material aus den Rückbauten von Atomkraftwerken zu haben.

Das heißt: Freigemessener Bauschutt aus dem AKW-Rückbau darf zum Beispiel in den Unterbau einer Landstraße, nicht aber in den Unterbau von Kinderspielplätzen. Wir begrüßen, dass hier im Land die Rückbauverfahren überprüft werden sollen.

Die Landesregierung hat frühzeitig Gespräche über eine freiwillige Vereinbarung zum Verwerten und Deponieren des Rückbaumaterials mit Abfallwirtschaft und Kreisen begonnen. Das ist ein richtiger Schritt.

Die Zwischenlagerung der schwach- und mittelaktiven Abfälle wird in Brunsbüttel am Standort erfolgen. Das Endlager dafür, der Schacht Konrad, wird frühestens 2022 nach dann 50-jähriger Planungs-

und Bauzeit betriebsbereit sein. Die Einlagerung wird dann Jahrzehnte dauern. Der Rückbau darf erst beginnen, wenn das Atomkraftwerk von Brennstäben befreit ist.

Das dafür in Brunsbüttel gebaute Standortzwischenlager für hochradioaktiven Müll hat aber keine Betriebsgenehmigung. Das ist das Ergebnis eines über 10 Jahre währenden gerichtlichen Klageverfahrens eines Anwohners. Der AKW-Betreiber hat jetzt beim Bundesamt für Strahlenschutz eine neue Genehmigung beantragt. Es bleibt abzuwarten, ob und mit welchen Verstärkungen hier eine neue Genehmigung erteilt wird. Die Standortzwischenlager für hochradioaktiven Atommüll der norddeutschen Atomkraftwerke sind ziemlich baugleich.

Ein Endlager für hochradioaktiven Müll, ob mit oder ohne Rückholbarkeit, wird frühestens in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts zur Verfügung stehen. Wir müssen deshalb überlegen, die Zahl der Zwischenlager auf einige wenige Standorte zu reduzieren. So kann entsprechend ausgebildetem Personal, Sicherheitstechnik vorgehalten werden. Dazu gehört auch eine Heiße Zelle - einer Technik zur Reparatur und Umlagerung von zum Beispiel schadhaft gewordenen Castoren mit hochradioaktivem Inhalt. Das kann eine unbequeme aber notwendige Konsequenz sein. Standortzwischenlager dürfen nicht schleichend zu Endlagern werden.

**Oliver Kumbartzky [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Genehmigungsanträge zu Stilllegung und Abbau der Kernkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel sind ein weiterer Schritt in Richtung Ausstieg aus der Kernkraftnutzung. Dass diese Anträge mittlerweile von den Betreibern gestellt worden sind, ist zu begrüßen. Diese Anträge sind übrigens ohne explizite rechtliche Verpflichtung gestellt worden. Daran wird noch einmal deutlich, dass es der im Jahr 2012 gescheiterten Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Änderung des Atomgesetzes offenbar gar nicht bedurft hätte.

Der vorliegende Bericht macht sehr deutlich, was die Herausforderungen beim Rückbau der Kernkraftwerke sind. Es wird aufgezeigt, dass wir drei Bereiche beachten müssen: die wärmeentwickelnden radioaktiven Abfälle, die nichtwärmeentwickelnden radioaktiven Abfälle und die nicht radioaktiven Abfälle.

Bei den wärmeentwickelnden Abfällen handelt es sich um die Brennelemente. Bevor die Abbaumaß-

(Oliver Kumbartzky)

nahmen beginnen, sollen diese Brennelemente in Standortzwischenlager gebracht werden. Problematisch ist, dass es für Defektstäbe momentan noch keine genehmigten Behälter gibt. Immerhin rechnet die Landesregierung mit 13 Defektstäben im Brennelementlagerbecker des Kernkraftwerks Brunsbüttel und bis zu 200 Defektstäben im Kernkraftwerk Krümmel.

Die nichtwärmeentwickelnden schwach- und mittelradioaktiven Abfälle machen circa 2 % der Gesamtmasse der jeweiligen Kraftwerke aus. Diese Abfälle müssen konditioniert und bis zur Abgabe an ein Bundesendlager zwischengelagert werden. Womit wir beim nächsten Problem sind: Das Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, Schacht Konrad, ist trotz jahrzehntelanger Planung immer noch nicht betriebsbereit. Offizielles Ziel ist nun eine Inbetriebnahme im Jahr 2022, also fast ein halbes Jahrhundert nach Aufnahme der Planungsarbeiten. Das Endlager wird dringend gebraucht! Es darf jetzt kein Zeitspiel mehr des grünen Umweltministers aus Niedersachsen geben.

Weitere 2 % der Gesamtmasse der Kernkraftwerke können laut Ministerium eine Freigabe zur Beseitigung erhalten und dann auf geeigneten Deponien verbracht werden. Das Ministerium erwartet darüber hinaus, dass die verbleibenden 96 % der Gesamtmasse - circa 288.000 t - uneingeschränkt freigegeben und entsprechend dem Kreislaufwirtschaftsgesetz weiterverwendet oder recycelt werden können. Hier ist die Landesregierung aufgefordert, die Betreibergesellschaften der Kernkraftwerke und die Entsorgungswirtschaft mit den Herausforderungen der Entsorgung dieser Stoffe nicht alleinzulassen.

Um es zusammenzufassen: Es wird einmal mehr deutlich, dass schnellstmöglich ein verbindlicher Zeitplan für die Nutzung von Schacht Konrad für schwach- und mittelradioaktive Abfälle erstellt werden muss. Gleiches gilt für die Endlagerung hochradioaktiver Elemente. Die Zeit der Sonntagsreden von Minister Dr. Habeck und Bundesumweltministern Hendricks muss ein Ende haben.

Das Thema Rückbau von Kernkraftwerken muss ebenso wie die dazugehörigen Fristen und die Entsorgungsfragen sachlich und ideologiefrei angegangen werden. Erst wenn die Kernkraftwerke komplett zurückgebaut sind und die letzten bestrahlten Brennelemente die oberirdischen Zwischenlager verlassen haben und im Endlager angekommen sind, kann der Ausstieg aus der Kernenergie als erfolgreich angesehen werden.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima beschloss der Bundestag mit großer Mehrheit das „13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes“. Dies hatte zur Folge, dass unter anderem die beiden Kernkraftwerk Brunsbüttel und Krümmel im August 2011 die Betriebslaubnis verloren. Das Kernkraftwerk Brokdorf soll spätestens am 31. Dezember 2021 endgültig abgeschaltet werden.

Die Stilllegung dieser Kraftwerke, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ist jedoch nur der erste Schritt. Der Atomausstieg bedeutet nicht nur, dass wir auf die Kernkraft verzichten, er bedeutet auch den Rückbau der Kraftwerke, die Konditionierung und Zwischenlagerung der Abfälle und Reststoffe. Allein das Kernkraftwerk Brunsbüttel hat eine Gesamtmasse von ca. 300.000 t. Nach Angaben der Betreibergesellschaft müssen wir allein in Brunsbüttel 6.000 t „nicht Wärme entwickelnden“ Abfall rechnen. Hinzukommen rund 6.000 t, die nach einer Freigabe auf geeignete Deponien verbracht werden können.

Es ist unbestritten, dass wir - nachdem wir Jahrzehnte lang die Kernkraft genutzt haben - jetzt die Konsequenzen tragen und die Abfälle entsorgen müssen.

Wir kennen die politische Diskussion zur Endlagerung.

Wir kennen die Berichte aus dem maroden Atom-mülldepot Asse.

Wir wissen vom dem desaströsen Zustand der Fässer in den unterirdischen Lagerstätten von Brunsbüttel.

Apropos Endlagerung - dieser Begriff zieht sich wie ein roter Faden durch den Bericht des Energiewendeministers. Dabei ist Robert Habeck genauso bewusst wie uns PIRATEN, dass es keine sichere Endlagerung für Atom-müll geben wird. Deshalb fordern wir die Rückholbarkeit des Atom-mülls auch für zukünftige Generationen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, beim Rückbau der Atomkraftwerke darf es eine solche verantwortungslose Schlamperei nicht geben, und es muss sichergestellt werden, dass die Betreibergesellschaften ausreichend hohe Rückstellungen gebildet haben. Das von der Bundesregierung geplante „Nachhaftungsgesetz“ ist auch aus Sicht der Piratenfraktion ein erster Schritt, damit sich die Energiekonzerne durch Um- und Neustrukturierungen nicht aus ihrer Verantwortung stehlen können.

**(Angelika Beer)**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, finanzielle Rückstellungen und das Nachhaftungsgesetz sind eine Sache. Die andere Sache sind die radioaktiven Abfälle und der Schutt, die beim Rückbau anfallen.

Wir sprechen hier von 3.059 Brennelementen vor Ort und in Castor-Behältern sowie bis zu 213 Defektstäben. Hinzukommen noch schwach- und mittelradioaktive Abfälle, die ebenfalls in entsprechende Lager verbracht werden müssen. Doch gibt es keine ausreichenden Lagerkapazitäten, was bedeutet, dass zusätzliche Lagermöglichkeiten - möglichst vor Ort - ausgebaut beziehungsweise geschaffen werden müssen.

Aufgrund der Erfahrungen, die wir mit Brunsbüttel gemacht haben, muss sichergestellt werden, dass die aufbewahrten Abfälle regelmäßig auf Zustand und Lecks geprüft werden und bei entsprechenden Funden geborgen und in neue Container umgefüllt werden.

Schätzungsweise 15.000 t bedürfen einer Freigabe zur Entsorgung und müssen dann in Deponien verbracht werden. Hier muss die Landesregierung die Kommunikation mit der Bevölkerung suchen und diese umfassend informieren. Auch bedarf es eines transparenten Verfahrens, um geeignete Deponien zu identifizieren und die Bevölkerung - vorab - umfassend zu informieren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Ausstieg aus der Kernkraft und die Entsorgung der Abfälle ist eine große gesellschaftliche Herausforderung und kann nur funktionieren, wenn Betreiber und Landesregierung die Bevölkerung umfassend und transparent zu informiert und beteiligt.

Wir PIRATEN sind der Überzeugung, dass man den Atomausstieg nur gemeinsam schaffen kann. - Vielen Dank.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Herr Präsident! Endlich geht es los: Die Atomkraftwerke werden abgebaut. Das war jahrelang, ich kann sagen: jahrzehntelang, das Hauptziel der Anti-Atomkraftbewegung. Die vermeintlich saubere Energiegewinnung hinterlässt nämlich strahlenden Müll, der noch viele Generationen bedroht. Gut, dass wir die Wende eingeleitet haben - eine Energiewende, die von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird.

Doch so schnell wie die Anlagen gebaut wurden, so schnell werden sie nicht wieder verschwinden. Dass sie das sollen, nämlich verschwinden, ist das erklärte Ziel aller: keine Einbetonierung dieses energie-

technischen Irrweges, sondern ein vollkommener Rückbau! Wir wollen keine Ruinen am Elbestrand, sondern anstelle der Atomkraftwerke neue Nutzungsmöglichkeiten. Keine Betonsärge, sondern eine Neunutzung!

Der Rückbau ist für Deutschland beileibe kein Neuland: Es wurden hierzulande bereits Kernkraftwerke und eine ganze Anzahl sonstiger kerntechnischer Anlagen vollständig abgebaut. Allein von den 37 Forschungsreaktoren wurden inzwischen 28 zurückgebaut. Wie schwierig die Aufgabe ist, zeigen die Arbeiten an der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe, die seit 1993 - also immerhin seit mehr als 22 Jahren - zerlegt wird.

Aber es funktioniert. Das zeigen die drei Atomkraftwerke, die schon vollständig zerlegt sind: Großwelzheim, Niederaichbach und das Versuchs-AKW Kahl. Aus den dortigen Prozessen ergeben sich drei Schlussfolgerungen.

Erstens: Abgeschaltete Kernkraftwerke lassen sich vollständig abbauen, ohne Risiko für die Bevölkerung, die Umwelt und das Personal.

Zweitens: Erfahrenes Fachpersonal steht ausreichend zur Verfügung. Inzwischen mausert sich das deutsche Know-how zu einem Exportschlager. Andere Länder profitieren von den Pionierleistungen deutscher Ingenieure. Die Techniken für den Rückbau sind inzwischen erprobt und eingespielt. Was für den SSW eine wichtige Rolle spielt, ist, dass die Genehmigungsbehörden gut eingebunden sind.

Drittens: Der Rückbau benötigt Zeit. Er ist ein Generationenprojekt und dauert mindestens 12 bis 20 Jahre. Das zeigen alle Erfahrungen.

Die Zeit arbeitet aber gegen uns. Schließlich müssen die Abfallprodukte der Endlagerung zugeführt werden. Die Suche nach einem passenden Endlager wird noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Das Vertrauen der Bevölkerung ist nach den Hauruckaktionen der letzten Jahrzehnte nachhaltig enttäuscht worden. Die Beteuerungen der Atomlobby hielten zu oft der Wirklichkeit nicht stand. Dementsprechend aufwendig wird die Suche sein müssen; denn die Bedenken der Bürgerinnen und Bürger müssen wir ernst nehmen. Vereinbart ist, dass bis spätestens 2031 ein Ort für ein Endlager gefunden sein soll. Dann erst fangen die Bauarbeiten an. Faktisch wird es wohl keiner der Anwesenden mehr erleben, wie der erste Atommüll in das neue deutsche Endlager verbracht wird.

Während die Genehmigungen auslaufen, wachsen durch den Rückbau weiter die Atommüllberge. Pa-



**(Flemming Meyer)**

radox: Wir schalten ab, um Müll zu vermeiden und produzieren erst einmal noch mehr Müll. Und: wir wissen nicht, wohin damit.

Atomkraftgegner haben oft einen Vergleich bemüht, aber er stimmt noch immer: Wir haben ein Flugzeug in der Luft und überlegen uns, wohin wir eine Landebahn bauen werden. Alle hoffen, dass dem Flieger zwischendurch nicht der Sprit ausgeht und er abstürzt.

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass inzwischen auch Bayern seine Bereitschaft erklärt hat, Castoren aus Le Hague und Sellafield aufzunehmen.

Die Endlagersuche bleibt eine Angelegenheit, die alle Bundesländer betrifft; schließlich haben alle auch den Atomstrom abgenommen. Bayern hat erkannt, dass es nicht völlig außen vor bleiben kann.

Auch die Betreiber, die mit den Atomkraftwerken jahrelang gut verdient haben, müssen in das Rückbaukonzept integriert werden. Genau das geschieht in Schleswig-Holstein in vorbildlicher Weise. Allerdings müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen stimmen. Die konkrete Pflicht zum direkten Rückbau der Kernkraftwerke muss im Atomgesetz

verankert werden. Entsprechende Initiativen sind auf dem Weg, aber noch nicht beschlossen. Denn die Kraftwerksbetreiber nutzen ihre guten Kontakte zur Bundesregierung, damit die Stilllegungspflichten eben nicht präzisiert werden. Die Schaffung besserer Instrumente aufseiten der Atomaufsicht, die die Umsetzung verbessern, liegt eben nicht in ihrem Interesse - aber im Interesse der Bürgerinnen und Bürger.

Die Betreiber haben für die Kosten von Stilllegung sowie Zwischen- und Endlagerung der radioaktiven Abfälle Rückstellungen gebildet und bereits in der Vergangenheit die Endlagererkundung und -errichtung anteilig zu ihrem Abfallaufkommen finanziert. In Brunsbüttel laufen die Arbeiten ganz gut, in Krümmel allerdings stehen noch viele Aufgaben an. Gerade in der Nachbarschaft des einstigen Problemmeilers ist aber der Wunsch nach einem schnellen Rückbau besonders groß. Der Energiewendeminister ist auch hier auf einem guten Weg.

## Anlage 1

**Namentliche Abstimmung**  
 105. Sitzung am 16. Dezember 2015  
**Änderungsantrag zum Haushalt, Änderung des Kommunalprüfungsgesetzes**  
 Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
 Drucksache 18/3670 laufende Nummer 4  
 (Seite **8860** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Abwesend	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Nein
Hauke Göttisch	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	<b>FDP</b>	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
<b>SPD</b>		<b>PIRATEN</b>	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Abwesend
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Ja
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbek	Ja
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	<b>SSW</b>	
Thomas Hölck	Nein	Lars Harms	Nein
Simone Lange	Nein	Flemming Meyer	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Birte Pauls	Nein		
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Abwesend		
Beate Raudies	Nein	<b>Zusammenstellung:</b>	
Sandra Redmann	Nein	Abgegebene Stimmen	66
Thomas Rother	Nein	davon	
Olaf Schulze	Nein	Jastimmen	32
Dr. Ralf Stegner	Nein	Neinstimmen	34
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	-

## Anlage 2

**Namentliche Abstimmung**  
 105. Sitzung am 16. Dezember 2015  
**Antrag der Fraktionen von CDU und FDP über den Haushaltstitel 0103-MG 01 "Polizei-  
 beauftragter" zum Entwurf des Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2016**  
 Gesetzentwurf der Landesregierung  
 Drucksache 18/3300  
 (Seite **8861** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Jürgen Weber	Ja
Hans-Jörn Arp	Abwesend	Lars Winter	Ja
Dr. Axel Bernstein	Nein		
Johannes Callsen	Nein	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Astrid Damerow	Nein	Rasmus Andresen	Ja
Volker Dornquast	Nein	Dr. Marret Bohn	Ja
Heike Franzen	Nein	Anke Erdmann	Ja
Hauke Göttisch	Nein	Marlies Fritzen	Ja
Daniel Günther	Nein	Eka von Kalben	Ja
Hartmut Hamerich	Nein	Detlef Matthiessen	Ja
Karsten Jasper	Nein	Burkhard Peters	Ja
Klaus Jensen	Nein	Ines Strehlau	Ja
Tobias Koch	Nein	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Lehnert	Nein	Bernd Voß	Ja
Jens-Christian Magnussen	Nein		
Hans Hinrich Neve	Nein	<b>FDP</b>	
Petra Nicolaisen	Nein	Dr. Heiner Garg	Nein
Barbara Ostmeier	Nein	Anita Klahn	Nein
Katja Rathje-Hoffmann	Nein	Dr. Ekkehard Klug	Nein
Heiner Rickers	Nein	Wolfgang Kubicki	Nein
Klaus Schlie	Nein	Oliver Kumbartzky	Nein
Peter Sönnichsen	Nein	Christopher Vogt	Nein
Rainer Wiegard	Nein		
<b>SPD</b>		<b>PIRATEN</b>	
Torsten Albig	Ja	Angelika Beer	Abwesend
Wolfgang Baasch	Ja	Dr. Patrick Breyer	Nein
Dr. Kai Dolgner	Ja	Wolfgang Dudda	Nein
Peter Eichstädt	Ja	Uli König	Nein
Kirsten Eickhoff-Weber	Ja	Sven Krumbeck	Nein
Martin Habersaat	Ja	Torge Schmidt	Nein
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja	<b>SSW</b>	
Thomas Hölck	Ja	Lars Harms	Ja
Simone Lange	Ja	Flemming Meyer	Ja
Serpil Midyatli	Ja	Jette Waldinger-Thiering	Ja
Birte Pauls	Ja		
Tobias von Pein	Ja		
Regina Poersch	Abwesend		
Beate Raudies	Ja	<b>Zusammenstellung:</b>	
Sandra Redmann	Ja	Abgegebene Stimmen	66
Thomas Rother	Ja	davon	
Olaf Schulze	Ja	Jastimmen	34
Dr. Ralf Stegner	Ja	Neinstimmen	32
Kai Vogel	Ja	Enthaltungen	-

**Namentliche Abstimmung**  
 105. Sitzung am 16. Dezember 2015  
**Änderungsantrag der FDP zur laufenden Nummer 54 "Zuweisungen an den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein für Investitionen" zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2016**  
 Gesetzentwurf der Landesregierung  
 Drucksache Drucksache 18/3300  
 (Seite **8864** des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Jürgen Weber	Nein
Hans-Jörn Arp	Abwesend	Lars Winter	Nein
Dr. Axel Bernstein	Ja		
Johannes Callsen	Ja	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Astrid Damerow	Ja	Rasmus Andresen	Nein
Volker Dornquast	Ja	Dr. Marret Bohn	Nein
Heike Franzen	Ja	Anke Erdmann	Nein
Hauke Götttsch	Ja	Marlies Fritzen	Nein
Daniel Günther	Ja	Eka von Kalben	Nein
Hartmut Hamerich	Ja	Detlef Matthiessen	Nein
Karsten Jasper	Ja	Burkhard Peters	Nein
Klaus Jensen	Ja	Ines Strehlau	Nein
Tobias Koch	Ja	Dr. Andreas Tietze	Nein
Peter Lehnert	Ja	Bernd Voß	Nein
Jens-Christian Magnussen	Ja		
Hans Hinrich Neve	Ja	<b>FDP</b>	
Petra Nicolaisen	Ja	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Ja	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Ja	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Ja	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Ja	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Ja	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegard	Ja		
<b>SPD</b>		<b>PIRATEN</b>	
Torsten Albig	Nein	Angelika Beer	Abwesend
Wolfgang Baasch	Nein	Dr. Patrick Breyer	Nein
Dr. Kai Dolgner	Nein	Wolfgang Dudda	Enthaltung
Peter Eichstädt	Nein	Uli König	Enthaltung
Kirsten Eickhoff-Weber	Nein	Sven Krumbeck	Enthaltung
Martin Habersaat	Nein	Torge Schmidt	Enthaltung
Bernd Heinemann	Nein		
Birgit Herdejürgen	Nein	<b>SSW</b>	
Thomas Hölck	Nein	Lars Harms	Nein
Simone Lange	Nein	Flemming Meyer	Nein
Serpil Midyatli	Nein	Jette Waldinger-Thiering	Nein
Birte Pauls	Nein		
Tobias von Pein	Nein		
Regina Poersch	Abwesend		
Beate Raudies	Nein	<b>Zusammenstellung:</b>	
Sandra Redmann	Nein	Abgegebene Stimmen	66
Thomas Rother	Nein	davon	
Olaf Schulze	Nein	Jastimmen	27
Dr. Ralf Stegner	Nein	Neinstimmen	35
Kai Vogel	Nein	Enthaltungen	4